

Monatsberichte der
Deutschen
Bundesbank

Januar 1972

Inhalt

5	Neue kreditpolitische Maßnahmen
8	Kurzberichte
15	Vermögensbildung und Anlagepolitik der Versicherungsunternehmen seit 1965
28	Ausländische Beteiligungen an Unternehmen in der Bundesrepublik
39	Bankguthaben und sonstige Forderungen öffentlicher Haushalte an Kreditinstitute

Statistischer Teil

2*	Bankstatistische Gesamtrechnungen
8*	Deutsche Bundesbank
10*	Kreditinstitute
42*	Mindestreservenstatistik
46*	Zinssätze
50*	Kapitalmarkt
56*	Öffentliche Finanzen
64*	Allgemeine Konjunkturlage
70*	Außenwirtschaft

Abgeschlossen am 6. Januar 1972

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Detailliertere statistische Angaben als in diesem Bericht finden sich in den „Statistischen Beiheften zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank“:

Reihe 1 Bankenstatistik nach Bankengruppen

Reihe 2 Wertpapierstatistik

Reihe 3 Zahlungsbilanzstatistik

Reihe 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen

Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main,
Taubusanlage 4–6
Postanschrift 6 Frankfurt am Main 1,
Postfach 3611

Fernruf 2681 Sammelnummer
268 . . . und anschließend die
gewünschte Hausrufnummer durchwählen

Telex Inland 41 227
Ausland 414 431

Neue kreditpolitische Maßnahmen

Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat am 22. Dezember 1971 beschlossen:

1. Der Diskontsatz und der Zinssatz für Kassenkredite werden mit Wirkung vom 23. Dezember 1971 von $4\frac{1}{2}$ auf 4% herabgesetzt.
2. Der Lombardsatz wird mit Wirkung vom 23. Dezember 1971 von $5\frac{1}{2}$ auf 5% herabgesetzt.
3. Die Mindestreservesätze für den Bestand an reservepflichtigen Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen werden mit Wirkung vom 1. Januar 1972 um 10% der derzeitigen Sätze gesenkt.

Die Verkaufssätze (und damit die Renditen) für Geldmarktpapiere, d. h. Schatzwechsel, Wechsel der Einfuhr- und Vorratsstellen und unverzinsliche Schatzanweisungen, wurden am 23. Dezember um ebenfalls je $\frac{1}{2}$ % herabgesetzt. Durch die Senkung der Mindestreservesätze werden ab Januar 1972 knapp 3 Mrd DM Zentralbankgeld freigesetzt, denen infolge des starken Wachstums der Kundschaftseinlagen bei den Banken zum Jahresende eine Zunahme der Reserveverpflichtungen um etwa 1 Mrd DM gegenübersteht.

Die kreditpolitischen Erleichterungen sind weitgehend außenwirtschaftlich motiviert. Sie sollen dazu beitragen, den Zinsunterschied zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland zu verringern, um so die in der Washingtoner Konferenz vom 17. und 18. Dezember 1971 neu geordneten Wechselkursrelationen absichern zu helfen. Insbesondere sollte vermieden werden, daß nach der Neuordnung der Wechselkurse sofort wieder Geld vom Ausland in die Bundesrepublik einströmte und den Kurs des US-\$ in den unteren Bereich der nunmehr erweiterten Bandbreite, also unter den vorläufigen „Leitkurs“ von DM 3,2225, hinabdrückte¹⁾.

Das Ergebnis der Konferenz von Washington wird von der Bundesbank begrüßt. Zum einen ist es bemerkenswert und stimmt für die Lösung weiterer währungspolitischer Probleme hoffnungsvoll, daß es erstmals in der modernen Währungsgeschichte gelungen ist, sich für die wichtigeren Währungen, nämlich für die Währungen der Länder der sog. „Zehnergruppe“²⁾, in einer großen internationalen Konferenz sowohl auf neue Kurse zwischen den einzelnen Währungen als auch auf neue Relationen zum Golde im Verhandlungswege zu einigen. Das erforderte von allen Beteiligten großen Verständigungswillen und auch Konzessionsbereitschaft. In der Konferenz wurde Übereinstimmung über einstweilige „Leitkurse“ erzielt, aber es konnten noch keine neuen endgültigen Paritäten festgelegt werden, denn zuvor müssen in den einzelnen Ländern noch die hierzu erforderlichen gesetzgeberischen Akte vollzogen werden. Das Ergebnis von Washington berechtigt zu der Hoffnung, daß mit ihm eine wesentliche Grundlage für die Sanierung der

¹ Die Bandbreite beträgt $2\frac{1}{4}$ % vom Leitkurs nach jeder Seite; der neue obere Interventionspunkt ist DM 3,2950 je US-\$, der untere Punkt DM 3,1500 je US-\$.

² Einschl. Schweiz. Kanada will weiterhin einen fluktuierenden Wechselkurs beibehalten.

6 Zahlungsbilanz der USA, d. h. für die Beseitigung der Defizite der amerikanischen Zahlungsbilanz, gelegt ist. Dabei ist indessen zugleich vor der Illusion zu warnen, als könne sich dieser Gesundungsprozeß sehr rasch vollziehen und als drohten ihm nunmehr keinerlei Gefahren mehr. Auch sind wesentliche Probleme einer Neuordnung des internationalen Währungssystems noch ungelöst. Nach wie vor kommt es entscheidend darauf an, welche Stabilisierungserfolge die USA selbst im Vergleich zu ihren wichtigeren Partnerländern erzielen und in welchem Umfange umgekehrt diese Partnerländer bereit und in der Lage sind, die allmähliche Umlenkung der Waren- und Kapitalströme zur Verbesserung der US-Zahlungsbilanz hinzunehmen und auch durch ihre eigene Politik zu unterstützen.

Zum anderen begrüßt die Bundesbank die in Washington erzielte Übereinkunft über die Neuordnung der Wechselkurse aber auch deshalb, weil sie für die deutsche Volkswirtschaft den während der Periode des freischwankenden DM-Wechselkurses durch mancherlei Verzerrungen entstandenen zu hohen Aufwertungseffekt wieder vermindert hat. Am Tage vor den Washingtoner Beschlüssen zur Neuordnung der Kurse – am 17. Dezember 1971 – hatte der in üblicher Weise mit den Anteilen der einzelnen Partnerländer am deutschen Außenhandel „gewogene“ Aufwertungssatz der D-Mark im Vergleich zu den Paritäten von Mai 1970 folgenden Stand erreicht, und zwar gegenüber

a) den übrigen EWG-Ländern	+ 6,0%
b) den Ländern der Zehnergruppe (einschließlich der Schweiz)	+ 6,3%
c) den 15 Ländern, deren Währungen in Frankfurt/Main amtlich notiert werden	+ 6,2%
d) der gesamten Welt	+ 7,5%

Gegenüber dem US-\$ allein hatte die De-facto-Aufwertung der D-Mark an jenem Tage 12,2% betragen. Durch das auf der Konferenz erzielte Realignment sind diese De-facto-Aufwertungsraten – mit Ausnahme der Aufwertung gegenüber dem Dollar – fühlbar reduziert worden. Sie betragen nunmehr, gemessen an den neu festgesetzten „Leitkursen“, gegenüber

a) den übrigen EWG-Ländern	+ 3,5%
b) den Ländern der Zehnergruppe (einschließlich der Schweiz)	+ 4,8%
c) den 15 Ländern, deren Währungen in Frankfurt/Main amtlich notiert werden	+ 4,8%
d) der gesamten Welt	+ 6,5%

Das bedeutet immerhin, daß der Aufwertungssatz der D-Mark gegenüber wichtigen Industrieländern um etwa ein Viertel und gegenüber der gesamten Welt um rd. ein Siebtel seines Standes vom 17. Dezember 1971 reduziert worden ist. Im Vergleich zum US-Dollar freilich ist die Deutsche Mark sogar noch etwas stärker als bisher, nämlich um 13,6%, aufgewertet worden, jedoch sind nunmehr die am 15. August 1971 eingeführte Importsteuer der USA (in der Regel 10%) und die steuerliche Diskriminierung ausländischer Investitionsgüter in den Vereinigten Staaten weggefallen.

So bedeutsam diese Erleichterung für die deutsche Exportwirtschaft und für die mit Importen konkurrierenden Wirtschaftszweige auch ist, so verfehlt wäre es, die Belastung, welche die abermalige Aufwertung der D-Mark, nur zwei Jahre nach der Aufwertung vom Oktober 1969, der deutschen Wirtschaft auferlegt, auf die leichte Schulter zu nehmen. Wie schon im vorangegangenen Monatsbericht dargelegt worden ist, war bei der relativ hohen Aufwertung vom Herbst 1969 (um 9,3%) insofern eine andere Situation gegeben, als für den Warenverkehr bereits ein Jahr vorher eine „Quasi-Aufwertung“ im Ausmaß von rd. 4% durch steuerpolitische Maßnahmen vorgegangen war, die durch die Wechselkursänderung mit abgelöst wurde. Diesmal fällt dagegen der (gewogene) Aufwertungssatz stärker ins Gewicht. Außerdem war vor zwei Jahren (1969) die „Leistungsbilanz“ der Bundesrepublik – der Saldo aus Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz, auch „laufende Rechnung“ der Zahlungsbilanz genannt – stark überschüssig gewesen (+ 6,2 Mrd DM), während gegenwärtig nur recht geringe Überschüsse erzielt werden. In den elf Monaten von Januar bis November 1971 ist sogar ein leichtes Defizit (– 0,5 Mrd DM) entstanden, dem freilich im Dezember erfahrungsgemäß ein größerer Überschuß gefolgt sein dürfte. Von der Leistungsbilanz her war also eine abermalige Aufwertung der D-Mark nicht in dem Maße indiziert, wie sie nun tatsächlich erfolgt ist.

Binnenwirtschaftlich bedeutet die Neuordnung der Wechselkurse für die Bundesrepublik einerseits, daß sich die preisstabilisierende Wirkung, die von der höheren Aufwertungsrate während des siebenmonatigen „Floating“ ausgegangen war, nunmehr wieder verringern wird. Immerhin haben sich seit der Freigabe des Wechselkurses der D-Mark im Mai 1971 die Einkaufspreise für gewerbliche Auslandswaren wesentlich ermäßigt (von April bis November um nicht weniger als 5%), während im Export im Durchschnitt keinerlei Erhöhung der DM-Preise mehr durchgesetzt werden konnte. Naturgemäß sind hiervon im Inland preisdämpfende Wirkungen ausgegangen, nämlich insofern, als sich der Wettbewerb zwischen Importwaren und heimischen Produkten wesentlich verschärfte und außerdem der Wegfall der Preiserhöhungsmöglichkeiten im Exportgeschäft den Widerstand der Unternehmen gegen Kostensteigerungen aller Art verstärkte. Auf der anderen Seite schraubt die Verminderung der deut-

schen Aufwertungsrate die Gefahren einer zu starken Konjunkturdämpfung zurück, die ein zu hoher Aufwertungssatz hätte mit sich bringen können. Es ist daher verständlich, daß die Wirtschaft sich durch die Neuordnung der Kurse erleichtert fühlt und daß der Konjunkturpessimismus, soweit er aus der Unsicherheit über die Entwicklung der Wechselkurse herrührte, zu weichen beginnt. Immerhin ist der nunmehr fixierte Aufwertungssatz noch hoch genug, um im Innern tendenziell stabilisierend zu wirken; zugleich macht er die Bemühungen um größere Kosten- und Preisstabilität dringlich, denn es gilt, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten zu erhalten und damit eine Gefährdung der Vollbeschäftigung zu vermeiden. Die Neufestsetzung der Wechselkurse allein kann das Inflationsproblem freilich nicht lösen. Sie wird, wie zu hoffen ist, zwar erreichen, daß der bisherige Inflationsimport aufhört, der vor allem aus den Zahlungsbilanzdefiziten der USA herrührte, und daß sich die Bundesrepublik gegen Preisauftriebstendenzen im Ausland, die durch den internationalen Preiszusammenhang übertragen werden, abschirmt. Aber die Neuordnung der Wechselkurse enthebt weder die Bundesrepublik noch andere Länder der Notwendigkeit, durch ihre eigene Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen für die Wiedererlangung eines hinreichenden Maßes an Geldwertstabilität zu schaffen.

Bei der Entscheidung, ob eine weitere Kreditlockerung angezeigt war, mußte der Zentralbankrat zwischen den außenwirtschaftlichen und den binnenwirtschaftlichen Gesichtspunkten abwägen. Erschien außenwirtschaftlich eine weitere Lockerung nach der Wechselkursneuordnung auf alle Fälle angebracht, so konnte ihre binnenwirtschaftliche Indikation immerhin noch in Zweifel gezogen werden. Zwar zeigt die Konjunktur fortschreitend Zeichen der Entspannung, was zur Folge hatte, daß sich sowohl erste Anzeichen einer Preisberuhigung als auch einer etwas gemäßigten Einkommenspolitik der Sozialpartner bemerkbar machten. So hat die Preissteigerungswelle für Industrieprodukte wenigstens auf der Erzeugerstufe deutlich nachgelassen; die industriellen Erzeugerpreise sind von August bis November 1971 nicht mehr gestiegen, wenn sie auch nicht rückläufig waren, wie es für eine bessere Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes auf der Verbraucherstufe an sich erforderlich wäre und früher auch häufiger der Fall gewesen ist. Unter dem Eindruck der fort dauernden Kostensteigerungen erwarten die Unternehmer (nach den letzten Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests) aber für die kommenden Monate sogar eher wieder Preissteigerungen. Auf der Verbraucherstufe hat der Preisauftrieb bei fort dauernd guter Verbrauchsgüterkonjunktur als Folge der beträchtlichen Einkommenssteigerungen bisher angehalten. Der teilweise stark von Inflationsangst genährte Wohnungsbauboom zeigt bisher ebenfalls keine Ermüdungserscheinungen, zumal er von der Kreditseite her nach der stufenweisen Aufhebung der Restriktionen kaum noch gebremst wird. Schließlich ist in Betracht zu ziehen, daß die öffentlichen Haushalte

durch stark steigende Defizite wesentlich zur Konjunkturabstützung beitragen werden. Die öffentlichen Haushalte bilden damit ein beträchtliches Gegengewicht zu dem – bisher keineswegs spektakulären – Rückgang der privaten Investitionsneigung. Sowohl die (in der nachfolgenden „Monetären Analyse“ dargelegte) starke Expansion der Bankkredite im November als auch das außerordentlich kräftige Anschwellen der zugesagten Hypothekenkredite zeigen, daß der Bankenapparat auch durchaus über genügend Liquidität verfügt, um alle einzelwirtschaftlich vertretbaren Kreditwünsche befriedigen zu können. Allerdings hat sich dank relativ hoher Sparneigung, vor allem aber als Folge der Ausschaltung des Geldzuflusses aus dem Ausland seit der Freigabe des Wechselkurses der D-Mark, die monetäre Expansion in der Bundesrepublik tendenziell verlangsamt. In den letzten drei Monaten, für die statistische Angaben vorliegen (bis einschließlich November 1971), ist das „Geldvolumen“ – saisonbereinigt und auf Jahresrate umgerechnet – nur noch um gut 6% gewachsen gegen rund 9% von Juni bis August 1971, aber mehr als 21% von März bis Mai 1971, also unmittelbar vor der Freigabe des Wechselkurses.

Wenn der Zentralbankrat sich nunmehr zu erneuter kreditpolitischer Auflockerung entschlossen hat, so hat er sich also vorwiegend von der Überlegung leiten lassen, daß in der gegenwärtigen Situation den außenwirtschaftlichen Erfordernissen der Vorrang vor binnenwirtschaftlichen Erwägungen zuzubilligen war, daß aber auch unter konjunkturpolitischem Aspekt – wie die nachfolgende Darstellung der „Konjunkturindikatoren“ bestätigt – eine nochmalige Krediterleichterung vertretbar erschien. Die amtliche deutsche Diskontrate ist allerdings mit 4% jetzt auf einem Stand angelangt, der unter den größeren Industrienationen nur noch von der Schweiz, einem traditionell kapitalreichen Niedrigzinsland, mit einem Diskontsatz von $3\frac{3}{4}\%$ leicht unterschritten wird. Der deutsche Kapitalzins liegt bei Abschluß dieses Berichts mit ca. $7\frac{3}{4}\%$ im Mittelfeld der vergleichbaren Zinssätze der großen Industrienationen, auch hier wieder mit Ausnahme der Schweiz. Bei der Beurteilung der nominellen Zinshöhe sollte im übrigen nicht übersehen werden, daß unter den zinsbestimmenden Faktoren nicht nur Kapitalangebot und Kapitalnachfrage, sondern auch Preissteigerungserwartungen eine Rolle spielen.

Kurzberichte

Konjunkturindikatoren

Auftragseingang bei der Industrie im November

Der Auftragseingang bei der Industrie war im November saisonbereinigt abermals etwas niedriger als im Vormonat; gegenüber den zusammengefaßten Ergebnissen der Monate September und Oktober betrug die Abnahme rd. 2 1/2 %. Der Rückgang der Bestellungen war besonders ausgeprägt im Auslandsgeschäft (- 7 %), was weitgehend aus der sich im November erneut verstärkenden Unsicherheit über die bevorstehende Neuregelung der Wechselkursrelationen zu erklären sein dürfte. Die Inlandsnachfrage nach Industrieerzeugnissen ging dagegen weniger zurück (- 2 %). Im Vorjahresvergleich waren die gesamten Bestelleingänge im November noch 1 % höher; in konstanten Preisen gerechnet, blieben sie allerdings um 2,4 % hinter dem vergleichbaren Vorjahresniveau zurück. Die Nachfrage nach Erzeugnissen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien hat am meisten nachgelassen. Bei den Investitionsgüterindustrien waren andererseits die Inlandsbestellungen (z.B. im Maschinenbau und in der Elektrotechnischen Industrie) konjunkturell kaum niedriger als in den beiden Vormonaten. Da die gesamten Auftragseingänge erneut hinter den gleichzeitigen Lieferungen zurückgeblieben sind, gingen die Auftragsbestände weiter etwas zurück.

Industrielle Produktion im November

Die Industrieproduktion (ohne Bau) war im November saisonbereinigt gegenüber den beiden Vormonaten um knapp 2 % niedriger. Die Teilstreiks und Aussperrungen in der Metallindustrie des Tarifgebiets Nordwürttemberg/Nordbaden dürften für etwa ein Drittel dieser Abschwächung bestimmend gewesen sein. Die Tarifauseinandersetzungen unterbrachen im wesentlichen nur die Erzeugung in den Investitionsgüterindustrien; in dieser Industriegruppe ist die saisonbereinigte Abnahme um 4 % daher etwa zur Hälfte nicht konjunkturell bedingt gewesen. Der Produktionsrückgang bei den Verbrauchsgüterindustrien könnte als Indiz dafür zu werten sein, daß die Industrie ihre Erzeugung der allmählichen Abschwächung der Expansion der Verbrauchsnachfrage anpaßt. Die Produktion der Bauindustrie (ohne Ausbaugewerbe) ist saisonbereinigt stärker als in der übrigen Industrie gesunken; hierzu dürfte beigetragen haben, daß die Witterungsverhältnisse im November etwas ungünstiger als im mehrjährigen Durchschnitt waren.

Arbeitsmarkt im Dezember

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage im Dezember kaum verändert. Die Zahl der offenen Stellen ist saisonbereinigt nicht weiter zurückgegangen, sondern geringfügig (um 12 000) gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen hat etwas weniger als saisonüblich zugenommen; dies gilt auch dann, wenn man berücksichtigt, daß sich das milde Dezemberwetter günstig auf die Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft auswirkte. Insgesamt waren

Wichtige Konjunkturindikatoren

Saisonbereinigte Werte 1)

Auftragseingang bei der Industrie; 1962 = 100					
Zeit	Insgesamt	davon:			Auftrags- eingang in % des jeweiligen Umsatzes
		aus dem Inland		aus dem Ausland	
		Insgesamt	dar. In- vestitions- güter- industrien		
1970 Nov.	189	173	196	252	102
Dez.	194	181	196	258	103
1971 Jan.	197	179	203	279	101
Febr.	192	178	201	252	98
März	194	179	208	266	100
April	198	181	200	269	101
Mai	196	180	201	261	100
Juni	197	183	208	262	101
Juli	194	178	197	264	98
Aug.	187	174	192	242	100
Sept.	192	179	196	254	98
Okt.	189	174	179	256	99
Nov. p)	186	173	187	237	99

Industrielle Produktion; 1962 = 100					
Zeit	Insgesamt ohne Bau	darunter:			Bau- Industrie
		Grundstoff- und Pro- duktions- güter- industrien	In- vestitions- güter- industrien	Ver- brauchs- güter- industrien	
1970 Nov.	157	174	160	147	139
Dez.	157	177	156	149	166
1971 Jan.	163	179	169	152	153
Febr.	164	185	164	152	171
März	164	183	166	152	132
April	163	184	164	154	139
Mai	160	180	161	152	135
Juni	162	183	160	156	136
Juli	161	182	164	153	134
Aug.	156	177	149	151	133
Sept.	161	182	158	152	137
Okt.	161	181	159	155	138
Nov. p)	158	179	152	151	131

Arbeitsmarkt; Tsd Personen					
Zeit	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote 2)	Offene Stellen	Abhängig Beschäftigte 3)	
				Insgesamt	darunter Ausländer
1970 Dez.	143	0,7	736		
1971 Jan.	164	0,8	712	p)	2 060
Febr.	141	0,6	707		
März	161	0,7	687		
April	177	0,8	692		
Mai	192	0,9	672	p)	2 100
Juni	197	0,9	658		
Juli	210	1,0	632		
Aug.	217	1,0	625	p)	2 160
Sept.	221	1,0	603		
Okt.	231	1,1	577		
Nov.	244	1,1	560
Dez.	220	1,0	572		

1 Saisonbereinigt mit dem Census-Verfahren X-11. — 2 Arbeitslose in % der abhängig Erwerbstätigen. — 3 Vierteljahresangaben. — p Vorläufig.

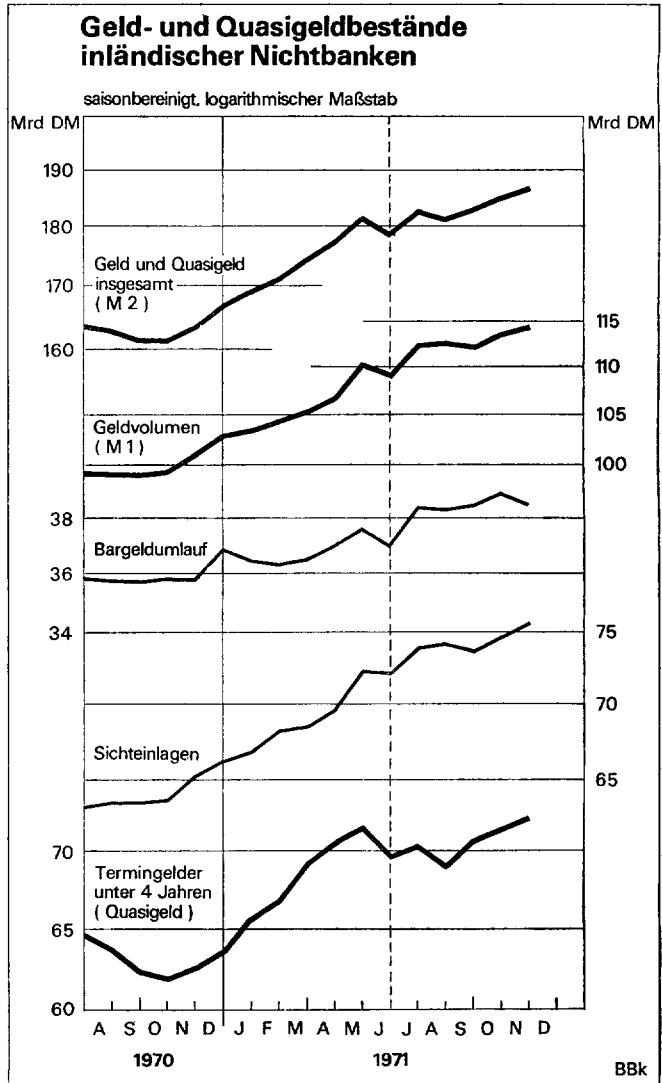
an der Jahreswende 1971/72 270 000 Personen als Arbeitslose registriert. Die Arbeitslosenquote betrug nach Ausschaltung jahreszeitlicher Schwankungen 1 %, sie hat sich also gegenüber den Vormonaten nicht erhöht. Es bestand somit weiterhin Vollbeschäftigung. Zwar war die Zahl der Arbeitnehmer, die Kurzarbeitergeld bezogen, Mitte Dezember ungewöhnlich hoch (406 000 Personen); etwa drei Viertel der Zunahme gegenüber November entfiel jedoch auf Beschäftigte, die mittelbar von dem Streik in der Metallindustrie betroffen waren.

10 Im November 1971 sind die Geldbestände in Händen inländischer Nichtbanken, deren Wachstum sich in den letzten Monaten deutlich verlangsamt hatte, wieder erheblich gewachsen. Zwar sind der Wirtschaft durch den Zahlungsverkehr mit dem Ausland kaum Mittel zugeflossen; die inländische Kreditexpansion war aber weiterhin sehr stark. Andererseits war allerdings auch die Geldkapitalbildung recht ausgeprägt. Zu einem großen Teil freilich war das starke Geldvolumenswachstum jahreszeitlich bedingt. Wenn man die Saisoneinflüsse ausschaltet, so war der Anstieg geringer als im Vormonat; die Tendenz zur Verlangsamung der monetären Expansion, wie sie seit Juni v.J. zu beobachten war, hat sich also fortgesetzt. In den letzten drei Monaten ist das Geldvolumen (Bargeldumlauf und Sichteinlagen, M_1) – saisonbereinigt und auf Jahresrate umgerechnet – um 6,2% gewachsen gegen 9,1% von Juni bis August, aber 21,4% von März bis Mai 1971.

Im einzelnen sind die Kredite der Banken und der Bundesbank an inländische Nichtbanken (einschließlich Wertpapiererwerb) im November 1971 um 7,1 Mrd DM gestiegen; das war etwa ebensoviel wie im November 1970, aber damals waren außerdem in hohem Maße Mittel aus dem Ausland zugeflossen. Inländische Unternehmen und Privatpersonen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost) nahmen im November 5,2 Mrd DM neue Bankkredite auf gegen 4,3 Mrd DM vor einem Jahr, davon 2,1 Mrd DM in kurzfristiger Form (1,2 Mrd DM mehr als im November 1970). Die langfristigen Direktkredite der Banken an private Kreditnehmer erhöhten sich im November v.J. um 2,8 Mrd DM und damit um 0,6 Mrd DM stärker als vor einem Jahr. Dagegen haben die mittelfristigen Wirtschaftskredite mit 0,4 Mrd DM relativ mäßig zugenommen. Der öffentliche Sektor hat sich beim Bankensystem (einschließlich Bundesbank) im November 1971 um 1,9 Mrd DM netto neu verschuldet (November 1970: + 2,8 Mrd DM). Einmal haben Bund und Länder wieder stärker auf den Buchkredit der Bundesbank zurückgegriffen (+ 0,6 Mrd DM), zum anderen haben die öffentlichen Haushalte bei den Kreditinstituten 1,2 Mrd DM ausschließlich langfristige Direktkredite aufgenommen (gegen jeweils $+ \frac{3}{4}$ Mrd DM im November 1970 und 1969).

Durch Auslandstransaktionen wurden der Wirtschaft nur in geringem Umfange Mittel zugeführt. Die Nettoauslandsforderungen der Banken und der Bundesbank, deren Veränderung diese Vorgänge widerspiegelt, erhöhten sich im November v.J. um knapp 0,2 Mrd DM gegen rd. 0,3 Mrd DM im vorangegangenen Monat, aber 4,1 Mrd DM im November 1970 (im November 1969 hatten sie nach der DM-Aufwertung um 4,7 Mrd DM abgenommen).

Auf der anderen Seite hat sich die Geldkapitalbildung (das längerfristige Aufkommen bei Banken, jedoch ohne die Termingelder unter 4 Jahren) im November 1971 auf



gut 3 Mrd DM belaufen; sie war damit zwar um 0,5 Mrd DM niedriger als im Monat davor, aber merklich höher als im November 1970 (2,5 Mrd DM). Der Spargeldeingang (Spareinlagen zuzüglich Aufkommen aus dem Verkauf von Sparbriefen), die in der Regel wichtigste Komponente der Geldkapitalbildung, betrug im November 1,5 Mrd DM, d. h. 0,3 Mrd DM mehr als im Vorjahrsmonat. Der Absatz von Bankschuldverschreibungen an Nichtbanken betrug 0,9 Mrd DM und übertraf das Novemberergebnis vom Vorjahr um 0,3 Mrd DM. Die Termingelder mit einer Befristung von 4 Jahren und darüber erhöhten sich im November mit 0,5 Mrd DM ebenso stark wie im Vorjahr.

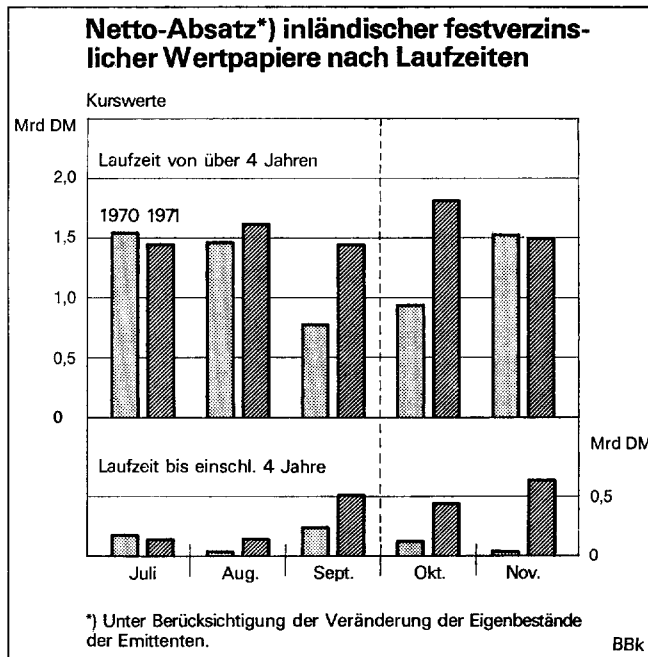
Das Geldvolumen (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) und das Quasigeld (alle Termingelder unter 4 Jahren) insgesamt (M_2) nahmen im November 1971 um 6,8 Mrd DM zu, etwa ebenso stark wie im November 1970, aber stärker als im gleichen Monat von 1969 und 1968 (+ 2,5 Mrd DM bzw. + 5,2 Mrd DM). Das Geldvolumen allein (M_1) ist um 6,1 Mrd DM gestiegen und damit geringfügig weniger als vor einem Jahr (November 1969: + 5,3 Mrd DM, November 1968: + 4,4 Mrd DM).

Der Rentenmarkt war im November abermals sehr ergebnisreich; das Rekordergebnis vom Oktober wurde jedoch nicht ganz erreicht. Gegenüber dem Vormonat hat zwar der Netto-Absatz kurzlaufender Schuldverschreibungen inländischer Emittenten (mit Laufzeiten bis zu 4 Jahren) noch zugenommen, aber langlaufende Rentenwerte (mit Laufzeiten von über vier Jahren) wurden merklich weniger verkauft als im Oktober.

Inländische Emittenten erlösten im November aus dem Verkauf langlaufender festverzinslicher Wertpapiere netto¹⁾ 1,5 Mrd DM (Kurswert) gegen 1,8 Mrd DM im Oktober 1971 und 1,5 Mrd DM im November 1970. Weniger als im Vormonat wurde der Markt namentlich durch Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand beansprucht; insgesamt wurden nur 20 Mio DM verkauft nach 450 Mio DM im Vormonat und fast 300 Mio DM im November vor einem Jahr. Auch Wirtschaftsunternehmen haben im November mit 260 Mio DM netto weniger Mittel am Rentenmarkt aufgenommen als im Oktober (rd. 380 Mio DM). Stark erhöht hat sich demgegenüber mit insgesamt 1,22 Mrd DM (nach 990 Mio DM im Oktober) der Absatz von Bankschuldverschreibungen. Die Zunahme betraf vor allem Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten (230 Mio DM gegen 10 Mio DM im Oktober) und Pfandbriefe (480 Mio DM nach 340 Mio DM im Vormonat). Der Netto-Absatz von Kommunalobligationen war zwar der absoluten Höhe nach mit 610 Mio DM noch merklich höher als der Pfandbriefabsatz, aber er blieb hinter dem Ergebnis des vorangegangenen Monats (640) und der Monate August und September (jeweils rd. 670 Mio DM) zurück. Bei den Sonstigen Bankschuldverschreibungen überwogen im November wiederum die Tilgungen den gleichzeitigen Neuabsatz, und zwar um 110 Mio DM (nach 3 Mio DM im Vormonat).

Kurzlaufende festverzinsliche Wertpapiere hat im November hauptsächlich die öffentliche Hand emittiert. Auf Kasensobligationen öffentlicher Emittenten entfielen mit 410 Mio DM rd. zwei Drittel des gesamten Netto-Absatzes an kurzlaufenden Rentenwerten (640 Mio DM), verglichen mit 290 Mio DM im Oktober. Weitere 210 Mio DM (nach 90 Mio DM im Vormonat) stammten von Spezialkreditinstituten, während die Girozentralen für netto rd. 110 Mio DM (im Vormonat ebenfalls 90 Mio DM) kurzlaufende „Sonstige Bankschuldverschreibungen“ absetzten. Ausländer emittierten im November am deutschen Markt Anleihen im Betrage von 240 Mio DM und damit erheblich weniger als im Vormonat (415 Mio DM) oder im November vor einem Jahr (rd. 300 Mio DM). Erwerber dieser Titel waren per Saldo ausschließlich Ausländer, während inländische Anleger erneut ausländische Rentenwerte veräußerten (November: 130 Mio DM, Oktober: 90 Mio DM).

Von dem gesamten Netto-Absatz an in- und ausländischen Rentenwerten in Höhe von 2,0 Mrd DM übernahmen inländische Nichtbanken 1,08 Mrd DM oder gut die



Hälfte. Verglichen mit dem Vormonat, in dem sie rd. 1,74 Mrd DM in Rentenwerten angelegt hatten, haben diese Käufe somit stark nachgelassen. Inländische Banken stockten ihre Bestände an Rentenwerten im November um 475 Mio DM auf und damit ebenfalls schwächer als in den beiden Vormonaten, in denen ihre Netto-Käufe 550 bzw. 520 Mio DM betragen hatten (November 1970: 270 Mio DM). Dagegen haben Ausländer in verstärktem Maße deutsche Rentenwerte gekauft, und zwar im November netto 450 Mio DM nach gut 40 Mio DM im Oktober und 140 Mio DM im September.

Am Aktienmarkt sind im November nur 180 Mio DM (Kurswert) in- und ausländische Dividendenwerte abgesetzt worden gegen 640 Mio DM im Vormonat und 870 Mio DM im November 1970. Auf inländische Aktien entfielen hiervon 95 Mio DM, auf ausländische Dividendenwerte 85 Mio DM. Die deutschen Käufe ausländischer Titel beschränkten sich auf den Erwerb von Beteiligungen (150 Mio DM); der Portfoliobesitz an ausländischen Aktien und ausländischen Investmentzertifikaten nahm dagegen durch Verkäufe um 50 Mio DM bzw. 20 Mio DM ab. Das Mittelaufkommen bei den deutschen Investmentfonds (Publikumsfonds) hat im November merklich – auf 210 Mio DM – zugenommen und sich damit gegenüber dem Vormonat verdoppelt. Besonders erfolgreich waren die Aktienfonds, die insgesamt gut 110 Mio DM nach gut 40 Mio DM im Vormonat erlösten. Auch die Rentenfonds verzeichneten im November mit rd. 60 Mio DM ein besseres Verkaufsergebnis als im Oktober (knapp 30 Mio DM). Der Zertifikatsabsatz der Immobilienfonds hielt sich dagegen mit knapp 40 Mio DM etwa auf dem Niveau des Vormonats. Käufer von Dividendenwerten waren mit 280 Mio DM inländische Nichtbanken. Kreditinstitute und Ausländer haben dagegen ihre Bestände an solchen Titeln um 70 Mio DM bzw. 30 Mio DM verringert.

¹ Unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten.

Im „steuerschwachen“ *November* schloß der Bund wie üblich mit einem Kassendefizit ab, das jedoch mit 1,3 Mrd DM wesentlich kleiner war als ein Jahr zuvor (1,8 Mrd DM). Entscheidend hierfür war, daß der Bund lediglich 3% mehr ausgab als im November 1970, einem Monat, in dem allerdings ungewöhnlich hohe Zahlungen geleistet worden waren. Die Kasseneinnahmen stiegen dagegen im November um knapp 12%. Die Steuereingänge des Bundes nahmen um 8 1/2 % zu. Weit überdurchschnittlich erhöhte sich dabei das Aufkommen aus den Einkommensteuern (+24%): Neben den Lohnsteuererträgen (+20%) trug hierzu bei, daß zur veranlagten Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer erheblich höhere Abschlußzahlungen als ein Jahr zuvor eingingen. Dagegen erhielt der Bund aus der Gewerbesteuerumlage einen wesentlich geringeren Betrag als im November 1970, da im Gegensatz zum Vorjahr diesmal der größte Teil der Zahlungen für das dritte Quartal von den Gemeinden bereits im Oktober überwiesen worden war. Zur Finanzierung des Kassendefizits hat der Bund zunächst die Ende Oktober vorhandenen frei verfügbaren Kassenmittel von rd. 0,4 Mrd DM herangezogen und außerdem netto 0,9 Mrd DM Kredite aufgenommen.

Im *Dezember* sind die Ausgaben wieder erheblich beschleunigt gestiegen, und zwar nach vorläufigen Angaben gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat um rd. 15%. Da die Kasseneinnahmen wesentlich schwächer wuchsen, war das Kassendefizit im Dezember 1971 mit 1 1/2 Mrd DM etwa dreimal so hoch wie ein Jahr zuvor. Der Bund erhöhte gleichzeitig seine Einlagen bei der Bundesbank per Saldo um 240 Mio DM: Die Konjunkturausgleichsrücklage wurde, wie beabsichtigt, um 500 Mio DM aufgestockt, die Sonderrücklage aus dem Erlös der ersten Tranche der Bildungsanleihe dagegen aufgelöst. Unter Berücksichtigung der Einnahmen aus Münzgutschriften von 259 Mio DM mußte der Bund also rd. 1 1/2 Mrd DM durch Kreditaufnahme finanzieren, und zwar – wie in diesem Monat üblich – zum guten Teil mit dem Buchkredit der Bundesbank, der – nach 0,5 Mrd DM Ende November – am Jahresende in Höhe von 1,7 Mrd DM und damit geringer als am Ende des Vorjahres (1,9 Mrd DM) beansprucht wurde. *Im Jahre 1971 insgesamt* ist damit beim Bund ein Kassendefizit von knapp 1 1/2 Mrd DM entstanden, verglichen mit einem Vorjahrsdefizit von 0,6 Mrd DM. Die Kasseneinnahmen haben im Jahre 1971 den Vorjahrsbetrag um rd. 11% übertroffen, die Kassenausgaben haben um rd. 12% zugenommen.

Öffentliche Verschuldung im November 1971

Die Verschuldung aller öffentlichen Haushalte (ohne Bundesbahn und Bundespost) dürfte im November des vergangenen Jahres um ungefähr 2 Mrd DM gewachsen sein und damit nicht so stark wie im gleichen Monat von 1970 (+ 2,7 Mrd DM). Während damals den größten Teil

Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts *)				
Position	Januar/November		November	
	1970	1971	1970	1971
	Mio DM			
Kassentransaktionen				
1) Eingänge	75 242	84 046	6 869	7 678
2) Ausgänge	75 325	83 951	8 698	8 975
3) Saldo der Ein- und Ausgänge	— 83	+ 95	— 1 829	— 1 297
4) Sondertransaktionen 1)	12	13	— 1	2
5) Kassenüberschuß (+) bzw. -defizit (—)	— 95	+ 82	— 1 828	— 1 299
Finanzierung				
1) Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) der Kassenmittel 2)	+ 1 499	+ 501	+ 7	— 390
2) Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) der Verschuldung, gesamt	+ 1 259	— 81	+ 1 825	+ 880
a) Buchkredite der Bundesbank	+ 39	— 1 417	+ 1 736	+ 498
b) Sonderkredite und Forderungen der Bundesbank	— 335	— 345	—	—
c) Schatzwechsel	—	—	—	—
d) Unverzinsliche Schatzanweisungen	— 636	—	—	—
e) Kassenobligationen	— 510	— 500	— 100	+ 310
f) Bundesschatzbriefe	+ 273	+ 820	+ 6	+ 70
g) Anleihen	+ 341	+ 110	— 68	— 35
h) Bankkredite	+ 1 861	+ 730	+ 228	— 2
i) Schuldbuchforderungen	— 176	— 187	—	—
k) Darlehen inländischer Nichtbanken	+ 589	+ 879	+ 30	+ 37
l) Sonstige Schulden	— 188	— 172	— 6	+ 2
3) Einnahmen aus Münzgutschriften	331	486	36	25
4) Saldo der Verrechnungen mit dem Lastenausgleichsfonds 3)	— 3	— 14	+ 27	— 5
5) Summe 1 — 2 — 3 + 4	— 95	+ 82	— 1 828	— 1 299
Nachrichtlich:				
Zunahme bzw. Abnahme gegenüber dem Vorjahr in %				
1) Eingänge	+ 4,4	+ 11,7	+ 7,7	+ 11,8
2) Ausgänge	+ 9,0	+ 11,5	+ 29,1	+ 3,2

* Bei den in dieser Tabelle nachgewiesenen Kassentransaktionen handelt es sich um die Ein- und Auszahlungen auf die bzw. von den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Sondervermögen). Von den Ergebnissen der amtlichen Finanzstatistik weichen die Kasseneingänge bzw. -ausgänge vor allem deshalb ab, weil sie nicht im Zeitpunkt ihrer haushaltsmäßigen Verbuchung, sondern im Zeitpunkt des effektiven Ein- und Ausgangs erfaßt werden. — 1 Vgl. Anmerkung 2 in Tab. VII, 8 im Statistischen Teil. — 2 Einlagen bei der Bundesbank und sonstige Guthaben. — 3 Aus der Weiterleitung der auf dem Konto der Bundeshauptkasse eingehenden Lastenausgleichsabgaben. — Differenzen in den Summen durch Runden.

der Schulden – nämlich netto 1,8 Mrd DM – der *Bund* aufgenommen hatte, beschaffte er sich im November 1971 nur Kredite in Höhe von netto 0,9 Mrd DM, darunter über den Buchkredit der Bundesbank 0,5 Mrd DM, 310 Mio DM durch Begebung von Kassenobligationen und 70 Mio DM aus dem weiteren Verkauf der Bundesschatzbriefe. Die übrige Verschuldung des Bundes blieb – bei nur geringen Bewegungen im einzelnen – per Saldo unverändert. Die Verpflichtungen der *übrigen Haushalte* stiegen dagegen im November 1971, hauptsächlich durch Kreditaufnahme bei Banken, etwas stärker als ein Jahr vorher (um gut 1 Mrd DM gegen 850 Mio DM).

Zahlungsbilanz

Im Warenhandel der Bundesrepublik mit dem Ausland fiel nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes der Exportüberschuß im *November* 1971 mit 0,9 Mrd DM um 600 Mio DM kleiner aus als im Oktober (1,5 Mrd DM). Auch nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse hat sich der Aktivsaldo der Handelsbilanz verringert (auf knapp 1,1 Mrd DM gegen 1,3 Mrd DM im Oktober), wobei den Ausschlag gab, daß die Exporte – wohl unter dem Einfluß der im November noch sehr unübersichtlichen internationalen Währungslage – um 3 % abgenommen haben. Im Bereich der sogenannten „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, d.h. im Dienstleistungsverkehr und bei den Übertragungen, hat sich das Defizit im November nach ersten Berechnungen auf 1,4 Mrd DM vergrößert gegen 1,3 Mrd DM im Oktober. Zwar ist der Fehlbetrag der Dienstleistungsbilanz infolge geringerer Ausgaben im Auslandsreiseverkehr auf 300 Mio DM zurückgegangen (Oktober: 430 Mio DM), doch ist diese Abnahme durch die Erhöhung des Passivsaldo der Übertragungsbilanz auf 1,1 Mrd DM (Oktober: 0,9 Mrd DM) mehr als wettgemacht worden. Bei gleich hohen Lohnüberweisungen der in der Bundesrepublik beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte (500 Mio DM) ging die Zunahme des Defizits der Übertragungsbilanz hauptsächlich auf vermehrte Ausgaben des Bundes an die Europäischen Gemeinschaften zurück. Für die gesamte Leistungsbilanz (Bilanz der laufenden Posten) ergab sich somit nach vorläufigen Berechnungen im November 1971 ein Passivsaldo von rund 470 Mio DM, verglichen mit einem Überschuß von gut 200 Mio DM im Oktober.

Im langfristigen Kapitalverkehr sind die Zuflüsse im November auf 115 Mio DM (netto) zurückgegangen gegenüber 675 Mio DM im Oktober. Die starke Abnahme ist um so bemerkenswerter, als das Ausland erheblich mehr deutsche festverzinsliche Wertpapiere gekauft hat als im Vormonat (netto 450 Mio DM gegen 40 Mio DM im Oktober). Der vermehrte Mittelzufluß durch ausländische Wertpapierkäufe ist aber durch zwei gegenläufige Bewegungen weit überkompensiert worden: Zum einen haben deutsche Wirtschaftsunternehmen, die im Oktober noch langfristige Auslandskredite im Betrage von 560 Mio DM (einschließlich der Refinanzierung von Schuldscheindarlehen im Ausland) hereingenommen hatten, im November Kredite abgedeckt (netto: 170 Mio DM). Zum anderen sind für neue Direktinvestitionen deutscher Firmen im Ausland im November 200 Mio DM ausgegeben worden, während im Vormonat praktisch keine Transaktionen dieser Art stattgefunden hatten.

Im kurzfristigen Kapitalverkehr haben inländische Wirtschaftsunternehmen im November erneut in relativ großem Umfang Finanzkredite zurückgezahlt (netto: 500 Mio DM). Von Anfang Juni bis Ende November 1971 sind damit kurzfristige Finanzkredite im Gesamtbetrag von 6,9 Mrd DM (netto) getilgt oder – in Höhe von 920 Mio DM – in langfristige Kredite umgewandelt worden. Den Geldabflüssen aus dem Unternehmensbereich wirkte im

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz *)				
Position	1971			1970
	Nov. p)	Okt. r)	Jan./Nov. p)	Jan./Nov.
	Mio DM			
A. Leistungsbilanz (Bilanz der laufenden Posten)				
Handelsbilanz				
Ausfuhr (fob)	11 051	11 814	123 575	112 692
Einfuhr (cif)	10 117	10 285	109 570	99 725
Saldo	+ 934	+ 1 529	+14 005	+12 967
Dienstleistungsbilanz	— 300	— 427	— 4 308	— 3 630
Einseitige Leistungen (Übertragungen)	— 1 100	— 891	—10 194	— 8 165
Saldo der Leistungsbilanz	— 466	+ 211	— 497	+ 1 172
B. Kapitalbilanz (Nettokapitalimport: +)				
Langfristiger Kapitalverkehr				
a) Kreditinstitute	+ 239	+ 116	+ 3 503	+ 1 246
b) Wirtschaftsunternehmen und private Haushalte	+ 38	+ 667	+ 3 562	— 2 691
c) Öffentliche Hand	— 162	— 108	— 1 856	— 2 205
Saldo	+ 115	+ 675	+ 5 209	— 3 650
Kurzfristiger Kapitalverkehr				
a) Kreditinstitute	+ 367	+ 125	— 6 400	+ 4 288
b) Wirtschaftsunternehmen	— 497	— 1 147	+ 680	+ 7 740
c) Öffentliche Hand	+ 341	+ 108	+ 1 783	+ 9
Saldo	+ 211	— 914	— 3 937	+12 037
Saldo der Kapitalbilanz	+ 326	— 239	+ 1 272	+ 8 387
C. Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen (A + B)	— 140	— 28	+ 775	+ 9 559
D. Saldo der statistisch nicht aufliegbaren Transaktionen (Restposten)	+ 651	+ 659	+13 518	+12 524
E. Saldo aller Transaktionen im Leistungs- und Kapitalverkehr (C + D)	+ 511	+ 631	+14 293	+22 083
F. Ausgleichsposten für zugeleitete Sonderziehungsrechte	—	—	+ 627	+ 738
G. Saldo der Devisenbilanz 1)	+ 511	+ 631	+14 920	+22 821
Nachrichtlich: Grundbilanz 2)	— 351	+ 886	+ 4 712	— 2 478

* Weitergehende Aufgliederung s. Tab. IX, 1 bis 8, im Statistischen Teil. — 1 Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank einschl. der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte. — 2 Saldo aus Leistungsbilanz und langfristigem Kapitalverkehr. — p Vorläufig. — r Revidiert.

November allerdings entgegen, daß deutsche Kreditinstitute durch ihre Dispositionen – vor allem durch den Abbau von Guthaben bei ausländischen Banken – einen Geldzustrom von rund 370 Mio DM verursachten. Außerdem kam es zu einem Nettokapitalimport der öffentlichen Hand in Höhe von 340 Mio DM, hauptsächlich dadurch, daß die Europäischen Gemeinschaften einen Teil der ihnen vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel in der Bundesrepublik stehen ließen (was in der Zahlungsbilanz wie ein Kapitalimport des Bundes behandelt wird). Auch über Veränderungen der Zahlungsziele im Außenhandel dürften im November kurzfristige Mittel aus dem Ausland zugeflossen sein. Jedenfalls wies der Restposten der Zahlungsbilanz, in dem sich derartige Verschiebungen der „terms of payment“ niederschlagen, einen Aktivsaldo von 650 Mio DM auf.

- 14 Im Gesamtergebnis schloß der Leistungs- und Kapitalverkehr der Bundesrepublik mit dem Ausland im November mit einem Überschuß von rund 500 Mio DM ab; um diesen Betrag erhöhten sich die Währungsreserven der Bundesbank.

In den drei ersten Bankwochen des *Dezember* haben die zentralen Währungsreserven durch laufende Transaktionen, insbesondere durch Dollaraufnahmen am Devisenkassamarkt und durch die Abwicklung von Terminkontrakten, um weitere 0,9 Mrd DM zugenommen. Da sich aber in der gleichen Zeit die Devisenposition der wöchentlich über ihren Auslandsstatus berichtenden Banken um 2,3 Mrd DM passivierte, ergab sich für die zusammengefaßte Position von Bundesbank und Kreditinstituten vom 1. bis 23. Dezember 1971 ein Defizit von 1,4 Mrd DM. Dieser Passivsaldo der „Erweiterten Devisenbilanz“ läßt vermuten, daß es bereits vor dem erfolgreichen Abschluß der Washingtoner Konferenz des Zehnerklubs zu weiteren größeren Geldabflüssen aus dem Unternehmensbereich ins Ausland gekommen ist; von besonderem Einfluß dürfte dabei gewesen sein, daß das sich anbahnende Realignment der Währungen der wichtigsten Industrieländer Ausländer bewogen hat, spekulative DM-Engagements aufzulösen.

Vermögensbildung und Anlagepolitik der Versicherungs- unternehmen seit 1965

Zur Ergänzung unserer laufenden Berichterstattung über Banken und Wertpapiermärkte wird im folgenden die neuere Entwicklung der Versicherungsunternehmen dargestellt. Obgleich die Versicherungen neben Banken und Bausparkassen sehr wichtige Kapitalsammelstellen und demgemäß bedeutende Kreditgeber für die Wirtschaft und die öffentliche Hand sind, stehen sie in dieser Hinsicht weniger im Blickfeld der Öffentlichkeit als Banken und Bausparkassen, deren Entwicklung sich an Hand der monatlichen Bankenstatistik laufend beobachten läßt. Versicherungen sind in der Bundesrepublik praktisch die einzigen Finanzinstitute, die statistisch nicht zu den Kreditinstituten zählen¹⁾.

Die folgenden Angaben über die Finanztransaktionen des Versicherungssektors reichen bis 1965 zurück. Über die noch weiter zurückliegende Zeit sind im Juni 1958 sowie im April 1965 in den Monatsberichten der Bundesbank Untersuchungen veröffentlicht worden. Die Zahlenangaben des nachfolgenden Berichts stammen durchweg aus den Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen (BAV). Die Angaben beziehen sich auf sämtliche „Individualversicherungen“, also auf die Lebensversicherungen, auf Pensions- und Sterbekassen, Krankenversicherungen, Schaden- und Unfallversicherungen sowie die Rückversicherungen, während die Sozialversicherungen, zu denen die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die Arbeitslosenversicherung, die gesetzliche Krankenversicherung und die gesetzliche Unfallversicherung rechnen, nicht in die Betrachtung einbezogen sind, zumal über sie regelmäßig berichtet wird.

Anzahl und Bedeutung der einzelnen Arten von Versicherungsunternehmen

Ende 1970 gab es in der Bundesrepublik rd. 7400 Versicherungsunternehmen, die unter Bundes- oder Landesaufsicht stehen. Die Zahl der Versicherungen ist damit fast ebenso groß wie die der Banken (rd. 8500). Mehr als die Hälfte der Versicherungsgesellschaften sind Schaden- und Unfallversicherungen, ein Viertel sind Sterbekassen, der Rest sind vor allem Lebensversicherungen und Krankenversicherungen. Allerdings ist die Mehrzahl der Versicherungsgesellschaften sehr klein, wie daraus hervorgeht, daß in der vierteljährlichen Statistik des BAV zwar nur 310 Unternehmen (= 4% aller Versicherungsunternehmen) erfaßt werden, die aber rd. 97% der Vermögensanlagen aller Versicherungen halten.

Die Bedeutung der einzelnen Versicherungszweige kann man einmal daran messen, welchen Anteil sie an den Beitragseinnahmen und Versicherungsleistungen der gesamten Versicherungswirtschaft haben. Legt man die Beitragseinnahmen zugrunde, dann steht die Gruppe der Schaden- und Unfallversicherungen mit 47% (Ende 1970) auf dem ersten Platz, gefolgt von der Gruppe der Lebensversicherungen mit 35% und in weitem Abstand von

1) Bausparkassen werden zwar z. Z. statistisch gleichfalls noch nicht in den Gesamtzahlen des Bankensystems erfaßt, doch berichten sie nach § 18 BBankG zur Bankenstatistik.

Beitragseinnahmen und Versicherungsleistungen der Versicherungsunternehmen

Zeit	Versicherungen insgesamt		Lebensversicherung 1)		Pensions- und Sterbekassen		Krankenversicherung		Schaden- und Unfallversicherung 1)	
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
Beitragseinnahmen										
1960	9 368	100	3 029	32,3	509	5,5	1 265	13,5	4 565	48,7
1965	16 820	100	5 777	34,4	763	4,5	2 297	13,6	7 984	47,5
1966	18 822	100	6 503	34,6	848	4,5	2 610	13,9	8 860	47,0
1967	20 353	100	6 987	34,3	831	4,1	2 875	14,1	9 660	47,5
1968	22 581	100	8 044	35,6	864	3,8	3 317	14,7	10 357	45,9
1969	24 848	100	8 826	35,5	948	3,8	3 695	14,9	11 380	45,8
1970	27 697	100	9 674	34,9	1 107	4,0	4 040	14,6	12 876	46,5
Versicherungsleistungen										
1960	4 059	100	887	21,9	246	6,1	849	20,9	2 076	51,1
1965	7 934	100	1 843	23,2	415	5,2	1 465	18,5	4 211	53,1
1966	9 169	100	2 088	22,8	468	5,1	1 699	18,5	4 914	53,6
1967	10 240	100	2 317	22,6	466	4,6	1 948	19,0	5 509	53,8
1968	11 177	100	2 822	25,3	515	4,6	2 132	19,1	5 708	51,0
1969	12 268	100	3 189	26,0	562	4,6	2 309	18,8	6 207	50,6
1970	14 754	100	3 529	23,9	678	4,6	2 587	17,5	7 961	54,0
Versicherungsleistungen in % der Beitragseinnahmen										
1960		43,3		29,3		48,3		67,1		45,5
1965		47,2		31,9		54,4		63,8		52,7
1966		48,7		32,1		55,2		65,1		55,5
1967		50,3		33,2		56,1		67,8		57,0
1968		49,5		35,1		59,6		64,3		55,1
1969		49,4		36,1		59,3		62,5		54,5
1970		53,3		36,5		61,3		64,0		61,8

Quelle: Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen. – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.
 1 Die Beitragseinnahmen und Versicherungsleistungen der Nebenzweige der Lebensversicherung wurden mangels detaillierter Angaben insgesamt

in die Zahlen der Schaden- und Unfallversicherung einbezogen, obwohl darin auch Krankenversicherungen enthalten sind. Die hierdurch bedingten Abweichungen dürften gering sein.

der Krankenversicherung (15%) sowie den Pensions- und Sterbekassen (4%). Die Anteile an den Versicherungsleistungen weichen hiervon etwas ab. Einzelheiten sind der Tabelle auf Seite 16 zu entnehmen.

Zum anderen aber kann man die relative Bedeutung der einzelnen Versicherungszweige auch an den Vermögensanlagen messen; hierüber informiert die Tabelle auf Seite 19). Die Reihenfolge ändert sich dann ganz beträchtlich, denn hier stehen die Lebensversicherungsunternehmen mit 61% (Ende 1970) eindeutig an der Spitze, während alle anderen Versicherungsgruppen erst in weitem Abstand folgen; sie werden angeführt von den Pensions- und Sterbekassen mit 16%, ihnen folgen die Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen mit 14%, die Krankenversicherungsunternehmen und die Rückversicherungsunternehmen mit je 5%.

Aus diesen beiden Betrachtungen geht bereits der wichtigste Unterschied hervor, der zwischen den verschiedenen Versicherungszweigen besteht. Auf der einen Seite stehen die Versicherungen, die ihren Versicherten neben einer Risikoversicherung Leistungen in der Zukunft versprechen. Um diese Versprechen erfüllen zu können, müssen sie die Beitragseinnahmen zum großen Teil dazu verwenden, Kapital anzusammeln. Dieses angesammelte Kapital stellt wirtschaftlich im wesentlichen Vermögen der Versicherten dar. Das gilt für die Lebensversicherungen und für die Pensions- und Sterbekassen. Die übrigen Versicherungssparten dagegen, deren Arbeitsgebiet die Schadensregulierung ist, sammeln nicht Kapital für ihre Versicherten an, weil sie diese ausschließlich gegen laufende Risiken versichern; ihre Versicherungsleistungen erbringen sie im Prinzip aus gleichzeitigen Einnahmen. Vermögen bilden sie nur als Puffer für zeitliche Divergenzen zwischen Einnahmen und Ausgaben. Unter dem Gesichtspunkt des Geld- und Kreditverkehrs sind die stärker kapitalbildenden Versicherungszweige naturgemäß die wichtigeren, denn die bei ihnen stattfindende Kapitalbildung erhöht das Angebot an langfristigen Krediten und die Nachfrage nach Wertpapieren.

Die Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen insgesamt

Die Vermögensanlagen der Versicherungswirtschaft als Gesamtheit haben sich von Ende 1964 bis Ende 1970, also innerhalb von sechs Jahren, auf rd. 87 Mrd DM etwa verdoppelt; sie sind bis Ende September 1971 weiter auf schätzungsweise 94 Mrd DM gestiegen. Nach der Statistik des Bundesaufsichtsamtes umfassen die Vermögensanlagen nur die langfristigen Aktiva der Versicherungsunternehmen; Geldmittel und selbst die auf längere Fristen bei Banken eingelegten Beträge (Ende 1970 zusammen rd. 2,6 Mrd DM) rechnen nicht zu den Vermögensanlagen, obwohl sie als Teil des Deckungsstocks der Versicherungen zugelassen werden können.

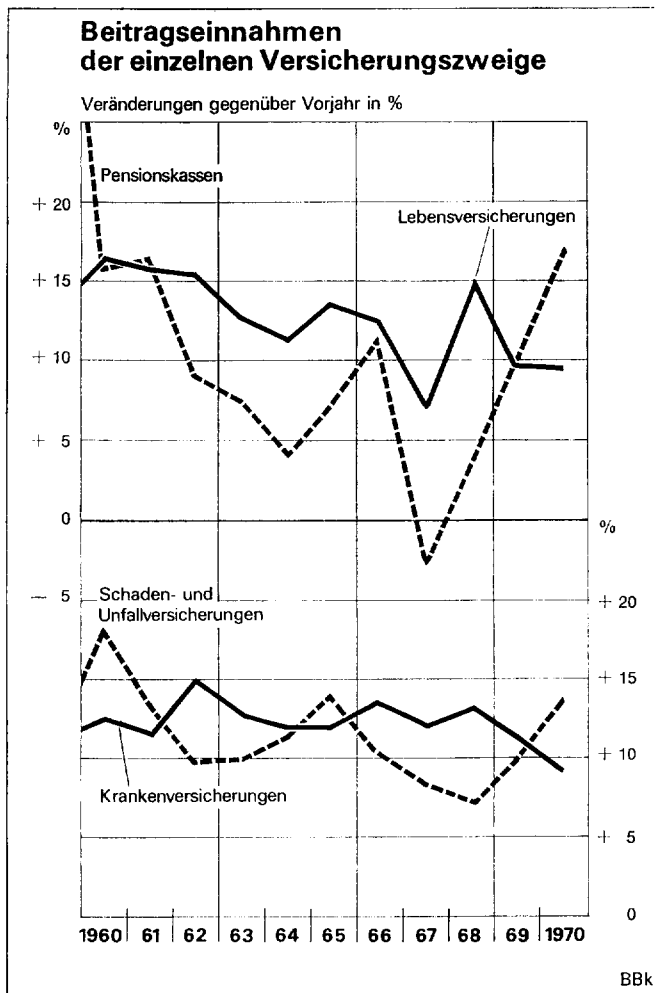
Andere Aktiva der Versicherungen schließlich werden in dieser Statistik des Bundesaufsichtsamtes nicht erfaßt, was den Vergleich mit anderen Finanzinstituten etwas beeinträchtigt. Gleichwohl lassen sich die Vermögensanlagen sämtlicher Versicherungen größenordnungsmäßig etwa wie folgt einordnen: Sie entsprechen rd. zwei Fünfteln des gesamten Spareinlagenbestandes bei allen Kreditinstituten, und sie sind gut doppelt so groß wie der Bestand an Bauspareinlagen bei den Bausparkassen (Ende 1970: rd. 41 Mrd DM). Das — hier, wie erwähnt, nicht mitgezählte — Vermögen der gesetzlichen Rentenversicherungen und der sonstigen Sozialversicherungszweige war mit schätzungsweise 42 Mrd DM zum genannten Zeitpunkt weit geringer als das der Versicherungswirtschaft. (Die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten arbeiten seit der Rentenreform im Jahre 1957 nach dem „Umlageverfahren“. Bei ihnen hat der Gesetzgeber bei der Neuregelung des Deckungsverfahrens im Jahre 1969 lediglich eine Rücklage in Höhe von drei Monatsausgaben zu Lasten der Versicherungsträger — Gesamtausgaben minus Einnahmen aus Bundeszuschüssen — als Mindestmaß vorgeschrieben; im Augenblick wird dieser Mindestbetrag tatsächlich noch erheblich überschritten.)

Die Relationen zu anderen Formen der Kapitalbildung sind ähnlich, wenn die Bestandsveränderungen im Verlauf der genannten sechs Jahre betrachtet werden. Von 1965 bis 1970 ist das Vermögen der Versicherungen um 43 Mrd DM oder um knapp zwei Fünftel des gleichzeitigen Spareinlagenwachstums bei Banken gewachsen. Das Versicherungsvermögen wuchs von 1965 bis 1970 nur um rd. ein Viertel weniger als der Betrag, für den die inländischen nichtfinanziellen Sektoren in dieser Zeit netto Wertpapiere erwarben. Von dem im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelten Gesamtbetrag der längerfristigen Geldanlage bei Kapital-sammelstellen sowie in der Form des Wertpapiererwerbs hat die Geldanlage bei Versicherungen im Durchschnitt der Jahre 1965 bis 1970 — bei relativ geringen Schwankungen von Jahr zu Jahr — etwa ein Siebtel betragen.

Bestimmend für die Entwicklung der Vermögensanlagen der Versicherungen sind grundsätzlich fünf Faktoren:

- Beitragseinnahmen,
- Versicherungsleistungen,
- Bewertungsänderungen des bestehenden Vermögens,
- Kapitalerträge und
- Kosten des Geschäftsbetriebes.

Das eigentlich dynamische Element bei der Vermögensbildung der Versicherungen bilden die *Beitragseinnahmen*. Im Prinzip ziehen höhere Beitragseinnahmen zwar früher oder später auch erhöhte Versicherungsleistungen nach sich, aber in der Regel verbleibt dabei den Versicherungen ein Nettovermögenszuwachs, denn die Leistungen steigen entweder erst mit großer zeitlicher Verzögerung, wenn auch mathematisch kalkulierbar (so bei



den Lebensversicherungen), oder sie steigen zwar alsbald, aber in wechselnder, mehr von Zufallsschwankungen beeinflusster Höhe (so bei den Schaden- und Unfallversicherungen). Im Falle der Schadenversicherung kann der Zusammenhang freilich auch umgekehrt sein, dann nämlich, wenn die Einnahmen die kostenbedingt wachsenden Ausgaben nicht mehr decken und deshalb Beitragserhöhungen erforderlich werden.

Früher wurde meist unterstellt, daß die Beitragseinnahmen der Versicherungen wegen ihrer vertraglichen Bindung zwangsläufig recht gleichmäßig wüchsen; das läßt sich zumindest in letzter Zeit nicht mehr ohne weiteres sagen. Wie das vorstehende Schaubild erkennen läßt, schwanken die Steigerungsraten der Beitragseinnahmen bei einigen Versicherungszweigen beträchtlich. Ganz besonders gilt das für die Schaden- und Unfallversicherungen, und hier vor allem für die Kfz.-Versicherung, deren Beitragssätze in jüngster Zeit mehrfach in großen Sprüngen erhöht wurden. Aber auch bei den Prämieeinnahmen der Lebensversicherungen sind deutliche Schwankungen zu erkennen, die z. T. auf gesetzliche Maßnahmen zurückgehen (Zulassung der „befreien“ Lebensversicherung an Stelle von Zwangsbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung), z. T. aber auch

mit konjunkturellen Einflüssen (starker Anstieg der Einkommen) zusammenhängen.

Auch die anderen der oben genannten Faktoren haben in den letzten Jahren den Vermögenszuwachs der Versicherungen fühlbar beeinflusst, wenngleich in nicht genau quantifizierbarer Weise. Was zunächst die *Versicherungsleistungen* angeht, so wachsen sie bei den Lebensversicherungen zwangsläufig prozentual schneller als die Beitragseinnahmen, sobald sich die Wachstumsrate der Beitragseinnahmen abflacht. Das ergibt sich aus der zeitlichen Verzögerung der Versicherungsleistungen gegenüber den Beitragsleistungen, die ihrerseits aber gerade die Basis der Kapitalbildung dieser Versicherungen ist. Bezogen auf die gleichzeitigen Beitragseinnahmen haben jedenfalls die Versicherungsleistungen der Lebensversicherungen laufend zugenommen: 1970 betragen sie 36,5%, während sie im Jahre 1960 erst 29,3% erreicht hatten (vgl. Tabelle auf Seite 16). Längerfristig gesehen wird sich dieser Prozentsatz zwar wohl nicht den sehr viel höheren Sätzen der anderen Versicherungen nähern (es sei denn, die Beitragseinnahmen würden zu wachsen aufhören oder gar zurückgehen), aber die Normallage ist sicher noch nicht erreicht. Die auch in anderen Bereichen der Geld- und Kreditstatistik beobachtete längere „Auffüllungsphase“ des langfristigen Geschäfts nach dem Einschnitt der Währungsreform ist bei den Lebensversicherungen wohl noch nicht zu Ende²⁾, zumal die z. T. inflatorisch bedingte laufende Zunahme der Geldeinkommen die Versicherten zwingt, immer größere individuelle Beiträge einzuzahlen, wenn sie den Realwert ihrer Ansprüche an die Lebensversicherung nicht sinken lassen wollen. Auch dieser laufend vergrößerten „Vorgabe“ folgen die Versicherungsleistungen nur allmählich, und die nominale Vermögensbildung der Versicherungen steigt. Umgekehrt aber hat der sehr starke Anstieg der Versicherungsleistungen in mehreren Versicherungssparten (Kfz, Einbruch, Feuer), der teils die Folge der Zunahme der Schadensfälle war, teils aber mit der – weitgehend ebenfalls inflatorisch bedingten – Erhöhung des Aufwands pro Schadensfall zusammenhängt, die Vermögensbildung der Versicherungen negativ beeinflusst. Daneben spielen naturgemäß auch *Bewertungsänderungen* eine Rolle, etwa indem durch Umschichtung von vorhandenem Grundbesitz stille Reserven realisiert oder wegen rückläufiger Kurse auf Wertpapiere Abschreibungen vorgenommen werden.

Die *Kapitalerträge* der Versicherungen haben bei den einzelnen Versicherungszweigen entsprechend ihrer unterschiedlichen „Kapitalintensität“ naturgemäß unterschiedliche Bedeutung; bei den Lebensversicherungen kann man sie grob auf etwa ein Drittel der Beitragseinnahmen schätzen. Bei den Pensionskassen, für die detaillierte Angaben verfügbar sind, machen sie etwa drei Viertel aus. In Perioden nominell hoher Zinsen – wie 1970 und 1971 – waren sie naturgemäß relativ hoch. Da die Versicherungsunternehmen ihr Vermögen überwie-

² Vgl. zum Begriff der Auffüllungsphase „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, 23. Jg., Nr. 4, April 1971, S. 31, Fußnote 4 und die dort zitierte Literatur. Danach wird beispielsweise bei Krediten vom Ende der „Auffüllungsphase“ gesprochen, wenn nicht nur die Neuausleihungen, sondern auch die Tilgungen ein „normales“ Niveau erreicht haben (d. h. bei gleichbleibendem Neuausleihungen der ausstehende Kreditbetrag nicht mehr zunehmen würde).

Die Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen *)

Zeit	Alle Versicherungsunternehmen		Lebensversicherungsunternehmen		Pensions- und Sterbekassen		Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen		Krankenversicherungsunternehmen		Rückversicherungsunternehmen	
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
Stand am Jahresende												
1960	25 791	100	14 401	55,8	4 985	19,3	4 167	16,2	926	3,6	1 311	5,1
1964	43 957	100	25 578	58,2	7 929	18,0	6 442	14,7	1 757	4,0	2 250	5,1
1965	49 304	100	29 017	58,8	8 690	17,6	7 285	14,8	1 957	4,0	2 355	4,8
1966	55 647	100	33 043	59,4	9 674	17,4	8 103	14,6	2 191	3,9	2 636	4,7
1967	62 604	100	37 718	60,2	10 537	16,9	8 907	14,2	2 491	4,0	2 951	4,7
1968	70 332	100	42 584	60,5	11 366	16,1	10 109	14,4	2 944	4,2	3 328	4,8
1969	78 720	100	47 949	60,9	12 467	15,9	11 177	14,2	3 483	4,4	3 644	4,6
1970	86 783	100	53 294	61,4	13 451	15,5	12 031	13,9	3 986	4,6	4 021	4,6
Zunahme im Jahr												
1965	5 348	100	3 439	64,3	761	14,2	843	15,8	200	3,7	105	2,0
1966	6 343	100	4 026	63,5	984	15,5	817	12,9	234	3,7	281	4,4
1967	6 973	100	4 674	67,0	864	12,4	805	11,6	315	4,5	315	4,5
1968	7 728	100	4 866	63,0	829	10,7	1 202	15,5	454	5,9	377	4,9
1969	8 388	100	5 365	64,0	1 101	13,1	1 068	12,7	538	6,4	316	3,8
1970	8 063	100	5 345	66,3	984	12,2	854	10,6	503	6,2	377	4,7
in % des Ausgangsstandes												
1965		12,2		13,4		9,6		13,1		11,4		4,7
1966		12,9		13,9		11,3		11,2		12,0		11,9
1967		12,5		14,1		8,9		9,9		14,4		12,0
1968		12,3		12,9		7,9		13,5		18,2		12,8
1969		11,9		12,6		9,7		10,6		18,3		9,5
1970		10,2		11,1		7,9		7,6		14,4		10,4

Quelle: Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

* Ohne Kassenbestände und Bankguthaben. — Die unter Landesaufsicht

stehenden kleineren Versicherungsunternehmen, die ihre Vermögensanlagen nur in dreijährigen Abständen melden, sind jeweils mit den letztbekanntesten Zahlen einbezogen.

20 gend langfristig angelegt haben, bedeutet das zugleich, daß die in solchen Hochzinsperioden getätigten Vermögensanlagen in der Regel auch nach dem Ende der Hochzinsperiode noch für eine mehr oder weniger lange Zeit, solange nämlich eine vorzeitige Kündigung des Schuldners ausgeschlossen ist, hohe Zinsen erbringen. Dieser Zusammenhang besteht natürlich in Perioden niedriger Zinsen auch umgekehrt, wenngleich dann vermutlich zunächst die kürzerfristigen Anlagen bevorzugt werden dürften, so daß jeweils rechtzeitig wieder auf höher verzinsliche Anlagen umdisponiert werden kann und im allgemeinen wohl eine relativ hohe Durchschnittsverzinsung erwirtschaftet wird.

Auf der anderen Seite treibt die laufende Steigerung von Löhnen, Preisen und Mieten den *Verwaltungsaufwand* der Versicherungen trotz aller Rationalisierungsbestrebungen in die Höhe, was umso mehr ins Gewicht fällt, je höher der Verwaltungskostenanteil am Gesamtgeschäft der einzelnen Versicherungszweige ist. Bei den Lebensversicherungen und noch mehr bei den Pensionskassen ist er ohne Zweifel erheblich kleiner als bei den Schadenversicherungen. Überschreiten die Kostensteigerungen das durch die Rationalisierung gedeckte Maß, sind Prämienanhebungen unvermeidlich.

Die Entwicklung der Vermögensanlagen bei den einzelnen Versicherungszweigen

Wie bereits eingangs erwähnt, stehen hinsichtlich der Vermögensbildung im Versicherungssektor die *Lebensversicherungen* an der Spitze. Auf sie entfielen in den Jahren 1965 bis 1970 allein knapp 28 Mrd DM oder rd. zwei Drittel der gesamten Vermögensbildung des Versicherungsgewerbes (rd. 43 Mrd DM). Der Anteil der Lebensversicherung am Vermögenszuwachs aller Versicherungen ist damit weiter gewachsen, und entsprechend nahm auch ihr Anteil am gesamten Vermögensbestand aller Versicherungsunternehmen weiter zu (seit Ende 1964 ziemlich kontinuierlich von 58 % auf gut 61 % Ende 1970). In den ersten drei Quartalen von 1971 wuchsen die Vermögensanlagen der Lebensversicherungen um fast 5 Mrd DM. Das war knapp ein Fünftel mehr als in der gleichen Zeit von 1970.

Die *Pensions- und Sterbekassen* bildeten von 1965 bis 1970 demgegenüber insgesamt 5½ Mrd DM Vermögen (rd. 13 % der gesamten Kapitalbildung aller Versicherungsunternehmen). Demzufolge hielten die Pensions- und Sterbekassen Ende 1970 nur noch 15,5 % des Vermögensbestandes aller Versicherungsunternehmen, verglichen mit 18 % Ende 1964 und gut 19 % Ende 1960. Wenn somit das Vermögen der Pensions- und Sterbekassen in den letzten Jahren schwächer gewachsen ist, so dürfte dabei einmal eine weiter unten erwähnte Wandlung der Versorgungspraxis der Unternehmen von Bedeutung gewesen sein. Zum anderen mag eine Rolle gespielt haben, daß das Bedürfnis oder die Notwendig-

keit, eine zusätzliche Altersversorgung auf betrieblicher Ebene einzurichten, weniger dringlich geworden ist, seitdem die Rentenreform von 1957 die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherungen verbessert hat und die Versicherungspflichtgrenze für Angestellte sukzessive heraufgesetzt und schließlich ganz abgeschafft wurde. Die Lebensversicherungen wurden hiervon weniger betroffen, weil, wie schon erwähnt, den Angestellten bei der schrittweisen Ausdehnung der Versicherungspflicht jeweils die Möglichkeit gegeben wurde, sich der Versicherungspflicht durch Abschluß einer befreienden Lebensversicherung zu entziehen. Von diesen besonderen Impulsen abgesehen, wirkt aber die Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung sicher tendenziell auch dem Wachstum der Lebensversicherung entgegen. Daß diese Tendenz sich nicht stärker bemerkbar machte, dürfte einmal mit dem Wachstum der Einkommen und dem Steigen des Lebensstandards zusammenhängen, die einen höheren Versicherungsschutz für den Einzelnen nicht nur wünschenswert, sondern auch finanziell möglich machten. Hinzu kam wohl auch, daß Unternehmen an Stelle der Einrichtung von Pensionskassen oder der Dotierung von Pensionsrückstellungen Direktlebensversicherungen zugunsten der Betriebsangehörigen abschlossen. Wichtiger dürfte aber sein, daß das Versicherungssparen nach wie vor großzügig steuerlich gefördert wird und daß diese Sparform von der Ende 1966 mit dem sog. Kumulierungsverbot ausgesprochenen Einschränkung der Sparförderung ausgenommen blieb. Schließlich hat das Versicherungssparen 1970 einen weiteren — allerdings erst ab 1971 finanziell wirksam gewordenen — Impuls dadurch erhalten, daß es in den Kreis der nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz begünstigten Sparformen aufgenommen worden ist³). Nach Äußerungen aus der Versicherungswirtschaft entfielen im Jahre 1971 45 % des Neugeschäfts der Lebensversicherungen auf „vermögenswirksame Leistungen“.

Die Vermögensanlagen der *Schaden- und Unfallversicherungen* erhöhten sich von 1965 bis Ende 1970 um insgesamt rd. 5,6 Mrd DM auf 12 Mrd DM oder 14 % des Vermögensbestandes aller Versicherungsunternehmen. Die Vermögensbestände dieses Versicherungszweiges sind somit zwar relativ niedrig, was durch das eingangs schon erörterte andersgeartete Geschäft dieser Versicherungssparte bedingt ist, aber dem absoluten Betrag nach sind sie ebenfalls keineswegs unbedeutend. In dem hier betrachteten Zeitraum haben die Zugänge zu den Vermögensanlagen dieses Versicherungszweiges stark geschwankt, im wesentlichen wohl als Folge des unterschiedlichen Schadensanfalls in den einzelnen Jahren, wobei 1970 in dieser Hinsicht ein besonders ungünstiges Jahr war. Nach Angaben des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen waren vor allem die Feuerversicherung, die Einbruchdiebstahl- und die Kraftfahrzeugversicherung 1970 mit einer beträchtlichen Schadensteigerung gegenüber dem Vorjahr belastet, die teilweise zu erheblichen technischen Ver-

³ Nach diesem Gesetz, das am 27. Juni 1970 verkündet wurde, werden sog. vermögenswirksame Leistungen von Arbeitnehmern, deren steuerpflichtiges Einkommen DM 24 000 (bzw. DM 48 000 bei Verheirateten) jährlich nicht übersteigt, bis zum Höchstbetrag von DM 624 jährlich durch Gewährung einer 30 %igen Sparzulage gefördert. Sie beträgt 40 %, wenn der Arbeitnehmer einen Kinderfreibetrag für drei oder mehr Kinder erhält.

Die Zusammensetzung der Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen *)

Zeit	Insgesamt		Hypothekenforderungen 1)		Schuldscheinforderungen und Darlehen 2)		Wertpapiere und Beteiligungen		Grundstücke		Schuldbuchforderungen 3)	
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
Alle Versicherungsunternehmen												
Stand Ende												
1964	43 957	100	7 808	17,8	14 000	31,9	12 277	27,9	5 184	11,8	4 687	10,6
1970	86 783	100	17 862	20,6	29 361	33,8	23 909	27,6	11 494	13,2	4 157	4,8
Veränderung												
1965	+ 5 348	100	+ 1 518	28,4	+ 1 756	32,9	+ 992	18,5	+ 1 046	19,5	+ 36	0,7
1966	+ 6 343	100	+ 1 910	30,1	+ 2 352	37,1	+ 1 273	20,1	+ 940	14,8	— 132	— 2,1
1967	+ 6 973	100	+ 1 621	23,3	+ 2 314	33,2	+ 2 155	30,9	+ 1 014	14,5	— 132	— 1,9
1968	+ 7 728	100	+ 1 491	19,3	+ 1 833	23,7	+ 3 676	47,6	+ 865	11,2	— 138	— 1,8
1969	+ 8 388	100	+ 1 576	18,8	+ 2 830	33,7	+ 2 981	35,5	+ 1 165	13,9	— 163	— 1,9
1970	+ 8 063	100	+ 1 941	24,1	+ 4 279	53,1	+ 561	6,9	+ 1 284	15,9	— 1	— 0,0
Insgesamt	+42 843	100	+10 057	23,4	+15 364	35,9	+11 638	27,2	+ 6 314	14,7	— 530	— 1,2
darunter: Lebensversicherungsunternehmen												
Stand Ende												
1964	25 578	100	6 347	24,8	9 370	36,7	4 901	19,1	2 928	11,5	2 033	7,9
1970	53 294	100	14 603	27,4	19 713	37,0	10 328	19,4	6 840	12,8	1 811	3,4
Veränderung												
1965	+ 3 439	100	+ 1 295	37,7	+ 1 121	32,6	+ 402	11,7	+ 599	17,4	+ 22	0,6
1966	+ 4 026	100	+ 1 551	38,5	+ 1 519	37,7	+ 464	11,5	+ 567	14,1	— 75	— 1,8
1967	+ 4 674	100	+ 1 334	28,6	+ 1 488	31,8	+ 1 267	27,1	+ 653	14,0	— 69	— 1,5
1968	+ 4 866	100	+ 1 215	25,0	+ 1 260	25,9	+ 1 897	39,0	+ 540	11,1	— 46	— 1,0
1969	+ 5 365	100	+ 1 296	24,1	+ 1 870	34,9	+ 1 498	27,9	+ 765	14,3	— 63	— 1,2
1970	+ 5 345	100	+ 1 564	29,3	+ 3 085	57,7	— 100	— 1,9	+ 787	14,7	+ 9	0,2
Insgesamt	+27 715	100	+ 8 255	29,8	+10 343	37,3	+ 5 428	19,6	+ 3 911	14,1	— 222	— 0,8
Pensions- und Sterbekassen												
Stand Ende												
1964	7 929	100	1 114	14,1	2 588	32,6	1 577	19,9	700	8,8	1 949	24,6
1970	13 451	100	2 590	19,3	4 289	31,9	3 334	24,8	1 514	11,2	1 725	12,8
Veränderung												
1965	+ 761	100	+ 148	19,4	+ 352	46,3	+ 103	13,5	+ 151	19,8	+ 8	1,0
1966	+ 984	100	+ 286	29,1	+ 343	34,9	+ 245	24,9	+ 133	13,5	— 22	— 2,4
1967	+ 864	100	+ 229	26,5	+ 336	38,9	+ 212	24,5	+ 125	14,5	— 39	— 4,4
1968	+ 829	100	+ 240	28,9	+ 88	10,6	+ 446	53,8	+ 130	15,7	— 74	— 9,0
1969	+ 1 101	100	+ 247	22,4	+ 319	29,0	+ 469	42,6	+ 129	11,7	— 63	— 5,7
1970	+ 984	100	+ 326	33,2	+ 263	26,7	+ 282	28,7	+ 146	14,8	— 34	— 3,4
Insgesamt	+ 5 523	100	+ 1 476	26,7	+ 1 701	30,8	+ 1 757	31,8	+ 814	14,7	— 224	— 4,0
Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen												
Stand Ende												
1964	6 442	100	262	4,1	1 073	16,6	3 570	55,5	1 143	17,7	395	6,1
1970	12 031	100	474	3,9	2 624	21,8	6 390	53,1	2 172	18,1	372	3,1
Veränderung												
1965	+ 843	100	+ 31	3,6	+ 225	26,6	+ 357	42,4	+ 222	26,3	+ 9	1,1
1966	+ 817	100	+ 42	5,1	+ 288	35,3	+ 326	39,9	+ 172	21,0	— 11	— 1,3
1967	+ 805	100	+ 31	3,9	+ 186	23,1	+ 455	56,5	+ 149	18,5	— 16	— 2,0
1968	+ 1 202	100	+ 28	2,3	+ 201	16,8	+ 866	72,0	+ 117	9,8	— 11	— 0,9
1969	+ 1 068	100	+ 34	3,1	+ 267	25,1	+ 610	57,2	+ 170	15,9	— 14	— 1,3
1970	+ 854	100	+ 46	5,4	+ 383	44,8	+ 207	24,2	+ 200	23,4	+ 19	2,2
Insgesamt	+ 5 589	100	+ 212	3,8	+ 1 550	27,7	+ 2 821	50,5	+ 1 030	18,4	— 24	— 0,4

Quelle: Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
 * Ohne Kassenbestände und Bankguthaben. — Die unter Landesaufsicht stehenden kleineren Versicherungsvereine, die ihre Vermögensanlagen nur in dreijährigen Abständen melden, sind jeweils mit den letztbekann-

ten Zahlen einbezogen. — 1 Einschl. Grund- und Rentenschuldbuchforderungen. — 2 Einschl. Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sowie Darlehen der Pensionskassen an beteiligte Unternehmen. — 3 Im wesentlichen Ausgleichsforderungen.

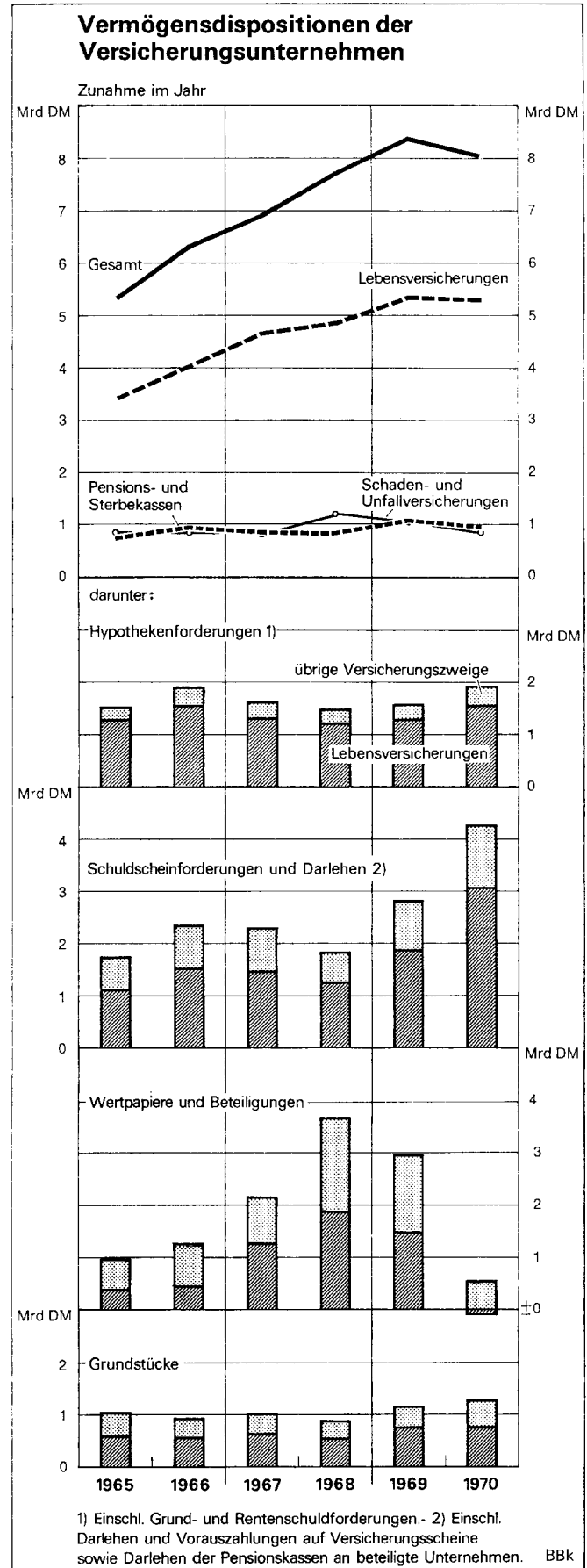
lusten führte. Für die Kraftfahrzeugversicherung dürfte die zweimalige Prämienanhebung ab 1. Januar 1971 und ab 1. August 1971 eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Beitragseinnahmen und Versicherungsleistungen gebracht haben.

Die Vermögensanlagen der *Kranken-* und der *Rückversicherungsunternehmen* schließlich sind seit 1965 um $2\frac{1}{4}$ bzw. $1\frac{3}{4}$ Mrd DM gewachsen. Verglichen mit dem Stand von Ende 1964 hat sich der Anteil der Krankenversicherungen am Vermögensbestand aller Versicherungen deutlich – von 4,0 auf 4,6% – erhöht, während der der Rückversicherer von 5,1 auf 4,6% gefallen ist. Dem absoluten Betrage nach handelt es sich in beiden Fällen um eine Vermögenssumme von rd. 4 Mrd DM (Ende 1970).

Die Vermögensdispositionen der Versicherungen

Unter den Vermögensanlagen der gesamten Versicherungswirtschaft im Betrag von 87 Mrd DM Ende 1970 (wie erwähnt ohne ihre Geldmittel und Bankeinlagen) machten *Schuldscheinforderungen* und *Darlehen* mit 29,4 Mrd DM oder ziemlich genau einem Drittel des Gesamtbestandes den größten Einzelposten aus. An zweiter und dritter Stelle folgen *Hypothekendarstellungen*, auf die 17,9 Mrd DM (21%) entfielen, und festverzinsliche Wertpapiere mit rd. 17 Mrd DM (19%). Neben den Geldforderungen wurden die „Sachwerte“ in Form von Aktien, Beteiligungen und Grundstücken mit rd. 18 Mrd DM bewertet. Zu den Vermögensanlagen der Versicherungen gehören schließlich auch die *Ausgleichsforderungen* aus der Währungsreform von 1948, die in den ersten Jahren nach der Währungsreform von großer Bedeutung waren, inzwischen aber infolge der Ausweitung des Geschäfts auf nur noch 5% der gesamten Vermögensanlagen Ende 1970 zurückgefallen sind.

Die Struktur der Vermögensanlagen der Versicherungswirtschaft wird naturgemäß zu einem guten Teil von den auf diesem Felde dominierenden *Lebensversicherungen* bestimmt. Die *Lebensversicherungsunternehmen* besitzen aber weit mehr *Hypotheken-* und *Schuldscheinforderungen* als *Wertpapiere* und *Beteiligungen*, während die *Schaden-* und *Unfallversicherungen* umgekehrt rd. die Hälfte ihres Vermögens in festverzinslichen Wertpapieren angelegt haben, dagegen *Hypotheken-* und *Schuldscheinforderungen* nur in geringerem Maße halten. Die Gründe für diese Unterschiede sind offensichtlich: Die *Schaden-* und *Unfallversicherungen* können ihren zukünftigen Geldbedarf weniger genau vorausberechnen als die *Lebensversicherungen*, und sie müssen auch mit einem sehr viel kürzeren Zeithorizont operieren und deshalb auf eine höhere *Fungibilität* ihrer Vermögensanlagen achten. Der höhere *Liquiditätsgrad* der Vermögensanlagen von *Schaden-* und *Unfallversicherungen* kommt auch in ihren *Geldbeständen* und *Bankeinlagen* zum Ausdruck, die Ende 1970 8% aller Vermögensanlagen ent-



sprachen, dagegen bei den Lebensversicherungen nur 1,5%. Nicht ganz in dieses Bild höheren Liquiditätsbedarfs fügt sich die Tatsache, daß die Schaden- und Unfallversicherungen einen erheblich höheren Anteil ihres Vermögens in Grundstücken angelegt haben als die Lebensversicherungen. Möglicherweise handelt es sich dabei aber größtenteils um eigengenutzte Geschäftsgrundstücke, die in diesem relativ verwaltungsintensiven Versicherungszweig eine – gemessen am Gesamtvermögen – größere Rolle spielen.

Die Zusammensetzung des Versicherungsvermögens hat sich in den letzten sechs Jahren, insgesamt gesehen, nicht sehr stark geändert, wenn man von dem schon erwähnten Rückgang der Bedeutung der Ausgleichsforderungen absieht. Bemerkenswert ist jedoch, daß das Interesse der Versicherungen an festverzinslichen Papieren merklich zurückgegangen ist, während vor allem Grundstücke und Hypothekenforderungen als Vermögensanlage in den letzten sechs Jahren stärker bevorzugt worden sind. In den einzelnen Jahren haben die Versicherungen allerdings ganz unterschiedlich disponiert. Besonders die Veränderung ihres Wertpapierbestandes hat von Jahr zu Jahr stark geschwankt; dabei lassen sich freilich die durch Kursverluste bedingten Abschreibungen auf den Wertpapierbestand und die speziell zwecks Vermeidung solcher Abschreibungen vorgenommenen Dispositionen (hierunter insbesondere die Umwandlung von Inhaberschuldverschreibungen in als Darlehen auszuweisende Namensschuldverschreibungen, im Jahre 1970 allein im Betrage von rd. 1/2 Mrd DM) nicht exakt von den sich aus Käufen und Verkäufen ergebenden Bestandsänderungen trennen. Beide Arten von Bestandsänderungen unterliegen wohl den gleichen Einflüssen: Steigen die Zinssätze, so werden die Versicherungen den Kauf von Wertpapieren scheuen, denn sie befürchten dann Kursverluste; parallel dazu müssen u. U. Abschreibungen auf die vorhandenen Wertpapierbestände vorgenommen werden. Umgekehrt entfällt die Notwendigkeit von Abschreibungen, wenn die Zinsen sinken, und gleichzeitig wächst die Bereitschaft, Wertpapiere zu erwerben. Spiegelbildlich zur Neigung oder Abneigung, Rentenwerte zu kaufen – deren Buchwert eben vom Zins beeinflusst wird – sinkt oder steigt naturgemäß die Bereitschaft der Versicherungen, Vermögensanlagen zu erwerben, die unabhängig von der Zinshöhe stets zum Nennwert bilanziert werden können. Das kam in den Hochzinsperioden 1966 und 1970 jeweils deutlich sowohl den Hypothekenforderungen als auch den Schuldscheinforderungen und Darlehen zugute (vgl. Tabelle auf Seite 21). Diese Beobachtung trifft für alle Versicherungszweige zu. Die Geldbestände und die Bankeinlagen der Versicherungen blieben von diesen durch Zinserwartungen beeinflussten Änderungen in den Vermögensdispositionen der Versicherungen aber praktisch unberührt, wenn man es nicht auf eine „Ökonomisierung“ der Kassenhaltung zurückführen will, daß diese liquidesten Anlagen der Versicherungen von Ende 1966

– vorher wurden sie nur teilweise erfaßt – bis Ende 1970 nur ganz langsam von 2 auf gut 2 1/2 Mrd DM gewachsen sind.

Wie die Versicherungen in ihren Vermögensdispositionen auf den verstärkten Preisanstieg der letzten Zeit reagiert haben, läßt sich noch nicht eindeutig beurteilen. Offensichtlich ist aber, daß sie – wie schon 1965, als die Preise gleichfalls stärker stiegen – einen relativ größeren Teil ihres Vermögens in Grundstücken angelegt haben. Auch andere Sachwerte wie Beteiligungen und in schwächerem Maße Aktien sind neuerdings deutlich bevorzugt worden.

Der Rahmen, innerhalb dessen die Versicherungen über ihr Vermögen disponieren können, ist in den Vermögensanlagebestimmungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und in den dazu ergangenen aufsichtsbehördlichen Richtlinien festgelegt. Dabei sind viele Anlageentscheidungen der Versicherungen gesetzlich der vorherigen Genehmigung durch das Versicherungsaufsichtsamt unterworfen, was allerdings die Beweglichkeit der Versicherungen insofern nicht übermäßig einschränkt, als das Amt zu erkennen gibt, unter welchen Voraussetzungen es Genehmigungen erteilt. Für bestimmte Anlagearten gelten Höchstgrenzen. So dürfen beispielsweise nicht mehr als 25% des Deckungsstockvermögens der Versicherungsunternehmen in Grundstücken und nicht mehr als 15% in Aktien und Investmentzertifikaten angelegt werden. Höchstens 20% des insgesamt zulässigen Aktienbestandes dürfen ausländische Aktien sein. In der z.Z. in Vorbereitung befindlichen Novelle zum Versicherungsaufsichtsgesetz ist vorgesehen, den für Aktien und Investmentzertifikate (ohne Rentenfondszertifikate) zulässigen Anlagerahmen auf 20% des Deckungsstockvermögens und auf 25% des übrigen gebundenen Vermögens zu erweitern. DM-Auslandsanleihen sollen künftig bis zu höchstens 5% des sog. gebundenen Vermögens⁴) und bis zu höchstens 10% der insgesamt für das gebundene Vermögen erworbenen Wertpapiere gekauft werden dürfen. Nur unter besonders erschwerten Bedingungen dürfen Beteiligungen, insbesondere Beteiligungen an Versicherungsunternehmen, erworben werden; die letzteren dürfen grundsätzlich nur aus dem „restlichen“, also dem nicht gebundenen Vermögen, finanziert werden.

Die einzelnen Formen der Vermögensanlage

Die Bestände der Versicherungsunternehmen an *Schuldscheinforderungen und Darlehen* haben sich von 14,0 Mrd DM (Ende 1964) auf 29,4 Mrd DM (Ende 1970) erhöht und damit mehr als verdoppelt. Schuldscheindarlehen brauchen, wie erwähnt, auch bei Erhöhungen des Marktinzinses nicht abgeschrieben zu werden, und sie verursachen dem Kreditnehmer wenig Kosten, so daß er dafür einen höheren Zins als für Schuldverschreibungen zahlen kann. Sie sind aber andererseits naturgemäß

⁴ Zum gebundenen Vermögen gehören der Deckungsstock (d. s. die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechneten Beträge, die vom Versicherungsunternehmen zur Erfüllung der zu erwartenden Versicherungsansprüche aufzusparen sind) sowie die von der Aufsichtsbehörde „zur Wahrung der Belange der Versicherten“ darüber hinaus angeordneten Beträge (sog. übriges gebundenes Vermögen).

Die Vermögensanlagen der größeren Versicherungsunternehmen in Schuldscheinforderungen und Darlehen

Zeit	Insgesamt		davon Darlehen an											
			Wirtschaftsunternehmen und Kreditinstitute						Öffentliche Stellen 2)		sonstige Darlehensnehmer 3)			
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
Alle erfaßten Versicherungsunternehmen 4)														
Stand Ende														
1964	13 848	100	9 644	69,6	6 468	46,7	1 343	9,7	1 833	13,2	3 188	23,0	1 016	7,3
1970	28 965	100	19 245	66,4	7 616	26,3	1 954	6,7	9 675	33,4	7 390	25,5	2 330	8,0
Veränderung														
1965	+1 748	100	+1 082	61,9	+ 317	18,1	+ 127	7,3	+ 638	36,5	+ 569	32,6	+ 97	5,5
1966	+2 294	100	+1 409	61,4	+ 273	11,9	+ 68	3,0	+1 068	46,6	+ 676	29,5	+ 209	9,1
1967	+2 289	100	+1 404	61,3	+ 446	19,5	+ 116	5,1	+ 842	36,7	+ 752	32,8	+ 134	5,9
1968	+1 852	100	+1 035	55,9	+ 265	14,3	+ 100	5,4	+ 670	36,2	+ 625	33,7	+ 192	10,4
1969	+2 815	100	+1 648	58,5	+ 77	2,7	+ 112	4,0	+1 459	51,8	+ 901	32,0	+ 265	9,4
1970	+4 122	100	+3 025	73,4	— 230	— 5,6	+ 89	2,2	+3 166	76,8	+ 680	16,5	+ 417	10,1
darunter: Lebensversicherungsunternehmen														
Stand Ende														
1964	9 370	100	6 436	68,7	4 393	46,9	880	9,4	1 163	12,4	2 181	23,3	753	8,0
1970	19 713	100	12 967	65,8	4 921	25,0	1 316	6,7	6 730	34,1	4 881	24,8	1 865	9,5
Veränderung														
1965	+1 121	100	+ 643	57,4	+ 127	11,3	+ 86	7,7	+ 430	38,4	+ 389	34,7	+ 89	7,9
1966	+1 519	100	+ 957	63,0	+ 123	8,1	+ 58	3,8	+ 776	51,1	+ 437	28,8	+ 124	8,2
1967	+1 488	100	+ 836	56,2	+ 261	17,5	+ 93	6,3	+ 482	32,4	+ 536	36,0	+ 116	7,8
1968	+1 260	100	+ 639	50,7	+ 146	11,6	+ 64	5,1	+ 429	34,0	+ 406	32,2	+ 215	17,1
1969	+1 870	100	+1 110	59,4	+ 7	0,4	+ 59	3,2	+1 044	55,8	+ 551	29,5	+ 209	11,1
1970	+3 085	100	+2 345	76,0	— 136	— 4,4	+ 76	2,5	+2 405	78,0	+ 381	12,4	+ 359	11,6
Pensionskassen														
Stand Ende														
1964	2 489	100	1 746	70,1	1 135	45,6	291	11,7	320	12,9	593	23,8	150	6,0
1970	3 961	100	2 584	65,2	1 479	37,3	333	8,4	772	19,5	1 060	26,8	317	8,0
Veränderung														
1965	+ 348	100	+ 232	66,7	+ 122	35,1	+ 30	8,6	+ 80	23,0	+ 97	27,9	+ 19	5,4
1966	+ 305	100	+ 138	45,3	+ 75	24,6	— 3	— 0,9	+ 66	21,6	+ 95	31,1	+ 72	23,6
1967	+ 330	100	+ 197	59,7	+ 88	26,7	+ 2	0,6	+ 107	32,4	+ 114	34,5	+ 19	5,7
1968	+ 85	100	+ 70	82,4	+ 39	45,9	+ 21	24,7	+ 10	11,8	+ 41	48,2	— 26	— 30,6
1969	+ 302	100	+ 168	55,7	+ 99	32,8	— 3	— 1,0	+ 72	23,9	+ 84	27,8	+ 50	16,6
1970	+ 100	100	+ 32	32,0	— 80	— 80,0	— 5	— 5,0	+ 117	117,0	+ 36	36,0	+ 32	32,0

Quelle: Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
1 Unternehmen privater Rechtsform in öffentlichem Besitz. — **2** Gebietskörperschaften, Bundesbahn und Bundespost sowie sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts (ohne öffentlich-rechtliche Kreditinstitute). — **3** Einschl. Darlehen auf Versicherungsscheine, die sich nicht nach Kreditnehmern aufgliedern lassen. — **4** Alle vierteljährlich berichtenden Ver-

sicherungsunternehmen (alle Lebens- und Rückversicherungsunternehmen sowie die größeren Schaden-, Unfall- und Krankenversicherungen) und die jährlich berichtenden Pensionskassen. Die hier erfaßten Unternehmen (Ende 1970: 464) verwalten fast 99 % der Schuldscheinforderungen und Darlehen der in die Vermögensanlagenstatistik des BAV einbezogenen Versicherungsunternehmen.

weniger „liquide“ als etwa börsengängige Werte und eröffnen als Pendant zur „Abschreibungsfreiheit“ auch keine Kurschancen „nach oben“. Die insgesamt gesehen relativ stetige Entwicklung der Bestände an Schuldscheinforderungen und Darlehen der Versicherungen – ihr Anteil von rd. einem Drittel an den gesamten Vermögensanlagen hat sich innerhalb der hier betrachteten sechs Jahre kaum verändert – läßt auf den ersten Blick nicht vermuten, daß sich in diesem Bereich ein starker Wandel vollzogen hat. Waren nämlich bis Ende 1964 die Versicherungen mit diesen Darlehen verhältnismäßig weit in das direkte Kreditgeschäft mit der Industrie eingedrungen, so hat dieser Teil ihres Geschäfts seitdem annähernd stagniert. In den letzten sechs Jahren entfällt dafür der weit überwiegende Teil des Wachstums der Schuldscheinforderungen auf Kredite an Banken (vgl. Tabelle auf Seite 24), und zwar sind die Mittel in erster Linie den Realkreditinstituten, in zweiter Linie den Girozentralen und schließlich auch den Kreditinstituten mit Sonderaufgaben zur Verfügung gestellt worden.

Die Tendenz zu dieser Richtungsänderung bei den Ausleihungen der Versicherungen war schon in den Jahren 1965 bis 1968 erkennbar; 1969 und vor allem 1970 hat sie sich aber noch erheblich verstärkt. Drei Viertel der Veränderung der Darlehensbestände entfielen 1970 auf Darlehen an Kreditinstitute, während die entsprechenden Forderungen an private Unternehmen zurückgingen. Sicher haben dabei die speziellen Umstände des Jahres 1970 eine große Rolle gespielt: Die Liquiditätsbeengung der Banken trieb den Zins für Termingelder, den die Banken zu zahlen bereit waren, in die Höhe; die inländischen Nichtbanken, die anders als Banken nicht durch Mindestreservevorschriften an der Geldaufnahme im Ausland gehindert wurden, wichen auf ausländische Kredite aus; vor allem aber hat der verschärfte Wettbewerb unter den Banken die Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen im langfristigen Geschäft stark verengt, so daß die Versicherungen bei Direktausleihungen an die Industrie – anders als früher – wohl kaum noch wesentlich bessere Konditionen als bei Banken erzielen konnten.

Die Vermögensanlage der Versicherungsunternehmen in *inländischen festverzinslichen Wertpapieren*, die den wichtigsten Teil ihrer gesamten Wertpapieranlagen bildet, hat – wie schon dargelegt – in den letzten Jahren starke Schwankungen erfahren. 1968 hat sie ein Rekordniveau erreicht, während 1970 die von den Versicherungen ausgewiesenen Bestände an inländischen Rentenwerten sogar um 600 Mio DM zurückgegangen sind. Von dem gesamten Netto-Absatz an inländischen Rentenwerten der Jahre 1965 bis 1970 in Höhe von rd. 76 Mrd DM (zu Kurswerten gerechnet) haben die Versicherungsunternehmen schätzungsweise⁵⁾ 7 Mrd DM oder fast ein Zehntel übernommen. Andere inländische Nichtbanken haben in dieser Zeit rd. viermal soviel, die Banken sogar etwa sechsmal soviel inländische Rentenwerte erworben

wie die Versicherungswirtschaft. Über die Zusammensetzung der Rentenbestände liegen nur für die Lebens- und Rückversicherungsunternehmen sowie für die größeren Schaden- und Unfallversicherungen über den gesamten Zeitraum Zahlenangaben vor (vgl. Tabelle auf Seite 26). Danach entfielen Ende 1970 rd. vier Fünftel auf Bankschuldverschreibungen (Ende 1964: 70%).

Unter den übrigen Wertpapierbeständen dieser Versicherungen haben die inländischen *Aktien* das größte Gewicht; auf sie entfällt ein Fünftel der gesamten Wertpapieranlagen oder rd. 5% ihrer Vermögensanlagen. Auch der Aktienwerb der Versicherungen hat geschwankt, zwar nicht ganz so stark wie der der festverzinslichen Papiere, aber doch weitgehend parallel zu ihm. 1970 kauften die Versicherungen weniger Aktien als in den beiden Jahren davor, aber ein genaueres Bild läßt sich angesichts des Fehlens von Angaben über die Höhe der Abschreibungen nicht gewinnen. Bemerkenswert ist, daß die Versicherungen neuerdings in verstärktem Maße *Beteiligungen* erworben haben. Zwar betrug der gesamte Beteiligungsbestand der genannten Versicherungen auch Ende 1970 erst 1,7 Mrd DM oder rd. 2,5% ihrer Vermögensanlagen, aber fast ein Viertel davon ist erst im Jahre 1970 erworben worden. Weniger als die Hälfte des Gesamtbetrages entfällt dabei auf Beteiligungen an Versicherungen, ebenso groß sind die Beteiligungen an branchenfremden Unternehmen. Erwähnt sei schließlich, daß Versicherungen in den letzten Jahren zeitweilig auch in größerem Umfang ausländische Wertpapiere und Beteiligungen gekauft haben; innerhalb ihrer gesamten Anlagen spielen diese Vermögenswerte aber nach wie vor nur eine geringe Rolle.

Die *Hypothekentforderungen* (einschließlich der Grund- und Rentenschuldforderungen) der Versicherungsunternehmen haben sich seit 1965 um 10 Mrd DM erhöht. Ihr Anteil am Vermögensbestand der Versicherungen hat in den vergangenen Jahren von rd. 18% auf knapp 21% zugenommen. Besonders stark haben die Hypothekenausleihungen in den Jahren 1965 und 1966 sowie im Jahre 1970 zugenommen, also in den Jahren nominell hoher Zinsen. Wie bereits dargelegt wurde, werden in solchen Zeiten Darlehen oder Hypothekentforderungen als Alternative zu den mit Kursrisiken behafteten Wertpapieren interessant – jedenfalls solange, wie noch mit einem weiteren Zinsanstieg gerechnet wird. Hinzu kommt, daß die Versicherungen weniger als ihre Mitbewerber durch einen Anstieg ihrer Geldbeschaffungskosten behindert werden, so daß sie bei steigendem Zinstrend am Hypothekenmarkt konkurrenzfähiger werden. Zwar machen die Lebensversicherungen die Darlehensvergabe oft vom Abschluß eines Lebensversicherungsvertrages (sog. Hypotheken-Tilgungs-Versicherung) abhängig, aber das empfindet der Darlehensnehmer keineswegs als grundsätzlichen Nachteil, zumal auf diese Weise die Hypothekenschuld u. U. steuerbegünstigt getilgt werden kann.

⁵⁾ Eine genaue Berechnung ist nicht möglich, da die Abschreibungen nicht bekannt sind.

Bestände an Wertpapieren und Beteiligungen bei den größeren Versicherungsunternehmen *)

Zeit	Inländische Wertpapiere und Beteiligungen																Ausländische Wertpapiere und Beteiligungen
	Insgesamt		Zusammen		davon						darunter						
					Aktien		Beteiligungen		Festverzinsliche Wertpapiere		Bankschuldverschreibungen 1)		Öffentliche Anleihen				
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	
Stand Ende	Insgesamt																
1964	9 851	100	9 378	95,2	2 266	23,0	715	7,3	6 397	64,9	4 531	46,0	1 211	12,3	473	4,8	
1970	18 654	100	16 964	91,0	3 904	20,9	1 677	9,0	11 383	61,0	9 065	48,6	1 608	8,6	1 690	9,0	
Veränderung																	
1965	+ 708	100	+ 618	87,5	+ 106	15,0	+ 54	7,6	+ 458	64,9	+ 504	71,4	- 11	- 1,6	+ 88	12,5	
1966	+ 920	100	+ 859	93,3	+ 99	10,8	+ 93	10,1	+ 667	72,5	+ 627	68,1	+ 49	5,3	+ 62	6,7	
1967	+1 774	100	+1 705	96,1	+ 279	15,7	+ 70	4,0	+1 358	76,4	+1 167	65,7	+ 104	5,9	+ 69	3,9	
1968	+2 954	100	+2 622	88,8	+ 514	17,4	+ 238	8,1	+1 870	63,3	+1 593	53,9	+ 223	7,6	+ 332	11,2	
1969	+2 288	100	+1 805	79,6	+ 454	20,0	+ 114	5,0	+1 237	54,5	+1 210	53,4	+ 22	1,0	+ 463	20,4	
1970	+ 180	100	- 23	- 12,8	+ 187	103,9	+ 390	216,7	- 600	-333,3	- 566	-314,4	+ 10	5,6	+ 203	112,8	
Stand Ende	Lebensversicherungsunternehmen																
1964	4 902	100	4 830	98,5	1 150	23,5	180	3,7	3 500	71,4	2 544	51,9	591	12,1	72	1,5	
1970	10 326	100	9 657	93,5	2 190	21,2	522	5,1	6 945	67,3	5 730	55,5	824	8,0	669	6,5	
Veränderung																	
1965	+ 402	100	+ 398	99,0	+ 61	15,2	+ 10	2,5	+ 327	81,3	+ 354	88,1	- 5	- 1,2	+ 4	1,0	
1966	+ 463	100	+ 460	99,4	+ 49	10,6	+ 34	7,3	+ 377	81,4	+ 376	81,2	+ 8	1,7	+ 3	0,6	
1967	+1 265	100	+1 250	98,8	+ 179	14,2	+ 25	1,9	+1 046	82,7	+ 910	71,8	+ 79	6,2	+ 15	1,2	
1968	+1 896	100	+1 693	89,3	+ 337	17,8	+ 72	3,8	+1 284	67,7	+1 126	59,4	+ 131	6,9	+ 203	10,7	
1969	+1 497	100	+1 257	84,0	+ 296	19,8	+ 55	3,7	+ 906	60,5	+ 885	59,1	+ 16	1,1	+ 240	16,0	
1970	- 100	100	- 232	>	+ 119	>	+ 143	>	- 494	>	- 465	>	+ 4	>	+ 132	>	
Stand Ende	Schaden-, Unfall- und Rückversicherungsunternehmen																
1964	4 949	100	4 548	91,9	1 116	22,6	535	10,8	2 897	58,5	1 987	40,1	620	12,5	401	8,1	
1970	8 328	100	7 307	87,7	1 714	20,6	1 155	13,9	4 438	53,3	3 335	40,0	784	9,4	1 021	12,3	
Veränderung																	
1965	+ 304	100	+ 220	72,4	+ 45	14,8	+ 44	14,5	+ 131	43,1	+ 150	49,3	- 6	- 2,0	+ 84	27,6	
1966	+ 458	100	+ 399	87,1	+ 50	10,9	+ 59	12,9	+ 290	63,3	+ 251	54,8	+ 41	9,0	+ 59	12,9	
1967	+ 509	100	+ 455	89,4	+ 100	19,6	+ 45	8,8	+ 310	60,9	+ 257	50,5	+ 25	4,9	+ 54	10,6	
1968	+1 058	100	+ 929	87,8	+ 177	16,7	+ 166	15,7	+ 586	55,4	+ 467	44,2	+ 92	8,7	+ 129	12,2	
1969	+ 771	100	+ 548	71,1	+ 158	20,5	+ 59	7,7	+ 331	42,9	+ 325	42,2	+ 6	0,7	+ 223	28,9	
1970	+ 280	100	+ 209	74,6	+ 68	24,3	+ 247	88,2	- 106	- 37,9	- 101	- 36,1	+ 6	2,1	+ 71	25,4	

Quelle: Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
 *) Die hier erfaßten 236 Versicherungsunternehmen (alle Lebens- und Rückversicherungsunternehmen sowie die größeren Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen) verwalteten Ende 1970 rd. 78 % der Bestände an

Wertpapieren und Beteiligungen der in die Vermögensanlagenstatistik des BAV einbezogenen Versicherungsunternehmen. — 1 Pfandbriefe, Kommunalobligationen, andere Schuldverschreibungen (als Industrieobligationen und öffentliche Anleihen) sowie Investmentzertifikate.

Die schon erwähnte stärkere Hinwendung zum Erwerb von Sachwerten zeigt sich besonders bei den Investitionen der Versicherungsunternehmen in *Grundstücken und Gebäuden*. Insgesamt wurden in den Jahren 1965 bis 1970 6,3 Mrd DM oder rd. ein Siebtel des gesamten Vermögenszuwachses in Grundstücken investiert. In jüngster Zeit zeigen die Vermögensanlagen in Grundstücken eine deutliche Tendenz zur Beschleunigung; so wurden allein in den beiden Jahren 1969 und 1970 fast 2,5 Mrd DM für Grundstücke ausgegeben. Hierin zeigt sich deutlich, daß die starken Preissteigerungen in diesem Bereich die Tendenz zur Selbstbeschleunigung in sich bergen. Denn gerade weil auf dem Grundstücksmarkt rasche Wertsteigerungen erwartet werden, fließen immer mehr Mittel in diesen naturbedingt relativ engen Markt, so daß ständig weitere Preissteigerungen ausgelöst werden. Es liegt auf der Hand, daß, gesamtwirtschaftlich gesehen, dieser Drang in die Sachwerte das Problem der Geldentwertung nicht lösen kann, sondern noch verschärft.

Ausländische Beteiligungen an Unternehmen in der Bundesrepublik

Der Gesamtbetrag der ausländischen Kapitalbeteiligungen

Ende 1970 war das Ausland nach den Feststellungen der Bank mit insgesamt 21,6 Mrd DM am Nominalkapital von 7 761 deutschen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft beteiligt. In den beiden Jahren 1969 und 1970 ist der ausländische Kapitalbesitz in der Bundesrepublik – wie auch schon 1968 – etwas schwächer als in den Jahren 1965 bis 1967¹⁾ gewachsen, nämlich um 1,3 Mrd DM und 1,4 Mrd DM. Die Zunahme um netto insgesamt 2,7 Mrd DM in den Jahren 1969 und 1970 geht erstmalig ausschließlich darauf zurück, daß inländische Unternehmen, an denen ausländische Beteiligungen bestehen, ihr Kapital erhöht haben und die ausländischen Gesellschafter die auf sie entfallenden neuen Anteile übernahmen. Zwar wuchs das ausländische Beteiligungskapital auch durch Gründung neuer Tochtergesellschaften in der Bundesrepublik und durch Ersterwerb von Beteiligungen weiter an, aber in gleicher Höhe wurden früher erworbene Beteiligungen ganz oder zum Teil an Inländer rückveräußert oder in anderer Weise wieder aufgelöst. Im Laufe des Jahres 1971 haben sich die ausländischen Kapitalbeteiligungen an inländischen Unternehmen wieder stärker erhöht, und zwar um fast 2 Mrd DM auf etwa 23,5 Mrd DM. Die Grundtendenz wurde allerdings durch eine Sondertransaktion überdeckt, auf die nahezu ein Drittel des Zuwachses entfiel (Erhöhung des nahezu voll in ausländischem Besitz befindlichen Nominalkapitals eines Unternehmens um rd. 600 Mio DM aus Gesellschaftsmitteln). Schaltet man diese Transaktion aus, so dürfte sich der rückläufige Trend, der sich auch deutlich in den Ergebnissen der Zahlungsbilanzstatistik über den Erwerb von Kapitalanteilen zeigt, 1971 weiter fortgesetzt haben. In den nachfolgenden Ausführungen wird das Jahr 1971 nicht mit einbezogen, da zur Zeit noch keine detaillierten Angaben vorliegen.

Die anteiligen Rücklagen

Bei den vorgenannten Beträgen handelt es sich um Beteiligungen des Auslands in Form von Anteilen ausländischer Unternehmen am Grund- oder Stammkapital inländischer Kapitalgesellschaften (ohne Aktienstreubesitz von Ausländern), um Guthaben ausländischer Gesellschafter auf Kapitalkonten von Personengesellschaften sowie um das Dotations- oder Betriebskapital rechtlich unselbständiger Niederlassungen und Betriebsstätten, die ausländische Unternehmen in der Bundesrepublik unterhalten. Erstmalig wurde daneben auch versucht, den auf den ausländischen Kapitalbesitz entfallenden Teil der Rücklagen, der zweiten wichtigen Komponente der Eigenmittel der Unternehmen, zu berechnen. Für inländische Aktiengesellschaften und Gesellschaften mbH mit ausländischer Beteiligung, auf die insgesamt gut 60 % des ausländischen Kapitalanteils an inländischen Kapitalgesellschaften entfielen, lagen entsprechende Bilanzunterlagen vor²⁾. Die Hochrechnung des ausländischen

¹ Vgl. „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, 21. Jg., Nr. 5, Mai 1969, S. 22 ff. Durch Ausnutzung neuer Quellen konnten für den Stand von Ende 1968 Auslandsbeteiligungen bei 1 613 inländischen Unternehmen im Gesamtbetrag von knapp 1 Mrd DM nachträglich ermittelt werden. In den tabellarischen Übersichten ist der früher publizierte und der revidierte Stand wiedergegeben. Die ausgewiesenen Veränderungen sind jeweils um die statistisch bedingte Zunahme bereinigt.

² Die Rücklagen der Aktiengesellschaften, die ausnahmslos der Publizität

Beteiligung des Auslands an inländischen Unternehmen					
Jahresende bzw. Jahr	Zahl der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung 1)	Nominalkapital in Mio DM	Auslandsanteil in Mio DM		
			am Nominalkapital	an den Rücklagen ts)	an den Eigenmitteln insgesamt ts)
Stand					
1964	4 042	16 123	11 643	.	.
1965	4 734	19 051	13 594	.	.
1966	4 945	21 533	15 193	.	.
1967	5 110	23 252	16 825	.	.
1968 2)	5 375	24 584	18 023	.	.
1968 3)	6 988	26 538	18 972	5 540	24 512
1969	7 410	28 321	20 242	6 330	26 572
1970	7 761	30 263	21 627	7 420	29 047
Veränderung					
1965	+ 692	+ 2 928	+ 1 951	.	.
1966	+ 211	+ 2 482	+ 1 599	.	.
1967	+ 165	+ 1 719	+ 1 632	.	.
1968	+ 265	+ 1 332	+ 1 198	.	.
1969	+ 422	+ 1 783	+ 1 270	+ 790	+ 2 060
1970	+ 351	+ 1 942	+ 1 385	+ 1 090	+ 2 475

1 Ohne indirekte Beteiligungen. — 2 Im Monatsbericht Mai 1969 veröffentlichter Stand. — 3 Stand nach neueren Ermittlungen. — ts Teilweise geschätzt.

Das ausländische Beteiligungskapital in der Bundesrepublik und Angaben der Zahlungsbilanzstatistik über Nettotransaktionen in Beteiligungswerten 1964 bis 1970					
Jahresende bzw. Jahr	Ausländisches Beteiligungskapital (Nominalwert) 1) Mio DM	Nettoveränderung des ausländischen Beteiligungskapitals 1)		Zum Vergleich: Nettotransaktionswerte 2) laut Zahlungsbilanz	
		Mio DM	%	Ausländische Beteiligungen in der Bundesrepublik Mio DM	Deutsche Beteiligungen im Ausland Mio DM
1964	11 643	.	.	+ 1 304	+ 844
1965	13 594	+ 1 951	+ 16,8	+ 2 543	+ 1 072
1966	15 193	+ 1 599	+ 11,8	+ 2 441	+ 1 154
1967	16 825	+ 1 632	+ 10,7	+ 2 094	+ 916
1968	3) 18 972	4) + 1 198	+ 7,1	+ 1 637	+ 1 534
1969	20 242	+ 1 270	+ 6,7	+ 1 590	+ 2 081
1970	21 627	+ 1 385	+ 6,8	+ 975	+ 2 290

1 Ohne indirekte Beteiligungen. — 2 Überschub der Ausgaben für Neuanlagen über die Rückflüsse aus Liquidationen zu Transaktionswerten. — 3 Stand nach neueren Ermittlungen. — 4 Statistisch bereinigt.

Anteils an den ausgewiesenen Rücklagen ergab nach dem Stand von Ende 1970 anteilige Rücklagen der ausländischen Kapitaleigner in Höhe von 7,4 Mrd DM. Berücksichtigt man, daß Personalgesellschaften neben den Guthaben auf Kapitalkonten kaum Rücklagen ausweisen, so betrug der Auslandsanteil an den Eigenmitteln (Nominalkapital und Rücklagen) der inländischen Kapital- und Personalgesellschaften sowie der rechtlich unselbständigen Zweigniederlassungen zusammen Ende 1970 somit etwa 29,0 Mrd DM.

tätspflicht unterliegen, konnten fast vollständig ermittelt werden. Die Reserven der Gesellschaften mbH wurden, gesondert für die einzelnen Wirtschaftsbereiche, in denen Auslandsbeteiligungen bestehen, hochgerechnet, und zwar auf der Basis einer Teilermittlung bei Gesellschaften mbH, auf die rd. 40 % des in Unternehmen dieser Rechtsform eingebrachten Auslandskapitals entfallen.

Wenn die den ausländischen Kapitaleignern zuzurechnenden Rücklagen³⁾, obgleich sie nach unserer Schätzung in den Jahren 1969 und 1970 beträchtlich gestiegen sind (um 0,8 Mrd DM bzw. 1,1 Mrd DM), auch Ende 1970 noch niedriger waren, als vielfach angenommen wird, so dürfte dies außer mit der bisher noch relativ kurzen Lebensdauer verschiedener, von Ausländern in der Bundesrepublik gegründeter Unternehmen, vor allem damit zusammenhängen, daß der ausländische Beteiligungsbesitz in der Bundesrepublik besonders strukturiert ist. Zum einen nämlich ist das Ausland absolut und relativ am stärksten an Unternehmen in der Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung beteiligt, deren Rücklagen nach den Ergebnissen unserer Statistik der Unternehmensbilanzen⁴⁾ in den letzten Jahren relativ merklich kleiner waren als diejenigen der Aktiengesellschaften. Zum anderen dürfte eine große Rolle spielen, daß die Auslandsbeteiligungen in der Mineralölwirtschaft besonders hoch sind, also in einem Wirtschaftszweig, der wegen einer seit Jahren in der Bundesrepublik — zumindest bilanziell — ungünstigen Ertragslage insgesamt keine hohen Reserven gebildet, ja zum Teil sogar beträchtliche Verlustvorträge ausgewiesen hat. Bei Gesellschaften mit guter Ertragslage wirkten relativ hohe Gewinnausschüttungen und Dividendenzahlungen an die ausländischen Kapitaleigner der Ansammlung von Rücklagen entgegen. Wie aus den Ergebnissen der Zahlungsbilanzstatistik hervorgeht, sind von 1961 — als mit der Herstellung der vollen Freizügigkeit des Zahlungs- und Kapitalverkehrs mit dem Ausland und dem Beginn des Gemeinsamen Europäischen Marktes Kapitalanlagen in der Bundesrepublik wieder besonders interessant wurden — bis einschließlich 1970 immerhin rd. 16,3 Mrd DM an Erträgen aus Direktinvestitionen in das Ausland geflossen, davon allein 9,4 Mrd DM in den letzten 5 Jahren. Amerikanische Publikationen zeigen, daß von den Gewinnen, die in den letzten Jahren aus Direktinvestitionen der USA in der Bundesrepublik entstanden sind, der weitaus größte Teil in die Vereinigten Staaten transferiert worden ist, und zwar auch schon vor den 1968 in Kraft getretenen Maßnahmen der amerikanischen Regierung, die die Reinvestierung von Gewinnen ausländischer Tochterunternehmen zugunsten höherer Gewinntransferierungen zu bremsen suchte. Nach den Angaben des US Department of Commerce⁵⁾ erbrachten die amerikanischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik im Jahre 1970 Erträge in Höhe von 623 Mio US-\$, denen Reinvestierungen in Höhe von nur 68 Mio US-\$ gegenüberstanden.

Die indirekten ausländischen Beteiligungen

Neben den direkten Beteiligungen des Auslands am Nominalkapital und den Rücklagen inländischer Tochtergesellschaften spielen auch indirekte Beteiligungen ausländischer Kapitalgeber eine größere Rolle. So haben Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne ihren Einflußbereich durch Gründung anderer inländischer Firmen oder durch Erwerb von Beteiligungen an Gesellschaften

³ Es handelt sich jeweils um Nettorücklagen, d. h. um die ausgewiesenen Rücklagen abzüglich eines eventuellen Verlustvortrags.

⁴ Vgl. „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, 23. Jg., Nr. 11, November 1971, S. 35 ff.

⁵ Survey of Current Business, Oktober 1971, S. 32.

30 mit Sitz in der Bundesrepublik ausgeweitet. Umgekehrt sind Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne in Obergesellschaften oder Dachgesellschaften eingebracht worden und somit kapitalmäßig nur noch mittelbar mit der ausländischen Muttergesellschaft verbunden. Insgesamt wurden 780 Gesellschaften deutschen Rechts ermittelt, die als „Enkelgesellschaften“ ausländischer Unternehmen angesehen werden können, weil an ihnen andere inländische Unternehmen, deren Kapital sich mehrheitlich in ausländischem Besitz befindet, mit 25 % oder mehr (d. h. „maßgeblich“) beteiligt sind. Der Gesamtbetrag solcher indirekter Kapitalanteile des Auslands belief sich Ende 1970 auf rd. 3,5 Mrd DM. Hiervon dürften 65 bis 70 % über nahezu voll in ausländischem Besitz befindliche inländische Unternehmen gehalten werden, der Rest zum überwiegenden Teil über Firmen mit einem Auslandsanteil in Höhe von zwei Dritteln und mehr des Nominalkapitals. Es hat den Anschein, als ob den indirekten Beteiligungen des Auslands an inländischen Unternehmen über auslandsbeherrschte Tochtergesellschaften in der Bundesrepublik in der letzten Zeit ein wachsendes Gewicht zukommt. So sind im Jahre 1971 erneut verschiedene multinationale Konzerne dazu übergegangen, in der Bundesrepublik Dachgesellschaften zu gründen, in die sie ihre direkten Beteiligungen an inländischen Gesellschaften eingebracht haben. Hierdurch, aber auch durch Kapitalerhöhungen der „Enkelgesellschaften“, dürfte das mittelbare ausländische Beteiligungskapital bis Ende 1971 auf 4 bis 4,5 Mrd DM angewachsen sein. Freilich kann der indirekte Kapitalbesitz den direkten Kapitalbeteiligungen nicht in jeder Beziehung gleichgesetzt werden. Eine einfache Addition der direkten und der indirekten Anteile des Auslands am Nominalkapital deutscher Unternehmen verbietet sich schon allein wegen der partiellen Doppelzählungen, die in den Gesamtbetrag eingehen und sich kaum ausschalten lassen würden. Problematisch wird die Zuordnung auch dann, wenn die indirekten Kapitalbeziehungen über abhängige Unternehmen in der Bundesrepublik gehalten werden, die nicht voll in ausländischem Besitz sind. Trotz dieser Schwierigkeiten wird man bei dem heute erreichten Grad und der Differenziertheit der kapitalmäßigen Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland auf die Beobachtung der Entwicklung der indirekten Beteiligungen des Auslands am Nominalkapital deutscher Unternehmen in Zukunft nicht mehr verzichten können.

Die Zusammensetzung der Auslandsbeteiligungen

Neben der Gesamthöhe und -entwicklung des ausländischen Kapitalbesitzes in der Bundesrepublik ist die Aufgliederung nach Rechtsform und Größe der Unternehmen, an denen sich Ausländer beteiligt haben, sowie nach der Höhe der einzelnen ausländischen Anteile und ihr relatives Gewicht im Rahmen der Kapitalausstattung der einzelnen Firmen von Bedeutung. Im Mittelpunkt des Interesses dürfte nach wie vor aber die Frage stehen, welche Wirtschaftszweige bis Ende 1970 die bevorzugte

Bruttozugang und Auflösung von ausländischen Kapitalbeteiligungen an inländischen Unternehmen 1969 und 1970 *)			
Position	Zahl der Unter- nehmen (Zahl der Trans- aktionen)	Nominal- kapital	Auslän- disches Beteili- gungs- kapital
		Mio DM	
Stand Ende 1968 1)	6 988	26 538	18 972
Entwicklung 1969 und 1970			
Neuanlagen des Auslands insgesamt	1 083	5 655	4 121
Neugründung	883	647	437
Ersterwerb von Beteiligungen	192	811	495
Beteiligungszukauf	(91)	—	256
Kapitalerhöhung	(983)	3 908	2 863
Sonstige Zugänge	8	289	70
Liquidationen des Auslands insgesamt 2)	310	1 930	1 466
Veräußerung der Kapitalbeteiligung	276	1 140	646
Verminderung der Kapitalanteile	(63)	—	361
Kapitalherabsetzung	(31)	132	96
Sonstige Abgänge 2)	34	658	363
Nettozugang	+ 773	+ 3 725	+ 2 655
Stand Ende 1970	7 761	30 263	21 627

* Ohne Indirekte Beteiligungen. — 1 Stand nach neueren Ermittlungen; siehe Fußnote auf Seite 28. — 2 Einschl. Umwandlung von 25 direkten Beteiligungen im Gesamtbetrag von 245 Mio DM in indirekte.

Domäne ausländischen Beteiligungskapitals gewesen sind, ferner die Feststellung, ob das Anlageinteresse des Auslands in einzelnen Branchen in den Jahren 1969 und 1970 stärker oder schwächer geworden ist. Darüber hinaus bietet eine Betrachtung des ausländischen Kapitalstroms nach seiner Herkunft und nach dem Anteil der einzelnen Länder, in denen die ausländischen Kapitalgeber ihren Wohnsitz haben, wichtige Anhaltspunkte für die Beurteilung des vielschichtigen Fragenkomplexes der ausländischen Kapitalbeteiligungen an inländischen Unternehmen.

Die vorgenannten Detailinformationen liegen nur für die *direkten* ausländischen Beteiligungen am *Nominal*kapital der gewerblichen Unternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland vor. Dementsprechend können in die folgenden Ausführungen weder die anteiligen Rücklagen der ausländischen Kapitaleigner einbezogen werden noch in der Regel die indirekten Beteiligungen des Auslands.

... nach Rechtsformen

Der weit überwiegende Teil des ausländischen Beteiligungskapitals in der Bundesrepublik stammte Ende 1970 wie in den Jahren zuvor von ausländischen Großunternehmen, deren Anlageinteresse sich vor allem auf Großobjekte im Inland richtet. Für die Herstellung solcher Unternehmensverbindungen bietet sich die Form der Beteiligung an Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung im besonderen Maße an, und so überrascht es wenig, daß sich die ausländischen Kapitalanlagen hauptsächlich auf den Bereich der *Kapital-*

gesellschaften konzentrieren. Ende 1970 befanden sich rd. 19,5 Mrd DM des Nominalkapitals inländischer Kapitalgesellschaften in den Händen ausländischer Anteilseigner. Das waren 90 % des gesamten statistisch ermittelten ausländischen Beteiligungskapitals in der Bundesrepublik. In immer stärkerem Umfang scheinen die ausländischen Kapitalgeber speziell die Beteiligung an Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu bevorzugen. Während das ausländische Kapital noch Ende 1965 auf Aktiengesellschaften und Gesellschaften mbH annähernd gleich verteilt war, übertraf Ende 1970 der ausländische Besitz an inländischen GmbH-Anteilen mit 11,3 Mrd DM den Stand der in Form von Aktien gehaltenen Auslandsbeteiligungen um 3 Mrd DM. Hinsichtlich der Zahl der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung lagen die Gesellschaften mit beschränkter Haftung schon 1964, als erstmalig eine Untersuchung hierüber durchgeführt wurde, weit an der Spitze. Ihre Zahl nahm auch von Ende 1968 bis Ende 1970 erneut beträchtlich (um 708 auf 6157 Gesellschaften) zu, wogegen sich die Zahl der Aktiengesellschaften mit ausländischem Anteilsbesitz geringfügig verringerte (von 362 auf 356). In 13 Fällen wurden Aktiengesellschaften in Gesellschaften mit beschränkter Haftung umgewandelt.

Gegenüber dem Stand von Ende 1968 hat sich die Summe des direkten ausländischen Beteiligungskapitals im Bereich der inländischen Kapitalgesellschaften um netto 2,4 Mrd DM erhöht. Dadurch wurde jedoch, relativ gesehen, der ausländische Kapitaleinfluß im Bereich dieser Rechtsformen nur wenig verstärkt. Ende 1970 waren vom Nominalkapital aller Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik, das insgesamt 99,5 Mrd DM betrug, 19,6 % im unmittelbaren ausländischen Besitz, verglichen mit 19,4 % Ende 1968. Bei den Aktiengesellschaften machte Ende 1970 der Anteilssatz 14,6 % (Ende 1968: 15,0 %) und bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung 26,2 % (Ende 1968: 25,8 %) aus.

Auch die indirekten Beteiligungen des Auslands in der Bundesrepublik betreffen überwiegend Kapitalgesellschaften, wobei die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung noch stärker im Vordergrund steht als im Falle der unmittelbaren Auslandsbeteiligungen. Von dem für Ende 1970 ermittelten Gesamtbetrag der indirekten ausländischen Kapitalanteile in Höhe von 3,5 Mrd DM entfielen annähernd 3,0 Mrd DM auf Kapitalgesellschaften, darunter ca. 2,2 Mrd DM auf Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Verglichen mit der Höhe der Auslandsbeteiligungen an inländischen Kapitalgesellschaften, nehmen sich die Auslandsanteile an 1331 Unternehmen sonstiger Rechtsformen, auf die immerhin etwa die Hälfte des Kapitals der deutschen gewerblichen Unternehmen entfallen dürfte, mit 800 Mio DM (Ende 1970) verhältnismäßig bescheiden aus. Gegenüber Ende 1968 hat diese Gruppe, zu der in erster Linie Personengesellschaften gehören, zwar um

Anzahl und Nominalkapital der inländischen Kapitalgesellschaften und Anteil des Auslands

Position	Jahresende	Kapitalgesellschaften insgesamt	Aktiengesellschaften 2)	Gesellschaften mbH
Alle inländischen Kapitalgesellschaften 3)				
Anzahl	1968	69 744	2 328	67 416
	1970	82 450	2 304	80 146
Nominalkapital in Mio DM	1968	88 264	51 869	36 395
	1970	99 526	56 495	43 031
darunter:				
Kapitalgesellschaften mit direkter ausländischer Beteiligung				
Anzahl	1968 1)	5 811	362	5 449
	1970	6 513	356	6 157
Höhe des direkten ausländischen Beteiligungskapitals in Mio DM	1968 1)	17 153	7 759	9 394
	1970	19 537	8 256	11 281
in % des Nominalkapitals aller inländischen Kapitalgesellschaften	1968 1)	19,4	15,0	25,8
	1970	19,6	14,6	26,2
Kapitalgesellschaften mit indirekter ausländischer Beteiligung 4)				
Anzahl 5)	1970	737	52	685
Höhe des indirekten ausländischen Beteiligungskapitals in Mio DM	1970	2 960	800	2 160
in % des Nominalkapitals aller inländischen Kapitalgesellschaften	1970	3,0	1,4	5,0

1 Stand nach neueren Ermittlungen; siehe Fußnote auf Seite 28. — 2 Einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien. — 3 Quelle: „Wirtschaft und Statistik“, Heft 3, März 1971. — 4 Inländische Kapitalgesellschaften, bei denen an Hand von vorliegenden Unterlagen eine Beteiligung anderer inländischer Unternehmen, die zu mehr als 50 % in ausländischem Besitz sind, festgestellt werden konnte. — 5 Einschl. 38 Kapitalgesellschaften (8 Aktiengesellschaften, 30 Gesellschaften mbH), an denen Ausländer sowohl direkt als auch indirekt beteiligt sind.

250 Unternehmen zugenommen, dagegen ging der Gesamtbetrag der ausländischen Beteiligungen an solchen Gesellschaften im Vergleich zu Ende 1968 sogar geringfügig zurück, wobei allerdings ein größerer statistisch bedingter Abgang durch Umwandlung einer direkten Beteiligung in eine indirekte eine Rolle spielte. Personengesellschaften oder Einzelfirmen sind als Anlageobjekt für ausländisches Kapital, was sich hier auch im Zahlenbild zeigt, im allgemeinen weniger geeignet als Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften). Da persönlich haftende Gesellschafter ebenso wie Einzelunternehmer vielfach eine leitende Tätigkeit in ihrem Unternehmen ausüben möchten, was in der Regel einen Wohnsitz in der Nähe der Firmenleitung voraussetzt, sind vollhaftende ausländische Teilhaber in Personengesellschaften oder ausländische Alleineigentümer von Einzelunternehmen selten⁶⁾. Häufiger kommen dagegen ausländische Kommanditbeteiligungen an inländischen Gesellschaften vor, die oft durch Erbschaft in den Besitz von Ausländern gelangen. Neben den vorerwähnten 1331 „Nichtkapitalgesellschaften“ gibt es noch eine etwa gleich hohe Zahl kleinerer Unternehmen — meist Personengesellschaften —, an denen Ausländer beteiligt sind, ohne daß aber die Höhe des ausländischen Anteils festgestellt werden konnte. Es ist anzunehmen, daß er

6 Ausländische Staatsangehörige, die sich in der Bundesrepublik niedergelassen haben und unternehmerisch tätig sind, gelten nach der hier angewendeten Begriffsregelung des Außenwirtschaftsgesetzes nicht als Ausländer, sondern als „Gebietsansässige“.

Beteiligung des Auslands an inländischen Unternehmen nach Rechtsformen *)						
Jahres- ende bzw. Jahr	Ins- gesamt 1)	Kapitalgesellschaften 2)			Einzel- unter- nehmen, Per- sonen- gesell- schaften und sonstige rechtlich selb- ständige Unter- nehmen	Rechtlich unselb- ständige Zweig- nieder- lassun- gen und Betriebs- stätten
		zu- sammen	Aktien- gesell- schaften	Gesell- schaften mbH		
Zahl der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung						
1964	4 042	3 317	357	2 960	665	60
1965	4 734	3 887	381	3 506	781	66
1966	4 945	4 065	362	3 703	810	70
1967	5 110	4 202	353	3 849	828	80
1968 3)	5 375	4 446	349	4 097	843	86
1968 4)	6 988	5 811	362	5 449	1 081	96
1969	7 410	6 191	358	5 833	1 112	107
1970	7 761	6 513	356	6 157	1 331	117
Ausländisches Beteiligungskapital (Nominalwert) Stand in Mio DM						
1964	11 643	10 836	5 592	5 244	361	446
1965	13 594	12 509	6 242	6 267	523	562
1966	15 193	13 968	6 663	7 305	557	668
1967	16 825	15 352	7 030	8 322	641	832
1968 3)	18 023	16 493	7 555	8 938	660	870
1968 4)	18 972	17 153	7 759	9 394	808	1 011
1969	20 242	18 257	8 031	10 226	895	1 090
1970	21 627	19 537	8 256	11 281	778	1 312
Zunahme in Mio DM						
1965	+1 951	+1 673	+ 650	+1 023	+ 162	+ 116
1966	+1 599	+1 459	+ 421	+1 038	+ 34	+ 106
1967	+1 632	+1 384	+ 367	+1 017	+ 84	+ 164
1968	+1 198	+1 141	+ 525	+ 616	+ 19	+ 38
1969	+1 270	+1 104	+ 272	+ 832	+ 87	+ 79
1970	+1 385	+1 280	+ 225	+1 055	— 117	+ 222

* Ohne indirekte Beteiligungen. — 1 Ohne rund 1 350 kleinere Unternehmen — vorwiegend Personengesellschaften —, bei denen die Höhe des ausländischen Anteils nicht festgestellt werden konnte. — 2 Aktiengesellschaften einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mbH. — 3 Im Monatsbericht Mai 1969 veröffentlichter Stand. — 4 Stand nach neueren Ermittlungen.

insgesamt gering ist. Eine größere Rolle spielten Ende 1970 die 117 ermittelten *rechtlich unselbständigen Zweigniederlassungen und Betriebsstätten* ausländischer Unternehmen in der Bundesrepublik, deren Dotationskapital in den Jahren 1969 und 1970 um 0,3 Mrd DM auf 1,3 Mrd DM verstärkt wurde. Rechtlich unselbständige Zweigniederlassungen kommen hauptsächlich im Kredit- und Versicherungsgewerbe vor. Daneben gibt es auch einige größere Produktionsstätten ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die vornehmlich in Grenzgebieten, nicht weit vom Hauptsitz der Gesellschaft im angrenzenden Ausland, gelegen sind.

... nach Unternehmensgröße und Anteilshöhe

Ausländische Kapitalanleger haben sich nicht nur an großen, sondern auch an einer Vielzahl kleinerer und mittlerer Unternehmen in der Bundesrepublik beteiligt,

allerdings mit einem insgesamt nicht sehr hohen Betrag. Wie die Übersicht „Die ausländischen Beteiligungen an inländischen Unternehmen nach Größenklassen“ zeigt, ballt sich zwar der weitaus größere Teil des ausländischen Beteiligungskapitals bei Großunternehmen zusammen. Ähnlich wie schon in früheren Jahren entfielen auch Ende 1970 wieder rund 80% des ausländischen Kapitals auf nur 438 Unternehmen mit einem Nominalkapital von mehr als 10 Mio DM, doch waren Ende 1970 ausländische Kapitalgeber mit einem Betrag von insgesamt 3,6 Mrd DM immerhin auch an 1 681 mittleren Unternehmen mit einem Nominalkapital zwischen 1 Mio DM und weniger als 10 Mio DM beteiligt. Der Zahl nach am größten war der Kreis der kleineren Unternehmen mit einem Nominalkapital von weniger als 1 Mio DM. Zu ihnen dürften viele erst vor kurzem gegründete ausländische Tochtergesellschaften zählen, die sich noch in der Anfangsphase ihrer Entwicklung befinden. In der Mehrzahl der Fälle gehen ausländische Unternehmen schrittweise vor, wenn sie beabsichtigen, in der deutschen Wirtschaft Fuß zu fassen. Sehr häufig geschieht dies in der Form, daß zunächst kleinere Niederlassungen, meist Handelsvertretungen, aufgebaut werden, mit deren Hilfe versucht wird, den deutschen Markt zu erschließen. Gelingt es, ausreichend hohe Umsätze in der Bundesrepublik zu erzielen, so werden die Niederlassungen ausgeweitet, das Kapital aufgestockt und möglicherweise Teile der Produktion der Muttergesellschaft in die Bundesrepublik verlagert. Daß nicht jeder dieser Versuche zum Erfolg führt, zeigt die verhältnismäßig hohe Zahl von 276 Beteiligungsverkäufen in den Jahren 1969 und 1970. — Von verschiedenen Unternehmen, die sich im Alleineigentum von Ausländern befinden, wurde bekannt, daß sie bei einer sehr geringen Eigenkapitalausstattung (oft nur mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestkapital) gleichzeitig bedeutende Darlehensbeträge von der ausländischen Muttergesellschaft erhalten haben. Eine Umwandlung solcher Darlehen in Rücklagen und später auch in Nominalkapital ist bereits mehrfach vorgekommen; hierbei mögen Transaktionen in Erwartung von Wechselkursänderungen verschiedentlich von größerer Bedeutung gewesen sein.

Betrachtet man die Verteilung des ausländischen Beteiligungskapitals nach der prozentualen Höhe des Auslandsanteils am Nominalkapital der einzelnen inländischen Unternehmen, so ist unschwer zu erkennen, daß die Kapitalanleger dazu neigen, eigene Unternehmen in der Bundesrepublik zu gründen oder sich an bestehenden Unternehmen mit möglichst hohen Anteilssätzen zu beteiligen. Das Nominalkapital von 5 020 (von insgesamt 7 761) Unternehmen in Höhe von insgesamt 17,3 Mrd DM war Ende 1970 mit 99,7% fast ganz in ausländischer Hand; die ausländischen Kapitalanteile an den betreffenden Unternehmen machten 80% des gesamten ausländischen Beteiligungsbesitzes aus. Auf 6 128 Mehrheitsbeteiligungen (Anteile von mehr als 50%) entfielen 19,2 Mrd DM oder fast 89% des ausländischen Kapitalbe-

Die ausländischen Beteiligungen an inländischen Unternehmen nach Größenklassen Ende 1970*)

Ausländisches Beteiligungskapital . . .	Unternehmen, an denen ausländisches Kapital beteiligt ist		Auslandsanteil	
	Anzahl	Nominalkapital Mio DM	Mio DM	% des gesamten ausländischen Beteiligungskapitals
I. . . nach der Größe der inländischen Unternehmen				
ausländische Beteiligungen an inländischen Unternehmen mit einem Nominalkapital von				
unter 0,1 Mio DM	2 911	91	79	0,4
0,1 Mio DM bis unter 1 Mio DM	2 731	894	720	3,3
1 Mio DM bis unter 10 Mio DM	1 681	5 037	3 612	16,7
10 Mio DM bis unter 100 Mio DM	379	10 246	6 981	32,3
100 Mio DM und mehr	59	13 995	10 235	47,3
II. . . nach der Höhe des ausländischen Kapitalanteils 1)				
a) ausländische Beteiligungen in Höhe von				
unter 0,1 Mio DM	3 461	246	112	0,5
0,1 Mio DM bis unter 1 Mio DM	2 631	1 913	915	4,2
1 Mio DM bis unter 10 Mio DM	1 364	6 842	4 021	18,6
10 Mio DM bis unter 100 Mio DM	270	11 798	7 437	34,4
100 Mio DM und mehr	35	9 464	9 142	42,3
b) ausländische Beteiligungen in % des Nominalkapitals des inländischen Unternehmens				
bis 25 %	632	6 004	764	3,5
über 25 % bis 50 %	1 001	4 190	1 695	7,9
über 50 % bis 90 %	1 108	2 806	1 950	9,0
über 90 % bis 100 %	5 020	17 263	17 218	79,6
Insgesamt	7 761	30 263	21 627	100
darunter (kumulativ)				
100 %	4 499	14 953	14 953	69,1
mehr als 90 %	5 020	17 263	17 218	79,6
mehr als 50 %	6 128	20 069	19 168	88,6
mehr als 25 %	7 129	24 259	20 863	96,5

* Ohne Indirekte Beteiligungen. — 1 Soweit mehrere Beteiligungen an einem Unternehmen bestanden, wurden sie bei der Gliederung nach Anteilgruppen zusammengefaßt.

sitzes. Dagegen wurden für Ende 1970 lediglich 632 inländische Unternehmen festgestellt, bei denen ausländische Minderheitsbeteiligungen von insgesamt nur knapp 0,8 Mrd DM bis zur Sperrminorität einschließlich (25 %) bestanden.

. . . nach Wirtschaftszweigen

Die Nettozunahme der ausländischen Kapitalbeteiligungen in den Jahren 1969 und 1970 verteilte sich zum Teil anders auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche als in dem Dreijahres-Zeitraum von Ende 1965 bis Ende 1968, über den im Monatsbericht von Mai 1969 berichtet wurde. Während seinerzeit rund ein Viertel des Nettowachses von damals 4,4 Mrd DM allein auf die Mineralölwirtschaft entfiel — eine Gruppe, in welcher Unternehmen der Mine-

ralölgewinnung, der Mineralölverarbeitung und des Mineralölhandels zusammengefaßt sind —, machte der Zugang an Auslandsbeteiligungen hier in den beiden folgenden Jahren nur wenig mehr als 100 Mio DM aus. Den größten Zufluß verzeichnete 1969 und 1970 die Chemische Industrie einschließlich der Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung mit einem Betrag von 546 Mio DM, der zum größten Teil auf verhältnismäßig breit gestreute Kapitalerhöhungen zurückzuführen ist. In den Bereichen des „Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbaus“ sowie der „Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren“ war die Zunahme mit jeweils gut 400 Mio DM etwa gleich hoch. Auch hier spielten Kapitalerhöhungen, insbesondere bei Unternehmen, die unter dem Einfluß von amerikanischen, holländischen und schwedischen Gesellschaften stehen, eine maßgebliche Rolle. Relativ am stärksten erhöhte sich mit über 300 Mio DM das ausländische Kapital in Beteiligungs- und sonstigen Vermögensverwaltungsgesellschaften im Inland. Hierin spiegelt sich die bereits geschilderte Tendenz zur Bündelung und Verwaltung mehrerer Auslandsbeteiligungen in Dachgesellschaften wider, die sich verschiedenen Anzeichen zufolge in Zukunft noch verstärken dürfte.

In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie nahmen die Auslandsbeteiligungen von 1968 bis 1970 netto um lediglich 120 Mio DM zu gegenüber 377 Mio DM in dem Dreijahreszeitraum von 1966 bis 1968. Bei den inländischen Handelsunternehmen, deren ausländisches Beteiligungskapital sich in den drei Jahren zuvor mit 440 Mio DM nicht unbedeutend erhöht hatte, war der Zuwachs in 1969 und 1970 per Saldo merklich geringer; er betrug nur 164 Mio DM. Im wesentlichen dürfte es auf die teilweise Veräußerung einer Auslandsbeteiligung an einem großen Kaufhaus und auf die Neuorganisation eines Textilhandelsunternehmens zurückzuführen sein, daß der Nettowachst so verhältnismäßig klein war.

Zu einer Umkehrung der Entwicklungsrichtung kam es im Bergbau. Während die Beteiligungen von Ausländern an deutschen Bergbauunternehmen (einschließlich Unternehmen der Mineralölgewinnung) in der Zeit von 1966 bis 1968 um zusammen 646 Mio DM zugenommen hatten und gleichzeitig auch der relative Anteil der Auslandsbeteiligungen im Bergbau am gesamten ausländischen Beteiligungskapital von Jahr zu Jahr gewachsen war, ergab sich in den letzten beiden Jahren eine Abnahme um 406 Mio DM. Die Ursachen dafür sind hauptsächlich in den Umstrukturierungsmaßnahmen im deutschen Steinkohlenbergbau im Zusammenhang mit der Gründung der Ruhrkohle AG zu finden.

Da der Stand des ausländischen Beteiligungskapitals im Vergleich zu den jährlichen Nettoveränderungen sehr hoch ist, wurden die Schwerpunkte der branchenmäßigen Struktur der Auslandsbeteiligungen durch die geschil-

Das ausländische Beteiligungskapital nach den wichtigsten Wirtschaftszweigen und Herkunftsländern *)

Wirtschaftszweige Herkunftsländer	Ausländisches Beteiligungskapital Mio DM			Anteil am gesamten ausländischen Beteiligungskapital Prozent			Nettoveränderung des ausländischen Beteiligungskapitals Mio DM 1969-70	
	Stand Ende							
	1968 1)	1969	1970	1968 1)	1969	1970		
Ausländisches Beteiligungskapital insgesamt	18 972	20 242	21 627	100	100	100	+ 2 655	
nach Wirtschaftszweigen								
Mineralölverarbeitung	2 647	2 752	2 837	13,9	13,6	13,1	+ 190	
nachrichtlich: Mineralölwirtschaft 2)	3 773	3 900	3 884	19,9	19,3	18,0	+ 111	
Stahlbau-, Maschinen-, Fahrzeugbau	2 730	2 944	3 178	14,4	14,5	14,7	+ 448	
Chemische Industrie, Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	2 331	2 683	2 877	12,3	13,3	13,3	+ 546	
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	2 136	2 244	2 559	11,2	11,1	11,8	+ 423	
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1 369	1 419	1 489	7,2	7,0	6,9	+ 120	
Handel	1 795	1 781	1 959	9,5	8,8	9,1	+ 164	
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	1 046	1 053	1 131	5,5	5,2	5,2	+ 85	
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	690	877	998	3,7	4,3	4,6	+ 308	
Bergbau	1 339	1 193	933	7,1	5,9	4,3	- 406	
Sonstige	2 889	3 296	3 666	15,2	16,3	17,0	+ 777	
nach Herkunftsländern								
Vereinigte Staaten von Amerika	8 234	8 646	9 230	43,4	42,7	42,7	+ 996	
EWG-Länder	4 595	4 990	5 304	24,2	24,6	24,5	+ 709	
darunter:								
Niederlande	2 334	2 604	2 824	12,3	12,9	13,1	+ 490	
Frankreich	1 065	1 138	1 238	5,6	5,6	5,7	+ 173	
Belgien-Luxemburg	854	886	865	4,5	4,4	4,0	+ 11	
EFTA-Länder	5 453	5 885	6 236	28,8	29,1	28,8	+ 783	
darunter:								
Schweiz und Liechtenstein	2 732	2 836	2 919	14,4	14,0	13,5	+ 187	
Großbritannien	1 815	2 058	2 199	9,6	10,2	10,2	+ 384	
Übrige Länder	690	721	857	3,6	3,6	4,0	+ 167	

* Ohne indirekte Beteiligungen. — 1 Stand nach neueren Ermittlungen; siehe Fußnote auf Seite 28. — 2 Unternehmen der Mineralölverarbeitung, Mineralölgewinnung (enthalten in „Bergbau“) und des Mineralölhandels (enthalten in „Handel“).

derte Entwicklung in den Jahren 1969 und 1970 nicht entscheidend verschoben. Nach wie vor stand Ende 1970 die Mineralölwirtschaft mit einem Auslandskapital von 3,9 Mrd DM an erster Stelle. Der Abstand zu den Gruppen „Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau“ (3,2 Mrd DM), „Chemische Industrie, Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung“ (2,9 Mrd DM), und „Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik . . .“ (2,6 Mrd DM) ist im Vergleich zu früher jedoch kleiner geworden.

Wichtiger als die absolute Höhe des in verschiedenen Wirtschaftszweigen von Ausländern investierten Beteiligungskapitals ist seine relative Bedeutung. Sie zeigt sich einmal bei einem Vergleich der ausländischen Kapitalanteile mit dem Gesamtnominalkapital der Unternehmen der betreffenden Branchen, wie er für den Bereich der Kapitalgesellschaften im Rahmen unserer früheren Untersuchungen durchgeführt wurde. (Umfassende Angaben über das Nominalkapital der Nichtkapitalgesellschaften und seine Gliederung nach Wirtschaftszweigen liegen leider nicht vor.) Noch aufschlußreicher ist eine Analyse, die feststellt, wie hoch das Nominalkapital der Kapitalgesellschaften mit ausländischer Beteiligung in den einzelnen Branchen ist und welche Bedeutung den ausländischen Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen dabei zukommt. Auch bei relativ niedrigen Anteilssätzen (bis zu 25 % des Nominalkapitals) bestehen oft enge Bindungen zur Geschäftsleitung der Gesellschaften, deren Anteile erworben wurden. In der Regel mag es hier jedoch dem ausländischen Teilhaber schwer fallen, eigene Vorstellungen durchzusetzen. In Gesellschaften, an denen Ausländer mit Anteilen von über 25 % bis 50 % beteiligt sind, ist der ausländische Einfluß naturgemäß weit stärker, und zwar um so mehr, je breiter das restliche Kapital gestreut ist. Liegen über 50 % des Nominalkapitals in Händen ausländischer Unternehmen, so ist die betreffende inländische Gesellschaft nach der Terminologie des deutschen Aktienrechts von der ausländischen Muttergesellschaft als der „herrschenden“ Gesellschaft „abhängig“.

Über die engen Beziehungen zwischen ausländischen Konzernen und den von ihnen abhängigen Gesellschaften in der Bundesrepublik ist in den Monatsberichten der Bank mehrfach berichtet worden. So entfielen Ende August 1971, wie in einem Aufsatz „Die Verschuldung inländischer Wirtschaftsunternehmen an das Ausland“ dargelegt wurde⁷⁾, 4,1 Mrd DM oder über 20 % aller kurzfristigen Auslandsschulden der deutschen Unternehmen auf kurzfristige Geldaufnahmen von abhängigen Firmen bei ihren Mutter- und Schwestergesellschaften im Ausland. Ähnlich hoch war die Verschuldung aus langfristigen Darlehen, die ausländische Konzerne ihren Tochtergesellschaften in der Bundesrepublik gewährt hatten (4,8 Mrd DM). Über die direkten finanziellen Beziehungen zu den ausländischen Muttergesellschaften hinaus verfügen die Auslandstöchter in der Bundesrepublik auch noch — sicherlich weitgehend durch Vermittlung

der ausländischen Konzernspitzen — über beachtliche sonstige Kreditfazilitäten im Ausland. Ihre gesamte kurz- und langfristige Auslandsverschuldung (gegenüber ausländischen Konzernteilen, Banken und sonstigen Geldgebern im Ausland zusammen) belief sich Ende August 1971 auf 15 Mrd DM und machte 45 % der Auslandsverschuldung des inländischen Unternehmenssektors aus.

Von den deutschen Auslandszahlungen für Patente, Erfindungen und Verfahren wurden im Jahre 1969, um ein weiteres Beispiel für die enge geschäftliche Verflechtung der Tochtergesellschaften mit ihren ausländischen Konzernzentralen zu nennen, etwa 54 % von abhängigen inländischen Unternehmen an die ausländischen Muttergesellschaften geleistet, die in der Regel die Forschungsarbeiten für den Gesamtkonzern durchführen und das technische Wissen den Konzerntöchtern gegen Lizenzzahlungen überlassen⁸⁾.

In der Mineralölverarbeitung standen Ende 1970, gemessen am Nominalkapital, 90 % der Unternehmen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft unter ausländischem Kapitaleinfluß, 85 % waren vom ausländischen Kapital „abhängig“, d. h. es lagen ausländische Mehrheitsbeteiligungen vor. In der „Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung“, der „Elektrotechnik“ und der „Nahrungs- und Genußmittelindustrie“ war ausländisches Kapital bei Unternehmen, auf die jeweils mehr als die Hälfte des Nominalkapitals der Kapitalgesellschaften des betreffenden Wirtschaftszweiges entfiel, beteiligt, aber dominierend war der ausländische Kapitaleinfluß nur bei Unternehmen mit etwa 40 % des Nominalkapitals der genannten Branchen. In mehreren Wirtschaftszweigen („Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden“, „Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau“, „Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie“, „Handel“) standen 20 bis 30 % der Kapitalgesellschaften unter ausländischem Mehrheitseinfluß, während Auslandsbeteiligungen bei 27 bis 44 % der jeweiligen Branche vorlagen. In der Chemischen Industrie beschränkte sich der ausländische Kapitaleinfluß auf ein Drittel, vom Ausland beherrscht wurden knapp 19 %. Am wenigsten engagiert ist ausländisches Kapital in der „Energiewirtschaft und Wasserversorgung“, wo die deutsche öffentliche Hand sehr stark beteiligt ist.

Die vorgenannten Zahlen betreffen, worauf noch einmal mit Nachdruck hingewiesen sei, nur die Kapitalgesellschaften. In Wirtschaftszweigen, in denen Einzelfirmen und Personengesellschaften, an denen das Ausland nur relativ wenig beteiligt ist, eine große Rolle spielen (z. B. in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und im Handel), dürfte der ausländische Kapitaleinfluß zum Teil beträchtlich geringer sein, als die für die Kapitalgesellschaften berechneten Anteilsätze vermuten lassen. In abgeschwächter Weise gilt dies für fast alle Wirtschaftszweige.

⁷ Vgl. „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, 23. Jg., Nr. 11, November 1971, S. 20 ff.

⁸ Vgl. „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, 22. Jg., Nr. 5, Mai 1970, S. 28.

Inländische Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung nach Wirtschaftszweigen Stand Ende 1970 *)			
Wirtschaftszweige	Unternehmen mit ausländischer Beteiligung 1)		
	Anzahl der Unternehmen	Nominalkapital 2) in Mio DM	
		insgesamt	hiervon in ausländischem Besitz
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	36	84,7	22,7
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau			
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	15	686,0	306,5
Bergbau	19	951,4	932,7
darunter:			
Mineralölgewinnung 3)	5	760,7	749,2
Verarbeitendes Gewerbe			
Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie)	350	3 055,6	2 307,3
Mineralölverarbeitung	24	2 958,0	2 836,7
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	137	723,1	570,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	145	877,6	515,8
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	96	2 268,8	1 131,4
Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau	564	4 190,4	3 178,3
darunter:			
Maschinenbau	448	2 187,1	1 705,9
Straßenfahrzeugbau	45	1 538,7	1 211,6
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	551	3 477,5	2 558,8
darunter:			
Elektrotechnik	297	2 707,6	1 920,0
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	144	578,0	334,7
Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	284	683,3	432,9
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	226	2 150,8	1 488,9
Baugewerbe	157	112,5	65,8
Handel	3 343	2 522,7	1 958,7
darin enthalten:			
Mineralölhandel	52	306,9	297,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	335	415,1	260,9
Kreditinstitute	85	1 322,9	865,0
Kapitalanlagegesellschaften, Finanzierungs-institute und Versicherungsgewerbe			
Kapitalanlagegesellschaften und Finanzierungsinstitute	62	55,7	39,4
Versicherungsgewerbe	70	584,3	159,4
Dienstleistungen			
Grundstücks- und Wohnungswesen	149	438,5	397,8
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	349	1 750,5	998,4
Sonstige Dienstleistungen	591	362,9	258,1
Nicht aufteilbar	29	12,7	6,5
Insgesamt	7 761	30 263,0	21 626,8

* Ohne indirekte Beteiligungen. — 1 Einschl. rechtlich unselbständiger Niederlassungen ausländischer Unternehmen, jedoch ohne rund 1 350 kleinere Unternehmen, bei denen Auslandsbeteiligungen bestehen, deren Höhe aber nicht festgestellt werden konnte. — 2 Grund- oder Stammkapital, Geschäftsguthaben, bei rechtlich unselbständigen Niederlassungen Betriebs- oder Dotationskapital. — 3 Gewinnung von Erdöl, Erdgas und bituminösen Gesteinen.

... nach Herkunftsländern

Der Anteil der Kapitalgeber-Länder und -Regionen am Gesamtbetrag des ausländischen Beteiligungskapitals in der Bundesrepublik war Ende 1970 gegenüber 1968 nur wenig verändert. Die Kapitalzuführungen aus den Ver-

einigten Staaten von Amerika (1,0 Mrd DM), durch die sich die amerikanischen Beteiligungen per Saldo von 8,2 Mrd DM auf 9,2 Mrd DM erhöhten, waren mit gut einem Drittel der gesamten Nettozunahme des ausländischen Beteiligungskapitals in den Jahren 1969 und 1970 (2,7 Mrd DM) relativ geringer als früher. Der Anteil der USA am ausländischen Beteiligungsbesitz in der Bundesrepublik, der von 1966 bis 1968 kontinuierlich angewachsen war (von 38,1 % auf 43,4 %), ging leicht zurück und betrug Ende 1970 42,7 %. Noch stärker als früher wurden die amerikanischen Neuinvestitionen durch die wirtschaftliche Expansion bestehender amerikanischer Tochtergesellschaften ausgelöst, die ihr Grundkapital erhöhten und damit, insbesondere in der Elektrotechnik und im Handel, ihre Kapitalbasis dem erweiterten Geschäftsvolumen anpaßten. Daneben fiel erneut ins Gewicht, daß mehrere rechtlich unselbständige Niederlassungen amerikanischer Banken ihr Dotationskapital kräftig aufstockten. Der Aufkauf von deutschen Unternehmen und der Ersterwerb von Beteiligungen durch amerikanische Investoren waren demgegenüber mit einem Gesamtbetrag von ungefähr 100 Mio DM vergleichsweise unbedeutend.

Die Kapitalbeteiligungen aus den *EWG-Ländern* nahmen von Ende 1968 bis Ende 1970 um gut 700 Mio DM auf 5,3 Mrd DM zu. Der größere Teil, knapp 500 Mio DM, entfiel davon auf Kapitalgeber in den Niederlanden, von denen einige größere Kapitaltransaktionen auf dem Gebiet der Mineralölverarbeitung, des Fahrzeugbaus und der Elektrotechnik bekannt wurden. Mit einem Nettozugang von nicht ganz 800 Mio DM, der etwa zur Hälfte aus Großbritannien kam, erhöhten die *Länder der Europäischen Freihandelszone* zusammengenommen ihre Kapitalbeteiligungen in der Bundesrepublik auf 6,2 Mrd DM. Als Gruppe lagen sie damit Ende 1970 an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten von Amerika. Nach der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird sich hier, insbesondere durch das Hinzukommen der Ende 1970 rund 2,2 Mrd DM tragenden britischen Beteiligungen, voraussichtlich eine stärkere Verschiebung ergeben. Möglicherweise wird dies zur Folge haben, daß der Abstand zwischen dem Anteil der USA und demjenigen der Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Zukunft nur noch gering sein wird. Auch die Abwertung des Dollars im Gefolge der Washingtoner Konferenz vom 17. und 18. Dezember 1971 und die Aufwertung der D-Mark, die eine Beteiligung am DM-Nominalkapital gewerblicher Unternehmen in der Bundesrepublik für amerikanische Investoren verteuern, dürfte hierzu beitragen.

Ausländischer Kapitaleinfluß auf inländische Kapitalgesellschaften der verschiedenen Wirtschaftszweige durch direkte oder indirekte Beteiligungen

Stand Ende 1970

Wirtschaftszweige	Inländische Kapitalgesellschaften insgesamt 1)		Kapitalgesellschaften, die unter ausländischem Kapitaleinfluß stehen								
	Anzahl	Nominalkapital in Mio DM	insgesamt						darunter: mit direkter oder indirekter 2) ausländischer Kapitalbeteiligung		
			Anzahl	Nominalkapital		Anzahl	Nominalkapital		Anzahl	Nominalkapital	
				Mio DM	% des Nominalkapitals der Kapitalgesellschaften des jeweiligen Wirtschaftszweiges		Mio DM	% des Nominalkapitals der Kapitalgesellschaften des jeweiligen Wirtschaftszweiges		Mio DM	% des Nominalkapitals der Kapitalgesellschaften des jeweiligen Wirtschaftszweiges
		über 25 % bis 50 %			über 50 % bis 100 %						
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	434	169,3	26	78,8	46,5	3	0,4	0,2	23	78,4	46,3
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau											
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	394	11 801,7	18	826,5	7,0	5	223,4	1,9	6	234,8	2,0
Bergbau	130	4 202,3	18	915,9	21,8	—	—	—	17	915,9	21,8
Verarbeitendes Gewerbe											
Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie)	2 186	10 741,9	376	3 588,1	33,4	53	1 182,5	11,0	303	1 999,6	18,6
Mineralölverarbeitung	103	3 370,0	29	3 018,4	89,6	2	80,0	2,4	26	2 858,4	84,8
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	1 230	1 271,5	123	702,5	55,2	22	104,1	8,2	93	539,6	42,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	2 248	1 932,2	151	847,3	43,9	35	105,5	5,5	101	494,8	25,6
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	894	7 501,7	92	3 259,4	43,4	23	1 555,6	20,7	59	764,6	10,2
Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau	5 273	10 792,4	518	4 057,7	37,6	74	587,5	5,4	410	2 942,3	27,3
darunter:											
Maschinenbau	3 170	5 468,2	415	1 978,3	36,2	45	119,0	2,2	344	1 632,8	29,9
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	3 974	7 386,7	519	3 711,3	50,2	58	146,0	2,0	433	2 751,9	37,3
darunter:											
Elektrotechnik	1 838	5 402,7	314	3 037,3	56,2	29	92,4	1,7	265	2 169,7	40,2
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	2 515	1 588,1	121	516,1	32,3	23	239,8	15,0	83	202,4	12,7
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	2 573	2 184,3	203	586,9	26,9	20	35,8	1,6	168	502,3	23,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2 541	3 932,8	204	2 232,6	56,8	30	668,8	17,0	161	1 523,6	38,7
Baugewerbe	4 756	867,9	145	136,1	15,7	25	33,0	3,8	109	89,9	10,4
Handel	20 153	6 948,3	3 034	2 584,9	37,2	218	431,8	6,2	2 746	1 837,5	26,4
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	3 296	3 079,8	338	559,7	18,2	50	129,0	4,2	269	400,8	13,0
Kreditinstitute, Kapitalanlagegesellschaften und Finanzierungs-institute	829	4 672,2	99	495,7	10,6	13	102,0	2,2	69	210,8	4,5
Versicherungsgewerbe	1 069	1 365,1	81	606,8	44,5	14	58,1	4,3	54	159,7	11,7
Dienstleistungen											
Grundstücks- und Wohnungswesen	5 898	4 835,5	165	451,3	9,3	15	10,3	0,2	133	423,9	8,8
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	11 237	8 565,3	374	1 488,3	17,4	79	252,1	2,9	260	1 023,8	12,0
Sonstige Dienstleistungen	10 717	2 306,9	561	401,2	17,4	63	83,1	3,6	464	284,2	12,3
Nicht aufteilbar	-	-	17	4,7	-	1	0,3	-	16	4,4	-
Alle Wirtschaftszweige	82 450	99 525,9	7 212	31 070,2	31,2	826	6 029,1	6,1	6 003	20 243,6	20,3

1 Quelle: „Wirtschaft und Statistik“, Heft 3, März 1971. — 2 Beteiligungen direkt beteiligt sind.
von inländischen Unternehmen, an denen Ausländer mit mehr als 50 %

Das ausländische Beteiligungskapital in den einzelnen Wirtschaftszweigen nach Herkunftsländern Stand Ende 1970 *)

Wirtschaftszweige	Herkunftsländer 1)												
	Ausländisches Beteiligungskapital insgesamt	Vereinigte Staaten von Amerika	Schweiz und Liechtenstein	Niederlande	Großbritannien	Frankreich	Belgien-Luxemburg	Schweden	Italien	Kanada	Österreich	Übrige EFTA-Länder	Sonstige Länder
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	22,7	0,2	4,5	17,2	0,0	—	—	0,0	—	0,5	—	0,2	—
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau													
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	306,5	13,0	100,2	15,0	—	100,3	—	—	—	—	78,0	—	—
Bergbau	932,7	749,6	—	53,1	—	9,3	120,7	—	—	—	—	—	—
darunter:													
Mineralölgewinnung	749,2	749,1	—	—	—	0,1	—	—	—	—	—	—	—
Verarbeitendes Gewerbe													
Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie)	2 307,3	958,7	521,0	259,5	142,0	79,3	246,3	66,3	8,7	0,6	3,6	8,8	12,6
Mineralölverarbeitung	2 836,7	1 162,9	0,2	624,9	827,1	94,0	—	0,0	127,5	0,0	—	—	—
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	570,1	202,6	52,9	6,1	129,1	98,0	24,0	12,5	22,8	3,8	2,9	1,4	13,9
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	515,8	97,2	114,1	7,9	15,1	167,3	63,0	30,9	0,9	—	10,6	3,4	5,3
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	1 131,4	145,8	272,2	251,6	30,3	119,8	187,6	11,4	—	80,0	25,8	1,2	5,7
Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau	3 178,3	1 980,3	359,5	107,2	124,5	57,9	12,4	424,3	5,1	65,6	19,0	10,9	11,7
darunter:													
Maschinenbau	1 705,9	792,0	231,7	26,3	81,8	46,0	10,4	424,3	3,6	65,5	7,2	8,5	8,5
Straßenfahrzeugbau	1 211,6	1 147,2	29,8	0,1	18,3	1,6	—	—	1,4	—	10,2	0,1	3,0
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	2 558,8	1 812,8	179,4	372,8	48,5	39,2	17,8	32,3	9,6	0,8	9,0	19,1	17,4
darunter:													
Elektrotechnik	1 920,0	1 328,5	113,5	365,0	22,4	20,2	14,0	27,6	5,6	0,1	5,0	17,5	0,5
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	334,7	59,6	67,4	28,3	3,9	3,3	1,0	85,0	0,8	50,1	3,8	5,6	26,0
Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	432,9	67,0	256,6	27,4	46,1	14,2	0,3	1,1	4,0	1,9	8,9	1,1	4,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1 488,9	509,2	258,7	498,2	35,2	31,6	26,8	11,4	38,5	—	10,5	3,5	65,4
Baugewerbe	65,8	8,4	25,1	13,8	4,1	8,1	0,7	1,1	—	—	1,1	1,9	1,6
Handel	1 958,7	660,6	348,1	136,5	145,8	195,5	75,4	82,6	152,9	5,3	20,9	46,6	88,5
darin enthalten:													
Mineralölhandel	297,9	124,7	35,7	1,7	2,3	27,4	41,0	0,0	64,7	0,5	—	—	—
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	260,9	105,3	47,6	44,6	6,2	31,0	2,0	6,1	0,2	5,8	0,7	5,3	6,1
Kreditinstitute	865,0	350,6	42,2	20,9	148,4	66,9	8,6	3,2	—	4,1	1,5	12,5	206,1
Kapitalanlagegesellschaften, Finanzierungs-institute und Versicherungsgewerbe													
Kapitalanlagegesellschaften und Finanzierungs-institute	39,4	22,4	9,8	1,6	0,3	0,5	0,3	1,5	0,2	1,8	0,0	—	0,9
Versicherungsgewerbe	159,4	14,5	63,6	7,7	42,9	10,0	1,6	3,5	5,3	—	5,3	0,0	5,1
Dienstleistungen													
Grundstücks- und Wohnungswesen	397,8	12,1	30,1	266,0	0,9	3,1	—	1,5	—	64,5	0,1	0,8	18,8
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	998,4	179,8	102,0	54,2	417,3	91,6	73,7	0,5	0,4	19,7	1,1	1,0	57,2
Sonstige Dienstleistungen	258,1	117,0	60,4	9,9	30,7	16,5	2,0	2,1	0,5	1,7	2,3	10,9	4,1
Nicht aufteilbar	6,5	0,6	3,6	0,1	0,1	0,3	0,2	0,0	—	0,0	1,1	0,1	0,3
Insgesamt	21 626,8	9 230,2	2 919,2	2 824,5	2 198,5	1 237,7	864,4	777,3	377,4	306,2	206,2	134,3	550,9
In % des gesamten ausländischen Beteiligungskapitals	100	42,7	13,5	13,1	10,2	5,7	4,0	3,6	1,7	1,4	1,0	0,6	2,5

* Ohne indirekte Beteiligungen. — 1 Beteiligungen von ausländischen Konzerngesellschaften wurden, soweit erkennbar, dem Land zugeordnet, in dem die Muttergesellschaft ihren Sitz hat.

Bankguthaben und sonstige Forderungen öffentlicher Haushalte an Kreditinstitute

Die von der Bundesbank im Statistischen Teil der Monatsberichte laufend mitgeteilten Forderungen der öffentlichen Haushalte an die Kreditinstitute (im folgenden stets ohne Bundesbank) haben Ende September 1971 den Wert von rd. 110 Mrd DM erreicht. Der Gesamtbetrag ist geeignet, in der Öffentlichkeit falsche Vorstellungen über die finanziellen Reserven der öffentlichen Haushalte zu erwecken. Tatsächlich sind die Bankguthaben im eigentlichen Sinne, also Sichteinlagen, Spareinlagen und kürzerfristige Termineinlagen, hieran nur mit einer relativ geringen Quote beteiligt (28 Mrd DM). Das Hauptgewicht der öffentlichen Forderungen an die Banken liegt vielmehr bei den „Termingeldern mit einer Laufzeit von vier Jahren und darüber“ sowie den „Durchlaufenden Krediten“ (zusammen 82 Mrd DM)¹); bei ihnen handelt es sich jedoch nicht oder jedenfalls nur zum geringsten Teil um langfristig angelegte Mittel im Sinne finanzieller Reserven. Vielmehr stellt der überwiegende Teil dieser Beträge die bilanzmäßige Gegenposition der von öffentlichen Haushalten an die Kreditinstitute zwecks Weiterleitung an Dritte gegebenen Gelder dar, also im Rahmen der Haushaltsansätze gewährter Darlehen, die großenteils unter partieller Mithaftung oder auch nur treuhänderischer Haftung der Kreditinstitute vom Staat an Private (u. a. für Zwecke des Wohnungsbaues) gegeben worden sind. Seit der Neuordnung der Bankenstatistik im Jahre 1968 liegen nunmehr detaillierte Angaben für die Guthaben und sonstigen Forderungen der öffentlichen Haushalte an Banken ab Ende 1968 vor. In Zukunft werden diese Ergebnisse im Statistischen Teil unserer Monatsberichte (Tabelle III, 9) laufend publiziert werden. Wenn im folgenden die Ursachen für die Entstehung der einzelnen Arten von Forderungen der öffentlichen Haushalte an das Bankensystem analysiert werden, so soll dies dazu beitragen, Fehlinterpretationen dieser in ihrer Größenordnung beachtlichen Zahlen zu verhindern.

Die Forderungen aller öffentlichen Haushalte an die Kreditinstitute

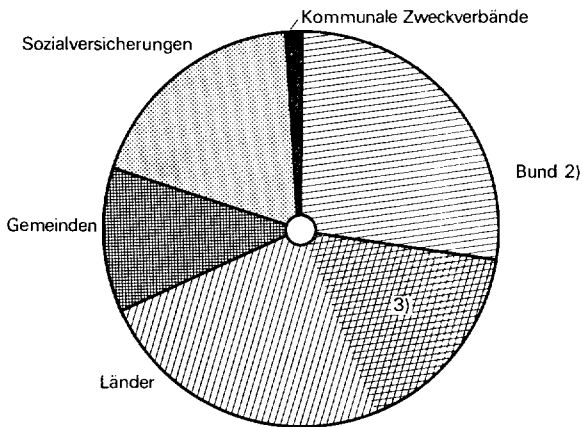
Von den Forderungen sämtlicher Gebietskörperschaften sowie der Sozialversicherungen an die Kreditinstitute entfielen nur rd. 28 Mrd DM auf Bankguthaben im üblichen Sinne, nämlich 4,7 Mrd DM auf Sichteinlagen, 16,3 Mrd DM auf Termingelder mit einer Laufzeit unter vier Jahren und 7,1 Mrd DM auf Spareinlagen. Hierbei dürfte es sich vermutlich zum größten Teil um Kassen- und Rücklagenmittel handeln, also um Guthaben, die entweder unmittelbar zur Abwicklung der laufenden Zahlungsverpflichtungen der öffentlichen Hand benötigt werden oder die auf Grund haushaltsrechtlicher Regelungen als Rücklagen für bestimmte Vorhaben (meist Investitionen) gebildet werden, was insbesondere bei den Gemeinden eine Rolle spielt. Die Mittel können aus Kassenüberschüssen oder aus (z. T. auch vorzeitigen) Kreditaufnahmen stammen. Der weitaus größere Teil der staatlichen Forderungen an Kreditinstitute stellt dagegen „Termingelder mit einer Laufzeit von vier Jahren und

¹ „Durchlaufende Kredite“ sind nach der Terminologie der Bankbilanzen solche staatlichen Darlehen, die vom Kreditinstitut im Rahmen eines Treuhandgeschäftes an Dritte weitergeleitet worden sind. Übernimmt die Bank bei der Weiterleitung zweckgebundener öffentlicher Gelder eine – wenn auch nur partielle – Mithaftung, so sind die Forderungen der öffentlichen Haushalte an die weiterleitenden Kreditinstitute in der Position „Termingelder“ der Bankenstatistik enthalten. Beide Begriffe stellen formale, in

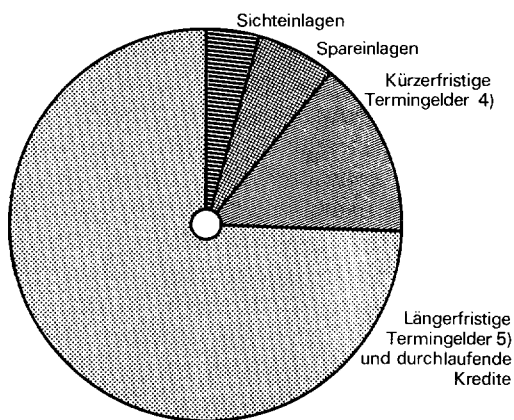
Forderungen der öffentlichen Haushalte an Kreditinstitute

Stand: 30. September 1971
110 Mrd DM 1)

nach Haushalten



nach Arten



1) Größtenteils aus staatlichen Kreditprogrammen über Banken geleitete Mittel, die keine finanziellen Reserven darstellen. - 2) Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. - 3) Über Länderhaushalte geleitete Mittel des Bundes. - 4) Mit einer Laufzeit unter vier Jahren. - 5) Mit einer Laufzeit von 4 Jahren und darüber.

BBk

darüber“ (gut 45 Mrd DM) sowie „Durchlaufende Kredite“ (gut 36 Mrd DM) dar; beide Gruppen enthalten weit überwiegend staatliche Darlehen, die dem Bankenapparat lediglich zur Weiterleitung an die von den Darlehensgebern bezeichneten Endkreditnehmer gegeben wurden. Die gesamten Forderungen der öffentlichen Haushalte gegenüber Banken machten nach den vorliegenden Zahlen Ende 1970 etwa die Hälfte des „Geldvermögens“ des öffentlichen Sektors aus; der andere Teil besteht vor allem aus Direktforderungen an in- und ausländische Kreditnehmer, aus Wertpapierbesitz sowie aus Guthaben bei der Bundesbank²⁾.

Von den Ende September 1971 ausgewiesenen öffentlichen Forderungen an Banken entfielen 45,7 Mrd DM (42%) auf die Länder, 30,8 Mrd DM (28%) standen dem

der Bankenstatistik verwendete Abgrenzungen dar, die naturgemäß nichts über die Ursachen für die Entstehung dieser staatlichen Forderungen an Banken aussagen.

2) Vgl. Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung sowie Bestand an Geldvermögen und Verpflichtungen 1970. In „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, 23. Jg., Nr. 5, Mai 1971, S. 30.

Bund und seinen Sondervermögen ERP und Lastenausgleichsfonds zu, 11,9 Mrd DM (11%) gehörten den Gemeinden und 20,7 Mrd DM (19%) den Sozialversicherungen. (Bei den restlichen 0,7 Mrd DM handelte es sich um Forderungen der kommunalen Zweckverbände, die wegen ihrer geringen quantitativen Bedeutung im folgenden außer acht gelassen werden.) Aus der Verteilung dieses Forderungsvermögens auf die einzelnen Ebenen der Gebietskörperschaften kann freilich nicht auf deren finanziellen Spielraum geschlossen werden, denn nur ein relativ geringer Teil der Forderungen ist für die Finanzierung öffentlicher Ausgaben verfügbar.

Der weit größere Teil der öffentlichen Forderungen an Banken – die sogenannten Termingelder mit einer Laufzeit von vier Jahren und darüber, ein Teil der kürzer befristeten Termingelder sowie die Durchlaufenden Kredite – ist dadurch entstanden, daß Haushaltsmittel als staatliche Kredite für Wohnungsbauzwecke, für Wirtschaftsförderungsprogramme oder auch an das Ausland verausgabt worden sind. Diese Forderungen können also, wie bereits angedeutet wurde, nicht für die Finanzierung öffentlicher Ausgaben eingesetzt werden, sondern stellen im Gegenteil verausgabte und somit gebundene Mittel dar. Sie sind auch nicht etwa in dem Sinne liquide, daß sie, wie z. B. Wertpapiere, unter Umständen veräußert werden könnten, denn staatliche Darlehen werden in aller Regel zu einem sehr niedrigen Zins oder gar zinslos gegeben, so daß der Staat, wollte er die Forderungen veräußern, keinen Erwerber fände, es sei denn, er würde die Forderung auf den Gegenwartswert „abzinsen“ (was als Anreiz zur vorzeitigen Rückzahlung durch die Kreditnehmer z. B. bei Landesbaudarlehen auch möglich ist). In der Regel fließen diese langfristigen Forderungen nur durch vertragsgemäße Tilgungen zurück, wobei die Annuitäten meist relativ niedrig sind; zudem unterliegen die Rückflüsse großenteils einer Zweckbindung. Solche staatlichen Forderungen aus den vielfältigen öffentlichen Kreditprogrammen sind also nicht „Geldvermögen“ im üblichen Sinne. Unter kommerziellen Gesichtspunkten müßten sie – wie erwähnt – wegen ihres weit unter den Marktsätzen liegenden Zinsertrages „abgezinst“ werden, was allerdings im Rechenwerk des Staates, das bei Geldforderungen von Nennwerten ausgeht, nicht geschieht.

Bund, Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen

Die Forderungen des Bundes, des Lastenausgleichsfonds und des ERP-Sondervermögens an Kreditinstitute (die in der Bankenstatistik nicht getrennt ausgewiesen werden) betragen Ende September 1971 30,8 Mrd DM. Dabei spielten Sichteinlagen mit 0,1 Mrd DM und Termingelder mit einer Laufzeit unter vier Jahren mit 0,7 Mrd DM nur eine sehr geringe Rolle; der wirklich entscheidende Betrag (30,0 Mrd DM) entfiel auf sonstige Forderungen, die im wesentlichen aus den über das Bankensystem geleiteten Darlehen stammten. Während die Sichteinlagen und die kürzerfristigen Termingelder seit Ende 1968 relativ

Forderungen der öffentlichen Haushalte an Kreditinstitute nach Arten					
Stand Ende September 1971					
Haushalt	Forderungen insgesamt	Sichteinlagen	Termingelder mit Laufzeit unter 4 Jahren	Termingelder mit Laufzeit von 4 Jahren und darüber 2)	Spar-ein-lagen 3)
	Mrd DM				
Bund 1)	30,8	0,1	0,7	30,0	0,0
Länder	45,7	0,8	1,2	43,6	0,0
Gemeinden	11,9	2,2	3,6	0,4	5,8
Sozialversicherungen	20,7	1,4	10,4	7,7	1,2
Kommunale Zweckverbände	0,7	0,2	0,3	0,0	0,1
Öffentliche Haushalte insgesamt	109,8	4,7	16,3	81,7	7,1
	%				
Bund 1)	28,1	2,6	4,4	36,7	0,3
Länder	41,6	16,4	7,6	53,4	0,6
Gemeinden	10,8	45,5	21,9	0,5	80,9
Sozialversicherungen	18,8	30,4	64,0	9,4	16,3
Kommunale Zweckverbände	0,7	5,1	2,1	0,0	1,9
Öffentliche Haushalte insgesamt	100	100	100	100	100
1 Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — 2 Einschl. durchlaufender Kredite. — 3 Einschl. Sparbriefe. — Differenzen in den Summen durch Runden.					

stark schwankten, im Trend aber weder wuchsen noch sanken, sind die sonstigen Forderungen im Verlauf der Jahre ständig gestiegen: 1969 um 2,1 Mrd DM, 1970 (unter Ausschaltung von statistisch bedingten Veränderungen) um 0,8 Mrd DM und in den ersten neun Monaten von 1971 um abermals 0,8 Mrd DM. Nach den Angaben in den Haushaltsplänen dürfte etwa je die Hälfte der sonstigen Forderungen auf den Bund selbst und auf die beiden Sondervermögen entfallen. Der Bund hat vor allem Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaus und für regionale und sektorale Wirtschaftsförderungsprogramme (beispielsweise für die Landwirtschaft) gewährt. Die Darlehen des Lastenausgleichsfonds dienen im wesentlichen ebenfalls der Wohnungsbaufinanzierung, das ERP-Sondervermögen hat Wirtschaftsförderungsmaßnahmen in der Bundesrepublik und in Entwicklungsländern finanziert. Die Darlehen des Bundes und seiner Sondervermögen wurden fast ausschließlich über Kreditinstitute mit Sonderaufgaben — namentlich über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Lastenausgleichsbank, die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank — geleistet; auf diese Institute entfielen Ende September 1971 29 Mrd DM der längerfristigen Termingelder und durchlaufenden Kredite.

Auch die kürzerfristigen Termingelder des Bundes und seiner Sondervermögen stammen zum größten Teil aus der Vor- oder Zwischenfinanzierung der einzelnen Förderungsprogramme, in die das jeweilige Kreditinstitut

eingeschaltet ist, sowie aus Zins- und Tilgungszahlungen, die bis zur erneuten Verwendung zum Teil auf diesen Konten angesammelt werden. Die in der Bankenstatistik ausgewiesenen Beträge können jedoch auch „echte“ Einlagen enthalten, da der Bund, der Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen — ebenso wie die Länder — ihre flüssigen Mittel gemäß § 17 Bundesbankgesetz (BBankG) zwar grundsätzlich bei der Bundesbank einzulegen haben, die Bundesbank aber einer „anderweitigen“ Einlegung oder Anlage flüssiger Mittel, also außerhalb des Zentralbanksystems, zustimmen kann. Dem Lastenausgleichsfonds und dem ERP-Sondervermögen wird in der Regel die Anlage bestimmter Beträge bei Spezialinstituten genehmigt, die aber im Verhältnis zu den übrigen Forderungswerten keine große Bedeutung haben.

Länder

Die Länder hatten Ende September 1971 Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von fast 46 Mrd DM. Auch hier entfiel der weitaus größte Teil, nämlich 43,6 Mrd DM, auf längerfristige Forderungen, die aus der Darlehensgewährung an den privaten Sektor (hauptsächlich für den Wohnungsbau, daneben für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen verschiedenster Art) unter Einschaltung der Banken resultierten. Ebenso wie beim Bund sind auch bei den Ländern diese „sonstigen“ Forderungen ständig gewachsen: 1969 um 1,1 Mrd DM und 1970 (nach Ausschaltung von statistischen Veränderungen) um 0,6 Mrd DM. In den ersten drei Quartalen von 1971 nahmen sie weiter um 0,3 Mrd DM zu. Im Vergleich zu den weiter zurückliegenden Jahren ist die Nettozunahme in letzter Zeit freilich nicht mehr sehr groß gewesen, da die Länder die Darlehensgewährung eingeschränkt haben und überdies einen zunehmenden Teil der neu gewährten Darlehen aus den Tilgungsrückflüssen für alte Darlehen, also ohne Erhöhung des Gesamtbestandes, finanzieren konnten.

Die den Ländern zugerechneten Forderungen enthalten auch Gegenwerte von Darlehen, namentlich solche für die Wohnungsbauförderung und die Landwirtschaft, die zwar formell von den Ländern gewährt worden sind, die aber der Bund finanziert hat. So sind die Länder bei etwa 18 Mrd DM langfristiger Forderungen zwar juristisch die Forderungsberechtigten, aber gleichzeitig haben sie in dieser Höhe Schulden an den Bund, m.a.W.: wirtschaftlich gesehen stehen diese Forderungen dem Bund zu.

Im Vergleich zum Bund und seinen Sondervermögen verfügten die Länder Ende September 1971 über etwas höhere Sichteinlagen (0,8 Mrd DM) und Termingelder mit einer Laufzeit unter vier Jahren (1,2 Mrd DM). Zum Teil hängt dies damit zusammen, daß die Bundesbank den Ländern höhere „Ausnahmekontingente“ gemäß § 17 BBankG zugesteht als den genannten Sondervermögen.

gen des Bundes. Dies entspricht insofern den Absichten des Gesetzgebers, als den Ländern – die erst durch das Bundesbankgesetz von 1957 definitiv zur Einlage ihrer flüssigen Mittel bei der Bundesbank verpflichtet worden sind – von vornherein die Berücksichtigung ihres Interesses an der Erhaltung ihrer eigenen Staats- und Landesbanken, bei denen sie vorher ihre Kassenbestände unterhalten hatten, gesetzlich zugestanden worden ist (§ 17 Satz 2 BBankG). Die Länder sind naturgemäß bestrebt, die ihnen eingeräumten Globalkontingente voll auszunutzen, um Zinserträge zu erzielen, auf die sie bei Bundesbankeinlagen verzichten müssen. Tatsächlich gehen allerdings die in der Bankenstatistik ausgewiesenen Sichteinlagen sowie bis zu vier Jahren befristeten Termineinlagen mit zusammen 2 Mrd DM erheblich über die seitens der Bundesbank erteilten Ausnahme genehmigungen hinaus. Eine eingehende Untersuchung dieser Differenzen hat ergeben, daß auch die kürzerfristigen Bankeinlagen der Länder zum Teil mit der bereits erläuterten Gewährung von Darlehen in Zusammenhang stehen – sei es, daß die Endkreditnehmer über zugeteilte und den Banken zur Auszahlung bereits überwiesene Gelder noch nicht verfügt haben, sei es, daß Tilgungsrückflüsse aus gewährten Darlehen zunächst bei den Banken angesammelt werden. Dazu kommen Gelder von Sondervermögen, Stiftungen u.ä., welche die Länder zum Teil treuhänderisch verwalten. Ferner entstehen Sichteinlagen der Länder bei Banken auch als zahlungstechnisch bedingter „Bodensatz“, insofern nämlich, als die Länder ihren Zahlungsverkehr nicht ausschließlich über die Bundesbank abwickeln, sondern sich in erheblichem Maße der Geschäftsbanken – namentlich der eigenen Staats- und Landesbanken – bedienen. Nach dem statistischen Bild ist freilich nicht mit Sicherheit auszuschließen, daß bei den Kreditinstituten auch Einlagen von Ländern unterhalten werden, die bei strenger Auslegung des § 17 BBankG als Guthaben bei der Bundesbank zu unterhalten wären.

Insgesamt betrachtet richten sich die Forderungen der Länder vor allem an solche Kreditinstitute, die in die finanzielle Abwicklung der Wohnungsbauförderung und anderer Förderungsprogramme eingeschaltet sind, vor allem also an öffentlich-rechtliche Kreditinstitute. An erster Stelle sind hier die öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten, zu denen auch die Wohnungsbauförderungsanstalten der Länder gehören, zu nennen; sie haben gegenüber den Ländern insgesamt Verbindlichkeiten in Höhe von 30 Mrd DM. Wichtig sind ferner die Girozentralen (8 Mrd DM Verbindlichkeiten gegenüber Ländern), wobei eine Rolle spielt, daß diese Institute in einigen Ländern ebenfalls in staatliche Wohnungsbauförderungsprogramme eingeschaltet sind.

Gemeinden

Die Forderungen der Gemeinden (einschließlich der Gemeindeverbände) an Kreditinstitute, die in der Abgren-

³ Die Angaben der Bankenstatistik liegen merklich höher als die Werte, die man schätzungsweise aus der jährlichen Rechnungsstatistik der Gemeinden ermitteln kann. Dies liegt einerseits daran, daß aus der Rechnungsstatistik kein exaktes Ergebnis abgeleitet werden kann. Andererseits weist die Bankenstatistik unter der Position „Gemeinden“ offenbar in beträchtlichem Umfang Mittel aus, die nicht den Gemeinden selbst, sondern beispielsweise kommunalen Versorgungseinrichtungen sowie Eigen- und

Veränderung der Forderungen der öffentlichen Haushalte an Kreditinstitute *)				
Mrd DM				
Haushalt/ Art der Forderungen	1969	1970	Jan. bis Sept. 1970	Jan. bis Sept. 1971
1. Bund 1)	+ 2,08	+ 0,80	+ 0,37	+ 0,55
darunter:				
Sichteinlagen und kürzerfristige Termingelder	+ 0,01	– 0,04	– 0,22	– 0,23
Längerfristige Termingelder 2)	+ 2,06	+ 0,84	+ 0,60	+ 0,81
2. Länder	+ 1,53	+ 0,17	+ 0,25	+ 0,39
darunter:				
Sichteinlagen und kürzerfristige Termingelder	+ 0,43	– 0,45	– 0,32	+ 0,09
Längerfristige Termingelder 2)	+ 1,10	+ 0,60	+ 0,55	+ 0,30
3. Gemeinden	+ 2,09	– 1,67	– 2,11	– 1,45
darunter:				
Sichteinlagen und kürzerfristige Termingelder	+ 1,65	– 1,16	– 1,40	– 0,77
Spareinlagen 3)	+ 0,42	– 0,56	– 0,75	– 0,68
4. Sozialversicherungen	+ 1,12	+ 3,69	+ 2,43	+ 2,22
davon:				
Sichteinlagen und kürzerfristige Termingelder	+ 1,20	+ 3,60	+ 2,49	+ 0,45
Längerfristige Termingelder 2)	– 0,02	+ 0,06	+ 0,02	+ 1,64
Spareinlagen 3)	– 0,07	+ 0,03	– 0,08	+ 0,13

* Unter Ausschaltung statistisch bedingter Veränderungen. – 1 Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. – 2 Einschl. durchlaufender Kredite. – 3 Einschl. Sparbriefe.

zung der Bankenstatistik Ende September 1971 rd. 12 Mrd DM³⁾ betragen, sind völlig anders strukturiert als die des Bundes und der Länder. Während nämlich die zentralen Haushalte nur ganz unbedeutende Beträge an Spareinlagen unterhalten, sind etwa die Hälfte der gesamten bei Banken unterhaltenen Mittel der Gemeinden Spareinlagen (Ende September 5,8 Mrd DM). Zum gleichen Zeitpunkt verfügten die Gemeinden über 3,6 Mrd DM kürzerfristige Termingelder und 2,2 Mrd DM Sichteinlagen. Die Gemeinden, für die es eine Einlagenverpflichtung bei der Bundesbank nicht gibt, unterhalten bei den Kreditinstituten also vor allem Betriebsmittel und kürzerfristig angelegte Rücklagen. Längerfristige Forderungen an Banken in Form von Termingeldern spielen dagegen eine untergeordnete Rolle, sie betragen Ende September nur 0,4 Mrd DM. Der überwiegende Teil aller Verbindlichkeiten der Kreditinstitute gegenüber Gemeinden, nämlich 8,8 Mrd DM, entfiel dabei auf die Sparkassen als gleichsam kommunale „Hausbanken“; kleinere Beträge lagen bei den Girozentralen (0,9 Mrd DM), den Kreditgenossenschaften (0,7 Mrd DM) und den Großbanken (0,6 Mrd DM).

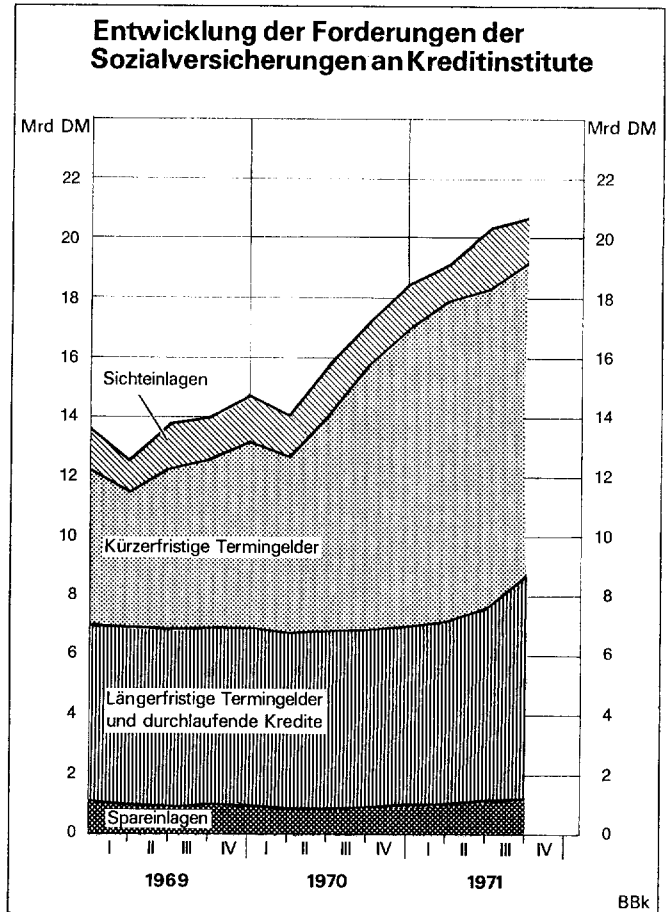
Die Forderungen der Gemeinden an Kreditinstitute stellen im Gegensatz zu denen des Bundes und der Länder weit überwiegend finanzielle Reserven der kommunalen Haushalte dar. Daß sie insgesamt einen recht ansehnlichen Betrag ausmachen, erklärt sich einmal aus der Vielzahl der Gemeinden (23 000), die eine zentrale Kassenhaltung wie beim Bund und bei den Ländern im Kommunalbereich von vornherein unmöglich macht. Eine besondere Rolle spielen aber auch die Rücklagen, die die

Regiebetrieben zustehen, da die Kreditinstitute nicht in jedem Fall eine zutreffende Zuordnung vornehmen können.

Gemeinden nach der Rücklagenverordnung von 1936 zu halten verpflichtet sind. Es handelt sich dabei einmal um die Betriebsmittelrücklage, die divergierende Entwicklungen der Einnahmen und der Zahlungsverpflichtungen ausgleichen soll. Darüber hinaus soll eine allgemeine Ausgleichsrücklage die Gemeinden davor bewahren, daß sie wegen konjunkturell bedingter Einnahmenschwankungen finanziell in Verlegenheit kommen. Schließlich müssen unter bestimmten Voraussetzungen Tilgungsrücklagen, Bürgschaftssicherungsrücklagen, Erneuerungsrücklagen, Erweiterungsrücklagen und andere Sonderrücklagen gebildet werden. Die Gemeinden müssen diese Rücklagen zwar nicht in jedem Fall auf Bankkonten halten, sondern sie können solche Mittel auch im Wege der sogenannten „inneren Verschuldung“ an sich selbst „ausleihen“, d. h. sie für die „Vorfinanzierung“ bestimmter Objekte verwenden; dieser Finanzierungsmöglichkeit sind aber enge haushaltsrechtliche Grenzen gesetzt⁴). Tatsächlich haben die Gemeinden alle diese Rücklagen in den meisten Fällen nicht aus laufenden Einnahmen aufgebracht, sondern – per Saldo – nur durch entsprechend höhere Kreditaufnahme. Den Ende September 1971 ausgewiesenen Forderungen der Gemeinden an Kreditinstitute stand nämlich eine Verschuldung in fast vierfacher Höhe gegenüber. Ganz im Gegensatz zu den übrigen Gebietskörperschaften befinden sich die kommunalen Haushalte damit gegenüber den Banken – bei denen sie den weit überwiegenden Teil ihrer Schulden aufzunehmen pflegen – in einer ausgeprägten Nettoschuldnerposition. Die relativ hohen kommunalen Geldvermögensbestände spiegeln somit keineswegs eine günstige finanzielle Entwicklung der Gemeinden in der Vergangenheit wider⁵).

Sozialversicherungen

Die Forderungen der Sozialversicherungen an Kreditinstitute beliefen sich Ende September auf 20,7 Mrd DM; davon entfielen 5,1 Mrd DM auf Forderungen an Girozentralen, weitere größere Beträge auf solche an Regionalbanken (4,7 Mrd DM), an Großbanken (2,8 Mrd DM) und an Sparkassen (2,3 Mrd DM). Die Forderungen sind sämtlich aus Kassenüberschüssen gebildet worden, sie stellen großenteils kurzfristig verfügbare finanzielle Reserven dar. Im einzelnen besaßen die Sozialversicherungen Ende September 1,4 Mrd DM Sichteinlagen, 1,2 Mrd DM Spareinlagen und 10,4 Mrd DM Termingelder mit einer Laufzeit unter vier Jahren. Bei den als längerfristige Forderungen ausgewiesenen Mitteln der Sozialversicherungen – Ende September 1971 7,7 Mrd DM – handelt es sich zum Teil um zweckgebundene Darlehen (z. B. für den Wohnungsbau), die über Kreditinstitute lediglich weitergeleitet worden sind; bei den Sozialversicherungen haben diese Forderungen – anders als bei den Gebietskörperschaften – den Charakter echter Vermögensanlagen. Weiter enthalten die längerfristigen Forderungen „freie“, d. h. ohne Verwendungsaufgaben an Banken gegebene Darlehen; diese Bestände sind in den



letzten Jahren laufend reduziert worden. Wenn somit insgesamt gesehen relativ kurzfristig verfügbare Gelder vorherrschen, so ist das u. a. schon deshalb angezeigt, weil die übrigen, außerhalb der Banken unterhaltenen finanziellen Reserven der Sozialversicherungen (in Form von Wertpapieren u. ä.) in der Regel weniger liquide sind als die kürzerfristigen Anlagen bei Banken.

In den letzten Jahren sind, wie das obenstehende Schaubild zeigt, die Forderungen der Sozialversicherungen an Banken kräftig gestiegen, denn die Kassenabschlüsse haben sich verbessert. Die bei Banken unterhaltenen Mittel der Sozialversicherungen, die im Jahre 1969 nur um 1,1 Mrd DM zugenommen hatten, erhöhten sich im darauffolgenden Jahr um 3,7 Mrd DM und in den ersten neun Monaten von 1971 um weitere 2,2 Mrd DM. Angereichert wurden im wesentlichen die kürzerfristigen Anlagen; während die längerfristigen Termingelder Ende September 1971 nur um 1,7 Mrd DM über dem Jahresendstand 1968 lagen, übertrafen die kürzerfristigen Termingelder den Stand Ende 1968 um 5,2 Mrd DM. Die Sozialversicherungen, die in der letzten Zeit stärker als früher auf möglichst hohe Liquidität ihrer finanziellen Reserven bedacht waren, sind damit – zumindest für einige Zeit – wieder zu einer wesentlichen Quelle der Geldkapitalbildung bei den Banken geworden. In erster Linie war dies auf die Anlagepolitik der gesetzlichen Rentenversicherungen zurückzuführen. Da die Renten-

⁴ Eine Neuordnung des Rücklagenrechts ist im Rahmen der Reform des Gemeindehaushaltsrechts geplant.

⁵ Daß sich die Finanzlage im Verlauf der letzten beiden Jahre weiter angespannt hat, geht u. a. auch daraus hervor, daß 1970 die Forderungen der Gemeinden an die Kreditinstitute um 1,7 Mrd DM und in den ersten neun Monaten von 1971 um weitere 1,5 Mrd DM gesunken sind und damit weit mehr, als sie 1969, insbesondere wegen des Vorziehens von Gewerbesteuerzahlungen, zugenommen hatten (2,1 Mrd DM).

44 versicherungsträger in letzter Zeit ihre liquiden Reserven auf das gesetzliche Soll, zum Teil sogar noch darüber hinaus aufgestockt haben, wären sie damit allerdings in der Lage, aus künftigen Überschüssen auch wieder mehr Mittel längerfristig anzulegen.

Auf die in der Bankenstatistik erfaßten Direktausleihungen der Banken an die verschiedenen öffentlichen Haushalte, die nunmehr im Zahlenteil des Monatsberichts ebenfalls detailliert abgedruckt werden (Tab. III, 8), wurde in diesem Aufsatz nicht eingegangen, da in den Monatsberichten laufend die Verschuldung der öffentlichen Haushalte analysiert wird. Die Ergebnisse der Bankenstatistik weichen im übrigen zum Teil erheblich von den Angaben aus finanzstatistischen Quellen ab, die üblicherweise den finanzwirtschaftlichen Analysen – auch denen der Bundesbank – zugrunde liegen. Hierfür sind folgende Gründe zu nennen:

- Darlehen, die öffentliche Haushalte oder andere Darlehnsgeber im Nichtbankensektor unter Einschaltung eines Kreditinstituts an eine Gebietskörperschaft gewähren, werden unterschiedlich ausgewiesen. Während in der amtlichen Schuldenstandstatistik die das Darlehen ursprünglich gewährende Stelle als Gläubiger erfaßt wird, wird das gleiche Darlehen in der Bankenstatistik als Bankenausleihung gegenüber dem Endkreditnehmer gemeldet.
- Treten Kreditinstitute Schuldscheindarlehen der Gebietskörperschaften an inländische Nichtbanken oder an das Ausland – auf Zeit oder auch endgültig – ab, ohne dem Schuldner den Gläubigerwechsel anzuzeigen, werden solche Darlehen in der Schuldenstandstatistik weiter als Direktkredite von Banken ausgewiesen, in der Bankenstatistik dagegen nicht mehr erfaßt.
- Die Verschuldung der Eigen- und Regiebetriebe, die rechtlich nicht ermächtigt sind, Kreditverträge abzuschließen, wird in der Schuldenstandstatistik als Verschuldung der „Mutterkörperschaften“, im wesentlichen der Gemeinden, erfaßt, während diese Schuldnergruppe in der Bankenstatistik unter den Unternehmen ausgewiesen wird.
- Die Verschuldung der Stadtstaaten kann von den Kreditinstituten irrtümlich als Verschuldung von Gemeinden anstatt von Ländern nachgewiesen werden, während dies in der Schuldenstandstatistik von vornherein ausgeschlossen ist.
- Schließlich ergeben sich Differenzen durch zeitliche Verschiebungen in der Verbuchung.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Bankstatistische Gesamtrechnungen	
1. Entwicklung und Bestimmungsgründe des Geldvolumens	2*
2. Konsolidierte Bilanz des Bankensystems	4*
3. Zur Entwicklung der Bankenliquidität	6*
II. Deutsche Bundesbank	
1. Aktiva und Passiva der Deutschen Bundesbank	8*
III. Kreditinstitute	
1. Die wichtigsten Aktiv- und Passivgeschäfte der Kreditinstitute	10*
2. Aktiva	12*
3. Passiva	14*
4. Kredite an Nichtbanken nach Befristung und Arten	16*
5. Kredite an inländische Nichtbanken nach Schuldnergruppen	18*
6. Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken nach Befristung und Arten	20*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken nach Gläubigergruppen	22*
8. Kredite an inländische öffentliche Haushalte nach Schuldnergruppen	24*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	24*
10. Aktiva der Bankengruppen	26*
11. Passiva der Bankengruppen	28*
12. Kredite der Bankengruppen an Nichtbanken nach Befristung und Arten	30*
13. Einlagen und aufgenommene Kredite der Bankengruppen von Nichtbanken nach Befristung und Arten	32*
14. Schatzwechselbestände	34*
15. Anleihen und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte und ihrer Sondervermögen im Bestand der Kreditinstitute nach Emittenten	34*
16. Wertpapierbestände	35*
17. Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen nach Kreditnehmern	36*
18. Spareinlagen	38*
19. Bausparkassen	39*
20. Kredite und Einlagen der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen)	40*
21. Girale Verfügungen von Nichtbanken	40*
22. Zahl der monatlich berichtenden Kreditinstitute sowie deren Gliederung nach Größenklassen	40*
23. Zahl der Kreditinstitute und ihrer Zweigstellen	41*
IV. Mindestreservenstatistik	
1. Reservesätze	42*
2. Reserveklassen	44*
3. Reservehaltung	44*
V. Zinssätze	
1. Diskont- und Lombardsatz der Deutschen Bundesbank sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreservesolls	46*
2. Sätze der Deutschen Bundesbank für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt	46*
3. Sätze der Deutschen Bundesbank für US-Dollar-Swaps	47*
4. Privatdiskontsätze	47*
5. Geldmarktsätze in Frankfurt am Main nach Monaten	47*
6. Soll- und Habenzinsen	48*
7. Diskontsätze im Ausland	49*
8. Geldmarktsätze im Ausland	49*
VI. Kapitalmarkt	
1. Absatz und Erwerb von Wertpapieren	50*
2. Absatz von festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten	51*
3. Tilgung von festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten	52*
4. Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten	52*
5. Veränderung des Aktienumschs	53*
6. Renditen inländischer Wertpapiere	53*
7. Geldmittel und Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	54*
8. Mittelaufkommen bei den Kapitalanlagegesellschaften	55*
VII. Öffentliche Finanzen	
1. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften und des Lastenausgleichsfonds	56*
2. Steuereinnahmen des Bundes und der Länder	56*
3. Einzelne Steuern des Bundes und der Länder	57*
4. Ausgleichsforderungen	57*
5. Verschuldung der öffentlichen Haushalte	58*
6. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung	59*
7. Umlauf an Geldmarktpapieren öffentlicher Stellen	60*
8. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	61*
9. Verschuldung des Bundes	62*
10. Entwicklung der kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten	63*
11. Entwicklung der kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Bundesanstalt für Arbeit	63*
VIII. Allgemeine Konjunkturlage	
1. Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts	64*
2. Index der industriellen Nettoproduktion	65*
3. Arbeitsmarkt	65*
4. Index des Auftragseingangs bei der Industrie	66*
5. Bauplanungen und Wohnungsbaufinanzierung	67*
6. Einzelhandelsumsätze	67*
7. Preise	68*
8. Masseneinkommen	69*
9. Tarif- und Effektivverdienste	69*
IX. Außenwirtschaft	
1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz	70*
2. Außenhandel (Spezialhandel) nach Ländergruppen und Ländern	71*
3. Hauptsalden des Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland	72*
4. Übertragungen (unentgeltliche Leistungen)	72*
5. Kapitalverkehr mit dem Ausland	73*
6. Währungsreserven der Deutschen Bundesbank	74*
7. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute gegenüber dem Ausland	76*
8. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Wirtschaftsunternehmen gegenüber dem Ausland	76*
9. Durchschnitte der amtlichen Devisenkurse an der Frankfurter Börse	77*
10. Währungsparitäten der Mitglieder des Internationalen Währungsfonds	78*

Inlandsaktiva								Auslandsaktiva			Sonstige Aktiva 4)	Stand am Monatsende	
								insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute			
Privatpersonen und Firmen			Öffentliche Haushalte					Ausgleichs- und Deckungsfor-derungen	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	Sonstige Aktiva 4)	Stand am Monatsende
kurzfristig 1)	mittel- und langfristig	Wertpapiere 2)	zusammen	kurzfristig 3)	mittel- und langfristig	Wertpapiere							
67 306	183 910	8 051	47 530	1 989	33 522	3 463	8 556	47 019	33 225	13 794	14 581	1965 Dez.	
72 324	200 345	8 075	53 964	3 047	38 378	3 798	8 741	50 388	35 026	15 362	16 421	1966 Dez.	
74 286	216 178	8 415	67 892	7 674	44 759	6 609	8 850	56 943	35 402	21 541	20 750	1967 Dez.	
80 852	237 801	11 151	79 061	8 820	53 172	8 399	8 670	77 017	42 493	34 524	18 219	1968 Dez. 10)	
80 998	242 802	10 745	74 370	8 749	48 526	8 423	8 672	77 017	42 493	34 524	17 932	Dez. 10)	
84 714	247 403	11 615	75 650	7 544	50 867	8 519	8 720	74 570	35 262	39 308	17 820	1969 März	
88 256	254 078	11 576	75 123	6 526	51 539	8 447	8 611	88 133	43 075	45 058	19 221	Juni	
90 453	261 413	11 799	76 428	5 241	53 747	8 992	8 448	95 956	51 058	44 898	19 872	Sept.	
101 562	272 352	12 034	75 714	2 644	55 775	8 977	8 318	77 580	28 024	49 556	21 970	Dez.	
103 848	277 325	12 410	76 781	2 310	57 722	8 438	8 311	80 328	28 917	51 411	21 493	1970 März	
109 924	284 232	12 268	77 691	2 270	59 084	8 153	8 184	85 043	34 296	50 747	22 746	Juni	
109 849	292 926	12 181	79 413	2 242	61 039	8 095	8 037	95 651	43 237	52 414	23 771	Sept.	
113 617	303 437	12 830	82 538	2 676	64 077	7 877	7 908	104 515	51 726	52 789	25 016	Dez. 11)	
113 617	304 095	12 830	82 538	2 676	64 077	7 877	7 908	104 515	51 726	52 789	24 796	Dez. 11)	
112 412	305 203	12 498	83 525	2 774	65 101	7 723	7 927	106 991	53 167	53 824	24 640	1971 Jan.	
113 822	307 085	12 630	83 856	2 807	65 436	7 687	7 926	111 283	56 119	55 164	25 431	Febr.	
114 656	310 056	12 677	84 122	2 937	65 702	7 550	7 933	114 989	59 647	55 342	25 566	März	
114 602	312 795	12 591	84 894	2 910	66 519	7 535	7 930	119 501	62 984	56 517	24 685	April	
115 438	315 056	12 875	85 770	2 990	67 405	7 445	7 930	126 922	71 166	55 756	26 539	Mai	
120 408	318 398	12 644	86 307	3 352	67 863	7 255	7 837	119 161	63 176	55 975	26 757	Juni	
120 194	322 223	12 654	87 166	3 458	68 885	7 173	7 650	120 427	64 545	55 882	25 723	Juli	
120 642	327 078	13 007	87 895	3 110	69 784	7 348	7 653	118 507	63 674	54 833	26 365	Aug.	
123 783	331 298	13 128	88 585	2 972	70 488	7 467	7 658	119 094	64 452	54 642	27 127	Sept.	
125 114	335 125	13 559	89 684	3 346	71 242	7 438	7 680	120 435	65 195	55 240	26 968	Okt.	
127 248	338 240	13 482	91 023	3 262	72 546	7 547	7 688	119 962	65 799	54 163	27 918	Nov. p)	

Inlandspassiva								Auslandspassiva			Überschuß der Interbankverbindlichkeiten	Sonstige Passiva	Stand am Monatsende
Terminvergelder mit Befristung von 4 Jahren und darüber (einschl. durchlaufender Kredite)								insgesamt	Deutsche Bundesbank 9)	Kreditinstitute			
inländische Nichtbanken zusammen	Unternehmen und Privatpersonen 6)	Öffentliche Haushalte	Sparbriefe	Spareinlagen	Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) 7)	Kapital und Rücklagen 8)	insgesamt	Deutsche Bundesbank 9)	Kreditinstitute	Überschuß der Interbankverbindlichkeiten	Sonstige Passiva	Stand am Monatsende	
67 996	4 963	63 033	.	109 758	42 479	19 791	9 699	709	8 990	4 031	19 278	1965 Dez.	
74 047	5 396	68 651	.	126 029	46 188	18 912	9 645	618	9 027	4 517	21 167	1966 Dez.	
76 601	5 478	71 123	249	143 428	47 875	20 820	11 530	1 163	10 367	4 971	24 176	1967 Dez.	
77 949	5 710	72 239	1 818	163 882	52 527	23 609	17 987	1 442	16 545	5 289	24 813	1968 Dez. 10)	
84 923	10 726	74 197	1 798	164 500	48 272	22 327	17 987	1 442	16 545	4 979	26 188	Dez. 10)	
87 034	11 579	75 455	2 603	169 655	49 708	23 123	15 063	1 424	13 639	5 817	27 127	1969 März	
87 990	12 054	75 936	2 970	172 950	50 394	24 241	19 200	1 663	17 537	7 891	30 909	Juni	
88 896	12 405	76 491	3 403	176 007	52 159	24 527	22 447	2 337	20 110	8 600	33 143	Sept.	
90 447	13 078	77 369	3 739	184 209	53 159	24 513	24 613	1 464	23 149	6 647	26 798	Dez.	
91 490	13 719	77 771	4 225	187 299	55 011	26 047	25 920	1 795	24 125	8 198	29 684	1970 März	
91 878	14 018	77 860	4 563	188 837	56 796	26 909	26 322	1 791	24 531	9 378	32 746	Juni	
93 389	14 800	78 589	4 844	190 863	59 197	27 317	31 265	2 704	28 561	11 631	37 542	Sept.	
94 704	15 777	78 927	5 196	203 491	62 276	27 759	36 996	3 548	33 448	10 881	32 703	Dez. 11)	
94 704	15 777	78 927	5 196	203 491	62 276	27 759	36 996	3 548	33 448	11 539	32 483	Dez. 11)	
95 118	16 004	79 114	5 565	205 299	63 335	27 868	34 155	4 121	30 034	13 463	36 248	1971 Jan.	
95 461	16 192	79 269	5 746	207 595	63 849	28 132	35 298	4 395	30 903	14 679	35 569	Febr.	
95 912	16 436	79 476	5 895	208 941	64 374	28 256	35 567	3 913	31 654	14 644	37 538	März	
96 337	16 685	79 652	6 056	210 169	64 891	28 766	36 406	4 093	32 313	14 562	36 498	April	
96 721	16 794	79 927	6 160	211 288	65 526	29 148	37 874	4 432	33 542	14 899	37 393	Mai	
96 923	16 982	79 941	6 241	212 547	65 865	29 330	38 668	4 167	29 501	14 453	42 881	Juni	
98 177	17 370	80 807	6 396	213 303	67 121	29 510	33 823	3 705	30 118	16 624	42 986	Juli	
98 999	17 511	81 488	6 535	214 985	68 132	29 568	34 410	3 460	30 950	15 591	42 508	Aug.	
99 341	17 674	81 667	6 656	215 724	68 889	29 810	34 587	3 662	30 925	17 970	44 954	Sept.	
100 005	17 845	82 160	6 852	217 303	69 930	29 844	35 659	3 963	31 696	17 377	46 737	Okt.	
100 501	17 884	82 617	7 020	218 673	70 811	29 929	35 012	3 876	31 136	16 998	46 052	Nov. p)	

mittelt durch Absetzen der Bestände der Kreditinstitute an eigenen und fremden Bankschuldverschreibungen vom Gesamtumlauf. — 8 Nach Abzug der Aktivpositionen: nicht eingezahltes Kapital,

eigene Aktien und Beteiligungen an inländischen Kreditinstituten. — 9 Einschl. an Ausländer abgegebene Mobilisierungspapiere. — 10 Vgl. Anm. *. — 11 Die Differenz zwischen den beiden Dez.-

Terminen 1970 ist durch die Fusion mehrerer Institute zur Norddeutschen Landesbank Girozentrale bedingt. — p Vorläufig.

I. Bankstatistische Gesamtrechnungen

Bestimmungsfaktoren			III. Bankenliquidität (Summe I und II) = Veränderung der freien Liquiditätsreserven							Freie Liquiditätsreserven der Kreditinstitute 6)		Zeit
marktgeschäfte durch Bundesbank: +)			Komponenten der freien Liquiditätsreserven							insgesamt	in % des Einlagen- volumens 10)	
in inländischen Geldmarktpapieren mit Nichtbanken 3)	in inländischen langfristigen Wertpapieren	Kürzung der Rediskontkontingente	insgesamt	Überschußguthaben 6) 7) (Zunahme: +)	inländische Geldmarktpapiere 8) (Zunahme: +)	Geldmarktanlagen im Ausland 9) (Zunahme: +)	Unausgenutzte Rediskontkontingente (Zunahme: +)	Lombardkredite (Zunahme: -)	Stand am Ende des Zeitraums			
+ 159	-- 282	--	+ 5 201	+ 368	+ 2 671	+ 737	+ 1 449	-- 24	37 193	14,0	1968	
-- 719	-- 502	-- 3 016	-- 14 540	-- 307	-- 7 458	+ 3 330	-- 8 191	-- 1 914	19 790	6,8	1969	
-- 2 061	-- 228	-- 689	+ 4 161	-- 366	+ 2 218	+ 315	+ 1 700	+ 294	25 419	7,8	1970	
+ 554	-- 37	--	+ 1 485	-- 924	+ 2 023	+ 266	-- 71	+ 191	31 666	14,0	1968 1. Vj.	
-- 63	+ 72	--	+ 739	+ 210	+ 154	+ 29	+ 312	+ 34	31 662	13,5	2. Vj.	
+ 97	-- 317	--	+ 455	-- 190	+ 386	+ 608	-- 228	-- 121	33 308	13,6	3. Vj.	
-- 429	--	--	+ 2 522	+ 1 272	+ 108	-- 166	+ 1 436	-- 128	37 193	14,0	4. Vj.	
+ 393	-- 421	--	-- 5 832	-- 1 315	-- 1 484	+ 1 871	-- 4 421	-- 483	28 627	11,3	1969 1. Vj.	
-- 450	-- 6	--	+ 4 396	-- 569	-- 1 013	+ 2 885	+ 2 942	+ 151	34 305	12,9	2. Vj.	
-- 168	-- 3	-- 2 516	-- 4 555	+ 1 059	-- 1 037	-- 1 930	-- 3 284	+ 637	33 033	11,9	3. Vj.	
-- 494	-- 72	-- 398	-- 8 549	+ 518	-- 3 924	+ 504	-- 3 428	-- 2 219	19 790	6,8	4. Vj.	
+ 56	-- 9	-- 350	-- 4 917	-- 749	-- 601	-- 1 270	-- 1 922	-- 375	15 156	5,3	1970 1. Vj.	
-- 483	-- 32	-- 399	+ 2 589	+ 204	+ 213	-- 273	+ 414	+ 2 031	18 492	6,3	2. Vj.	
-- 411	-- 158	--	-- 821	-- 460	+ 506	+ 841	-- 176	-- 1 532	19 412	6,4	3. Vj.	
-- 1 223	-- 29	--	+ 7 310	+ 639	+ 2 100	+ 1 017	+ 3 384	+ 170	25 419	7,8	4. Vj.	
+ 59	-- 38	--	+ 945	-- 731	+ 850	+ 609	-- 1 271	+ 1 488	27 252	8,4	1971 1. Vj.	
-- 33	-- 13	-- 2 395	-- 2 098	+ 88	+ 1 287	+ 2 364	-- 1 102	-- 2 161	20 286	6,1	2. Vj.	
-- 678	-- 3	--	-- 4 489	-- 504	-- 2 059	-- 962	-- 1 655	+ 731	19 526	5,8	3. Vj.	
+ 689	-- 13	--	+ 2 478	-- 679	+ 1 612	+ 1 211	+ 108	+ 226	33 489	14,9	1968 Jan.	
+ 503	-- 38	--	+ 1 095	-- 249	+ 645	+ 541	+ 240	-- 82	34 147	15,0	Febr.	
-- 638	+ 14	--	-- 2 088	+ 4	-- 234	-- 1 486	-- 419	+ 47	31 666	14,0	März	
-- 258	-- 50	--	+ 589	+ 170	-- 240	+ 496	+ 53	+ 110	33 460	14,6	April	
+ 191	+ 25	--	+ 1 063	+ 388	+ 216	+ 481	+ 36	-- 58	34 569	14,8	Mai	
+ 4	+ 97	--	-- 913	-- 348	+ 178	-- 948	+ 223	-- 18	31 662	13,5	Juni	
-- 55	+ 64	--	+ 628	+ 61	+ 112	-- 207	+ 587	+ 75	34 017	14,3	Juli	
+ 152	-- 308	--	-- 319	+ 185	+ 166	+ 200	-- 556	-- 314	33 374	13,9	Aug.	
--	-- 73	--	+ 146	-- 436	+ 108	+ 615	-- 259	+ 118	33 308	13,6	Sept.	
-- 25	+ 129	--	+ 592	-- 21	+ 111	+ 489	-- 67	+ 80	34 694	13,9	Okt.	
-- 174	+ 85	--	+ 4 098	+ 3 384	+ 64	-- 190	+ 740	+ 100	39 810	15,6	Nov.	
-- 230	-- 214	--	-- 2 168	-- 217	-- 2 091	-- 67	+ 763	-- 308	37 193	14,0	Dez.	
+ 133	-- 246	--	+ 908	-- 1 380	-- 385	+ 4 189	-- 1 517	+ 1	36 532	14,4	1969 Jan.	
+ 150	-- 182	--	-- 1 836	-- 194	-- 384	-- 1 297	+ 188	-- 149	34 643	13,6	Febr.	
+ 110	+ 7	--	-- 4 904	+ 259	-- 715	-- 1 021	-- 3 092	-- 335	28 627	11,3	März	
-- 152	-- 4	--	-- 1 849	+ 341	-- 955	-- 2 175	+ 211	+ 729	31 257	12,1	April	
-- 241	-- 2	--	+ 10 931	+ 5 103	+ 346	+ 1 957	+ 3 433	+ 92	40 690	15,2	Mai	
-- 57	--	--	-- 4 686	-- 6 018	-- 404	+ 3 103	-- 702	-- 670	34 305	12,9	Juni	
-- 251	-- 1	-- 2 618	-- 3 282	+ 712	-- 864	+ 328	-- 3 347	-- 111	31 016	11,6	Juli	
+ 333	--	--	-- 2 531	+ 225	-- 471	-- 2 086	+ 19	-- 218	29 463	10,8	Aug.	
-- 250	-- 2	--	+ 1 258	+ 122	+ 298	-- 172	+ 44	+ 966	33 033	11,9	Sept.	
-- 191	-- 24	-- 398	+ 1 492	-- 690	-- 503	+ 1 962	+ 1 053	-- 330	29 382	10,6	Okt.	
-- 468	-- 39	--	-- 5 701	+ 200	-- 1 173	+ 373	-- 2 309	-- 2 792	23 527	8,5	Nov.	
+ 165	-- 9	--	-- 4 340	+ 1 008	-- 2 248	-- 1 831	-- 2 172	+ 903	19 790	6,8	Dez.	
+ 13	+ 10	--	-- 4 515	-- 741	+ 2	-- 1 454	-- 2 000	-- 322	17 510	6,1	1970 Jan.	
+ 78	+ 10	-- 350	+ 731	-- 431	-- 285	-- 21	-- 290	+ 1 758	18 656	6,4	Febr.	
-- 35	-- 9	--	-- 1 133	+ 423	-- 318	+ 205	+ 368	-- 1 811	15 156	5,3	März	
-- 94	-- 20	--	+ 284	-- 78	+ 104	-- 12	+ 233	+ 37	17 492	6,1	April	
-- 175	-- 9	--	+ 1 319	+ 111	+ 62	-- 333	+ 34	+ 1 445	18 924	6,5	Mai	
-- 214	-- 3	-- 339	+ 986	+ 171	+ 47	-- 173	+ 392	+ 549	18 492	6,3	Juni	
+ 42	-- 31	--	-- 709	-- 56	+ 138	-- 770	-- 126	+ 105	20 329	6,8	Juli	
-- 176	-- 77	--	+ 2 164	-- 107	+ 662	+ 714	+ 712	+ 183	21 788	7,2	Aug.	
-- 277	-- 50	--	-- 2 276	-- 297	-- 294	+ 897	-- 762	-- 1 820	19 412	6,4	Sept.	
-- 270	-- 8	--	+ 3 827	+ 23	+ 594	+ 788	+ 800	+ 1 622	24 180	8,0	Okt.	
-- 573	-- 8	--	+ 2 854	+ 603	+ 1 006	-- 135	+ 1 547	-- 167	28 261	9,1	Nov.	
-- 380	-- 13	--	+ 629	+ 13	+ 500	+ 364	+ 1 037	-- 1 285	25 419	7,8	Dez.	
-- 427	-- 32	--	-- 820	-- 454	+ 618	+ 210	-- 984	-- 210	24 437	7,6	1971 Jan.	
-- 140	-- 4	--	-- 72	+ 152	+ 156	-- 325	-- 541	+ 486	26 541	8,2	Febr.	
+ 626	-- 2	--	+ 1 837	-- 429	+ 76	+ 724	+ 254	+ 1 212	27 252	8,4	März	
-- 355	-- 9	-- 2 395	+ 1 529	+ 87	-- 31	+ 1 068	-- 10	+ 415	28 665	8,7	April	
-- 44	-- 4	--	+ 6 164	+ 2 371	+ 192	+ 38	+ 3 517	+ 46	34 487	10,2	Mai	
+ 366	--	--	-- 9 791	-- 2 370	-- 1 448	+ 1 258	-- 4 609	-- 2 622	20 286	6,1	Juni	
-- 200	--	--	-- 2 038	+ 331	-- 1 417	-- 965	-- 1 814	+ 1 827	23 104	6,9	Juli	
-- 322	-- 2	--	-- 70	-- 201	-- 63	-- 322	+ 169	+ 327	22 010	6,5	Aug.	
-- 156	-- 1	--	-- 2 381	-- 634	-- 579	+ 325	-- 70	-- 1 423	19 526	5,8	Sept.	
-- 281	--	-- 842	+ 207	+ 1 509	-- 423	+ 449	-- 152	-- 1 176	21 669	6,4	Okt.	
+ 113	-- 2	--	+ 3 835	-- 1 080	+ 1 527	-- 891	+ 1 834	+ 2 445	24 261	7,0	Nov. p)	

Privatdiskonten, Plafond B-Wechsel der AKA und Kassenobligationen inländischer öffentlicher Emittenten, soweit in die Geldmarktregulierung der Bundesbank einbezogen. — 9 Kurzfristige Forde-

runger der Banken gegenüber ausländischen Kreditinstituten ohne täglich fällige Fremdwährungsforderungen, ausländische Schatzwechsel und U-Schätze sowie als Geldanlage erworbene Aus-

landswechsel. — 10 Sichteinlagen, Termin- und Spar-gelder (ohne Gelder mit Befristung von 4 Jahren und darüber) von Nichtbanken und ausländischen Kreditinstituten. — p Vorläufig.

Lombardforforderungen	Kredite und Forderungen an inländische öffentliche Haushalte						Kredite an Bundesbahn und Bundespost	Wertpapiere				Sonstige Aktivpositionen 9)	Stand am Ausweis- stichtag		
	Bund 8)							Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen der Bundesbahn und Bundespost	Sonstige inländische Wertpapiere	Ausländische Wertpapiere				
	zu- sammen	Buch- kredite	Schatz- wechsel und U- Schätze	Fordng. an Bund wegen Fordngs.- Erwerb aus Nach- kriegs- wirtschafthilfe 7)	Aus- gleichs- forderungen 8)	Kredite an Länder									
646	12 951	1 116	200	2 953	8 680	94	107	11	21	70	1 074	956	1964	Dez.	
696	12 051	1 075	10	2 285	8 681	333	335	13	19	61	1 058	972	1965	Dez.	
938	12 275	722	409	2 462	8 682	442	302	10	14	53	1 018	948	1966	Dez.	
949	12 278	2 062	—	1 534	8 682	158	—	591	684	45	997	1 449	1967	Dez.	
875	10 815	1 344	5	783	8 683	—	—	348	503	36	801	1 473	1968	Dez.	
2 787	11 704	1 904	395	722	8 683	70	182	199	247	7	578	2 607	1969	Dez.	
818	9 736	121	200	732	8 683	110	234	439	284	7	487	2 721	1970	Juni	
1 168	9 115	—	45	387	8 683	19	302	367	243	—	388	2 495	1971	Sept.	
1 682	11 093	2 023	—	387	8 683	311	385	175	188	—	388	2 264		Dez.	
1 580	10 139	1 069	—	387	8 683	231	224	159	161	—	388	2 416		Jan.	
3 124	9 610	540	—	387	8 683	211	160	109	130	—	294	2 543		Febr.	
1 124	9 070	—	—	387	8 683	37	130	224	289	—	294	3 029		März	
207	9 119	49	—	387	8 683	253	—	236	606	—	294	1 981		April	
46	9 070	—	—	387	8 683	100	—	254	613	—	294	3 208		Mal	
375	8 915	191	—	41	8 683	106	180	243	651	—	296	3 474		Juni	
67	9 447	723	—	41	8 683	235	137	215	615	—	296	1 992		Juli	
906	9 509	785	—	41	8 683	99	77	140	613	—	205	2 662		Aug.	
2 361	9 024	—	300	41	8 683	20	238	123	612	—	191	2 908		Sept.	
643	8 754	30	—	41	8 683	129	139	98	493	—	191	2 608		Okt.	
84	8 966	242	—	41	8 683	201	138	97	492	—	191	1 833		7. Nov.	
86	8 724	—	—	41	8 683	65	55	97	492	—	191	1 707		15. Nov.	
1 547	8 724	—	—	41	8 683	—	55	97	495	—	191	1 783		23. Nov.	
1 028	9 222	498	—	41	8 683	228	155	97	495	—	191	3 457		30. Nov.	
3 182	9 829	1 105	—	41	8 683	288	55	66	458	—	191	1 795		7. Dez.	
2 025	9 897	1 173	—	41	8 683	13	55	66	458	—	191	1 930		15. Dez.	
4 267	8 724	—	—	41	8 683	95	20	65	458	—	176	8 381		23. Dez.	

Sonstige (Bundes- bildungs- anleihe)	Inländische Unternehmen und Privatpersonen				Aus- gleichs- posten für zu- geteilte Sonder- ziehungs- rechte	Verbind- lichkeiten aus abge- gebenen Mob.- und Liq- uiditäts- papieren	Rück- stellun- gen	Grund- kapital und Rück- lagen	Sonstige Passiv- positionen 13)	Nachrichtlich: Bargeldumlauf			Stand am Ausweis- stichtag	
	zu- sammen	Bundes- post 12)	sonstige Unter- nehmen und Privat- personen	auslän- dische Einleger						In- gesamt	Bank- noten	Scheide- münzen		
—	1 107	843	264	259	—	2 599	1 260	1 066	606	29 545	27 692	1 853	1964	Dez.
—	1 180	899	281	420	—	1 064	1 475	1 151	656	31 453	29 456	1 997	1965	Dez.
—	1 679	1 375	304	611	—	878	1 690	1 253	883	32 906	30 770	2 136	1966	Dez.
—	1 445	1 085	350	614	—	2 245	1 925	1 370	742	33 829	31 574	2 255	1967	Dez.
—	1 482	1 081	391	336	—	2 534	2 110	1 470	1 026	34 943	32 499	2 444	1968	Dez.
—	1 562	1 174	388	388	—	2 029	1 170	1 150	215	37 275	34 617	2 658	1969	Dez.
—	1 822	1 460	362	360	738	1 701	1 170	1 150	1 209	38 151	35 335	2 816	1970	Juni
—	2 539	2 178	361	460	738	3 071	1 170	1 150	1 883	38 707	35 791	2 916		Sept.
256	2 042	1 630	412	343	738	7 532	1 170	1 150	2 459	39 468	36 480	3 008		Dez.
260	2 167	1 841	326	273	1 364	8 696	1 170	1 150	2 385	38 653	35 659	2 994	1971	Jan.
260	2 475	2 142	333	378	1 364	9 194	1 170	1 150	2 545	39 011	36 001	3 010		Febr.
260	2 843	2 478	366	276	1 364	8 258	1 170	1 150	2 752	39 188	36 150	3 038		März
260	1 720	1 301	419	390	1 364	9 033	2 370	1 370	929	40 336	37 255	3 081		April
260	2 804	2 388	416	615	1 364	9 105	2 370	1 370	1 015	41 177	38 085	3 112		Mal
260	3 328	2 877	451	608	1 364	6 157	2 370	1 370	1 464	40 950	37 819	3 131		Juni
260	2 349	1 943	406	522	1 364	6 359	2 370	1 370	1 453	42 643	39 332	3 311		Juli
260	2 613	2 206	407	422	1 364	6 364	2 370	1 370	1 651	42 016	38 681	3 335		Aug.
260	3 133	2 738	395	426	1 364	6 171	2 370	1 370	1 788	41 987	38 585	3 402		Sept.
260	2 057	1 672	395	615	1 364	6 337	2 370	1 370	1 954	42 095	38 650	3 445		Okt.
260	1 400	1 017	383	528	1 364	6 432	2 370	1 370	1 959	40 870	37 431	3 439		7. Nov.
260	1 247	812	435	631	1 364	7 352	2 370	1 370	1 919	39 944	36 507	3 437		15. Nov.
260	1 187	786	401	506	1 364	7 694	2 370	1 370	1 948	38 258	34 809	3 449		23. Nov.
260	2 573	2 149	424	577	1 364	7 367	2 370	1 370	1 989	43 264	39 790	3 494		30. Nov.
260	1 261	844	417	584	1 364	7 259	2 370	1 370	2 035	43 122	39 606	3 516		7. Dez.
260	1 616	1 163	453	910	1 364	6 590	2 370	1 370	2 061	42 827	39 140	3 687		15. Dez.
—	2 108	1 619	489	1 006	1 364	6 582	2 370	1 370	2 213	42 439	38 744	3 695		23. Dez.

von 1948, einschl. unverzinsliche Schuldverschreibung wegen Geldumstellung in Berlin (West), einschl. der in Schatzwechsel und U-Schätze umgetauschten und abgegebenen Beträge, siehe auch Position „Verbindlichkeiten aus abgegebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren“. — 9 Enthält Ausweispositionen „Deutsche Scheidemünzen“, „Postscheckguthaben“

und „Sonstige Aktiva“. — 10 Ohne die Einlagen der Deutschen Bundespost, die in den Monatsberichten bis einschl. Januar 1971 in dieser Position enthalten waren. — 11 Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie Sozialversicherung. — 12 In den Monatsberichten bis einschl. Januar 1971 in Ausweisposition „inländische Kreditinstitute“ enthalten. — 13 Einschl.

verschiedener Konten aus den „Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft“, die weder Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern noch gegenüber inländischen Kreditinstituten darstellen. — 14 Einschl. „Ausgleichsbedarf für Neubewertung der Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten“ in Höhe von 5 998 Mio DM.

III. Kreditinstitute

über 1 Jahr 7)	Wechsel- diskont- kredite	durch- laufende Kredite	Schatz- wechsel und U-Schätze (ohne Mobilisierungs- titel)	Wert- papiere (ohne Bank- schuld- versrei- bungen)	Aus- gleichs- und Deckungs- forderun- gen	Mobilisie- rungs- papiere (Schatz- wechsel und U-Schätze) 8)	Schuld- versrei- bungen eigener Emis- sionen	Beteili- gungen	Sonstige Aktiva (einschl. Bank- gebäude) 9) 10)	Nachrichtlich:			Stand am Monats- ende
										Wechsel- bestand	Schatz- wechsel und U-Schätze (einschl. Mobilisie- rungstitel)	Wert- papiere (einschl. Bank- schuld- versrei- bungen) 5)	
133 282	20 702	17 248	2 400	8 826	7 983	3 373	294	1 470	7 452	18 582	5 773	25 785	1962 Dez.
13) 153 580	21 903	19 269	2 616	9 533	8 142	4 160	340	1 624	7 528	19 998	6 776	29 844	1963 Dez.
16) 174 709	23 861	23 265	2 508	11 093	8 389	2 052	444	1 833	8 175	21 644	4 560	34 656	1964 Dez.
20) 198 968	26 637	26 007	3 332	12 104	8 556	678	872	2 038	9 193	22 201	4 010	38 366	1965 Dez.
26) 218 474	27 592	29 312	3 613	12 420	8 741	707	1 147	2 349	10 085	22 809	10 085	39 605	1966 Dez.
32) 240 159	29 406	31 309	9 338	15 808	8 850	1 513	941	2 572	11 828	26 791	10 851	50 833	1967 Dez.
271 642	32 725	32 930	9 291	22 366	8 670	1 249	905	3 130	13 028	30 691	10 540	66 897	1968 Dez. 62)
268 269	32 762	32 720	9 290	21 939	8 672	1 250	893	3 142	11 945	30 745	10 540	65 909	Dez. 62)
310 359	38 693	34 099	3 377	25 610	8 318	300	1 664	4 172	13 586	27 838	3 677	76 861	1969 Dez.
41) 313 958	38 167	34 338	2 903	25 204	8 326	100	1 813	4 197	13 879	23 080	3 003	76 408	1970 Jan.
315 720	37 732	34 449	2 637	25 063	8 319	100	1 918	4 236	14 467	22 602	2 737	76 406	Febr.
318 062	35 861	34 483	2 882	25 261	8 311	100	2 035	4 239	14 325	19 572	2 982	76 763	März
320 189	36 384	34 656	2 861	25 378	8 304	100	2 217	4 312	14 378	19 710	2 961	77 221	April
322 742	36 516	34 829	2 969	25 175	8 308	300	2 228	4 334	14 588	19 867	3 259	77 056	Mai
325 948	37 182	34 868	2 774	24 774	8 184	400	2 299	4 441	14 455	20 995	3 174	76 822	Juni
329 910	37 552	35 080	2 970	24 857	8 050	208	2 402	4 546	14 731	21 191	3 178	77 431	Juli
333 276	36 684	35 358	2 971	24 626	8 050	964	2 428	4 581	15 398	20 239	3 935	77 676	Aug.
48) 336 241	36 364	35 381	2 732	24 392	8 037	715	2 428	4 627	15 842	18 864	3 447	77 269	Sept.
339 208	35 865	35 635	2 839	24 435	8 034	2 646	2 421	4 672	15 595	20 724	5 485	77 497	Okt.
343 552	36 204	36 071	2 769	24 549	8 051	2 734	2 492	4 667	15 909	21 470	5 503	78 111	Nov.
349 136	40 028	36 579	3 066	24 569	7 908	3 353	2 099	4 990	16 296	26 296	6 419	78 698	Dez. 63)
349 136	40 028	37 237	3 066	24 569	7 908	3 353	2 099	4 990	16 076	26 296	6 419	78 698	Dez. 63)
351 208	38 775	37 068	3 065	23 950	7 927	4 363	2 193	5 247	16 264	21 988	7 428	78 165	1971 Jan.
353 595	38 182	37 039	3 061	24 069	7 926	4 831	2 242	5 521	16 767	23 776	7 892	78 426	Febr.
356 737	37 549	37 195	3 093	23 895	7 933	4 500	2 336	5 608	16 022	22 436	7 593	78 902	März
360 256	37 771	37 358	3 049	23 664	7 930	5 299	2 516	5 696	16 203	25 586	8 348	79 806	April
362 876	37 092	37 439	3 133	23 993	7 930	5 399	2 498	5 709	16 762	28 760	8 523	80 800	Mai
366 460	38 618	37 469	3 194	23 402	7 837	2 571	2 586	5 752	16 752	21 427	5 765	80 534	Juni
371 341	39 349	37 666	3 301	23 208	7 650	3 039	2 639	5 786	16 912	21 678	6 340	80 783	Juli
376 884	38 829	37 949	3 169	23 819	7 653	3 279	2 659	5 854	16 963	21 500	6 448	81 687	Aug.
381 768	38 188	38 025	2 667	23 990	7 658	2 920	2 681	5 899	17 008	20 477	5 587	82 195	Sept.
386 041	38 585	38 288	2 950	24 309	7 660	3 011	2 832	6 087	17 309	19 783	5 961	82 796	Okt.
390 489	38 405	38 446	3 057	24 094	7 668	4 125	2 493	6 146	17 358	23 247	7 182	83 201	Nov. p)

17 + 1712 Mio DM. - 18 - 130 Mio DM. -
 19 - 95 Mio DM. - 20 - 205 Mio DM. -
 21 + 205 Mio DM. - 22 - 593 Mio DM. -
 23 - 1 995 Mio DM. - 24 + 1 836 Mio DM. -
 25 - 434 Mio DM. - 26 - 703 Mio DM. -
 27 + 862 Mio DM. - 28 - 159 Mio DM. -
 29 + 143 Mio DM. - 30 + 113 Mio DM. -
 31 - 161 Mio DM. - 32 + 260 Mio DM. -
 33 - 260 Mio DM. - 34 - 134 Mio DM. -
 35 - 177 Mio DM. - 36 - 76 Mio DM. -
 37 - 101 Mio DM. - 38 - 557 Mio DM. -
 39 - 320 Mio DM. - 40 - 237 Mio DM. -

41 - 297 Mio DM. - 42 + 297 Mio DM. -
 43 - 158 Mio DM. - 44 - 122 Mio DM. -
 45 - 101 Mio DM. - 46 - 73 Mio DM. -
 47 - 100 Mio DM. - 48 + 100 Mio DM. -
 49 - 270 Mio DM. - 50 + 270 Mio DM. -
 51 - 211 Mio DM. - 52 - 147 Mio DM. -
 53 - 64 Mio DM. - 54 - 61 Mio DM. -
 55 - 137 Mio DM. - 56 - 141 Mio DM. -
 57 - 461 Mio DM. - 58 - 150 Mio DM. -
 59 - 94 Mio DM. - 60 - 51 Mio DM. -
 61 - 198 Mio DM. - 62 Vgl. Anm. * - 63 Die
 Differenz zwischen den beiden Dezember-Terminen

1970 ist durch die Fusion mehrerer Institute zur
 Norddeutschen Landesbank Girozentrale sowie
 durch Ausweisänderungen bei Durchleitgeldern be-
 dingt. - 64 + 110 Mio DM. - 65 - 110 Mio DM. -
 66 + 70 Mio DM. - 67 - 70 Mio DM. -
 68 - 577 Mio DM. - 69 - 523 Mio DM. - 70 - 54
 Mio DM. - 71 - 562 Mio DM. - 72 - 168 Mio DM. -
 73 - 214 Mio DM. - 74 - 207 Mio DM. - 75 - 278
 Mio DM. - 76 - 112 Mio DM. - 77 - 166 Mio DM. -
 78 - 69 Mio DM. - 79 - 887 Mio DM. - 80 - 983
 Mio DM. - 81 - 460 Mio DM. - 82 + 150 Mio DM. -
 83 + 136 Mio DM. - 84 - 136 Mio DM. - p Vorläufig.

von Nichtbanken 2)														Nachrichtlich:			Stand am Monatsende
Gelder		Sparbriefe 61)	Spar-einlagen	durchlaufende Kredite	Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 7)	Rückstellungen	Wertberichtigungen	Kapital (einschl. offene Rücklagen gem. § 10 KWG) 8)	Sonstige Passiva 8) 9)	Bilanzsumme 1)	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften (soweit nicht passiviert)					
3 Monate bis unter 4 Jahre 5)	von 4 Jahren und darüber 6)																
21 448	38 488	.	69 873	16 823	42 115	2 866	4 417	14 054	7 509	320 765	11 368	.	.	1962 Dez.			
22 694	41 987	.	81 521	18 197	50 504	3 173	4 601	15 619	7 706	361 354	13 412	.	.	1963 Dez.			
22 928	43 013	.	84 212	21 765	60 460	3 558	4 880	17 539	8 122	401 716	14 637	.	.	1964 Dez.			
25) 23 557	44 601	.	110 677	26) 23 894	69 613	3 857	5 200	19 554	8 796	447 561	16 574	.	.	1965 Dez.			
29 395	45 619	.	127 112	32) 29 144	74 520	4 133	5 665	18 565	9 437	488 496	17 936	.	.	1966 Dez.			
32 155	46 096	249	144 672	36) 31 255	83 841	4 497	6 071	20 380	11 800	553 656	18 822	.	.	1967 Dez.			
43 250	45 429	1 818	165 432	33 250	97 963	4 928	6 629	23 061	12 016	636 806	21 273	.	.	1968 Dez. 50)			
39 644	52 512	1 808	166 110	33 236	93 135	4 967	2 049	23 180	16 166	638 389	21 381	2 827	.	Dez. 50)			
43 060	56 493	3 765	186 017	34 766	106 074	4 808	2 141	26 055	39) 17 826	711 244	26 769	2 337	.	1969 Dez.			
41 864	56 320	3 956	187 472	42) 35 213	106 729	5 033	2 271	26 287	40) 19 174	700 481	27 181	2 860	.	1970 Jan.			
42 944	56 685	4 159	188 816	35 312	107 570	5 231	2 337	26 625	43) 18 893	710 814	28 226	2 596	.	Febr.			
41 775	56 981	4 252	189 038	36 372	108 705	5 304	2 422	27 639	44) 19 813	708 103	28 670	3 070	.	März			
42 062	57 286	4 431	189 508	35 430	109 939	5 313	2 473	28 024	19 146	714 248	29 236	3 597	.	April			
41 714	57 266	4 514	189 935	35 529	110 586	5 248	2 488	28 352	19 905	721 539	29 718	3 424	.	Mai			
41 971	57 229	4 592	190 585	35 536	111 363	5 283	2 495	28 587	21 861	732 089	30 195	3 271	.	Juni			
42 122	57 533	4 713	190 498	35 696	112 706	5 189	2 503	28 818	22 825	737 750	30 517	3 303	.	Juli			
42 435	58 208	4 798	191 730	35 928	113 926	5 183	2 510	28 891	23 691	747 177	30 938	3 675	.	Aug.			
41 212	58 400	4 874	192 652	35 992	114 736	5 176	2 518	29 009	25 776	751 315	31 297	4 105	.	Sept.			
40 381	58 885	4 955	194 006	36 154	115 937	5 158	2 519	29 085	27 550	763 332	31 669	4 283	.	Okt.			
38 335	59 318	5 046	195 146	36 260	117 218	5 061	2 516	29 187	28 555	778 479	32 700	4 285	.	Nov.			
38 372	59 345	5 234	205 440	36 339	118 748	5 182	2 525	29 473	45) 19 477	797 866	34 506	2 691	.	Dez. 51)			
38 372	59 345	5 234	205 440	36 339	118 748	5 182	2 525	29 473	19 257	793 569	34 506	2 691	.	Dez. 51)			
38 406	59 643	5 601	207 260	36 394	120 009	5 502	2 619	29 608	49) 22 594	784 311	34 865	3 241	.	1971 Jan.			
38 378	59 913	5 782	209 577	36 453	120 741	5 656	2 735	29 951	52) 21 579	791 550	35 330	3 714	.	Febr.			
38 868	60 223	5 932	210 945	36 590	122 015	5 827	2 819	30 071	55) 23 304	795 782	36 994	3 837	.	März			
40 313	60 586	6 092	212 209	36 692	123 856	5 863	2 844	30 373	56) 22 934	806 214	37 455	3 477	.	April			
42 040	60 909	6 199	213 351	36 766	125 143	5 831	2 856	30 750	23 789	823 191	37 657	3 583	.	Mai			
41 869	61 113	6 281	214 635	36 752	125 910	5 810	2 864	30 962	28 680	820 075	38 410	3 712	.	Juni			
39 361	62 232	6 445	215 398	36 891	127 668	5 756	2 866	31 145	28 828	829 817	39 062	4 100	.	Juli			
38 540	62 815	6 587	217 052	37 175	129 007	5 771	2 869	31 217	28 124	840 006	38 633	4 243	.	Aug.			
39 580	63 107	6 720	217 796	37 270	130 121	5 764	2 878	31 482	30 464	848 036	38 549	4 336	.	Sept.			
62) 41 290	63 675	6 919	219 381	37 382	131 590	5 730	2 881	31 539	63) 32 156	856 070	37 773	4 535	.	Okt.			
39 358	63 940	7 089	220 751	37 589	132 743	5 712	2 885	31 635	31 507	875 807	39 411	4 314	.	Nov. p)			

10 — 870 Mio DM. — 11 — 133 Mio DM. — 12 + 133 Mio DM. — 13 — 107 Mio DM. — 14 + 76 Mio DM. — 15 — 183 Mio DM. — 16 — 1 819 Mio DM. — 17 — 122 Mio DM. — 18 — 1 697 Mio DM. — 19 + 1 636 Mio DM. — 20 — 130 Mio DM. — 21 — 254 Mio DM. — 22 — 200 Mio DM. — 23 + 264 Mio DM. — 24 — 92 Mio DM. — 25 + 92 Mio DM. — 26 — 59 Mio DM. — 27 — 593 Mio DM. — 28 — 294 Mio DM. — 29 — 253 Mio DM. — 30 + 2 797 Mio DM. — 31 + 59 Mio DM. — 32 + 2 739 Mio DM. — 33 — 433 Mio DM. — 34 — 2 620 Mio DM. — 35 + 260 Mio DM. — 36 — 280 Mio DM. — 37 + 137 Mio DM. — 38 — 137 Mio DM. — 39 — 177 Mio DM. — 40 — 557 Mio DM. — 41 — 297 Mio DM. — 42 + 297 Mio DM. — 43 — 158 Mio DM. — 44 — 101 Mio DM. — 45 — 211 Mio DM. — 46 — 194 Mio DM. — 47 — 458 Mio DM. — 48 + 68 Mio DM. — 49 — 427 Mio DM. — 50 Vgl. Anm. * — 51 Vgl. Tab. III, 2 Anm. 63. — 52 — 214 Mio DM. — 53 — 278 Mio DM. — 54 — 166 Mio DM. — 55 — 112 Mio DM. — 56 — 69 Mio DM. — 57 — 392 Mio DM. — 58 — 460 Mio DM. — 59 — 180 Mio DM. — 60 — 120 Mio DM. — 61 Einschl. Inhaber-Spar-schuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. — 62 + 165 Mio DM. — 63 — 185 Mio DM. — p Vorläufig.

III. Kreditinstitute

5. Kredite an inländische Nichtbanken nach Schuldnergruppen *)

Mio DM												
Stand am Monatsende	Kredite insgesamt mit Schatzwechselkredit(e)n, Wertpapierbestände(n), Ausgleichs- und Deckungsforderungen						Kredite insgesamt ohne Schatzwechselkredit(e)n, Buchkredite und Darlehen, Wechseldiskontkredite 1) und Schatzwechselkredite					
	Kurzfristig			Mittel- und langfristig			Kurzfristig			Mittel- und langfristig		
	Insgesamt mit	ohne	Insgesamt	Buchkredite und Darlehen	Wechseldiskontkredite 1)	Schatzwechselkredite	Insgesamt mit	ohne	Insgesamt	Buchkredite und Darlehen	Wechseldiskontkredite 1)	Schatzwechselkredite
	Inländische Unternehmen und Privatpersonen						Inländische Öffentliche Haushalte					
1962 Dez.	184 453	177 063	51 420	50 235	29 786	20 449	1 185	133 033	126 828	17 319	16 839	
1963 Dez.	4) 206 057	4) 198 570	5) 55 359	5) 53 911	32 276	21 635	1 448	6) 151 298	6) 144 659	7) 20 145	7) 19 538	
1964 Dez.	231 814	223 065	60 672	59 324	35 748	23 578	1 348	171 142	163 741	8) 22 445	8) 21 780	
1965 Dez.	14) 259 287	249 952	67 306	66 042	39 872	26 170	1 284	14) 191 961	183 910	15) 25 973	15) 25 316	
1966 Dez.	18) 280 744	271 418	72 324	71 073	43 940	27 133	1 251	18) 208 420	200 345	19) 29 887	19) 29 291	
1967 Dez.	23) 298 879	24) 289 081	74 286	72 903	44 658	28 245	1 383	25) 224 593	216 178	26) 31 458	26) 30 296	
1968 Dez. 50)	329 804	317 481	80 852	79 680	46 329	31 351	1 172	248 952	237 801	27) 33 160	27) 31 543	
1968 Dez. 50)	334 645	322 629	80 998	79 827	52 364	27 463	1 171	253 547	242 802	28) 33 982	28) 32 380	
1969 Dez.	31) 386 948	32) 372 506	101 562	100 154	67 680	32 474	1 408	31) 284 386	32) 272 352	33) 38 633	33) 36 941	
1970 Jan.	33) 387 199	373 847	101 050	99 779	67 877	31 902	1 271	33) 286 149	274 088	34) 38 573	34) 36 907	
1970 Febr.	391 008	377 652	103 107	101 855	70 332	31 523	1 252	287 901	275 797	35) 38 909	35) 37 288	
1970 März	393 583	379 828	103 848	102 503	72 489	30 014	1 345	289 735	277 325	36) 39 538	36) 37 972	
1970 April	396 140	382 519	104 451	103 129	72 693	30 438	1 322	291 689	279 390	37) 40 135	37) 38 560	
1970 Mai	400 416	386 713	106 434	105 116	74 491	30 825	1 318	293 982	281 597	38) 40 412	38) 38 895	
1970 Juni	406 484	392 923	109 824	108 631	77 359	31 272	1 293	296 560	284 292	39) 41 727	39) 40 277	
1970 Juli	408 983	395 310	109 057	107 775	76 079	31 696	1 282	299 926	287 536	40) 42 696	40) 41 253	
1970 Aug.	411 236	397 792	108 834	107 570	76 651	30 919	1 264	302 402	290 222	41) 43 514	41) 41 864	
1970 Sept.	414 956	401 752	36) 109 849	36) 108 826	36) 78 205	30 821	1 023	37) 305 107	37) 292 928	37) 44 532	37) 43 094	
1970 Okt.	416 247	402 947	108 492	107 408	77 458	29 950	1 084	307 755	295 539	42) 44 790	42) 43 382	
1970 Nov.	420 712	407 059	109 423	108 395	78 180	30 236	1 028	311 289	298 684	43) 45 790	43) 44 352	
1970 Dez. 53)	429 884	416 001	113 617	112 564	78 814	33 750	1 053	316 257	303 437	44) 47 918	44) 46 185	
1970 Dez. 53)	430 542	416 658	113 617	112 564	78 814	33 750	1 053	318 925	304 095	45) 48 248	45) 46 518	
1971 Jan.	430 113	416 587	112 412	111 364	78 874	32 490	1 048	317 701	305 203	46) 48 328	46) 46 668	
1971 Febr.	433 537	419 865	113 822	112 780	80 826	31 954	1 042	319 715	307 085	47) 48 498	47) 46 878	
1971 März	437 369	423 635	114 658	113 679	82 099	31 480	1 077	322 733	310 056	48) 48 727	48) 46 148	
1971 April	439 988	426 389	114 802	113 594	81 852	31 742	1 006	325 386	312 795	49) 49 953	49) 48 519	
1971 Mai	443 369	429 410	115 438	114 354	83 280	31 074	1 084	327 931	315 056	50) 50 425	50) 49 019	
1971 Juni	451 450	437 819	120 408	119 421	86 982	32 439	987	331 042	318 398	51) 51 952	51) 50 696	
1971 Juli	455 071	441 410	120 194	119 187	85 961	33 226	1 007	334 877	322 223	52) 52 733	52) 51 461	
1971 Aug.	460 727	446 758	120 642	119 680	86 986	32 594	982	340 085	327 078	53) 54 806	53) 53 287	
1971 Sept.	468 209	454 229	123 783	122 931	90 606	32 325	852	344 426	331 298	54) 56 308	54) 54 678	
1971 Okt.	473 796	459 404	125 114	124 279	91 630	32 649	835	348 684	335 125	55) 57 686	55) 56 887	
1971 Nov. p)	478 970	464 543	127 248	126 303	93 751	32 552	945	351 722	338 240	56) 58 056	56) 56 248	

Anmerkungen *, 1 bis 3 s. Tab. III, 4. - 4 - 168
Mio DM. - 5 - 75 Mio DM. - 6 - 93 Mio DM. -
7 + 75 Mio DM. - 8 + 313 Mio DM. - 9 + 129
Mio DM. - 10 + 184 Mio DM. - 11 - 313 Mio DM. -

12 - 1757 Mio DM. - 13 + 1444 Mio DM. - 14 - 85
Mio DM. - 15 - 205 Mio DM. - 16 + 185 Mio DM. -
17 - 65 Mio DM. - 18 - 79 Mio DM. - 19 - 132
Mio DM. - 20 + 132 Mio DM. - 21 - 310 Mio DM. -

22 + 310 Mio DM. - 23 - 197 Mio DM. - 24 - 67
Mio DM. - 25 - 170 Mio DM. - 26 + 220 Mio DM. -
27 - 260 Mio DM. - 28 - 130 Mio DM. - 29 - 60
Mio DM. - 30 + 60 Mio DM. - 31 + 238 Mio DM. -

III. Kreditinstitute

7. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken nach Gläubigergruppen *)

Mio DM

Stand am Monatsende	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt 1)	Sichteinlagen			Termingelder mit Befristung von 1 Monat und darüber 1) 2) (ohne Sparbriefe und ohne durchlaufende Kredite)					
		insgesamt	täglich fällig	bis unter 1 Monat	1 Monat bis unter 4 Jahre					4 Jahre und darüber
					Insgesamt	1 Monat bis unter 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis unter 4 Jahre		
Inländische Unternehmen und Privatpersonen										
1962 Dez.	114 813	33 601	.	.	16 985	13 610	2 074	5 771	5 765	3 355
1963 Dez.	129 930	36 498	.	.	18 689	14 999	2 224	6 286	6 489	3 690
1964 Dez.	147 282	39 568	.	.	21 096	16 736	2 529	6 799	7 408	4 360
1965 Dez.	4) 168 214	5) 42 862	.	.	6) 22 844	7) 18 121	2 944	8) 6 159	9) 9 018	4 723
1966 Dez.	188 489	42 993	.	.	27 120	22 013	2 495	11 083	8 435	5 107
1967 Dez.	217 448	49 734	.	.	32 565	27 405	4 951	13 266	9 188	5 160
1968 Dez. 25)	253 814	53 902	.	.	43 635	38 311	6 246	19 393	12 672	5 324
1969 Dez.	262 311	55 420	54 903	517	48 044	37 688	6 494	24 444	6 750	10 356
	295 051	58 555	57 196	1 359	56 409	43 739	10 165	27 172	6 402	12 670
1970 Jan.	292 699	54 876	54 330	546	55 930	42 986	10 447	26 002	6 537	12 944
Febr.	294 308	54 304	53 893	411	56 476	43 331	10 479	26 714	6 138	13 145
März	293 883	54 565	54 090	475	55 327	42 069	10 028	26 071	5 970	13 258
April	296 923	54 317	53 833	484	57 757	44 267	11 933	26 813	5 521	13 490
Mal	300 333	58 863	56 243	620	58 059	44 640	12 983	26 481	5 176	13 419
Juni	303 649	58 246	57 503	743	59 136	45 579	13 869	26 842	4 868	13 557
Juli	307 257	58 373	57 923	450	62 358	48 494	16 522	27 418	4 554	13 864
Aug.	308 620	58 641	58 229	412	62 193	48 103	16 087	27 767	4 249	14 090
Sept.	307 443	58 771	58 369	402	59 929	45 576	14 924	26 653	3 999	14 353
Okt.	310 999	59 119	58 759	360	61 676	46 978	17 155	26 118	3 705	14 698
Nov.	317 224	63 598	63 125	473	62 251	47 211	18 764	24 901	3 546	15 040
Dez.	331 406	65 374	63 374	2 000	64 608	49 281	20 290	25 417	3 574	15 327
1971 Jan.	330 800	60 680	60 230	450	66 293	50 746	21 191	25 975	3 580	15 547
Febr.	333 884	61 066	60 512	554	66 493	50 759	21 880	25 489	3 390	15 734
März	336 109	61 388	60 917	471	66 783	50 851	21 751	25 894	3 206	15 932
April	341 917	62 989	62 607	382	69 512	53 346	23 444	27 055	2 847	16 166
Mal	348 321	66 553	65 986	567	71 205	54 919	23 738	28 298	2 883	16 286
Juni	347 941	67 112	66 534	578	68 790	52 350	20 735	28 891	2 724	16 440
Juli	351 164	68 627	67 947	680	69 442	52 620	22 144	27 920	2 556	16 822
Aug.	353 754	69 103	68 544	559	69 761	52 809	22 666	27 720	2 423	16 952
Sept.	354 884	68 812	68 225	587	70 235	53 129	22 199	28 431	2 499	17 106
Okt.	360 731	69 630	69 126	504	73 424	56 151	23 841	29 750	2 560	17 273
Nov. p)	367 959	74 488	73 909	579	74 232	56 920	25 579	28 719	2 622	17 312
Inländische öffentliche Haushalte										
1962 Dez.	73 779	5 230	.	.	46 394	11 583	2 030	3 763	5 790	34 811
1963 Dez.	79 487	5 483	.	.	49 646	11 749	2 347	3 709	5 693	37 897
1964 Dez.	11) 83 161	12) 5 328	.	.	13) 49 256	11 040	2 699	2 805	5 536	13) 38 216
1965 Dez.	15) 86 528	5 730	.	.	49 749	10 275	2 211	2 528	5 536	39 474
1966 Dez.	17) 93 796	5 446	.	.	18) 51 720	11 757	2 081	5 150	4 526	18) 39 963
1967 Dez.	98 547	6 330	.	.	20) 52 631	12 248	2 849	4 647	4 752	20) 40 383
1968 Dez. 25)	102 702	6 693	.	.	22) 53 590	13 961	3 245	6 202	4 514	22) 39 629
1969 Dez.	105 142	5 068	4 768	300	52 759	11 173	3 090	6 525	1 558	41 586
		5 797	5 367	430	58 967	13 707	4 657	7 849	1 201	43 260
1970 Jan.	103 627	4 068	3 919	149	23) 56 841	13 995	5 185	7 639	1 171	23) 42 846
Febr.	104 460	4 513	4 452	61	57 210	14 296	4 906	8 294	1 096	42 914
März	103 544	4 466	4 422	44	56 413	13 313	4 422	7 784	1 107	43 100
April	103 458	4 403	4 156	247	56 542	13 366	4 584	7 758	1 024	43 176
Mal	105 393	4 672	4 548	124	58 194	14 966	5 927	7 969	1 070	43 228
Juni	105 229	4 954	4 718	236	57 879	14 821	5 624	8 104	1 093	43 058
Juli	104 553	4 437	4 238	199	57 773	14 722	5 778	7 884	1 060	43 051
Aug.	106 373	4 579	4 452	127	59 193	15 877	6 641	8 025	1 211	43 316
Sept.	105 987	4 412	4 288	124	58 888	15 575	6 311	8 029	1 235	43 313
Okt.	105 575	4 116	3 995	121	58 675	15 223	6 232	7 830	1 161	43 452
Nov.	106 787	4 791	4 670	121	59 072	15 535	7 224	7 202	1 109	43 537
Dez.	108 067	5 544	5 362	182	59 187	15 883	8 137	6 754	992	43 304
1971 Jan.	106 941	4 242	4 193	49	59 536	16 091	8 913	6 249	929	43 445
Febr.	108 366	4 663	4 562	101	60 491	16 960	9 071	6 988	901	43 531
März	107 664	4 171	4 123	48	60 256	16 615	8 580	7 225	810	43 641
April	108 079	4 313	4 274	39	60 515	16 786	8 157	7 747	882	43 729
Mal	110 358	4 975	4 887	88	61 986	18 063	8 762	8 457	844	43 923
Juni	109 394	5 171	5 020	151	60 965	16 991	7 960	8 355	676	43 974
Juli	108 611	4 608	4 484	124	60 751	16 044	7 864	7 517	663	44 707
Aug.	109 863	4 822	4 781	41	61 474	16 364	8 515	7 230	619	45 110
Sept.	109 799	4 726	4 631	95	61 498	16 295	8 156	7 565	574	45 201
Okt.	109 588	4 675	4 641	34	27) 61 309	27) 15 703	7 222	7 992	489	45 606
Nov. p)	110 182	4 917	4 876	41	61 473	15 622	8 090	7 144	418	45 851

Anmerkungen *, 1 und 2 s. Tab. III, 6. — 3 Bis
1. Dezember-Termin 1968 ist die Ausgliederung nach
Wirtschaftssektoren nur beschränkt vergleichbar;

vgl. auch Tabelle III, 18 b) sowie Anm. *. —
4 + 82 Mio DM. — 5 — 92 Mio DM. —
6 + 87 Mio DM. — 7 + 68 Mio DM. —

8 — 217 Mio DM. — 9 + 285 Mio DM. —
10 + 87 Mio DM. — 11 — 171 Mio DM. —
12 — 122 Mio DM. — 13 — 1712 Mio DM. —

Sparbriefe 26)			Spareinlagen						Durchlaufende Kredite	Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften (soweit nicht passiviert)	Stand am Monatsende
Insgesamt	unter 4 Jahre	4 Jahre und darüber	Insgesamt 3)	mit gesetzlicher Kündigungsfrist	mit vereinbarter Kündigungsfrist						
					Insgesamt	unter 4 Jahre	4 Jahre und darüber				
				prämienbegünstigte			sonstige				
.	.	.	63 737	.	.	.	3 978	.	310	.	1962 Dez.
.	.	.	74 405	48 081	26 324	.	6 026	.	338	.	1963 Dez.
.	.	.	86 402	.	.	.	8 269	.	218	.	1964 Dez.
.	.	.	102 268	.	.	.	10 397	.	240	10)	1965 Dez.
.	.	.	118 087	.	.	.	12 786	.	289	.	1966 Dez.
.	.	.	134 582	.	.	.	15 213	.	318	.	1967 Dez.
249	5	244	154 073	.	.	.	17 301	.	386	.	1968 Dez. 25)
1 818	24	1 794	176 104	98 603	58 160	38 610	17 355	2 195	370	.	Dez. 25)
1 714	24	1 690	107 152	107 152	68 952	45 407	18 777	4 768	408	.	1969 Dez.
3 575	28	3 547	177 701	108 439	69 262	46 056	17 879	5 327	426	.	1970 Jan.
3 766	28	3 738	179 086	108 485	70 601	46 576	18 090	5 935	475	.	Febr.
3 967	26	3 941	179 470	108 004	71 466	46 772	18 345	6 349	461	.	März
4 060	25	4 035	180 139	107 825	72 314	46 979	18 612	6 723	472	.	April
4 238	24	4 214	180 620	107 778	72 842	47 044	18 850	6 948	471	.	Mal
4 320	24	4 296	181 409	107 802	73 607	47 230	19 243	7 134	461	.	Juni
4 397	23	4 374	181 543	109 459	72 084	47 845	18 862	7 377	468	.	Juli
4 517	22	4 495	182 734	109 976	72 758	48 102	16 988	7 668	462	.	Aug.
4 590	21	4 569	183 629	110 105	73 524	48 378	17 322	7 824	447	.	Sept.
4 667	20	4 647	185 010	110 731	74 279	48 570	17 725	7 984	451	.	Okt.
4 743	19	4 724	186 114	110 958	75 156	48 778	18 202	8 176	435	.	Nov.
4 826	18	4 808	195 970	115 167	80 803	51 736	20 239	8 826	450	.	Dez.
5 004	17	4 987	198 003	117 642	80 361	52 500	18 723	9 138	457	.	1971 Jan.
5 367	16	5 351	200 317	119 018	81 299	52 792	19 089	9 418	458	.	Febr.
5 550	16	5 534	201 735	119 457	82 278	53 073	19 607	9 598	504	.	März
5 699	15	5 684	203 038	119 848	83 190	53 258	20 094	9 838	519	.	April
5 859	15	5 844	204 097	119 942	84 155	53 437	20 521	10 197	508	.	Mal
5 958	15	5 943	205 460	120 191	85 269	53 705	21 113	10 451	542	.	Juni
6 037	24	6 013	206 347	122 481	83 866	54 257	18 865	10 744	548	.	Juli
6 200	23	6 177	207 992	123 162	84 830	54 565	19 230	11 035	559	.	Aug.
6 339	24	6 315	208 804	123 321	85 483	54 555	19 692	11 236	568	.	Sept.
6 465	13	6 452	210 448	124 016	86 432	54 770	20 183	11 479	572	.	Okt.
6 657	13	6 644	211 846	124 416	87 430	54 948	20 716	11 766	572	.	Nov. p)
6 821	13	6 808									
.	.	.	5 685	16 470	.	1962 Dez.
.	.	.	6 565	6 565	17 783	.	1963 Dez.
.	.	.	7 098	14) 21 479	.	1964 Dez.
.	.	.	7 490	16) 23 559	.	1965 Dez.
.	.	.	7 942	19) 28 688	.	1966 Dez.
.	.	.	8 846	21) 30 740	.	1967 Dez.
.	.	.	9 809	32 610	.	1968 Dez. 25)
84	84	84	7 797	3 494	4 303	4 019	284	284	32 611	.	Dez. 25)
164	164	164	8 105	3 278	4 827	4 270	557	557	34 109	.	1969 Dez.
164	164	164	8 009	3 324	4 685	4 133	552	24) 34 545	34 545	.	1970 Jan.
165	165	165	7 977	3 282	4 695	4 120	575	34 595	34 595	.	Febr.
165	165	165	7 829	3 173	4 656	4 065	591	34 671	34 671	.	März
166	166	166	7 631	3 030	4 601	3 993	608	34 716	34 716	.	April
165	165	165	7 571	2 968	4 603	3 985	618	34 791	34 791	.	Mal
166	166	166	7 428	2 867	4 561	3 923	638	34 802	34 802	.	Juni
167	167	167	7 194	2 739	4 455	3 804	651	34 982	34 982	.	Juli
177	177	177	7 222	2 758	4 464	3 789	675	35 202	35 202	.	Aug.
177	177	177	7 234	2 797	4 437	3 719	718	35 276	35 276	.	Sept.
179	179	179	7 186	2 807	4 379	3 647	732	35 419	35 419	.	Okt.
184	184	184	7 191	2 849	4 342	3 606	736	35 549	35 549	.	Nov.
192	192	192	7 521	2 967	4 554	3 752	802	35 623	35 623	.	Dez.
198	198	198	7 296	2 961	4 335	3 543	792	35 669	35 669	.	1971 Jan.
196	196	196	7 278	2 976	4 302	3 509	793	35 738	35 738	.	Febr.
196	196	196	7 206	2 955	4 251	3 419	832	35 835	35 835	.	März
197	197	197	7 131	2 965	4 168	3 342	824	35 923	35 923	.	April
202	202	202	7 191	2 908	4 283	3 424	859	36 004	36 004	.	Mal
204	204	204	7 087	2 831	4 256	3 379	877	35 967	35 967	.	Juni
196	196	196	6 956	2 742	4 214	3 325	889	36 100	36 100	.	Juli
196	196	196	6 993	2 744	4 249	3 332	917	36 378	36 378	.	Aug.
191	191	191	6 920	2 705	4 215	3 271	944	36 466	36 466	.	Sept.
195	195	195	6 855	2 690	4 165	3 199	966	36 554	36 554	.	Okt.
199	199	199	6 827	2 681	4 146	3 172	974	36 766	36 766	.	Nov. p)

14 + 1663 Mio DM. - 15 - 128 Mio DM. -
 16 - 146 Mio DM. - 17 + 2 797 Mio DM. -
 18 + 58 Mio DM. - 19 + 2 739 Mio DM. -

20 + 260 Mio DM. - 21 - 260 Mio DM. -
 22 - 137 Mio DM. - 23 - 297 Mio DM. -
 24 + 297 Mio DM. - 25 Vgl. Anm. * - 26 Einschl.

Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. - 27 + 185 Mio DM. - p Vorläufig.

Gemeinden und Gemeindeverbände				Kommunale Zweckverbände mit hoheitlichen Aufgaben				Sozialversicherung				Stand am Monatsende
insgesamt	kurzfristig 1)	mittelfristig 1) 2)	langfristig 2)	insgesamt	kurzfristig 1)	mittelfristig 1) 2)	langfristig 2)	insgesamt	kurzfristig 1)	mittelfristig 1) 2)	langfristig 2)	
27 455	306	1 492	25 657	2 951	25	97	2 829	157	129	14	14	1968 Dez.
3) 29 654	370	1 299	3) 27 985	3 307	48	79	3 180	80	50	1	29	1969 Dez.
30 209	370	1 247	28 592	3 383	63	75	3 245	70	55	1	14	1970 Jan.
30 291	349	1 224	28 718	3 379	62	79	3 238	51	33	1	17	Febr.
4) 30 591	383	1 231	4) 28 977	5) 3 286	48	70	5) 3 168	42	26	1	15	März
30 691	316	1 220	29 155	3 247	59	54	3 134	54	35	1	18	April
30 829	295	1 221	29 313	3 282	56	58	3 168	41	23	2	16	Mai
31 022	405	1 226	29 391	3 272	62	59	3 151	62	45	1	16	Juni
31 471	380	1 340	29 751	3 152	52	64	3 036	57	41	1	15	Juli
8) 31 571	321	1 348	9) 29 902	3 304	61	69	3 174	40	23	1	16	Aug.
31 945	437	1 361	30 147	3 348	80	71	3 197	45	30	—	15	Sept.
32 389	450	1 369	30 570	3 415	85	76	3 254	77	62	1	14	Okt.
32 641	418	1 376	30 847	3 476	99	86	3 291	29	14	—	15	Nov.
33 370	533	1 493	31 344	3 520	79	102	3 339	59	30	15	14	Dez.
33 828	528	1 555	31 745	3 542	82	95	3 365	98	67	15	16	1971 Jan.
34 026	489	1 566	31 971	3 587	86	94	3 407	53	23	15	15	Febr.
34 495	593	1 576	32 326	3 599	75	89	3 435	65	36	15	14	März
35 081	656	1 668	32 757	3 638	79	86	3 473	67	36	15	16	April
35 241	525	1 711	33 005	3 681	81	87	3 513	156	95	30	31	Mai
36 025	700	1 737	33 588	3 769	88	96	3 585	183	123	30	30	Juni
36 926	678	1 787	34 461	3 741	84	90	3 567	92	32	31	29	Juli
37 273	535	1 825	34 913	3 780	65	105	3 610	105	47	30	28	Aug.
37 824	696	1 849	35 279	3 818	77	109	3 632	94	35	32	27	Sept.
38 775	740	1 862	36 173	3 895	80	119	3 696	121	59	34	28	Okt.
39 340	708	1 924	36 708	3 991	93	134	3 764	134	76	31	27	Nov. p)

Statistisch bedingte Veränderungen von 50 Mio DM und mehr werden in den Anmerkungen 3 ff. gesondert vermerkt, und zwar statistisch bedingte Zu-

nahmen mit +, Abnahmen mit —. — 1 Einschl. Wechseldiskontkredite. — 2 Einschl. durchlaufender Kredite. — 3 — 213 Mio DM. — 4 — 66 Mio DM. —

5 + 66 Mio DM. — 6 + 92 Mio DM. — 7 + 81 Mio DM. — 8 — 92 Mio DM. — 9 — 81 Mio DM. — p Vorläufig.

Gemeindeverbände			Kommunale Zweckverbände mit hoheitlichen Aufgaben					Sozialversicherung					Stand am Monatsende
Termingelder		Spar-einlagen und Spar-briefe	ins-gesamt	Sicht-einlagen	Termingelder		Spar-einlagen und Spar-briefe	ins-gesamt	Sicht-einlagen	Termingelder		Spar-einlagen und Spar-briefe	
unter 4 Jahren	4 Jahre und dar-über 2)				unter 4 Jahren	4 Jahre und dar-über 2)				unter 4 Jahren	4 Jahre und dar-über 2)		
3 564	537	6 577	767	243	345	12	167	13 611	1 411	5 164	5 972	1 064	1968 Dez.
4 789	554	6 998	774	231	328	16	199	14 729	1 539	6 237	5 955	998	1969 Dez.
5 016	563	6 966	665	217	245	18	185	14 727	1 226	6 583	5 969	949	1970 Jan.
5 651	574	6 983	671	216	266	18	171	14 548	1 322	6 354	5 953	919	Febr.
5 240	574	6 870	659	219	255	20	165	14 097	1 354	5 920	5 931	892	März
4 883	582	6 692	677	210	288	20	159	14 406	1 387	6 208	5 932	879	April
5 579	578	6 608	723	221	307	17	178	15 221	1 547	6 829	5 960	885	Mai
4 896	594	6 468	719	253	282	15	169	15 792	1 725	7 208	5 989	870	Juni
4 660	581	6 250	679	221	284	19	155	16 279	1 368	8 034	6 006	871	Juli
5 022	408	6 269	680	206	295	21	158	16 916	1 386	8 628	6 013	869	Aug.
4 317	413	6 251	679	231	273	19	156	17 159	1 398	8 863	5 977	921	Sept.
3 803	423	6 157	673	228	269	19	157	17 314	1 175	9 132	6 056	951	Okt.
4 218	423	6 153	704	239	288	22	155	17 509	1 406	9 079	6 038	986	Nov.
3 779	422	6 434	711	259	272	24	156	18 457	1 499	9 914	6 012	1 032	Dez.
3 537	415	6 211	634	231	242	12	149	18 836	1 255	10 434	6 100	1 047	1971 Jan.
4 132	420	6 211	674	244	262	10	158	19 084	1 419	10 532	6 112	1 021	Febr.
3 691	425	6 129	644	228	249	11	156	19 135	1 266	10 671	6 165	1 033	März
3 359	410	6 056	684	230	290	17	147	19 572	1 293	11 032	6 208	1 039	April
4 149	408	6 079	690	232	293	11	154	20 344	1 540	11 442	6 286	1 076	Mai
3 589	402	5 970	670	233	286	15	136	20 287	2 016	10 660	6 489	1 102	Juni
3 539	403	5 816	695	241	300	16	138	19 914	1 387	10 223	7 190	1 114	Juli
4 025	403	5 831	773	246	372	20	135	20 184	1 406	9 998	7 637	1 143	Aug.
3 570	417	5 755	734	240	342	20	132	20 675	1 435	10 427	7 652	1 161	Sept.
3 404	421	5 690	743	262	335	20	126	20 510	1 342	9 936	8 054	1 178	Okt.
3 658	415	5 659	765	279	341	18	127	20 752	1 439	10 030	8 104	1 179	Nov. p)

tistisch bedingte Zunahmen mit +, Abnahmen mit —. — 1 Aufgliederung nach Einlagearten und

Fristigkeiten s. Tab. III, 7. — 2 Einschl. durchlaufender Kredite. — 3 + 185 Mio DM. —

4 — 185 Mio DM. — 5 — 800 Mio DM. — 6 + 800 Mio DM. — p Vorläufig.

III. Kreditinstitute

10. Aktiva der Bankengruppen *) Inlands- und Auslandsaktiva

Mio DM

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute	Geschäftsvolumen 1)	Barreserve		Schecks und Inkassopapiere 2)	Kredite an Kreditinstitute 3)					Kredite an Nichtbanken		
			insgesamt	darunter Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		insgesamt	Guthaben und Darlehen 3) 4)	Wechseldiskontkredite	durchlaufende Kredite	Bankschuldverreibungen 5)	insgesamt	insgesamt	bis 1 Jahr einschl. 6)
Alle Bankengruppen													
1971 Sept.	3 518	876 358	36 097	32 307	2 244	223 504	148 020	10 609	6 670	58 205	586 003	475 475	93 707
1971 Okt.	3 516	885 853	36 818	33 088	1 692	225 487	149 304	10 981	6 715	58 487	592 617	480 825	94 784
Kreditbanken													
1971 Sept.	308	216 571	12 843	11 643	911	57 267	46 360	3 132	65	7 710	138 203	101 563	46 967
1971 Okt.	309	220 484	13 388	12 298	617	59 159	48 143	3 156	83	7 777	139 719	102 894	47 674
Großbanken													
1971 Sept.	6	87 947	7 221	6 525	320	19 450	15 818	1 482	21	2 129	57 470	42 629	17 943
1971 Okt.	6	91 937	7 757	7 131	212	22 411	18 739	1 523	22	2 127	57 921	42 569	17 961
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
1971 Sept.	142	106 887	4 579	4 135	488	31 774	26 199	1 135	34	4 406	67 019	50 880	23 068
1971 Okt.	142	106 988	4 554	4 148	312	30 913	25 250	1 143	51	4 469	68 079	52 178	23 636
Privatbankiers													
1971 Sept.	160	21 737	1 043	983	105	6 043	4 343	515	10	1 175	13 714	8 054	5 956
1971 Okt.	161	21 559	1 077	1 019	93	5 835	4 154	490	10	1 181	13 719	8 147	6 077
Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)													
1971 Sept.	12	131 834	1 771	1 677	564	38 805	30 130	1 032	167	7 476	86 601	72 014	7 051
1971 Okt.	12	132 152	1 564	1 471	475	38 692	30 104	986	170	7 432	87 287	72 473	7 024
Sparkassen													
1971 Sept.	808	204 631	13 482	11 701	294	49 387	18 972	2 357	9	28 049	134 676	118 125	19 570
1971 Okt.	806	205 003	14 067	12 247	247	48 853	18 281	2 363	14	28 195	135 992	119 404	19 597
Zentralkassen (einschl. Deutsche Genossenschaftskasse)													
1971 Sept.	13	32 076	2 002	1 964	211	20 983	15 301	1 055	105	4 522	7 762	4 805	1 490
1971 Okt.	13	32 719	2 159	2 121	100	21 392	15 601	1 133	109	4 549	7 958	4 785	1 427
Kreditgenossenschaften (Schulze-Delitzsch)													
1971 Sept.	678	39 311	2 602	2 248	149	7 982	5 015	267	—	2 700	27 166	23 242	9 072
1971 Okt.	678	40 025	2 774	2 413	147	7 967	5 009	257	—	2 701	27 701	23 734	9 263
Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) 10)													
1971 Sept.	1 439	32 024	1 305	1 019	93	7 696	5 516	29	—	2 151	21 355	19 231	6 053
1971 Okt.	1 437	32 550	1 295	1 005	99	7 872	5 683	27	—	2 162	21 687	19 549	6 134
Realkreditinstitute													
1971 Sept.	46	120 322	66	64	3	8 978	7 900	4	91	983	109 129	99 044	999
1971 Okt.	46	120 483	64	61	1	8 088	7 039	3	91	955	110 061	99 914	923
Private Hypothekenbanken													
1971 Sept.	29	60 907	19	17	2	6 122	5 499	4	0	619	53 441	51 268	872
1971 Okt.	29	60 930	10	8	1	5 424	4 825	3	0	596	54 089	51 935	605
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten													
1971 Sept.	17	59 415	47	47	1	2 856	2 401	—	91	384	55 688	47 776	127
1971 Okt.	17	59 553	54	53	0	2 664	2 214	—	91	359	55 972	47 979	118
Teilzahlungskreditinstitute													
1971 Sept.	182	9 862	143	128	1	557	454	37	—	66	8 686	7 334	1 462
1971 Okt.	181	9 945	172	157	1	508	405	35	—	68	8 975	7 600	1 662
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben													
1971 Sept.	17	72 482	171	153	18	26 921	17 362	2 696	6 233	630	43 322	23 599	1 043
1971 Okt.	17	73 651	149	129	5	27 618	17 758	2 986	6 248	626	43 710	23 841	1 080
Postscheck- und Postsparkassenämter													
1971 Sept.	15	17 443	1 712	1 712	—	4 928	1 010	—	—	3 918	9 103	6 518	—
1971 Okt.	15	17 841	1 186	1 186	—	5 338	1 281	35	—	4 022	9 527	6 631	—

Anmerkungen *, 1 bis 9 s. Tab. III, 2 Aktiva. —
10 Teilerhebung. Gesamtzahlen s. Tab. III, 20

Kredite und Einlagen der Kreditgenossenschaften
(Raiffeisen).

Darlehen (Kredite) 4)	Wechsel- diskont- kredite	durch- laufende Kredite	Schatz- wechsel und U- Schätze (ohne Mobili- sierungs- Titel)	Wert- papiere (ohne Bank- schuld- ver- schrei- bungen)	Aus- gleichs- und Dek- kungs- for- derungen	Mobili- sierungs- papiere (Schatz- wechsel und U- Schätze) 8)	Schuld- ver- schrei- bungen eigener Emissio- nen	Beteil- lungen	Sonstige Aktiva (einschl. Bank- gebäude) 9)	Nachrichtlich:			Stand am Monatsende
										Wechsel- bestand	Schatz- wechsel und U- Schätze (einschl. Mobili- sierungs- Titel)	Wert- papiere (einschl. Bank- schuld- ver- schrei- bungen) 5)	
Alle Bankengruppen													
381 768 386 041	38 188 38 585	38 025 38 288	2 667 2 950	23 990 24 309	7 658 7 660	2 920 3 011	2 681 2 832	5 899 6 087	17 008 17 309	20 477 19 783	5 587 5 961	82 195 82 796	1971 Sept. Okt.
Kreditbanken													
54 596 55 220	21 050 21 162	1 953 1 979	17 12	11 986 12 038	1 634 1 634	50 50	218 210	3 191 3 246	3 888 4 095	12 832 12 273	67 62	19 696 19 815	1971 Sept. Okt.
Großbanken													
24 686 24 608	8 666 9 145	140 140	15 10	5 050 5 087	970 970	10 10	— —	1 472 1 481	2 004 2 145	6 541 6 455	25 20	7 179 7 214	1971 Sept. Okt.
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
27 812 28 542	8 906 8 665	1 254 1 259	2 2	5 356 5 354	621 621	40 40	218 210	1 300 1 344	1 471 1 536	4 883 4 483	42 42	9 762 9 823	1971 Sept. Okt.
Privatbankiers													
2 098 2 070	3 478 3 352	559 580	— —	1 580 1 597	43 43	0 0	— —	419 421	413 414	1 408 1 335	0 0	2 755 2 778	1971 Sept. Okt.
Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)													
64 963 65 449	2 902 2 908	7 081 7 112	412 402	3 704 3 903	488 489	903 903	956 978	886 894	1 348 1 359	1 478 1 318	1 315 1 305	11 180 11 335	1971 Sept. Okt.
Sparkassen													
98 555 99 807	6 285 6 274	3 926 3 945	3 0	2 771 2 802	3 566 3 567	— —	— —	815 822	5 977 6 022	3 030 2 888	3 0	30 620 30 997	1971 Sept. Okt.
Zentralkassen (einschl. Deutsche Genossenschaftskasse)													
3 315 3 358	1 321 1 519	31 31	157 158	1 222 1 239	226 226	232 233	84 85	377 378	425 414	311 446	389 391	5 744 5 788	1971 Sept. Okt.
Kreditgenossenschaften (Schulze-Delitzsch)													
14 170 14 471	2 261 2 296	150 152	1 1	1 054 1 060	458 458	— —	— —	130 130	1 282 1 306	1 248 1 252	1 1	3 754 3 761	1971 Sept. Okt.
Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) 10)													
13 178 13 415	812 813	291 292	— —	644 656	377 377	— —	— —	102 103	1 473 1 494	585 585	— —	2 795 2 818	1971 Sept. Okt.
Realkreditinstitute													
98 045 98 991	7 8	8 575 8 683	— —	1 113 1 065	390 391	— —	1 289 1 373	92 90	765 806	1 2	— —	2 096 2 020	1971 Sept. Okt.
Private Hypothekenbanken													
50 396 51 130	7 8	1 209 1 207	— —	641 623	316 316	— —	923 947	11 11	389 448	1 2	— —	1 260 1 219	1971 Sept. Okt.
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten													
47 649 47 861	0 0	7 366 7 476	— —	472 442	74 75	— —	366 426	81 79	376 358	0 0	— —	636 801	1971 Sept. Okt.
Teilzahlungskreditinstitute													
5 872 5 938	1 302 1 321	6 6	— —	43 47	1 1	— —	— —	46 49	229 240	941 956	— —	109 115	1971 Sept. Okt.
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben													
22 558 22 761	2 248 2 284	16 012 16 088	488 488	807 841	168 168	35 35	134 186	260 375	1 621 1 573	51 48	523 523	1 437 1 467	1971 Sept. Okt.
Postscheck- und Postsparkassenämter													
8 518 6 631	— —	— —	1 589 1 889	646 658	350 349	1 700 1 790	— —	— —	— —	— 35	3 289 3 679	4 564 4 680	1971 Sept. Okt.

III. Kreditinstitute

11. Passiva der Bankengruppen*) Inlands- und Auslandspassiva

Mio DM

Stand am Monatsende	Ge- schäfts- volumen 1)	Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten 2)							Einlagen und aufgenommene Kredite von				
		Ins- gesamt	Sicht- und Termingelder			durch- laufende Kredite	weitergegebene Wechsel		Ins- gesamt	Sicht-, Termin- und Spargelder			
			Ins- gesamt	Sicht- gelder 3)	Termin- gelder von 1 Monat bis unter 3 Monate 3)		Ins- gesamt	darunter		Ins- gesamt	Sicht- ein- lagen	1 Monat bis unter 3 Monate	Termin- gelder
Ins- gesamt	Ins- gesamt	Ins- gesamt	Ins- gesamt	Ins- gesamt	Ins- gesamt	Ins- gesamt	Ins- gesamt	Ins- gesamt					
Alle Bankengruppen													
1971 Sept.	876 356	204 990	166 112	39 415	19 177	7 425	31 453	3 133	27 687	470 657	433 387	75 622	30 562
1971 Okt.	885 853	205 831	165 045	36 205	19 647	7 621	33 165	3 382	29 143	11) 476 126	11) 438 744	76 253	31 226
Kreditbanken													
1971 Sept.	216 571	70 487	55 245	19 900	8 642	1 571	13 671	2 321	11 058	113 670	113 223	27 903	19 792
1971 Okt.	220 484	70 389	54 356	18 700	7 601	1 594	14 439	2 394	11 730	115 878	115 410	27 856	20 611
Großbanken													
1971 Sept.	87 947	15 603	11 754	5 685	1 238	65	3 784	177	3 453	59 386	59 290	15 290	9 804
1971 Okt.	91 937	17 215	12 749	5 914	1 002	65	4 401	188	4 045	60 685	60 588	15 114	10 275
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
1971 Sept.	106 887	43 570	36 040	11 304	6 144	1 003	6 527	1 369	5 032	45 857	45 572	10 313	8 550
1971 Okt.	106 988	42 537	34 817	10 406	5 499	1 000	6 720	1 395	5 191	46 365	46 055	10 355	8 706
Privatbankiers													
1971 Sept.	21 737	11 314	7 451	2 911	1 260	503	3 360	775	2 573	8 427	8 361	2 300	1 438
1971 Okt.	21 559	10 637	6 790	2 380	1 100	529	3 318	811	2 494	8 828	8 767	2 387	1 630
Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)													
1971 Sept.	131 834	44 208	40 549	8 700	6 318	863	2 796	340	2 400	28 151	21 766	2 744	2 471
1971 Okt.	132 152	43 888	40 069	7 377	7 160	866	2 953	377	2 539	28 265	21 849	2 643	2 413
Sparkassen													
1971 Sept.	204 631	17 372	9 266	1 819	479	2 345	5 761	149	5 419	171 689	170 099	27 400	5 010
1971 Okt.	206 003	17 099	8 813	1 304	542	2 364	5 922	173	5 550	173 001	171 406	27 568	4 901
Zentralkassen (einschl. Deutsche Genossenschaftskasse)													
1971 Sept.	32 076	25 228	22 848	5 015	2 621	107	2 273	208	2 059	3 761	3 732	483	135
1971 Okt.	32 719	25 825	23 204	5 039	2 818	111	2 510	304	2 201	3 770	3 741	469	128
Kreditgenossenschaften (Schulze-Dellitzsch)													
1971 Sept.	39 311	4 170	2 705	510	67	145	1 320	40	1 219	31 837	31 832	7 209	1 427
1971 Okt.	40 025	4 251	2 760	504	77	148	1 343	42	1 241	32 172	32 168	7 249	1 397
Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) 10)													
1971 Sept.	32 024	3 008	2 441	280	34	270	297	41	236	26 458	26 437	4 898	981
1971 Okt.	32 550	3 083	2 486	274	38	271	326	51	256	26 771	26 750	4 887	1 023
Realkreditinstitute													
1971 Sept.	120 322	14 311	12 733	76	47	1 568	10	—	10	39 608	32 510	326	362
1971 Okt.	120 483	14 037	12 462	39	27	1 566	9	—	9	40 019	32 811	307	385
Private Hypothekenbanken													
1971 Sept.	60 907	8 559	7 904	65	20	645	10	—	10	6 080	5 516	112	8
1971 Okt.	60 930	8 402	7 749	15	15	644	9	—	9	6 318	5 755	95	19
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten													
1971 Sept.	59 415	5 752	4 829	11	27	923	—	—	—	33 528	26 994	214	354
1971 Okt.	59 553	5 635	4 713	24	12	922	—	—	—	33 701	27 056	212	366
Teilzahlungskreditinstitute													
1971 Sept.	9 662	5 990	5 586	781	535	6	398	0	393	1 617	1 617	78	200
1971 Okt.	9 945	6 213	5 807	679	740	6	400	0	395	1 646	1 646	110	176
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben													
1971 Sept.	72 482	19 287	13 810	1 405	434	550	4 927	34	4 893	38 789	17 094	372	184
1971 Okt.	73 651	20 116	14 158	1 359	644	695	5 263	41	5 222	11) 39 119	11) 17 478	580	192
Postscheck- und Postsparkassenämter													
1971 Sept.	17 443	929	929	929	—	—	—	—	—	15 077	15 077	4 209	—
1971 Okt.	17 841	930	930	930	—	—	—	—	—	15 485	15 485	4 586	—

Anmerkungen *, 1 bis 8 s. Tab. III, 3 Passiva. —
9 Einschl. Inhaber-Sparschuldverschreibungen,

Sparkassenobligationen u. ä. — 10 Teilerhebung,
Gesamtzahlen s. Tab. III, 20 Kredite und Einlagen

der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen). —
11 + 185 Mio DM. — 12 — 185 Mio DM.

Nichtbanken 2)												Nachrichtlich:			Stand am Monatsende
3 Monate bis unter 4 Jahre 5)	von 4 Jahren und darüber 6)	Sparbriefe 9)	Spar-einlagen	durch-laufende Kredite	Inhaber-schuld-ver-schrei-bungen im Um-lauf 7)	Rück-stel-lungen	Wert-berichti-gungen	Kapital (einschl. offene Rück-lagen gem. § 10 KWG)	Sonstige Passiva 8)	Bilanz-summe 1)	Verbind-lichkeiten aus Bürg-schaften	Verbind-lichkeiten aus Pen-sionsge-schäften (soweit nicht passi-viert)			
Alle Bankengruppen														1971 Sept. Okt.	
39 580 11) 41 290	63 107 63 675	6 720 6 919	217 796 219 381	37 270 37 382	130 121 131 590	5 764 5 730	2 878 2 881	31 482 31 539	30 464 32 156	848 036 856 070	38 549 37 773	4 336 4 535			
Kreditbanken														1971 Sept. Okt.	
23 279 24 452	3 575 3 577	296 309	38 378 38 605	447 468	9 450 9 629	2 023 1 998	1 042 1 043	9 671 9 714	10 228 11 833	205 221 208 439	18 729 18 621	2 226 2 282			
Großbanken														1971 Sept. Okt.	
11 831 12 863	319 295	78 82	21 868 21 959	96 97	144 144	1 150 1 143	446 446	3 792 3 792	7 426 8 512	84 340 87 724	8 939 8 936	779 701			
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														1971 Sept. Okt.	
9 098 9 240	2 974 2 998	213 222	14 424 14 534	285 310	9 306 9 485	750 732	437 438	4 552 4 575	2 415 2 856	101 729 101 663	7 683 7 589	1 221 1 348			
Privatbankiers														1971 Sept. Okt.	
2 250 2 349	282 284	5 5	2 086 2 112	66 61	— —	123 123	159 159	1 327 1 347	387 465	19 152 19 052	2 107 2 096	226 233			
Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)														1971 Sept. Okt.	
5 338 5 422	9 294 9 459	11 11	1 908 1 901	6 385 6 416	53 344 53 963	480 477	233 232	3 142 3 142	2 276 2 185	129 378 129 576	5 335 5 291	1 580 1 705			
Sparkassen														1971 Sept. Okt.	
4 900 5 095	1 817 1 839	5 250 5 413	125 722 126 592	1 590 1 595	— —	1 650 1 646	477 478	7 312 7 326	6 131 6 453	199 019 200 254	2 710 2 698	501 519			
Zentralkassen (einschl. Deutsche Genossenschaftskasse)														1971 Sept. Okt.	
996 1 009	926 925	959 977	233 233	29 29	1 274 1 295	94 95	33 33	1 145 1 146	541 555	30 011 30 513	2 155 1 405	14 14			
Kreditgenossenschaften (Schulze-Delitzsch)														1971 Sept. Okt.	
1 594 1 694	312 317	9 9	21 281 21 502	5 4	— —	228 225	195 195	1 682 1 692	1 199 1 490	38 031 38 724	981 1 007	4 3			
Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) 10)														1971 Sept. Okt.	
1 008 1 053	260 260	2 2	19 288 19 525	21 21	— —	95 93	153 152	1 386 1 395	924 1 056	31 768 32 275	476 497	8 12			
Realkreditinstitute														1971 Sept. Okt.	
594 590	31 210 31 511	— —	18 18	7 098 7 208	56 257 56 649	757 753	424 425	3 605 3 605	5 360 4 995	120 312 120 474	6 960 7 034	3 —			
Private Hypothekenbanken														1971 Sept. Okt.	
306 314	5 076 5 313	— —	14 14	564 563	42 902 43 206	173 172	69 70	1 766 1 766	1 358 996	60 897 60 921	156 164	— —			
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten														1971 Sept. Okt.	
288 276	26 134 26 198	— —	4 4	6 534 6 645	13 355 13 443	584 581	355 355	1 839 1 839	4 002 3 999	59 415 59 553	6 804 6 870	3 —			
Teilzahlungskreditinstitute														1971 Sept. Okt.	
790 774	181 217	193 198	165 171	0 0	— —	151 159	105 108	658 638	1 141 1 181	9 264 9 545	74 78	— —			
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben														1971 Sept. Okt.	
991 1 111	15 522 15 570	— —	25 25	21 695 21 641	9 796 10 054	286 284	216 215	2 881 2 881	1 227 982	67 589 68 429	1 129 1 142	— —			
Postcheck- und Postsparkassenämter														1971 Sept. Okt.	
90 90	— —	— —	10 778 10 809	— —	— —	— —	— —	— —	1 437 1 426	17 443 17 841	— —	— —			

III. Kreditinstitute

12. Kredite der Bankengruppen an Nichtbanken nach Befristung und Arten *)

Mio DM

Stand am Monatsende	Kredite an In- und ausländische Nichtbanken insgesamt mit ohne Schatzwechselkredite(n), Wertpapierbestände(n), Ausgleichs- und Deckungsforderungen		Kurzfristig				Mittel- und langfristig					
			Insgesamt mit Schatzwechselkredite(n)	ohne Schatzwechselkredite(n)	Buchkredite und Darlehen	Wechseldiskontkredite 1)	Schatzwechselkredite	Insgesamt mit Wertpapierbestände(n), Ausgleichs- und Deckungsforderungen	ohne Wertpapierbestände(n)	Mittelfristig	Insgesamt mit Wertpapierbestände(n)	ohne Wertpapierbestände(n)
Alle Bankengruppen												
1971 Sept.	586 003	551 688	129 359	126 692	93 707	32 985	2 667	456 644	424 996	65 868	62 613	
1971 Okt.	592 617	557 698	131 014	128 064	94 784	33 280	2 950	461 603	429 634	67 178	63 773	
Kreditbanken												
1971 Sept.	138 203	124 566	66 184	66 167	46 967	19 200	17	72 019	58 399	21 384	19 954	
1971 Okt.	139 719	126 035	66 957	66 945	47 674	19 271	12	72 762	59 090	21 906	20 447	
Großbanken												
1971 Sept.	57 470	51 435	25 154	25 139	17 843	7 196	15	32 316	26 296	10 881	10 633	
1971 Okt.	57 921	51 854	25 617	25 607	17 961	7 646	10	32 304	26 247	10 992	10 741	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken												
1971 Sept.	67 019	61 040	31 678	31 678	23 068	8 608	2	35 341	29 364	9 045	7 879	
1971 Okt.	68 079	62 102	31 996	31 994	23 636	8 358	2	36 083	30 108	9 461	8 285	
Privatbankiers												
1971 Sept.	13 714	12 091	9 352	9 352	5 858	3 396	—	4 362	2 739	1 458	1 442	
1971 Okt.	13 719	12 079	9 344	9 344	6 077	3 267	—	4 375	2 735	1 453	1 421	
Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)												
1971 Sept.	86 601	81 997	10 274	9 882	7 051	2 811	412	76 327	72 135	10 462	9 403	
1971 Okt.	87 287	82 493	10 241	9 839	7 024	2 815	402	77 046	72 654	10 822	9 619	
Sparkassen												
1971 Sept.	134 676	128 336	25 836	25 833	19 570	6 263	3	108 840	102 503	11 346	11 225	
1971 Okt.	135 992	129 623	25 845	25 845	19 597	6 248	0	110 147	103 778	11 525	11 387	
Zentralkassen (einschl. Deutsche Genossenschaftskasse)												
1971 Sept.	7 762	6 157	2 968	2 811	1 490	1 321	157	4 794	3 346	1 999	1 640	
1971 Okt.	7 958	6 335	3 104	2 946	1 427	1 519	158	4 854	3 369	1 992	1 650	
Kreditgenossenschaften (Schulze-Delitzsch)												
1971 Sept.	27 166	25 653	11 301	11 300	9 072	2 228	1	15 865	14 353	3 370	3 359	
1971 Okt.	27 701	26 182	11 526	11 525	9 263	2 262	1	16 175	14 657	3 435	3 424	
Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) 4)												
1971 Sept.	21 355	20 334	6 863	6 863	6 053	810	—	14 492	13 471	2 503	2 487	
1971 Okt.	21 687	20 654	6 946	6 946	6 134	812	—	14 741	13 708	2 555	2 537	
Realkreditinstitute												
1971 Sept.	109 129	107 628	1 005	1 005	999	6	—	108 124	106 621	3 264	3 161	
1971 Okt.	110 061	108 605	930	930	923	7	—	109 131	107 675	3 222	3 172	
Private Hypothekenbanken												
1971 Sept.	53 441	52 484	878	878	872	6	—	52 563	51 606	2 179	2 136	
1971 Okt.	54 089	53 150	812	812	805	7	—	53 277	52 338	2 208	2 168	
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten												
1971 Sept.	55 688	55 142	127	127	127	0	—	55 561	55 015	1 085	1 025	
1971 Okt.	55 972	55 455	118	118	118	0	—	55 854	55 337	1 014	1 004	
Teilzahlungskreditinstitute												
1971 Sept.	8 686	8 642	1 631	1 631	1 462	169	—	7 055	7 011	6 509	6 501	
1971 Okt.	8 975	8 927	1 798	1 798	1 662	136	—	7 177	7 129	6 621	6 608	
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben												
1971 Sept.	43 322	41 859	1 708	1 220	1 043	177	488	41 614	40 639	4 982	4 883	
1971 Okt.	43 710	42 213	1 778	1 290	1 080	210	488	41 932	40 923	5 051	4 929	
Postscheck- und Postsparkassenämter												
1971 Sept.	9 103	6 518	1 589	—	—	—	1 589	7 514	6 518	49	—	
1971 Okt.	9 527	6 631	1 889	—	—	—	1 889	7 638	6 631	49	—	

Anmerkungen *, 1 bis 3 s. Tab. III, 4 Kredite an Nichtbanken nach Befristung und Arten. —

4 Teilerhebung, Gesamtzahlen s. Tab. III, 20 Kredite und Einlagen der Kreditgenossenschaften

(Raiffeisen).

											Stand am Monatsende
Langfristig											
Buchkredite und Darlehen 2)	Wechseldiskontkredite 1)	durchlaufende Kredite	Wertpapiere (ohne Bank-schuldver-schreibungen) 3)	insgesamt mit Wertpapierbeständen(n), Ausgleichs- und Deckungsforderungen	ohne Wertpapierbestände(n), Ausgleichs- und Deckungsforderungen	Buchkredite und Darlehen 2)	durchlaufende Kredite	Wertpapiere (ohne Bank-schuldver-schreibungen) 3)	Ausgleichs- und Deckungsforderungen		
Alle Bankengruppen											
58 072	5 203	1 338	3 255	390 776	362 383	325 696	96 687	20 735	7 658		1971 Sept. Okt.
57 148	5 305	1 320	3 405	394 425	365 861	328 693	36 968	20 904	7 660		
Kreditbanken											
17 509	1 850	595	1 430	50 635	38 445	37 087	1 358	10 556	1 634		1971 Sept. Okt.
17 984	1 891	572	1 459	50 856	38 643	37 236	1 407	10 579	1 634		
Großbanken											
9 108	1 470	55	248	21 435	15 663	15 578	85	4 802	970		1971 Sept. Okt.
9 187	1 499	55	251	21 312	15 506	15 421	85	4 836	970		
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken											
7 218	298	363	1 166	26 296	21 485	20 594	891	4 190	621		1971 Sept. Okt.
7 623	307	355	1 176	26 622	21 823	20 919	904	4 178	621		
Privatbankiers											
1 183	82	177	18	2 904	1 297	815	382	1 564	43		1971 Sept. Okt.
1 174	85	162	32	2 922	1 314	896	418	1 565	43		
Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)											
9 306	91	6	1 059	65 865	62 732	55 657	7 075	2 645	488		1971 Sept. Okt.
9 521	93	5	1 203	66 224	63 035	55 926	7 107	2 700	489		
Sparkassen											
11 162	22	41	121	97 494	91 278	87 393	3 885	2 650	3 568		1971 Sept. Okt.
11 317	26	44	138	98 622	92 391	88 490	3 901	2 664	3 567		
Zentralkassen (einschl. Deutsche Genossenschaftskasse)											
1 640	0	—	359	2 795	1 706	1 675	31	863	226		1971 Sept. Okt.
1 650	0	—	342	2 862	1 739	1 708	31	897	226		
Kreditgenossenschaften (Schulze-Dellitzsch)											
3 318	33	8	11	12 495	10 994	10 852	142	1 043	458		1971 Sept. Okt.
3 381	34	9	11	12 740	11 233	11 090	143	1 049	458		
Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) 4)											
2 482	2	3	16	11 989	10 984	10 696	288	628	377		1971 Sept. Okt.
2 533	1	3	18	12 186	11 171	10 882	289	638	377		
Realkreditinstitute											
3 155	1	5	103	104 860	103 460	94 890	8 570	1 010	390		1971 Sept. Okt.
3 164	1	7	50	105 909	104 503	95 827	8 676	1 015	391		
Private Hypothekenbanken											
2 133	1	2	43	50 384	49 470	48 283	1 207	598	316		1971 Sept. Okt.
2 165	1	2	40	51 069	50 170	48 965	1 205	583	316		
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten											
1 022	—	3	60	54 476	53 990	46 627	7 363	412	74		1971 Sept. Okt.
999	—	5	10	54 840	54 333	46 662	7 471	432	75		
Teilzahlungskreditinstitute											
5 362	1 133	6	8	546	510	510	—	35	1		1971 Sept. Okt.
5 417	1 185	6	13	556	521	521	—	34	1		
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben											
2 138	2 071	674	99	36 632	35 756	20 418	15 338	708	168		1971 Sept. Okt.
2 181	2 074	674	122	36 881	35 994	20 580	15 414	719	168		
Postscheck- und Postsparkassenämter											
—	—	—	49	7 465	6 518	6 518	—	597	350		1971 Sept. Okt.
—	—	—	49	7 589	6 631	6 631	—	609	349		

III. Kreditinstitute

13. Einlagen und aufgenommene Kredite der Bankengruppen von Nichtbanken nach Befristung und Arten *)

Mio DM											
Stand am Monatsende	Einlagen- und aufgenommene Kredite von In- und ausländischen Nichtbanken, insgesamt 1)	Sichteinlagen			Termingelder mit Befristung von 1 Monat und darüber 1) 2) (ohne Sparbriefe und ohne durchlaufende Kredite)						
		Insgesamt	täglich fällig	bis unter 1 Monat	Insgesamt	1 Monat bis unter 4 Jahre 2)					4 Jahre und darüber
						Insgesamt	1 Monat bis unter 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis unter 4 Jahre	4 Jahre und darüber	
Alle Bankengruppen											
1971 Sept.	470 657	75 622	74 933	689	133 249	70 142	30 562	36 448	3 132	63 107	
1971 Okt.	5) 476 126	76 253	75 707	546	5) 136 191	5) 72 516	31 226	5) 36 185	3 105	63 675	
Kreditbanken											
1971 Sept.	113 670	27 903	27 391	512	46 646	43 071	19 792	22 657	622	3 575	
1971 Okt.	115 878	27 856	27 446	410	48 640	45 063	20 611	23 801	651	3 577	
Großbanken											
1971 Sept.	59 386	15 290	15 214	76	22 054	21 735	9 804	11 762	169	319	
1971 Okt.	60 685	15 114	15 043	71	23 433	23 136	10 275	12 673	190	295	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken											
1971 Sept.	45 857	10 313	9 898	415	20 622	17 648	8 550	8 725	373	2 974	
1971 Okt.	46 365	10 355	10 046	309	20 944	17 946	8 706	8 859	381	2 998	
Privatbankiers											
1971 Sept.	8 427	2 300	2 279	21	3 970	3 688	1 438	2 170	80	282	
1971 Okt.	8 828	2 367	2 357	30	4 263	3 979	1 630	2 269	80	284	
Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)											
1971 Sept.	28 151	2 744	2 698	46	17 103	7 809	2 471	4 395	943	9 294	
1971 Okt.	28 265	2 643	2 596	47	17 294	7 835	2 413	4 565	857	9 459	
Sparkassen											
1971 Sept.	171 689	27 400	27 367	33	11 727	9 910	5 010	4 632	268	1 817	
1971 Okt.	173 001	27 566	27 535	31	11 835	9 996	4 901	4 818	277	1 839	
Zentralkassen (einschl. Deutsche Genossenschaftskasse)											
1971 Sept.	3 761	483	483	0	2 057	1 131	135	591	405	926	
1971 Okt.	3 770	469	466	3	2 062	1 137	126	548	461	925	
Kreditgenossenschaften (Schulze-Delitzsch)											
1971 Sept.	31 837	7 209	7 192	17	3 333	3 021	1 427	1 432	162	312	
1971 Okt.	32 172	7 249	7 225	24	3 408	3 091	1 397	1 535	159	317	
Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) 4)											
1971 Sept.	26 458	4 898	4 882	16	2 249	1 989	981	923	85	260	
1971 Okt.	26 771	4 887	4 874	13	2 336	2 076	1 023	972	81	260	
Realkreditinstitute											
1971 Sept.	39 608	326	323	3	32 166	956	362	300	294	31 210	
1971 Okt.	40 019	307	306	1	32 486	975	385	309	281	31 511	
Private Hypothekenbanken											
1971 Sept.	6 080	112	109	3	5 990	314	8	158	148	5 076	
1971 Okt.	6 318	95	94	1	5 646	333	19	159	155	5 313	
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten											
1971 Sept.	33 528	214	214	0	26 776	642	354	142	148	26 134	
1971 Okt.	33 701	212	212	0	26 840	642	366	150	126	26 198	
Teilzahlungskreditinstitute											
1971 Sept.	1 617	78	72	6	1 181	990	200	671	119	191	
1971 Okt.	1 646	110	105	5	1 167	950	176	653	121	217	
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben											
1971 Sept.	38 789	372	316	56	16 697	1 175	184	847	144	15 522	
1971 Okt.	5) 39 119	580	568	12	5) 16 873	5) 1 303	192	5) 984	127	15 570	
Postcheck- und Postsparkassenämter											
1971 Sept.	15 077	4 209	4 209	—	90	90	—	—	90	—	
1971 Okt.	15 485	4 586	4 586	—	90	90	—	—	90	—	

Anmerkungen *, 1 und 2 s. Tab. III, 6 Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken nach Befristung und Arten. — 3 Einschl. Inhaber-Spar-

schuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. — 4 Teilerhebung, Gesamtzahlen s. Tab. III, 20

Kredite und Einlagen der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen). — 5 + 185 Mio DM.

Sparbriefe 3)			Spareinlagen				mit vereinbarter Kündigungsfrist				Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften (soweit nicht passiviert)	Stand am Monatsende
Insgesamt	unter 4 Jahre	4 Jahre und darüber	Insgesamt	mit gesetzlicher Kündigungsfrist	mit vereinbarter Kündigungsfrist				Durchlaufende Kredite			
					Insgesamt	unter 4 Jahre	prämienbegünstigte	sonstige				
Alle Bankengruppen												
6 720	13	6 707	217 796	127 007	90 789	58 746	19 692	12 351	37 270	.	1971 Sept. Okt.	
6 919	13	6 906	219 381	127 689	91 692	58 890	20 163	12 619	37 382	.		
Kreditbanken												
296	0	296	38 378	19 075	19 303	12 609	4 126	2 568	447	.	1971 Sept. Okt.	
309	0	309	38 605	19 163	19 442	12 577	4 236	2 629	468	.		
Großbanken												
78	—	78	21 868	11 296	10 572	6 580	2 401	1 591	96	.	1971 Sept. Okt.	
82	—	82	21 959	11 327	10 632	6 530	2 461	1 641	97	.		
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken												
213	0	213	14 424	6 853	7 571	5 150	1 562	859	285	.	1971 Sept. Okt.	
222	0	222	14 534	6 897	7 637	5 161	1 609	867	310	.		
Privatbankiers												
5	0	5	2 086	926	1 160	879	163	118	66	.	1971 Sept. Okt.	
5	0	5	2 112	939	1 173	886	166	121	61	.		
Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)												
11	2	9	1 908	1 066	842	459	139	244	6 385	.	1971 Sept. Okt.	
11	2	9	1 901	1 060	841	453	143	245	6 416	.		
Sparkassen												
5 250	0	5 250	125 722	76 286	49 436	31 295	11 581	6 560	1 590	.	1971 Sept. Okt.	
5 413	0	5 413	126 592	76 671	49 921	31 357	11 869	6 695	1 595	.		
Zentralkassen (einschl. Deutsche Genossenschaftskasse)												
959	—	959	233	111	122	93	22	7	29	.	1971 Sept. Okt.	
977	—	977	233	111	122	93	23	6	29	.		
Kreditgenossenschaften (Schulze-Delitzsch)												
9	—	9	21 281	10 948	10 333	6 758	2 127	1 448	5	.	1971 Sept. Okt.	
9	—	9	21 502	11 030	10 472	6 815	2 179	1 478	4	.		
Kreditgenossenschaften (Ralfelsen) 4)												
2	—	2	19 288	10 373	8 915	5 794	1 666	1 455	21	.	1971 Sept. Okt.	
2	—	2	19 525	10 505	9 020	5 635	1 699	1 486	21	.		
Realkreditinstitute												
—	—	—	18	9	9	6	3	—	7 098	.	1971 Sept. Okt.	
—	—	—	18	8	10	6	3	1	7 208	.		
Private Hypothekenbanken												
—	—	—	14	7	7	5	2	—	564	.	1971 Sept. Okt.	
—	—	—	14	6	8	5	2	1	563	.		
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten												
—	—	—	4	2	2	1	1	—	6 534	.	1971 Sept. Okt.	
—	—	—	4	2	2	1	1	—	6 645	.		
Teilzahlungskreditinstitute												
193	11	182	165	83	82	74	1	7	0	.	1971 Sept. Okt.	
198	11	187	171	87	84	75	1	8	0	.		
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben												
—	—	—	25	12	13	10	3	—	21 695	.	1971 Sept. Okt.	
—	—	—	25	11	14	11	3	—	21 641	.		
Postscheck- und Postsparkassenämter												
—	—	—	10 778	9 044	1 734	1 648	24	62	—	.	1971 Sept. Okt.	
—	—	—	10 809	9 043	1 766	1 668	27	71	—	.		

III. Kreditinstitute

14. Schatzwechselbestände *)									
Mio DM									
Stand am Monatsende	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen insgesamt	Inländische Emittenten						Bundesbahn und Bundespost	Ausländische Emittenten
		Öffentliche Haushalte				Länder			
		insgesamt	Bund		Bund				
			mit Mobilisierungstiteln 1)	ohne Mobilisierungstitel 1)					
1962 Dez.	5 773	3 871	3 842	469		29	1 185	717	
1963 Dez.	6 776	4 495	4 476	316		19	1 448	833	
1964 Dez.	4 560	2 360	2 349	297		11	1 348	852	
1965 Dez.	4 010	1 935	1 793	1 115		142	1 264	811	
1966 Dez.	4 320	2 845	2 664	1 957		181	1 251	224	
1967 Dez.	10 851	8 478	8 273	6 760		205	1 363	990	
1968 Dez. 2)	10 540	9 216	8 929	7 680		287	1 172	152	
1968 Dez. 2)	10 540	9 217	8 930	7 680		287	1 171	152	
1969 Dez.	3 677	2 219	2 217	1 917		2	1 408	50	
1970 März	2 982	1 586	1 584	1 484		2	1 345	51	
April	2 961	1 588	1 586	1 486		2	1 322	51	
Mai	3 259	1 890	1 888	1 588		2	1 318	51	
Juni	3 174	1 798	1 796	1 396		2	1 293	83	
Juli	3 178	1 607	1 605	1 397		2	1 282	289	
Aug.	3 935	2 380	2 380	1 416		2	1 264	289	
Sept.	3 447	2 135	2 133	1 418		2	1 023	289	
Okt.	5 485	4 113	4 111	1 465		2	1 084	288	
Nov.	5 503	4 202	4 200	1 466		2	1 028	273	
Dez.	6 419	4 927	4 927	1 574		—	1 053	439	
1971 Jan.	7 428	5 941	5 939	1 576		2	1 048	439	
Febr.	7 892	6 411	6 409	1 578		2	1 042	439	
März	7 593	6 082	6 080	1 580		2	1 077	434	
April	8 348	6 905	6 883	1 584		22	1 008	435	
Mai	8 523	7 003	6 976	1 586		27	1 084	436	
Juni	5 765	4 190	4 163	1 592		27	987	588	
Juli	6 340	4 745	4 718	1 679		27	1 007	588	
Aug.	6 448	4 899	4 872	1 593		27	962	587	
Sept.	5 587	4 247	4 220	1 300		27	852	488	
Okt.	5 961	4 638	4 611	1 600		27	835	488	
Nov. p)	7 182	5 752	5 725	1 600		27	945	485	

* Anmerkung s. Tab. III, 2. — 1 Mobilisierungstitel sind Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umtausch gegen einen entsprechenden Teilbetrag der Ausgleichsforde- rung der Deutschen Bundesbank gegen den Bund (gemäß § 42 BBankG). — 2 Vgl. Anm. *. — p Vorläufig.

15. Anleihen und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte und ihrer Sondervermögen im Bestand der Kreditinstitute nach Emittenten *)									
Mio DM									
Stand am Monatsende	Anleihen und Schuldverschreibungen der inländischen öffentlichen Haushalte und ihrer Sondervermögen		Öffentliche Haushalte				Bundesbahn und Bundespost		
	insgesamt	darunter mit Laufzeit bis 4 Jahre einschl.	zusammen	Bund (einschl. Lastenausgleichsfonds)	Länder	Gemeinden und Gemeindeverbände			
1962 Dez.	4 616	657	2 267	1 273	843	151	2 349		
1963 Dez.	5 108	765	2 458	1 614	739	105	2 650		
1964 Dez.	6 318	1 060	3 206	2 194	877	135	3 112		
1965 Dez.	1) 6 584	923	3 463	2 266	1 057	140	3 121		
1966 Dez.	2) 6 631	1 046	3) 3 798	2 520	1 149	129	2) 2 833		
1967 Dez.	10 160	3 406	6 609	4 400	2 041	168	3 551		
1968 Dez. 5)	13 419	4 222	8 399	5 499	2 664	236	5 020		
1968 Dez. 5)	13 446	4 183	8 423	5 562	2 654	207	5 023		
1969 Dez.	6) 14 463	4 605	8 977	6 391	2 361	225	5 486		
1970 März	7) 13 656	4 216	8) 8 438	5 937	2 327	174	9) 5 218		
April	13 895	4 206	8 650	6 199	2 275	176	5 245		
Mai	13 565	4 073	8 375	5 936	2 263	176	5 190		
Juni	13 240	3 820	8 153	5 705	2 268	180	5 087		
Juli	13 324	3 774	8 145	5 712	2 256	177	5 179		
Aug.	13 182	3 741	8 158	5 732	2 246	180	5 024		
Sept.	13 101	3 707	8 095	5 659	2 257	179	5 006		
Okt.	12 849	3 671	7 939	5 480	2 279	180	4 910		
Nov.	12 762	3 573	7 822	5 371	2 274	177	4 940		
Dez.	13 100	3 957	7 877	5 450	2 255	172	5 223		
1971 Jan.	12 890	3 778	7 723	5 340	2 221	162	5 167		
Febr.	12 843	3 663	7 687	5 270	2 210	207	5 156		
März	12 603	3 438	7 550	5 079	2 282	189	5 053		
April	12 512	3 142	7 535	4 892	2 463	180	4 977		
Mai	12 357	3 032	7 445	4 741	2 478	226	4 912		
Juni	11 985	2 729	7 255	4 580	2 460	215	4 730		
Juli	11 862	2 602	7 173	4 413	2 538	222	4 689		
Aug.	12 270	2 883	7 348	4 446	2 676	226	4 922		
Sept.	12 512	3 152	7 467	4 604	2 640	223	5 045		
Okt.	12 759	3 301	7 436	4 582	2 631	223	5 323		
Nov. p)	12 830	3 440	7 547	4 706	2 617	222	5 283		

* Anmerkung s. Tab. III, 2. — 1 — 53 Mio DM. — 2 — 143 Mio DM. — 3 — 60 Mio DM. — 4 — 63 Mio DM. — 5 Vgl. Anm. *. — 6 — 58 Mio DM. — 7 — 182 Mio DM. — 8 — 112 Mio DM. — 9 — 70 Mio DM. — p Vorläufig.

16. Wertpapierbestände *)

Mio DM																
Stand am Monatsende	Wertpapierbestände 1)		Inländische Wertpapiere											Ausländische Wertpapiere		
	insgesamt	darunter mit Laufzeit bis 4 Jahre einschl.	Anleihen der Schuldverschreibungen 1)								börsengängige Dividendenwerte	Investmentzertifikate	sonstige Wertpapiere	Nachrichtlich: Aktien mit Konsortialbindung	insgesamt	darunter Aktien einschl. Investmentzertifikate
			Bankschuldverschreibungen 2)		Öffentliche Anleihen			Industrieobligationen und sonstige Schuldverschreibungen								
			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis 4 Jahre einschl.	insgesamt	öffentliche Haushalte	Bundesbahn und Bundespost									
1962 Dez.	25 785	1 645	25 431	16 959	984	4 616	2 267	2 349	956	12) 2 230	13) 670	.	354	239		
1963 .	29 844	2 071	29 408	20 311	1 301	5 108	2 458	2 650	911	12) 2 380	13) 698	.	436	204		
1964 .	34 656	2 902	34 170	23 563	1 824	6 318	3 206	3 112	949	3 126	214	383	486	204		
1965 .	3) 38 366	2 911	3) 37 776	26 262	1 974	4) 6 584	3 463	3 121	1 007	3 644	279	629	590	237		
1966 .	5) 39 605	2 993	5) 39 058	27 185	1 821	7) 6 631	3 798	2 833	944	4 012	286	796	547	237		
1967 .	50 833	6 072	50 049	10) 35 025	2 641	10 160	6 609	3 551	11) 1 013	3 600	251	518	784	325		
1968 Dez. 42)	66 897	8 061	64 081	44 531	3 672	13 419	8 399	5 020	996	12) 4 360	13) 775	.	2 816	471		
Dez. 42)	65 909	8 268	63 138	43 970	3 916	13 446	8 423	5 023	878	4 434	751	511	2 771	416		
1969 Jan.	67 277	8 064	64 564	44 908	3 749	13 831	8 611	5 220	893	4 448	227	257	2 713	435		
Febr.	68 971	8 005	65 629	45 781	3 758	13 912	8 561	5 351	896	4 497	300	243	3 342	471		
März	70 129	8 078	66 295	46 161	3 797	13 928	8 519	5 409	917	4 690	352	247	3 834	499		
April	70 871	8 399	66 791	46 778	3 793	14 096	8 642	5 454	870	4 423	353	271	4 080	514		
Mal	71 421	8 856	67 551	47 665	3 937	14 090	8 603	5 487	892	4 230	355	299	3 870	507		
Juni	72 086	8 507	68 025	48 002	3 940	14 023	8 447	5 576	849	4 520	359	272	4 061	694		
Juli	72 734	8 611	68 696	48 520	3 991	14 026	8 461	5 565	917	4 608	360	265	4 038	704		
Aug.	74 027	9 138	69 854	49 271	4 028	14 584	8 906	5 678	902	4 445	357	295	4 173	714		
Sept.	74 393	9 261	70 262	49 471	4 072	14 670	8 992	5 678	916	4 525	362	318	4 131	709		
Okt.	76 274	9 595	71 866	50 447	4 189	14 940	9 265	5 675	935	4 840	391	318	4 408	761		
Nov.	76 957	9 546	72 295	51 017	4 346	14 840	9 221	5 619	918	4 823	394	303	4 662	749		
Dez.	14) 76 861	9 977	15) 72 262	16) 51 251	4 560	17) 14 483	8 977	5 486	838	4 978	399	333	4 599	733		
1970 Jan.	18) 76 408	9 443	19) 72 008	20) 51 204	4 605	21) 14 120	22) 8 723	5 397	796	5 177	394	317	24) 4 400	688		
Febr.	25) 76 406	9 231	26) 71 968	27) 51 343	4 603	13 779	8 521	5 258	849	5 262	401	334	4 438	700		
März	28) 76 763	9 084	29) 72 330	30) 51 482	4 575	13 656	8 436	5 218	1 111	5 347	404	330	4 433	702		
April	77 221	9 049	72 792	51 843	4 650	13 895	8 650	5 245	1 066	5 243	404	341	4 429	690		
Mal	77 056	8 931	72 841	51 881	4 564	13 565	8 375	5 190	1 074	5 376	412	333	4 415	674		
Juni	76 822	8 634	72 469	52 048	4 519	13 240	8 153	5 087	1 066	5 382	412	321	4 353	668		
Juli	77 431	8 648	73 110	52 574	4 581	13 324	8 145	5 179	1 056	5 419	419	318	4 321	670		
Aug.	77 676	8 621	73 388	53 050	4 588	13 182	8 158	5 024	1 066	5 371	419	300	4 288	677		
Sept.	77 269	8 526	73 153	52 877	4 576	13 101	8 095	5 006	1 039	5 413	424	299	4 116	664		
Okt.	31) 77 497	8 511	31) 73 217	31) 53 062	4 598	12 849	7 939	4 910	1 049	5 540	431	286	4 280	654		
Nov.	32) 78 111	8 437	32) 74 009	32) 53 562	4 647	12 762	7 822	4 940	1 022	5 916	444	303	4 102	664		
Dez.	33) 78 698	8 669	34) 74 836	35) 54 129	4 520	13 100	7 877	5 223	1 024	5 753	448	382	3 862	577		
1971 Jan.	36) 78 165	8 504	37) 74 436	38) 54 215	4 534	12 890	7 723	5 167	1 025	5 477	422	407	3 729	558		
Febr.	39) 78 426	8 361	40) 74 674	41) 54 357	4 519	12 843	7 687	5 156	1 101	5 519	421	433	3 752	565		
März	43) 78 902	8 140	43) 75 234	43) 55 007	4 523	12 603	7 550	5 053	1 038	5 707	423	456	3 668	554		
April	44) 79 806	8 248	44) 76 268	44) 56 142	4 903	12 512	7 535	4 977	1 078	5 650	440	446	3 538	555		
Mal	80 800	8 301	77 127	56 807	5 066	12 357	7 445	4 912	1 213	5 845	447	458	3 673	561		
Juni	80 534	8 016	77 031	57 132	5 083	11 985	7 255	4 730	1 211	5 844	449	410	3 503	561		
Juli	80 783	7 918	77 402	57 575	5 162	11 862	7 173	4 689	1 259	5 808	451	447	3 381	571		
Aug.	45) 81 687	8 047	45) 78 223	45) 57 868	5 061	12 270	7 348	4 922	1 227	5 901	450	507	3 464	571		
Sept.	82 195	8 122	78 800	58 205	4 867	12 512	7 467	5 045	1 220	5 875	466	522	3 395	558		
Okt.	82 796	8 263	79 462	58 467	4 868	12 759	7 436	5 323	1 315	5 931	477	513	3 314	555		
Nov. p)	83 201	8 182	80 136	59 107	4 728	12 830	7 547	5 283	1 337	5 944	475	443	3 065	546		

* Anmerkung s. Tab. III, 2. - 1 Bis 1. Dezember-Termin 1968 einschl. Namensschuldverschreibungen. - 2 Pfandbriefe, Kommunalobligationen und sonstige Schuldverschreibungen von Kreditinstituten. - 3 - 130 Mio DM. - 4 - 53 Mio DM. - 5 - 593 Mio DM. - 6 - 434 Mio DM. - 7 - 143 Mio DM. - 8 - 80 Mio DM. - 9 - 63 Mio DM. - 10 + 113 Mio DM. - 11 - 121 Mio DM. - 12 Ohne die in

„Konsortialbeteiligungen“ enthaltenen Aktien; vgl. auch Anm. 13. - 13 Einschl. der früheren Bilanzposition „Konsortialbeteiligungen“. - 14 - 177 Mio DM. - 15 - 137 Mio DM. - 16 - 76 Mio DM. - 17 - 58 Mio DM. - 18 - 557 Mio DM. - 19 - 461 Mio DM. - 20 - 320 Mio DM. - 21 - 133 Mio DM. - 22 - 83 Mio DM. - 23 - 50 Mio DM. - 24 - 96 Mio DM. - 25 - 158 Mio DM. - 26 - 150 Mio DM. -

27 - 122 Mio DM. - 28 - 101 Mio DM. - 29 - 94 Mio DM. - 30 - 73 Mio DM. - 31 - 110 Mio DM. - 32 - 70 Mio DM. - 33 - 211 Mio DM. - 34 - 198 Mio DM. - 35 - 147 Mio DM. - 36 - 577 Mio DM. - 37 - 562 Mio DM. - 38 - 523 Mio DM. - 39 - 214 Mio DM. - 40 - 207 Mio DM. - 41 - 188 Mio DM. - 42 Vgl. Anm. * - 43 - 112 Mio DM. - 44 - 69 Mio DM. - 45 + 136 Mio DM. - p Vorläufig.

III. Kreditinstitute

15. Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen nach Kreditnehmern (ohne Schatzwechselkredite und Wertpapierbestände)

a) Gesamtübersicht

Mio DM

Stand am Monatsende	Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen											
	insgesamt	Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 1)	Wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen				Organisationen ohne Erwerbscharakter	Wohnungsbau				
			zusammen	Ratenkredite 2)	Nichtratenkredite			zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke 4)	Nachrichtlich: Sonstige Kredite für den Wohnungsbau enthalten in den Spalten 2, 3 und 7		
					zusammen	darunter Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten 3)				zusammen	Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Kredite insgesamt												
1968 Dez.	322 629	171 693	28 435	17 684	10 751	1 292	2 336	120 165	14 898	7 599	7 066	233
1969 März	330 976	178 194	29 078	18 131	10 947	.	2 375	121 329	14 519	7 383	6 920	216
Juni	341 080	183 950	31 254	19 385	11 869	.	2 523	123 353	15 247	7 600	7 382	205
Sept.	350 662	189 539	32 578	20 292	12 286	.	2 661	125 884	15 970	8 081	7 656	233
Dez.	372 506	205 922	34 904	21 608	13 296	2 162	2 828	128 852	16 831	8 493	8 107	231
1970 März	379 828	211 876	35 358	21 888	13 470	.	2 918	129 676	17 002	8 650	8 114	238
Juni	392 923	221 543	37 139	23 140	13 999	.	3 004	131 237	18 136	9 346	8 551	239
Sept.	401 752	227 080	38 458	24 005	14 453	.	2 970	133 244	18 791	9 575	8 960	236
Dez. 26)	416 001	236 399	40 589	24 864	15 725	2 970	3 077	135 936	20 293	10 338	9 674	281
Dez. 26)	416 659	238 506	45 188	26 230	16 958	2 970	3 077	135 724	20 624	10 668	9 674	281
1971 März	423 635	243 241	40 136	23 973	16 163	.	3 148	137 110	21 074	10 985	9 816	273
Juni	437 819	252 260	43 151	25 261	17 890	.	3 282	139 126	22 510	11 765	10 469	276
Sept.	454 229	263 410				.	3 390	142 241	24 253	12 860	11 101	292
Kurzfristige Kredite												
1968 Dez.	79 827	71 351	8 098	1 655	6 443	1 233	378	—	3 530	2 381	1 093	56
1969 März	83 573	74 700	8 536	1 655	6 881	.	337	—	3 578	2 414	1 112	52
Juni	87 002	77 402	9 186	1 696	7 490	.	414	—	3 900	2 593	1 261	46
Sept.	89 249	79 547	9 312	1 717	7 595	.	390	—	3 949	2 673	1 233	43
Dez.	100 154	89 425	10 288	1 859	8 429	2 098	441	—	4 367	2 930	1 387	50
1970 März	102 503	91 648	10 378	1 877	8 501	.	477	—	4 381	2 987	1 364	50
Juni	108 631	97 284	10 775	1 971	8 804	.	572	—	4 756	3 162	1 538	56
Sept.	111 826	97 470	12 802	1 816	9 986	.	554	—	4 797	3 234	1 513	50
Dez.	112 564	100 400	11 609	1 914	9 695	2 879	555	—	5 309	3 517	1 743	49
1971 März	113 579	101 213	11 777	1 869	9 908	.	589	—	5 454	3 719	1 683	52
Juni	119 421	105 904	12 840	1 939	10 901	.	677	—	6 056	4 059	1 937	60
Sept.	122 931	108 868	13 380	1 920	11 460	.	683	—	6 504	4 455	1 988	61
Mittelfristige Kredite												
1968 Dez.	32 380	20 651	11 022	8 786	2 236	31	304	403	3 023	1 667	1 308	48
1969 März	32 437	20 892	10 886	8 810	2 076	.	282	377	2 772	1 641	1 099	32
Juni	33 552	21 130	11 745	9 556	2 189	.	273	404	2 825	1 597	1 186	42
Sept.	34 063	21 191	12 176	9 901	2 275	.	266	430	2 976	1 667	1 268	41
Dez.	36 941	23 450	12 784	10 398	2 386	33	291	416	2 982	1 682	1 266	34
1970 März	37 972	24 408	12 787	10 416	2 371	.	283	494	3 087	1 777	1 277	33
Juni	40 277	25 812	13 608	11 097	2 511	.	307	550	3 448	2 126	1 291	31
Sept.	43 094	27 879	14 188	11 646	2 542	.	340	687	3 637	2 220	1 386	31
Dez. 26)	46 185	30 234	14 852	12 063	2 789	51	353	746	4 098	2 520	1 534	44
Dez. 26)	46 516	30 565	14 852	12 063	2 789	51	353	746	4 429	2 851	1 534	44
1971 März	48 148	31 852	15 115	12 231	2 884	.	356	825	4 643	2 991	1 608	44
Juni	50 696	33 013	16 389	13 073	3 316	.	383	911	4 997	3 163	1 785	49
Sept.	54 678	35 964	17 133	13 552	3 581	.	374	1 207	5 607	3 607	1 956	44
Langfristige Kredite												
1968 Dez.	210 422	79 691	9 315	7 243	2 072	28	1 654	119 762	8 345	3 551	4 665	129
1969 März	214 968	82 602	9 656	7 668	1 990	.	1 756	120 952	8 169	3 328	4 709	132
Juni	220 526	85 418	10 323	8 133	2 190	.	1 836	122 949	8 522	3 470	4 935	117
Sept.	227 350	88 801	11 090	8 674	2 416	.	2 005	125 454	9 045	3 741	5 155	149
Dez.	235 411	93 047	11 832	9 351	2 481	31	2 096	128 436	9 482	3 881	5 454	147
1970 März	239 353	95 820	12 193	9 595	2 588	.	2 158	129 182	9 534	3 906	5 473	155
Juni	244 015	98 447	12 756	10 072	2 684	.	2 125	130 687	9 932	4 058	5 722	152
Sept.	249 832	101 731	13 468	10 543	2 925	.	2 076	132 557	10 357	4 121	6 081	155
Dez. 26)	257 252	105 765	14 128	10 887	3 241	40	2 169	135 190	10 886	4 301	6 397	188
Dez. 26)	257 579	107 541	12 891	9 650	3 241	40	2 169	134 978	10 886	4 301	6 397	188
1971 März	261 908	110 176	13 244	9 873	3 371	.	2 203	136 285	10 977	4 275	6 525	177
Juni	267 702	113 343	13 922	10 249	3 673	.	2 222	138 215	11 457	4 543	6 747	167
Sept.	276 620	118 578	14 675	10 758	3 917	.	2 333	141 034	12 142	4 798	7 157	187

b) Kredite an inländische Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen

Mio DM													
Stand am Monatsende	Kredite an Inländische Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen												
	Kredite ohne Hypothekarkredite auf gewerblich genutzte Grundstücke												Hypothekarkredite auf gewerblich genutzte Grundstücke 8)
	Insgesamt	zusammen	Verarbeitendes Gewerbe	Energie-wirtschaft und Wasser-versorgung, Bergbau	Bau-gewerbe	Handel	Land- und Forst-wirtschaft, Tierhaltung und Fischerlei 5)	Verkehr und Nach-richten-über-mittlung 6)	Finanzierungs-institutionen 7) und Versicherungs-gewerbe	darunter Bauspar-kassen	Dienst-leistungen (einschl. freier Berufe)		
Kredite insgesamt													
1970 Dez. 26)	16) 236 399	16) 214 548	19) 83 506	10 840	11 060	21) 37 442	19 441	25 381	22) 3 585	14) 2 171	23) 23 293	21 851	
1971 März	238 506	216 655	83 506	10 840	11 060	37 442	20 923	25 381	3 585	2 171	23 918	21 851	
1971 Juni	243 241	220 756	84 158	11 353	11 759	37 342	21 124	27 464	3 594	2 098	23 982	22 485	
1971 Sept.	252 260	228 878	87 377	12 015	12 505	38 028	21 459	28 104	3 740	2 140	25 650	23 382	
	263 410	239 084	90 440	13 075	12 631	39 807	21 712	30 031	3 986	2 298	27 402	24 326	
Kurzfristige Kredite													
1970 Dez.	100 400	100 400	45 940	1 540	6 823	27 809	3 371	2 629	1 418	739	10 870	—	
1971 März	101 213	101 213	45 750	1 809	7 294	27 688	3 414	3 039	1 357	682	10 882	—	
1971 Juni	105 904	105 904	48 045	1 934	7 846	28 108	3 613	3 074	1 456	694	11 828	—	
1971 Sept.	108 868	108 868	48 785	2 138	7 793	29 500	3 474	3 163	1 560	785	12 455	—	
Mittelfristige Kredite													
1970 Dez. 26)	30 234	30 010	20) 12 798	1 215	1 743	21) 3 307	1 102	3 308	22) 1 639	14) 1 163	4 900	224	
1971 März	30 565	30 341	12 798	1 215	1 743	3 307	808	3 308	1 639	1 163	5 525	224	
1971 Juni	31 852	31 573	13 261	1 264	1 772	3 311	797	3 873	1 738	1 158	5 559	279	
1971 Sept.	33 013	32 671	13 232	1 396	1 821	3 371	819	4 222	1 774	1 196	5 936	342	
	35 964	35 646	13 826	1 793	2 002	3 530	836	5 143	1 842	1 251	6 674	318	
Langfristige Kredite													
1970 Dez. 26)	105 765	84 138	24 770	8 085	2 494	6 328	14 968	19 444	528	269	7 523	21 627	
1971 März	107 541	85 914	24 770	8 085	2 494	6 328	16 744	19 444	528	269	7 523	21 627	
1971 Juni	110 176	87 970	25 147	8 280	2 693	6 383	16 913	20 552	501	258	7 521	22 206	
1971 Sept.	113 343	90 303	26 100	8 685	2 738	6 549	17 027	20 808	510	250	7 886	23 040	
	118 578	94 570	27 829	9 144	2 836	6 777	17 402	21 725	584	262	8 273	24 008	

c) Kredite an das Verarbeitende Gewerbe nach Branchen

Mio DM												
Stand am Monatsende	Kredite an das Verarbeitende Gewerbe (ohne Hypothekarkredite auf gewerblich genutzte Grundstücke)											
	Insgesamt	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glas-gewerbe	Eisen- und Nicht-eisen-Metall-erzeugung, Gießerei und Stahl-verformung	Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau	Elektrotechnik, Fein-mechanik und Optik; Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren 9)	Holz-, Papier- und Druck-gewerbe	Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	Nahrungs- und Genuss-mittel-gewerbe		
Kredite insgesamt												
1970 Dez.	19) 83 506	9 960	2 860	3 127	9 900	24) 19 186	13 599	7 526	8 549	8 799		
1971 März	84 158	9 537	2 857	3 371	10 027	19 450	13 883	7 652	8 575	8 806		
1971 Juni	87 377	9 781	3 005	3 548	10 635	20 319	14 188	8 131	8 822	8 948		
1971 Sept.	90 440	10 204	3 384	3 547	10 970	20 709	14 747	8 426	9 170	9 283		
Kurzfristige Kredite												
1970 Dez.	45 940	3 872	1 644	1 636	5 258	10 422	7 701	4 189	5 704	5 516		
1971 März	45 750	3 347	1 577	1 781	5 279	10 580	7 672	4 334	5 705	5 475		
1971 Juni	48 045	3 449	1 650	1 948	5 768	11 185	7 838	4 667	5 873	5 587		
1971 Sept.	48 785	3 620	1 795	1 850	5 753	11 172	7 966	4 794	6 188	5 667		
Mittelfristige Kredite												
1970 Dez.	20) 12 798	2 085	363	423	1 474	24) 3 957	2 334	751	651	748		
1971 März	13 261	2 173	371	529	1 530	4 059	2 441	702	669	787		
1971 Juni	13 232	2 143	386	495	1 639	4 088	2 256	775	685	777		
1971 Sept.	13 826	2 040	471	517	1 771	4 322	2 304	827	710	864		
Langfristige Kredite												
1970 Dez.	24 770	3 993	853	1 068	3 170	4 807	3 564	2 586	2 194	2 535		
1971 März	25 147	4 017	909	1 061	3 218	4 811	3 770	2 616	2 201	2 544		
1971 Juni	26 100	4 189	968	1 105	3 228	5 088	3 894	2 689	2 254	2 584		
1971 Sept.	27 829	4 544	1 118	1 180	3 446	5 215	4 477	2 805	2 292	2 752		

1 Einschl. Hypothekarkredite auf gewerblich genutzte Grundstücke, landwirtschaftlich genutzte Grundstücke und Schiffe. — 2 Einschl. Kredite der Kreditgenossenschaften an Händler und Hersteller zur Refinanzierung von Teilzahlungskrediten. — 3 Angabe nur zum Jahresende obligatorisch. — 4 Einschl. Hypothekarkredite auf sonstige Grundstücke. — 5 Einschl. Hypothekarkredite auf landwirtschaftlich genutzte

Grundstücke. — 6 Einschl. Schiffshypotheken. — 7 Ohne Kreditinstitute (mit Ausnahme der Bauspar-kassen). — 8 Nicht nach Wirtschaftsbereichen auf-gliedbar. — 9 Einschl. Herstellung von Musik-instrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuck-waren. — 10 + 213 Mio DM. — 11 — 100 Mio DM. — 12 — 70 Mio DM. — 13 + 100 Mio DM. — 14 — 54 Mio DM. — 15 + 54 Mio DM. — 16 + 56 Mio DM. —

17 — 56 Mio DM. — 18 — 50 Mio DM. — 19 — 333 Mio DM. — 20 — 322 Mio DM. — 21 + 207 Mio DM. — 22 + 88 Mio DM. — 23 + 83 Mio DM. — 24 — 334 Mio DM. — 25 + 52 Mio DM. — 26 Die Differenz zwischen den beiden Dezemberterminen 1970 ist durch Aus-weisänderungen bei Durchleitgeldern bedingt.

III. Kreditinstitute

18. Spareinlagen *)

a) Umsätze im Sparverkehr

Mio DM

Zeit	Spareinlagenbestand am Anfang des Zeitraums 1)	Gutschriften		Lastschriften		Saldo der Gut- und Lastschriften	Zinsgutschriften	Spareinlagenbestand am Ende des Zeitraums
		Insgesamt	darunter auf Prämien-sparkonten	Insgesamt	darunter auf Prämien-sparkonten			
1962	60 401	42 292	1 495	34 974	189	+ 7 318	2 154	69 873
1963	69 873	47 847	2 144	38 753	282	+ 9 094	2 554	81 521
1964	81 521	56 471	2 943	46 744	969	+ 9 727	2 964	94 212
1965	94 212	69 871	3 883	57 215	2 153	+12 658	3 809	110 877
1966	110 680	75 532	4 488	64 213	2 686	+11 319	5 113	127 112
1967	127 120	82 080	4 554	70 062	2 786	+12 018	5 534	144 672
1968 3)	144 683	95 714	4 986	81 028	3 631	+14 686	6 063	165 432
1968 3)	145 319	95 765	4 985	81 061	3 631	+14 704	6 087	168 110
1969	166 135	112 116	5 948	99 471	5 349	+12 645	7 237	188 017
1970	186 269	130 138	7 822	121 075	7 430	+ 9 063	10 108	205 440
1970 Jan.	186 020	13 674	915	12 324	1 826	+ 1 350	102	187 472
Febr.	187 472	10 554	486	9 219	276	+ 1 335	9	188 816
März	188 816	9 877	455	9 662	200	+ 215	7	189 038
April	189 038	10 412	457	9 951	190	+ 461	9	189 508
Mai	189 512	8 334	362	7 918	124	+ 416	7	189 935
Juni	189 953	9 703	598	9 088	208	+ 615	17	190 585
Juli	190 643	13 497	731	13 690	3 135	— 193	48	190 498
Aug.	190 540	10 019	565	8 849	440	+ 1 170	20	191 730
Sept.	191 771	10 028	587	9 168	257	+ 860	21	192 652
Okt.	192 684	10 601	610	9 303	212	+ 1 298	24	194 008
Nov.	194 040	9 988	655	8 904	181	+ 1 084	22	195 146
Dez.	195 166	13 451	1 401	12 999	381	+ 452	9 822	205 440
1971 Jan.	205 481	14 875	1 129	13 266	2 664	+ 1 609	170	207 260
Febr.	207 263	11 085	697	8 780	331	+ 2 305	9	209 577
März	209 587	11 618	767	10 267	250	+ 1 351	7	210 945
April	210 950	10 959	672	9 710	186	+ 1 249	10	212 209
Mai	212 220	10 441	588	9 319	161	+ 1 122	9	213 351
Juni	213 454	11 468	840	10 305	261	+ 1 163	18	214 635
Juli	214 754	14 615	914	14 029	3 198	+ 586	58	215 398
Aug.	215 454	11 931	715	10 353	352	+ 1 578	20	217 052
Sept.	217 093	11 109	732	10 430	274	+ 679	24	217 796
Okt.	217 821	12 003	724	10 469	233	+ 1 534	26	219 381
Nov. p)	219 401	11 581	758	10 254	226	+ 1 327	23	220 751

b) Spareinlagen nach Sparergruppen

Mio DM

Stand am Monatsende	Spareinlagenbestand							Nachrichtlich:	
	Insgesamt	inländischer Privatpersonen		inländischer Organisationen ohne Erwerbscharakter	inländischer Unternehmen	inländischer öffentlicher Haushalte	Ausländer	Bestand in Depots aus prämierten-begünstigtem Erwerb von Wertpapieren 2)	Bestand an Sparprämien nach dem Sparprämien-gesetz
		Insgesamt	darunter prämierten-begünstigte Spareinlagen						
1962 Dez.	69 873	61 869	3 978		7 553		451	553	572
1963 Dez.	81 521	72 424	6 026		8 546		551	798	884
1964 Dez.	94 212	84 272	8 269		9 228		712	1 089	1 229
1965 Dez.	110 677	99 875	10 397		9 883		919	1 407	1 542
1966 Dez.	127 112	115 639	12 786		10 391		1 082	1 442	1 942
1967 Dez.	144 672	131 827	15 213		11 601		1 244	1 429	2 442
1968 Dez. 3)	165 432	151 002	17 301		12 880		1 540	1 325	2 736
1968 Dez. 3)	166 110	151 438	17 355	2 392	2 933	7 797	1 550	1 328	2 748
1969 Dez.	186 017	170 107	18 777	3 027	2 970	8 105	1 808	1 224	2 835
1970 Jan.	187 472	171 828	17 879	3 073	2 800	8 009	1 762	1 132	2 578
Febr.	188 816	173 180	18 090	3 123	2 783	7 977	1 753	1 142	2 555
März	189 038	173 693	18 345	3 078	2 699	7 829	1 739	1 147	2 541
April	189 508	174 592	18 612	3 048	2 499	7 631	1 738	1 165	2 559
Mai	189 935	175 001	18 850	3 039	2 580	7 571	1 744	1 173	2 593
Juni	190 585	175 870	19 243	2 971	2 568	7 428	1 748	1 185	2 559
Juli	190 498	176 124	16 862	2 920	2 499	7 194	1 761	1 080	2 105
Aug.	191 730	177 263	16 988	2 989	2 482	7 222	1 774	1 080	2 084
Sept.	192 652	178 161	17 322	3 007	2 461	7 234	1 789	1 082	2 145
Okt.	194 006	179 453	17 725	3 036	2 521	7 186	1 810	1 075	2 265
Nov.	195 146	180 565	18 202	3 040	2 509	7 191	1 841	1 080	2 464
Dez.	205 440	189 935	20 239	3 285	2 750	7 521	1 949	1 128	2 728
1971 Jan.	207 260	191 963	18 723	3 354	2 686	7 296	1 961	1 063	2 435
Febr.	209 577	194 199	19 089	3 413	2 705	7 278	1 982	1 071	2 439
März	210 945	195 620	19 607	3 415	2 700	7 208	2 004	1 106	2 478
April	212 209	196 831	20 094	3 460	2 747	7 131	2 040	1 128	2 520
Mai	213 351	197 825	20 521	3 481	2 791	7 191	2 063	1 138	2 561
Juni	214 635	199 152	21 113	3 497	2 811	7 087	2 088	1 145	2 561
Juli	215 398	200 006	18 865	3 514	2 827	6 956	2 095	1 150	2 167
Aug.	217 052	201 595	19 230	3 514	2 883	6 983	2 067	1 102	2 197
Sept.	217 796	202 382	19 692	3 532	2 890	6 920	2 072	1 095	2 294
Okt.	219 381	204 002	20 183	3 556	2 890	6 855	2 078	1 108	2 550
Nov. p)	220 751	205 375	20 716	3 560	2 911	6 827	2 078	1 120	2 628

* Anmerkung s. Tab. III, 6. — 1 Abweichung gegenüber dem Endbestand des Vortermins statistisch

bedingt. — 2 Einschl. prämiertenbegünstigt festgelegter Sparbriefe u. ä. — 3 Vgl. Anm. *. — p Vorläufig.

19. Bausparkassen *)

a) Zwischenbilanzen

Mio DM																
Stand am Monatsende	Zahl der Institute	Bilanzsumme	Aktiva							Passiva					Nachrichtlich: noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen	
			Baudarlehen				Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten 1)	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	Wertpapiere und Namensschuldverschreibungen	Einlagen		Aufgenommene Fremdmittel		Eigenkapital 3)		
			insgesamt	aus Zuteilungen	aus Zwischenkreditgewährung	sonstige				Bauspar-einlagen	andere Einlagen	insgesamt	darunter bei Kreditinstituten 2)		insgesamt	darunter aus Zuteilungen
Bausparkassen insgesamt																
1967 Dez.	29	32 237	22 125	15 743	5 538	844	8 106	141	1 161	28 515	89	1 555	997	805	5 735	4 438
1968 Dez.	29	35 335	24 018	18 557	4 636	825	8 954	5	1 390	31 066	181	1 568	1 018	986	6 305	4 819
1969 Dez.	28	40 078	28 307	20 867	6 834	606	9 129	—	1 422	35 098	203	1 841	1 257	1 081	7 319	5 019
1970 Dez.	27	46 886	34 700	24 012	9 998	690	9 334	—	1 395	40 609	310	2 398	1 712	1 282	7 151	5 078
1971 Jan.	27	46 625	35 129	24 363	10 070	696	9 055	—	1 411	40 308	334	2 364	1 716	1 308	7 717	5 722
Febr.	27	46 218	35 089	24 679	9 715	685	8 788	—	1 405	39 812	321	2 374	1 719	1 294	7 952	5 885
März	27	46 576	35 345	24 883	9 766	696	8 827	—	1 423	39 908	332	2 361	1 739	1 341	7 784	5 942
April	27	46 969	35 664	25 301	9 658	705	8 855	—	1 421	40 216	380	2 371	1 747	1 432	7 952	6 121
Mal	27	47 041	35 826	25 708	9 512	706	8 684	—	1 453	40 101	376	2 421	1 794	1 472	8 257	6 295
Juni	27	47 292	36 247	25 884	9 650	713	8 481	—	1 458	40 185	376	2 499	1 891	1 480	8 284	6 199
Juli	27	47 495	36 809	26 145	9 939	725	8 099	—	1 448	40 146	324	2 540	1 917	1 486	8 398	6 242
Aug.	27	47 670	37 024	26 474	9 826	724	8 081	—	1 442	40 137	263	2 584	1 945	1 488	8 905	6 657
Sept.	27	48 831	37 554	26 773	10 052	729	8 609	—	1 499	40 980	309	2 671	2 020	1 488	8 771	6 462
Okt.	27	49 245	37 868	27 12	9 707	736	8 675	—	1 497	41 196	297	2 675	2 016	1 489	8 942	6 638
Private Bausparkassen																
1971 Okt.	15	29 669	23 758	18 274	5 366	118	4 262	—	806	25 228	269	1 092	850	901	4 491	3 076
Nov.	15	29 775	24 160	18 550	5 491	119	3 948	—	773	25 280	255	1 090	843	902	4 565	3 050
Öffentliche Bausparkassen																
1971 Sept.	12	19 307	13 787	8 995	4 181	611	4 454	—	707	15 886	23	1 574	1 162	587	4 477	3 573
Okt.	12	19 576	14 110	9 151	4 341	618	4 393	—	691	15 970	28	1 583	1 165	588	4 451	3 562

b) Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mio DM																
Zeit	Neu abgeschlossene 4) Bau-spar-verträge 5)	Kapitalzusagen			Kapitalauszahlungen					Einge-zahlte Bau-spar-be-träge 7)	Zins-gut-schri-ften auf Bau-spar-ein-lagen	Rück-zahl-ungen von Bau-spar-ein-lagen aus nicht zuge-teilten Ver-trägen	Zins- und Tilgungseln-gänge auf Bau-darlehen 7)		Nach-richtlich: Einge-gan-gene Woh-nungs-bau-prä-mien 8)	
		insgesamt	Zuteilungen 6)	Zuge-sagte Zwi-schen-kredite und sonstige Baudar-lehen	insgesamt	Zuteilungen		Neu ge-währte Zwi-schen-kredite und sonstige Baudar-lehen	Zins-gut-schri-ften auf Bau-spar-ein-lagen				insgesamt	dar-unter Tilgun-gen		
						Bauspareinlagen	Baudarlehen									zu-sammen
Bausparkassen insgesamt																
1967	19 198	15 911	11 629	4 282	15 811	6 843	2 327	5 121	1 954	4 047	9 430	731	553	2 883	2 158	1 037
1968	25 766	18 515	13 347	5 168	17 209	7 506	2 697	5 503	2 232	4 200	9 957	802	660	3 527	2 604	1 067
1969	38 950	21 231	13 500	7 731	19 386	7 826	2 212	5 358	1 735	6 202	11 903	887	843	4 023	3 002	1 209
1970	52 757	25 593	16 263	9 330	24 138	9 280	2 734	6 648	2 273	8 210	14 911	1 019	1 204	4 372	3 223	1 643
1971 Jan.	1 844	1 680	1 362	318	1 650	727	171	533	147	390	558	2	136	264	832	41
Febr.	2 565	2 307	1 753	554	2 131	1 044	441	658	343	429	673	3	126	367	832	43
März	4 806	2 095	1 582	513	1 880	923	206	554	177	403	1 163	7	147	393	49	77
April	3 330	2 207	1 639	568	2 011	917	363	653	243	441	1 340	8	115	410	983	139
Mal	2 818	2 332	1 709	623	1 968	845	278	758	296	365	774	48	89	415	193	206
Juni	3 274	1 957	1 248	709	1 760	715	159	551	150	494	982	11	186	434	193	206
Juli	3 289	2 154	1 387	767	1 932	833	163	521	116	578	867	14	81	405	206	256
Aug.	3 112	2 818	2 030	788	2 207	972	373	690	299	545	1 023	16	71	468	331	331
Sept.	6 500	2 277	1 452	825	2 183	895	207	673	190	615	1 827	21	100	433	261	261
Okt.	3 674	2 886	2 105	781	2 668	1 111	539	931	442	626	1 404	21	95	422	261	261
Private Bausparkassen																
1971 Okt.	2 256	2 223	1 686	537	1 882	814	482	697	400	371	956	14	23	275	159	159
Nov.	2 872	1 669	1 002	667	1 512	576	144	488	180	448	633	23	25	265	153	153
Öffentliche Bausparkassen																
1971 Sept.	1 535	865	587	278	909	413	118	268	83	228	674	9	76	160	141	141
Okt.	1 418	663	419	244	786	297	57	234	42	255	448	7	72	147	102	102

Quelle: Bis einschl. Dezember 1968 Verband der Privaten Bausparkassen und Geschäftsstelle Öffentliche Bausparkassen im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. — * Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1 Einschl. Postscheckguthaben und Guthaben bei der

Deutschen Bundesbank. — 2 Einschl. Geldaufnahme bei der Deutschen Bundesbank. — 3 Grund- oder Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben, Rücklagen. — 4 Nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlußgebühr voll eingezahlt ist; Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 5 Bausparsumme (ohne i. Hypothek). — 6 Nur Netto-Zuteilungen, d. h. die von den

Berechtigten angenommenen Zuteilungen. — 7 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbau-prämien. — 8 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben. In „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseln-gänge auf Baudarlehen“ enthalten.

III. Kreditinstitute

20. Kredite und Einlagen der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) *)

Mio DM						
Stand am Monatsende	Zahl der Institute 1)	Buchkredite und Darlehen sowie Wechselkredite an Nichtbanken 2) 3)	Einlagen und Kredite von Nichtbanken 3)			Spar-einlagen
			Ins-gesamt	Sicht-einlagen und Termingelder 3)		
1967 März	9 022	16 553	22 128	4 692		17 436
Juni	8 940	17 147	22 457	4 816		17 641
Sept.	8 787	17 418	23 459	5 327		18 132
Dez.	8 559	18 290	24 239	5 107		19 132
1968 März	8 515	18 721	25 295	5 160		20 135
Juni	8 322	19 120	25 956	5 606		20 350
Sept.	8 199	19 622	27 306	6 172		21 134
Dez. 3)	7 934	20 408	28 587	6 151		22 436
Dez. 3)	7 934	20 045	28 345	5 847		22 498
1969 März	7 912	20 609	29 199	5 875		23 324
Juni	7 684	21 547	30 088	6 292		23 796
Sept.	7 533	22 186	31 428	7 039		24 389
Dez.	7 266	23 309	32 843	6 766		26 077
1970 März	7 230	23 865	34 088	7 076		27 012
Juni	6 969	24 821	34 999	7 754		27 245
Sept.	6 500	25 390	36 550	8 662		27 888
Dez.	6 363	26 659	37 963	8 389		29 574
1971 März	6 322	27 467	39 087	8 666		30 421
Juni	6 092	28 945	40 114	9 266		30 848
Sept.	5 900	29 811	42 529	10 646		31 863

* Quelle: Deutscher Raiffeisenverband e.V., Bonn. Die Zahlen umfassen das Geschäft aller Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) (vgl. auch Anm. 1), während in den bankstatistischen Erhebungen der Deutschen Bundesbank nur die größeren (z. Zt. rd. 1400) Institute erfaßt sind. Die Angaben für Juni und Dezember basieren auf einer Gesamterhebung, die März- und September-Ergebnisse sind geschätzt auf Grund einer Repräsentativerhebung des Deutschen Raiffeisenverbandes. — 1 Einschl. der dem Deutschen Raiffeisenverband angeschlossenen — nicht in genossenschaftlicher Rechtsform betriebenen — Kreditinstitute. — 2 Ohne durchlaufende Kredite. — 3 Bis 1. Dez.-Termin 1968 einschl. Kredite an Kreditinstitute und einschl. Einlagen von Kreditinstituten.

21. Girale Verfügungen von Nichtbanken *)

Mio DM			
Zeit	Girale Verfügungen	Zeit	Girale Verfügungen
1968 Jan.	246 344	1970 Jan.	343 637
Febr.	220 283	Febr.	328 316
März	236 850	März	362 025
April	236 678	April	381 769
Mai	249 919	Mai	351 058
Juni	244 182	Juni	404 328
Juli	269 926	Juli	393 285
Aug.	251 291	Aug.	346 983
Sept.	264 485	Sept.	366 140
Okt.	269 498	Okt.	368 428
Nov.	250 383	Nov.	370 971
Dez.	307 642	Dez.	449 430
1969 Jan.	283 821	1971 Jan.	363 135
Febr.	253 487	Febr.	354 569
März	274 090	März	409 407
April	273 970	April	400 071
Mai	279 154	Mai	383 679
Juni	302 211	Juni	409 953
Juli	315 298	Juli	419 848
Aug.	292 681	Aug.	381 686
Sept.	319 447	Sept.	391 401
Okt.	334 775	Okt.	391 670
Nov.	323 586	Nov.	400 516
Dez.	410 020		

* Ab Januar 1969 einschl. der Angaben der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) und der Teilzahlungskreditinstitute.

22. Zahl der monatlich berichtenden Kreditinstitute sowie deren Gliederung nach Größenklassen

Bankengruppe	Gesamtzahl der monatlich berichtenden Kreditinstitute 1)	Die im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute verteilen sich nach ihrem Geschäftsvolumen auf folgende Größenklassen									
		1 Mio DM bis unter 5 Mio DM	5 Mio DM bis unter 10 Mio DM	10 Mio DM bis unter 25 Mio DM	25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	100 Mio DM bis unter 500 Mio DM	500 Mio DM bis unter 1 Mrd DM	1 Mrd DM bis unter 5 Mrd DM	5 Mrd DM und mehr	
		unter 1 Mio DM	5 Mio DM	10 Mio DM	25 Mio DM	50 Mio DM	100 Mio DM	500 Mio DM	1 Mrd DM	5 Mrd DM	
Kreditbanken	314	20	32	34	34	43	34	66	23	21	7
Großbanken 2)	6	—	—	—	—	—	—	—	1	2	3
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken einschl. Zweigstellen ausländischer Banken	138	3	6	11	15	15	17	35	17	15	4
Privatbankiers	170	17	26	23	19	28	17	31	5	4	—
Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)	12	—	—	—	—	—	—	—	—	3	9
Sparkassen	832	—	1	6	51	117	200	388	43	26	—
Zentralkassen (einschl. Deutsche Genossenschaftskasse)	13	—	—	—	—	—	—	1	4	7	1
Kreditgenossenschaften 3)	2 167	6	16	399	1 115	371	178	76	5	1	—
Kreditgenossenschaften (Schulze-Delitzsch) 3)	696	6	14	44	231	200	128	68	5	—	—
Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) 3)	1 471	—	2	355	884	171	50	8	—	1	—
Realkreditinstitute	46	—	—	1	1	4	1	6	7	21	5
Private Hypothekenbanken	29	—	—	—	—	2	—	3	6	17	1
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	17	—	—	1	1	2	1	3	1	4	4
Teilzahlungskreditinstitute	185	19	55	24	23	24	13	25	1	1	—
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	17	—	—	—	1	—	1	2	1	8	4
Postscheck- und Postsparkassenämter	15	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Insgesamt 4)	3 601	(45)	(104)	(464)	(1 225)	(559)	(427)	(564)	(84)	(88)	(26)

1 Einschl. abwickelnder Kreditinstitute. — 2 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — 3 Einschl. son-

stiger den Genossenschaftsverbänden angeschlossener Kreditinstitute. — 4 In den Zahlen () sind die

Postscheck- und Postsparkassenämter nicht enthalten.

23. Zahl der Kreditinstitute und ihrer Zweigstellen *)

a) Insgesamt

Stand am Jahresende bzw. Veränderung im Jahr	Stand			Veränderung		
	Kreditinstitute	Zweigstellen	Bankstellen insgesamt	Kreditinstitute	Zweigstellen	Bankstellen insgesamt
1957	13 359	12 974	26 333	-	-	-
1958	13 323	13 538	26 861	- 36	+ 564	+ 528
1959	13 302	15 077	28 379	- 21	+ 1 539	+ 1 518
1960	13 259	16 768	30 027	- 43	+ 1 691	+ 1 648
1961	13 152	18 152	31 304	- 107	+ 1 384	+ 1 277
1962	12 960	19 267	32 227	- 192	+ 1 115	+ 923
1963	12 716	20 307	33 023	- 244	+ 1 040	+ 796
1964	12 347	21 585	33 932	- 369	+ 1 278	+ 909
1965	11 836	23 046	34 882	- 511	+ 1 461	+ 950
1966	11 356	24 599	35 955	- 480	+ 1 553	+ 1 073
1967	10 859	26 285	37 144	- 497	+ 1 686	+ 1 189
1968	10 222	28 394	38 616	- 637	+ 2 109	+ 1 472
1969	9 536	30 440	39 976	- 686	+ 2 046	+ 1 360
1970	8 549	32 251	40 800	- 987	+ 1 811	+ 824

b) Nach Bankengruppen

Bankengruppe	1957			1969			1970			1970	
	Stand am Jahresende									Veränderung der Zahl der Bankstellen gegen Vorjahr	
	Kreditinstitute	Zweigstellen	Bankstellen insgesamt	Kreditinstitute	Zweigstellen	Bankstellen insgesamt	Kreditinstitute	Zweigstellen	Bankstellen insgesamt	Anzahl	in %
Kreditbanken	364	1 917	2 281	315	4 708	5 023	305	4 986	5 291	+268	+ 5
Großbanken	8	787	795	6	2 479	2 485	6	2 650	2 656	+171	+ 7
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	96	1 020	1 116	114	1 933	2 047	112	2 017	2 129	+ 82	+ 4
Zweigstellen ausländischer Banken 1)	15	6	21	23	18	41	24	23	47	+ 6	+ 15
Privatbankiers	245	104	349	172	278	450	163	298	459	+ 9	+ 2
Girozentralen 2)	14	191	205	13	329	342	12	353	365	+ 23	+ 7
Sparkassen	871	8 192	9 063	851	14 704	15 555	832	14 903	15 735	5) +180	5) + 1
Zentralkassen 3)	19	89	108	18	105	123	13	105	118	- 5	- 4
Zentralkassen (Schulze-Dellitzsch) 3)	7	7	14	6	5	11	4	3	7	- 4	- 36
Zentralkassen (Raiffeisen)	12	82	94	12	100	112	9	102	111	- 1	- 1
Kreditgenossenschaften 4)	11 795	2 305	14 100	8 004	9 992	17 996	7 059	11 280	18 339	+343	+ 2
Kreditgenossenschaften (Schulze-Dellitzsch) 4)	761	877	1 638	731	2 985	3 716	696	3 206	3 902	+186	+ 5
Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) 4)	11 034	1 428	12 462	7 273	7 007	14 280	6 363	8 074	14 437	+157	+ 1
Realkreditinstitute	44	19	63	48	24	72	46	25	71	- 1	- 1
Private Hypothekenbanken	25	8	33	29	13	42	29	14	43	+ 1	+ 2
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	19	11	30	19	11	30	17	11	28	- 2	- 7
Teilzahlungskreditinstitute	194	225	419	191	548	739	180	569	749	+ 10	+ 1
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	16	34	50	17	28	45	17	28	45	-	-
In der Monatlichen Bilanzstatistik nicht erfaßte Bankengruppen	42	2	44	79	2	81	85	2	87	+ 6	+ 7
Kapitalanlagegesellschaften	5	-	5	21	1	22	28	1	29	+ 7	+ 32
Wertpapiersammelbanken	7	1	8	7	1	8	7	1	8	-	-
Bürgschaftsbanken und sonstige Kreditinstitute	30	1	31	51	-	51	50	-	50	- 1	- 2
Insgesamt	13 359	12 974	26 333	9 536	30 440	39 976	8 549	32 251	40 800	+824	+ 2

* Ohne Bausparkassen und ohne Postscheck- und Postsparkassenämter. Außerdem ohne abwickelnde Kreditinstitute, die zur Monatlichen Bilanzstatistik noch während der Abwicklung des Geschäfts Meldungen einreichen, und ohne Annahmestellen, reine Wechselstuben, sog. Geschäftsvermittlungstellen, Zweigbüros und Vertretungen. — 1 In der Monatlichen Bilanzstatistik in der Gruppe „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ enthalten. —

Die erste Zweigstelle einer ausländischen Bank im Bundesgebiet gilt nach § 53 Abs. 1 KWG als Kreditinstitut; weitere Zweigstellen werden als Zweigstellen erfaßt. — 2 Einschl. Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank — sowie der zahlreichen Zweigstellen der ehem. Braunschweigischen Staatsbank, die jetzt als Zweigstelle der Norddeutschen Landesbank Girozentrale weitergeführt werden. — 3 Einschl. Deutsche Genossenschaftskasse. — 4 Einschl. sonstiger

dem Deutschen Genossenschaftsverband bzw. dem Deutschen Raiffeisenverband angeschlossener Kreditinstitute. — 5 Die verhältnismäßig geringe Zunahme der Bankstellen dieser Gruppe ist u. a. bedingt durch die Zusammenlegung der Zweigstellen der ehem. Braunschweigischen Staatsbank und der ehem. Braunschweigischen Landessparkasse, die in der neu gegründeten Norddeutschen Landesbank Girozentrale aufgegangen sind.

IV. Mindestreservenstatistik

1. Reservesätze *)

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten								Befristete Verbindlichkeiten			
	Bankplätze				Nebenplätze							
	Reserveklasse											
	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4
Reservspflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen 2)												
1961 1. Febr.	19,5	18	16,5	15	15	13,5	12	10,5	13,5	12	10,5	9
1. März	18,2	16,8	15,4	14	14	12,6	11,2	9,8	12,6	11,2	9,8	8,4
1. April	17,55	16,2	14,85	13,5	13,5	12,15	10,8	9,45	12,15	10,8	9,45	8,1
1. Juni	16,25	15	13,75	12,5	12,5	11,25	10	8,75	11,25	10	8,75	7,5
1. Juli	15,6	14,4	13,2	12	12	10,8	9,6	8,4	10,8	9,6	8,4	7,2
1. Aug.	14,95	13,8	12,65	11,5	11,5	10,35	9,2	8,05	10,35	9,2	8,05	6,9
1. Sept.	14,3	13,2	12,1	11	11	9,9	8,8	7,7	9,9	8,8	7,7	6,6
1. Okt.	13,65	12,6	11,55	10,5	10,5	9,45	8,4	7,35	9,45	8,4	7,35	6,3
1. Dez.	13	12	11	10	10	9	8	7	9	8	7	6
1964 1. Aug.	14,3	13,2	12,1	11	11	9,9	8,8	7,7	9,9	8,8	7,7	6,6
1965 1. Dez.	13	12	11	10	10	9	8	7	9	8	7	6
1966 1. Jan.	14,3	13,2	12,1	11	11	9,9	8,8	7,7	9,9	8,8	7,7	6,6
1. Dez.	13	12	11	10	10	9	8	7	9	8	7	6
1967 1. März	11,7	10,8	9,9	9	9	8,1	7,2	6,3	8,1	7,2	6,3	5,4
1. Mai	11,05	10,2	9,35	8,5	8,5	7,65	6,8	5,95	7,65	6,8	5,95	5,1
1. Juli	10,15	9,35	8,6	7,8	7,8	7	6,25	5,45	7	6,25	5,45	4,7
1. Aug.	9,5	8,75	8,05	7,3	7,3	6,55	5,85	5,1	6,55	5,85	5,1	4,4
1. Sept.	9,25	8,5	7,8	7,1	7,1	6,4	5,7	4,95	6,4	5,7	4,95	4,25
1969 1. Jan.	9,25	8,5	7,8	7,1	7,1	6,4	5,7	4,95	6,4	5,7	4,95	4,25
1. Juni	10,6	9,8	8,95	8,15	8,15	7,35	6,5	5,7	7,35	6,5	5,7	4,9
1. Aug.	11,65	10,75	9,85	8,95	8,95	8,05	7,15	6,25	8,05	7,15	6,25	5,35
1. Nov.	10,45	9,65	8,85	8,05	8,05	7,25	6,45	5,65	7,25	6,45	5,65	4,85
1. Dez.	9,45	8,7	8	7,25	7,25	6,55	5,8	5,1	6,55	5,8	5,1	4,35
1970 1. Jan.	10,45	9,65	8,85	8,05	8,05	7,25	6,45	5,65	7,25	6,45	5,65	4,85
1. Juli	12,05	11,1	10,2	9,25	9,25	8,35	7,4	6,5	8,35	7,4	6,5	5,55
1. Sept.	12,05	11,1	10,2	9,25	9,25	8,35	7,4	6,5	8,35	7,4	6,5	5,55
1. Dez.	13,8	12,7	11,65	10,6	10,6	9,55	8,5	7,4	9,55	8,5	7,4	6,35
1971 1. Juni	15,85	14,65	13,4	12,2	12,2	11	9,75	8,55	11	9,75	8,55	7,3
1. Nov.	14,3	13,2	12,1	11	11	9,9	8,8	7,7	9,9	8,8	7,7	6,6
1972 1. Jan.	12,85	11,9	10,9	9,9	9,9	8,9	7,9	6,95	8,9	7,9	6,95	5,95
Reservspflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden 4)												
1961 1. Febr. 5)	20,15	18,6	17,05	15,5	15,5	13,95	12,4	10,85	13,95	12,4	10,85	9,3
1. Mai	30	30	30	30	30	30	30	30	30	20	20	20
1962 1. Febr.	13	12	11	10	10	9	8	7	9	8	7	6
1964 1. April	30	30	30	30	30	30	30	30	20	20	20	20
1967 1. Febr.	13	12	11	10	10	9	8	7	9	8	7	6
1. März	11,7	10,8	9,9	9	9	8,1	7,2	6,3	8,1	7,2	6,3	5,4
1. Mai	11,05	10,2	9,35	8,5	8,5	7,65	6,8	5,95	7,65	6,8	5,95	5,1
1. Juli	10,15	9,35	8,6	7,8	7,8	7	6,25	5,45	7	6,25	5,45	4,7
1. Aug.	9,5	8,75	8,05	7,3	7,3	6,55	5,85	5,1	6,55	5,85	5,1	4,4
1. Sept.	9,25	8,5	7,8	7,1	7,1	6,4	5,7	4,95	6,4	5,7	4,95	4,25
1968 1. Dez. 5)	9,25	8,5	7,8	7,1	7,1	6,4	5,7	4,95	6,4	5,7	4,95	4,25
1969 1. Jan. 5)	9,25	8,5	7,8	7,1	7,1	6,4	5,7	4,95	6,4	5,7	4,95	4,25
1. Febr. 5)	9,25	8,5	7,8	7,1	7,1	6,4	5,7	4,95	6,4	5,7	4,95	4,25
1. Mai 5)	9,25	8,5	7,8	7,1	7,1	6,4	5,7	4,95	6,4	5,7	4,95	4,25
1. Juni 5)	13,8	12,7	11,65	10,6	10,6	9,55	8,5	7,4	9,55	8,5	7,4	6,35
1. Aug. 5)	15,2	14,05	12,85	11,7	11,7	10,55	9,35	8,2	10,55	9,35	8,2	7
1. Nov.	10,45	9,65	8,85	8,05	8,05	7,25	6,45	5,65	7,25	6,45	5,65	4,85
1. Dez.	9,45	8,7	8	7,25	7,25	6,55	5,8	5,1	6,55	5,8	5,1	4,35
1970 1. Jan.	10,45	9,65	8,85	8,05	8,05	7,25	6,45	5,65	7,25	6,45	5,65	4,85
1. April	10,45	9,65	8,85	8,05	8,05	7,25	6,45	5,65	7,25	6,45	5,65	4,85
1. Juli	12,05	11,1	10,2	9,25	9,25	8,35	7,4	6,5	8,35	7,4	6,5	5,55
1. Sept.	12,05	11,1	10,2	9,25	9,25	8,35	7,4	6,5	8,35	7,4	6,5	5,55
1. Dez.	13,8	12,7	11,65	10,6	10,6	9,55	8,5	7,4	9,55	8,5	7,4	6,35
1971 1. Juni	31,7	29,3	26,8	24,4	24,4	22	19,5	17,1	22	19,5	17,1	14,6

* Die bis einschl. Januar 1961 gültigen Reservesätze wurden zuletzt im Monatsbericht Mai 1969 abgedruckt. — 1 Abweichend von den hier genannten Sätzen gilt ab 1. Januar 1969 für Spareinlagen bei Kreditinstituten der Reserveklasse 4 an Bankplätzen

der jeweilige Reservesatz für befristete Verbindlichkeiten. — 2 Vor Inkrafttreten des Außenwirtschaftsgesetzes: Deviseninländer. — 3 Diese Sätze waren mit der Maßgabe anzuwenden, daß bei einem Kreditinstitut die gesamten Mindestreserven (Bestands-

reserve und Zuwachsreserve) bei den Sichtverbindlichkeiten nicht mehr als 30 vH, bei den befristeten Verbindlichkeiten nicht mehr als 20 vH und bei den Spareinlagen nicht mehr als 10 vH betragen. Diese Regelung galt bei der Zuwachsreserve

IV. Mindestreservenstatistik

Spareinlagen		Zuwachs an Verbindlichkeiten			Erläuterungen der Zuwachsreservebestimmungen	Gültig ab:	
		Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			
Bankplätze 1)	Nebenplätze						
8,7	7,25					1961 1. Febr.	
8,1	6,75					1. März	
7,8	6,5					1. April	
7,2	6					1. Juni	
6,9	5,75					1. Juli	
6,6	5,5					1. Aug.	
6,3	5,25					1. Sept.	
6	5					1. Okt.	
6	5					1. Dez.	
6,6	5,5					1964 1. Aug.	
6,6	5,5					1965 1. Dez.	
6,6	5,5	keine besonderen Sätze				1966 1. Jan.	
6,6	5,5					1. Dez.	
5,94	4,95					1967 1. März	
5,61	4,68					1. Mai	
5,15	4,3					1. Juli	
4,8	4					1. Aug.	
4,25	3,55					1. Sept.	
4,7	3,9					1969 1. Jan.	
5,4	4,5					1. Juni	
5,95	4,95					1. Aug.	
5,35	4,45				1. Nov.		
4,8	4				1. Dez.		
5,35	4,45				1970 1. Jan.		
6,15	5,15				1. Juli		
6,15	5,15	40	20	Zusätzliche Reservesätze für den Zuwachs gegenüber dem Durchschnittsstand der Monate April bis Juni 1970 3)		1. Sept.	
7,05	5,9					1. Dez.	
8,1	6,75	keine besonderen Sätze				1971 1. Juni	
7,3	6,1					1. Nov.	
6,55	5,45					1972 1. Jan.	
9	7,5	30	20	10	Reservesätze für den Zuwachs gegenüber dem Stand vom 30. November 1959 6)	1961 1. Febr.	
10	10					1. Mai	
6	5	keine besonderen Sätze				1962 1. Febr.	
10	10					1964 1. April	
6,6	5,5					1967 1. Febr.	
5,94	4,95					1. März	
5,61	4,68					1. Mai	
5,15	4,3					1. Juli	
4,8	4					1. Aug.	
4,25	3,55					1. Sept.	
4,25	3,55		100			Reservesatz für den Zuwachs gegenüber dem Stand vom 15. November 1968 3)	1968 1. Dez.
4,7	3,9		100			Reservesatz für den Zuwachs gegenüber dem Stand vom 15. November 1968 oder 15. Januar 1969 3)	1969 1. Jan.
4,7	3,9	100			Reservesatz für den Zuwachs gegenüber dem Stand vom 15. oder 30. April 1969 3)	1. Febr.	
4,7	3,9	100			Reservesatz für den Zuwachs gegenüber dem Stand vom 15. oder 30. April 1969 3)	1. Mai	
7,1	5,9	100				1. Juni	
7,8	6,5	100				1. Aug.	
5,35	4,45	keine besonderen Sätze				1. Nov.	
4,8	4					1. Dez.	
5,35	4,45					1970 1. Jan.	
5,35	4,45	30			Zusätzlicher Reservesatz für den Zuwachs gegenüber dem Stand vom 6. März 1970 oder dem Durchschnittsstand aus den Stichtagen 7., 15., 23. und 28. Februar 1970	1. April	
6,15	5,15	30				1. Juli	
6,15	5,15	40	20		Zusätzliche Reservesätze für den Zuwachs gegenüber dem Durchschnittsstand der Monate April bis Juni 1970 3)	1. Sept.	
7,05	5,9	30			Zusätzlicher Reservesatz für den Zuwachs gegenüber dem Durchschnittsstand aus den Stichtagen 23. und 31. Oktober sowie 7. und 15. November 1970	1. Dez.	
16,2	13,5	30				1971 1. Juni	

für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden nur bis einschl. August 1969. — 4 Vor Inkrafttreten des Außenwirtschaftsgesetzes: Devisenausländer. — 5 Diese Sätze galten nur für Verbindlichkeiten bis zu dem in der Spalte „Erläuterungen der Zuwachs-

reservebestimmungen“ jeweils angegebenen Basisstand. — 6 Von Juli 1960 bis einschl. Januar 1962 galten diese Sätze auch für den Zuwachs an seitens der Kundschaft bei Dritten im Ausland benutzten Krediten gegenüber dem Stand vom 31. Mai 1960.

Bis zur Höhe dieses Standes waren die genannten Verbindlichkeiten auch in der angegebenen Zeit mindestreservefrei.

IV. Mindestreservenstatistik

2. Reserveklassen *)

Mai 1952 bis Juli 1959		August 1959 bis Juni 1968		Ab Juli 1968	
Reserveklasse	Kreditinstitute mit reservepflichtigen Sicht- und befristeten Verbindlichkeiten	Reserveklasse	Kreditinstitute mit reservepflichtigen Verbindlichkeiten (einschl. Spareinlagen)	Reserveklasse	Kreditinstitute mit reservepflichtigen Verbindlichkeiten (einschl. Spareinlagen)
1	von 100 Mio DM und mehr	1	von 300 Mio DM und mehr	1	von 1.000 Mio DM und mehr
2	" 50 bis unter 100 Mio DM	2	" 30 bis unter 300 Mio DM	2	" 100 bis unter 1.000 Mio DM
3	" 10 " " 50 " "	3	" 3 " " 30 " "	3	" 10 " " 100 " "
4	" 5 " " 10 " "	4	unter 3 Mio DM	4	unter 10 Mio DM
5	" 1 " " 5 " "				
6	unter 1 Mio DM				

* Maßgebend für die Einstufung der Kreditinstitute in die einzelnen Reserveklassen sind ihre reservepflichtigen Verbindlichkeiten im jeweiligen Vormonat.

3. Reservehaltung

a) Insgesamt *)

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservepflichtige Verbindlichkeiten					Reserve-Soll		Ist-Reserve	Überschußreserven		Summe der Überschreitungen	Summe der Unterschreitungen	
	Insgesamt	Sichtverbindlichkeiten 2)		befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen 2)		darunter: Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden 3)		darunter: für den Zuwachs an Verbindlichkeiten 4)	Betrag			In % des Reserve-Solls
	Bankplätze	Nebenplätze	Bankplätze		Nebenplätze	Insgesamt							
1960 Dez.	100 538	29 395		21 773	49 370	3 001	12 332	176	12 518	186	1,5	187	1
1961 "	111 661	31 705		23 193	56 763	1 440	8 970	—	9 337	367	4,1	368	1
1962 "	125 656	25 304	9 921	24 900	37 765	27 766	9 801	—	10 140	339	3,5	340	1
1963 "	141 075	27 080	11 075	26 168	43 733	33 019	10 860	—	11 244	384	3,5	385	1
1964 "	157 722	42 025		26 695	89 002		13 411	—	13 662	251	1,9	253	2
1965 "	178 833	46 609		27 535	104 689		14 284	—	14 564	280	2,0	282	2
1966 "	198 262	46 749		31 404	120 109		15 506	—	15 706	200	1,3	202	2
1967 "	230 506	39 256	15 213	37 596	77 331	61 110	12 248	—	12 685	437	3,6	439	2
1968 "	273 693	62 974		51 657	159 062		15 496	1 186	16 441	946	6,1	948	2
1969 "	280 549	48 577	19 255	58 918	84 730	71 069	15 967	—	16 531	564	3,5	567	3
1970 "	306 859	50 066	21 234	69 299	89 076	77 184	25 746	189	26 066	320	1,2	326	6
1970 Jan.	289 476	50 375	18 403	60 604	87 031	73 063	18 319	—	18 446	191	0,7	138	7
Febr.	289 022	45 399	17 392	63 649	88 129	74 453	18 087	—	18 246	159	0,9	160	1
März	289 449	44 750	17 649	64 011	88 108	74 931	18 072	—	18 226	154	0,9	156	2
April	286 507	44 292	17 480	62 142	87 573	75 020	17 870	14	17 999	129	0,7	130	1
Mai	287 986	44 209	17 965	63 650	87 244	74 918	11 672	15	18 138	173	1,0	175	2
Juni	292 336	45 998	18 566	65 921	86 991	74 860	12 169	27	18 481	149	0,8	151	2
Juli	297 043	47 697	18 844	67 392	87 784	76 326	12 414	38	21 722	170	0,8	174	4
Aug.	300 458	46 444	19 546	70 297	88 333	75 838	12 389	35	21 895	142	0,7	143	1
Sept.	300 053	45 616	20 041	69 452	88 584	76 360	24 521	2 860	24 663	142	0,6	159	17
Okt.	298 861	46 239	20 053	67 180	88 664	76 725	24 227	2 675	24 596	369	1,5	375	6
Nov.	301 733	46 313	20 336	69 019	88 904	77 161	25 141	3 376	25 324	183	0,7	187	4
Dez.	306 859	50 066	21 234	69 299	89 076	77 184	25 746	189	26 066	320	1,2	326	6
1971 Jan.	217 100	52 485	20 264	71 203	92 808	80 340	13 714	420	27 001	176	0,7	180	4
Febr.	318 479	48 702	19 547	72 992	95 074	82 164	12 372	135	26 628	201	0,8	205	4
März	321 900	49 227	20 038	73 909	95 834	82 892	13 158	311	27 024	120	0,4	123	3
April	324 124	49 968	19 810	75 238	95 940	83 168	13 133	278	27 266	173	0,6	177	4
Mai	330 414	52 158	20 605	78 123	96 186	83 342	14 209	588	29 458	1 390	5,0	1 392	2
Juni	335 347	55 272	21 660	78 625	96 324	83 466	13 615	508	34 714	228	0,7	236	8
Juli	331 760	55 399	21 674	73 576	97 245	83 926	10 749	97	33 666	372	1,1	374	2
Aug.	332 606	54 050	22 758	72 972	98 203	84 623	9 661	56	33 221	147	0,4	154	7
Sept.	335 456	54 320	23 698	73 836	98 316	85 286	9 996	64	33 517	133	0,4	139	6
Okt.	335 833	53 498	23 491	75 019	98 152	85 673	9 919	57	33 593	234	0,7	240	6
Nov.	339 701	54 525	23 874	76 536	98 322	86 444	10 099	60	30 893	161	0,5	164	3

* Ohne die Mindestreserven der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, die sich seit Einführung der fakultativen zentralen Mindestreservehaltung am 1. Mai 1958 von den übrigen Zentralbank-einlagen der Bundespost praktisch nicht mehr trennen lassen. — 1 Gemäß § 8 und § 9 der AMR. — 2 Die Sichtverbindlichkeiten und Spareinlagen können in

der Statistik dann nicht nach Bank- und Nebenplätzen aufgliedert werden, wenn für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden unterschiedliche, nicht nach Bank- und Nebenplätzen differenzierte Reservesätze gelten und daher nur ein Globalbetrag gemeldet wird. — 3 Von Mai 1961 bis einschl. Dezember 1966 waren Verbindlichkeiten gegenüber

Gebietsfremden in Höhe der bei Banken im Ausland unterhaltenen Guthaben und der ausländischen Geldmarktanlagen von der Reservepflicht freigestellt. — 4 Die jeweilige Berechnungsweise der Zuwachsmindestreserve kann der Tabelle IV, 1 Reservesätze entnommen werden.

V. Zinssätze

1. Diskont- und Lombardsatz der Deutschen Bundesbank *) sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreservesolls

Gültig ab	Diskontsatz 1) 2)	Lombardsatz	Sonderzins für Kreditinstitute bei Unterschreitung des Mindestreservesolls	Gültig ab	Diskontsatz 1) 2)	Lombardsatz	Sonderzins für Kreditinstitute bei Unterschreitung des Mindestreservesolls
	% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz		% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz
1948 1. Juli	5	6	1	1960 3. Juni	5	6	3
1. Dez.	5	6	3	11. Nov.	4	5	3
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	3	1961 20. Jan.	3 1/2	4 1/2	3
14. Juli	4	5	3	5. Mai	3	3)	3
1950 27. Okt.	6	7	3	1965 22. Jan.	3 1/2	4 1/2	3
1. Nov.	6	7	1	13. Aug.	4	5	3
1951 1. Jan.	6	7	3	1966 27. Mai	5	6 1/4	3
1952 29. Mai	5	6	3	1967 8. Jan.	4 1/2	5 1/2	3
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	3	17. Febr.	4	5	3
1953 8. Jan.	4	5	3	14. April	3 1/2	4 1/2	3
11. Juni	3 1/2	4 1/2	3	12. Mai	3	4	3
1954 20. Mai	3	4	3	11. Aug.	3	3 1/2	3
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	3	1969 21. März	3	4	3
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	3	18. April	4	5	3
19. Mai	5 1/2	6 1/2	3	20. Juni	5	6	3
6. Sept.	5	6	3	11. Sept.	6	7 1/2	3
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	3	5. Dez.	6	9	3
19. Sept.	4	5	3	1970 9. März	7 1/2	9 1/2	3
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	3	16. Juli	7	9	3
27. Juni	3	4	3	18. Nov.	6 1/2	8	3
1959 10. Jan.	2 1/4	3 1/4	3	3. Dez.	6	7 1/2	3
4. Sept.	3	4	3	1971 1. April	5	6 1/2	3
23. Okt.	4	5	3	14. Okt.	4 1/2	5 1/2	3
				23. Dez.	4	5	3

* Bis 31. 7. 1957 Sätze der Bank deutscher Länder bzw. der Landeszentralbanken. — 1 Zugleich Zinssatz für Kassenkredite. — 2 Bis Mai 1956 galten für Auslandswechsel und Exporttratten auch niedrigere Sätze; für bestimmte Kredite an die Kredit-

anstalt für Wiederaufbau, die Ende 1958 ausliefen, wurden feste Sondersätze berechnet (Einzelheiten siehe Anmerkungen zur gleichen Tabelle in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, 15. Jg., Nr. 3, März 1963, S. 62). — 3 Auf die in der Zeit vom

10. 12. 1964 bis 31. 12. 1964 in Anspruch genommenen Lombardkredite wurde den Kreditinstituten eine Vergütung von 1/4 % p. a. gewährt.

2. Sätze der Deutschen Bundesbank für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt *)

Gültig ab	Schatzwechsel des Bundes und der Bundesbahn mit Laufzeit von		Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost *) mit Laufzeit von				Vorratsstellen-Wechsel mit Laufzeit von	
	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen	1/2 Jahr	1 Jahr	1 1/2 Jahren	2 Jahren	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen
	% p. a.	% p. a.	% p. a.	% p. a.	% p. a.	% p. a.	% p. a.	% p. a.
1967 6. Jan.	4 1/4	4 1/2	5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/2	4 1/2	4 1/4
17. Jan.	4 1/4	4 1/2	5	5 1/4	5 1/4	5 1/2	4 1/2	4 1/4
20. Jan.	4	4 1/4	4 3/4	4 3/4	5	5 1/4	4 1/4	4 1/4
17. Febr.	3 1/4	3 1/4	4 1/4	4 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/4	3 1/2
14. April	3 1/4	3 1/4	3 3/4	4 1/4	4 1/4	4 1/2	3 1/4	3 1/2
8. Mai	3 1/4	3 1/4	3 3/4	3 3/4	4 1/4	4 1/2	3 1/4	3 1/2
10. Mai	3 1/4	3 1/4	3 3/4	3 3/4	4 1/4	4 1/2	3 1/4	3 1/2
12. Mai	2 3/4	3	3 3/4	3 3/4	3 3/4	4 1/4	3	3 1/4
2. Juni	1) 2 1/4	2 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	4 1/4	2 3/4	2 3/4
1969 18. April	3 1/4	3 1/4	4 1/4	4 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/4	3 1/4
20. Juni	4 1/4	4 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/2	4 1/4	4 1/4
12. Sept.	5 1/4	5 1/4	6	6 1/4	6 1/4	6 1/4	5 1/4	5 1/4
8. Dez.	5 1/4	5 1/4	6 1/4	6 1/4	6 1/4	6 1/4	5 1/4	6
1970 9. März	6 1/4	7	7 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/2	7 1/4	7 1/4
16. Juli	6 1/4	6 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/2	6 1/4	7
4. Aug.	6 1/4	6 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/2	6 1/4	7
9. Sept.	6 1/4	6 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/2	6 1/4	7
18. Nov.	6 1/4	6 1/4	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2	6 1/4	6 1/2
1. Dez.	6 1/4	6 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/2	6 1/4	6 1/2
3. Dez.	5 1/4	5 1/4	7	6 3/4	6 3/4	6 3/4	5 1/4	6
30. Dez.	5 1/4	5 1/4	6 1/4	6 1/4	6 1/4	6 1/2	5 1/4	6
1971 12. Febr.	5 1/4	5 1/4	6 1/4	6 1/2	6 1/2	6 1/4	5 1/4	6
17. Febr.	5 1/4	5 1/4	6 1/4	6 1/4	6 1/4	6 1/4	5 1/4	6
9. März	5 1/4	5 1/4	6 1/4	6 1/2	6 1/2	6 1/4	5 1/4	6
1. April	4 1/4	4 1/4	5 1/4	5 1/2	5 1/2	5 1/4	4 1/4	5
19. April	4 1/4	4 1/4	5 1/4	5 1/2	5 1/2	5 1/4	4 1/4	5
3. Juni	4 1/4	4 1/4	5 1/4	5 1/2	5 1/2	5 1/4	4 1/4	5
16. Juni	4 1/4	4 1/4	5 1/4	5 1/2	5 1/2	5 1/4	4 1/4	5
14. Juli	4 1/4	4 1/4	5 1/4	5 1/2	5 1/2	5 1/4	4 1/4	5
14. Okt.	3 1/4	3 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	4 1/4	4 1/2
5. Nov.	3 1/4	3 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	4 1/4	4 1/2
11. Nov.	3 1/4	3 1/4	4 1/4	4 1/4	4 1/4	4 1/4	4 1/4	4 1/2
23. Dez.	3 1/4	3 1/4	4 1/4	4 1/4	4 1/4	4 1/4	3 1/4	4

* Nur Verkaufssätze für Geldmarktpapiere mit Marktregulierung durch die Deutsche Bundesbank; ab 3. Juni 1971 werden auch unverzinsliche Schatzanweisungen ohne Marktregulierung zu anderen

Verkaufssätzen abgegeben. — 1 Zur Erleichterung der Liquiditätsdispositionen der Kreditinstitute für Dezember 1967 wurden ab 25. 10. Schatzwechsel des Bundes mit Fälligkeiten bis Ende Dezember

zu folgenden Sätzen abgegeben: ab 25. 10. 2 %, ab 9. 11. 1 1/4 %, ab 10. 11. 1 1/2 %.

VI. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Wertpapieren *)

Mio DM

Position	Jahr	Januar bis Novem- ber p)	2. Vj.	3. Vj.	September	Oktober	Novem- ber p)
Festverzinsliche Wertpapiere							
Absatz = Erwerb insgesamt	1971	17 100	4 153	4 904	1 790	2 185	2 004
Absatz	1970	12 720	2 888	4 482	1 014	1 253	1 530
1. Inländische Rentenwerte 1)	1971	18 187	4 533	5 302	1 948	2 271	2 137
	1970	11 761	2 684	4 264	1 032	1 071	1 536
Bankschuldverschreibungen	1971	12 998	3 468	3 998	1 022	1 156	1 449
	1970	10 204	2 395	3 181	863	1 190	1 269
Pfandbriefe	1971	3 789	894	1 330	400	344	482
	1970	1 505	284	430	92	114	183
Kommunalobligationen	1971	6 324	1 374	1 860	685	632	521
	1970	6 610	1 520	2 101	443	576	917
Andere Bankschuldverschreibungen	1971	2 885	1 199	808	— 63	180	447
	1970	2 089	592	650	328	500	168
Industrieobligationen	1971	1 447	296	398	111	376	261
	1970	234	— 106	— 97	— 27	— 41	123
Anleihen der öffentlichen Hand 2)	1971	3 742	769	906	814	739	427
	1970	1 324	397	1 180	196	— 78	145
2. Ausländische Rentenwerte 3)	1971	— 1 067	— 380	— 398	— 158	— 86	— 133
Erwerb	1970	959	214	218	— 18	— 182	— 6
1. Inländische Käufer 4)	1971	15 860	3 957	4 513	1 646	2 141	1 552
	1970	12 034	2 808	4 280	942	820	1 495
Kreditinstitute 5)	1971	x) 5 093	x) 1 577	x) 1 368	— 516	x) 546	x) 475
	1970	x) 1 434	x) 131	430	— 440	227	268
Bundesbank 5)	1971	219	381	— 159	— 18	— 144	1
	1970	96	69	— 113	— 16	— 70	2
Nichtbanken 6)	1971	10 568	1 999	3 304	1 148	1 739	1 076
	1970	10 504	2 608	3 963	1 398	663	1 225
2. Ausländische Käufer 7)	1971	1 220	196	391	144	44	452
	1970	686	90	202	72	433	35
Aktien							
Absatz = Erwerb insgesamt	1971	5 432	1 857	885	355	638	180
Absatz	1970	5 689	748	1 644	405	423	872
1. Inländische Aktien 8)	1971	3 762	1 556	657	233	648	95
	1970	3 181	459	948	210	107	654
2. Ausländische Dividendenwerte 9)	1971	1 670	301	228	122	— 10	85
Erwerb	1970	2 508	289	686	195	316	218
1. Inländische Käufer 10)	1971	5 066	1 814	851	317	677	209
	1970	5 597	718	1 599	299	439	619
Kreditinstitute 5)	1971	248	124	157	— 8	55	— 68
	1970	884	—	17	33	111	416
Nichtbanken 6)	1971	4 818	1 690	694	325	622	277
	1970	4 713	718	1 562	266	328	203
2. Ausländische Käufer 11)	1971	x) 366	x) 43	34	38	— 39	— 29
	1970	92	30	45	106	— 16	253
Nachrichtlich:							
Saldo der Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland insgesamt (Kapitalexport: —; Kapitalimport: +)	1971	+ 1 003	+ 318	+ 595	+ 218	+ 101	+ 471
	1970	— 2 689	— 383	— 667	+ 1	— 81	+ 76
Rentenwerte	1971	+ 2 307	+ 576	+ 789	+ 302	+ 130	+ 585
	1970	— 273	— 124	— 16	+ 90	+ 251	+ 41
Dividendenwerte	1971	— 1 304	— 258	— 194	— 84	— 29	— 114
	1970	— 2 416	— 259	— 651	— 89	— 332	+ 35

* Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen der Emittenten. — 2 Einschl. Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen. — 3 Netto-Erwerb (+) bzw. Netto-Veräußerung (—) ausländischer Rentenwerte durch Inländer; Transaktions-

werte. — 4 In- und ausländische Rentenwerte. — 5 Buchwerte. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb (+) bzw. Netto-Veräußerung (—) inländischer Rentenwerte durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Kurswerte. — 9 Netto-Erwerb (+) bzw. Netto-Veräußerung (—) ausländischer Dividendenwerte (einschl. Direkt-

investitionen und Investmentzertifikate) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Dividendenwerte. — 11 Netto-Erwerb (+) bzw. Netto-Veräußerung (—) inländischer Dividendenwerte (einschl. Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) durch Ausländer; Transaktionswerte. — x Statistisch bereinigt. — p 1971 vorläufig.

2. Absatz von festverzinslichen Wertpapieren *) inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)					Industrieobligationen (einschl. Wandelschuldverschreibungen)	Anleihen der öffentlichen Hand 5)	Nachrichtlich: Anleihen ausländischer Emittenten 6)
		zusammen	Pfandbriefe (einschl. Schiffspfandbriefe)	Kommunalobligationen (u. ähnl. 2))	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten 3)	Sonstige Bankschuldverschreibungen 4)			
Brutto-Absatz 7) insgesamt									
1969	18 902	15 453	3 776	8 221	1 422	2 034	457	2 992	6 176
1970	20 816	15 812	2 818	8 766	1 889	2 339	656	4 348	2 503
1970 Nov.	2 046	1 550	283	1 026	103	138	163	333	.
1970 Dez.	2 970	1 977	491	1 069	232	186	4	990	.
1971 Jan.	2 696	1 524	308	1 032	42	142	—	1 172	.
1971 Febr.	2 022	1 030	239	589	42	160	200	792	909
1971 März	2 112	1 579	361	704	201	313	80	453	.
1971 April	3 257	2 041	452	1 013	98	478	200	1 015	.
1971 Mai	2 014	1 575	288	535	111	641	200	239	823
1971 Juni	1 355	1 324	431	445	97	351	—	32	.
1971 Juli	2 746	2 307	571	860	292	594	182	258	.
1971 Aug.	2 397	1 728	569	742	163	254	175	494	404
1971 Sept.	2 951	1 769	461	861	96	351	150	1 032	.
1971 Okt.	3 449	1 873	460	889	256	269	400	1 176	.
1971 Nov.	2 633	1 848	501	634	402	311	300	485	.
darunter Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit 8) von über 4 Jahren									
1969	16 564	14 285	3 776	7 686	933	1 890	457	1 822	6 176
1970	17 863	13 609	2 798	8 045	1 473	1 292	656	3 598	2 493
1970 Nov.	1 880	1 384	277	949	87	70	163	333	.
1970 Dez.	2 110	1 816	487	978	204	147	4	290	.
1971 Jan.	2 224	1 251	308	834	42	68	—	972	.
1971 Febr.	1 662	869	239	506	42	82	200	592	909
1971 März	1 563	1 170	361	663	66	79	80	313	.
1971 April	2 584	1 519	452	829	63	175	200	865	.
1971 Mai	1 333	895	288	421	84	101	200	239	823
1971 Juni	957	926	431	373	64	58	—	32	.
1971 Juli	2 158	1 718	568	759	279	112	182	258	.
1971 Aug.	1 848	1 429	569	698	123	39	175	244	404
1971 Sept.	1 928	1 346	461	807	41	38	150	432	.
1971 Okt.	2 311	1 363	460	821	56	26	400	549	.
1971 Nov.	1 726	1 351	501	575	252	23	300	75	.
Netto-Absatz 9) insgesamt									
1969	13 479	13 033	3 458	7 542	787	1 246	— 164	609	.
1970	15 059	12 769	2 227	7 943	1 014	1 585	220	2 071	.
1970 Nov.	1 617	1 362	216	979	54	113	123	132	.
1970 Dez.	2 251	1 465	290	908	160	107	— 14	800	.
1971 Jan.	1 887	1 216	266	931	— 31	50	— 64	735	.
1971 Febr.	916	699	241	495	— 126	89	152	65	.
1971 März	1 597	1 322	348	633	85	256	32	243	.
1971 April	2 943	1 839	425	925	52	438	162	942	.
1971 Mai	1 656	1 269	249	371	— 56	612	186	181	.
1971 Juni	396	745	377	282	— 23	109	— 48	— 301	.
1971 Juli	1 778	1 803	458	606	259	480	144	— 169	.
1971 Aug.	1 710	1 360	532	698	81	49	147	203	.
1971 Sept.	1 992	1 064	388	706	— 114	84	113	816	.
1971 Okt.	2 461	1 350	378	727	154	91	380	731	.
1971 Nov.	1 864	1 163	467	366	384	— 54	264	437	.
darunter Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit 8) von über 4 Jahren									
1969	13 399	12 590	3 458	7 088	594	1 449	— 164	972	.
1970	13 763	11 131	2 207	7 380	971	573	220	2 412	.
1970 Nov.	1 603	1 199	209	903	40	46	123	282	.
1970 Dez.	1 593	1 354	286	817	158	93	— 14	253	.
1971 Jan.	1 774	1 063	266	783	— 31	46	— 64	775	.
1971 Febr.	1 311	724	241	468	4	11	152	435	.
1971 März	1 298	1 046	348	612	45	41	32	220	.
1971 April	2 322	1 368	425	765	37	140	162	792	.
1971 Mai	1 068	701	249	345	29	78	186	181	.
1971 Juni	574	666	377	304	44	— 57	— 48	— 46	.
1971 Juli	1 651	1 395	455	646	246	48	144	111	.
1971 Aug.	1 563	1 262	532	676	61	— 6	147	153	.
1971 Sept.	1 454	1 005	388	688	— 40	— 31	113	336	.
1971 Okt.	1 956	1 137	378	739	14	6	380	439	.
1971 Nov.	1 340	1 050	467	494	234	— 146	264	26	.

* Ohne Umtauschpapiere aus dem Altgeschäft und ohne Altsparewertpapiere. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Kommunalschatzanweisungen, Landesbodenbriefe, Bodenkulturschuldverschreibungen, kommunalverbürgte Anleihen für Schiffbaufinanzierung und Schuldverschreibungen mit anderer Bezeichnung, wenn sie nach § 8, Abs. 2 des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten i.d.F. vom 8. Mai 1963 ausgegeben sind. — 3 Hierunter werden Inhaberschuldverschreibungen aller Art der nachstehenden Kreditinstitute erfaßt: Deutsche

Genossenschaftskasse, Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank, Industriekreditbank AG, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank und Lastenausgleichsbank. — 4 Diese Position enthält hauptsächlich Schuldverschreibungen von Girozentralen, deren Verkaufserlös vorwiegend zur Kreditgewährung an die gewerbliche Wirtschaft bestimmt ist. — 5 Einschl. der Anleihen öffentl.-rechtl. Zweckverbände und anderer öffentl.-rechtl. Verbände auf sondergesetzlicher Grundlage sowie der gemäß § 252 Abs. 3 LAG an Hauptentschuldigungs-berechtigte ausgegebenen Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen des Ausgleichsfonds. Ab 1969 einschl. der Bundesschatzbriefe. —

6 Von deutschen Konsortialbanken übernommene Anleihebeträge. — 7 Unter Bruttoabsatz ist nur der Erstabatz neu aufgelegter Wertpapiere zu verstehen, nicht der Wiederverkauf zurückgeworbener Stücke. Wertpapierverkäufe, bei denen dem Käufer aus drucktechnischen oder sonstigen Gründen keine effektiven Stücke ausgehändigt wurden, sind in den Zahlen enthalten. — 8 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 9 Bruttoabsatz minus Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet Überhang der Tilgung über den im Berichtszeitraum neu abgesetzten Betrag.

VI. Kapitalmarkt

3. Tilgung von festverzinslichen Wertpapieren *) inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)					Industrieobligationen (einschl. Wandelschuldverschreibungen)	Anleihen der öffentlichen Hand
		zusammen	Pfandbriefe (einschl. Schiffspfandbriefe)	Kommunalobligationen (u. ähnl.)	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen		
Tilgung 2) insgesamt								
1969	5 423	2 420	318	680	635	787	620	2 383
1970	5 757	3 044	591	824	875	754	437	2 277
1970 Nov.	429	188	68	47	49	24	40	202
1970 Dez.	719	512	201	161	72	79	17	189
1971 Jan.	809	308	42	101	73	92	64	437
1971 Febr.	1 106	330	—	2	93	168	71	48
1971 März	516	257	13	71	115	57	48	211
1971 April	313	202	27	88	47	41	38	73
1971 Mai	358	286	39	163	55	29	14	58
1971 Juni	960	579	54	163	120	242	48	332
1971 Juli	968	504	113	245	32	114	38	427
1971 Aug.	686	368	37	44	82	205	28	291
1971 Sept.	958	705	73	155	210	267	37	216
1971 Okt.	988	523	82	161	102	178	20	444
1971 Nov.	769	685	34	268	18	365	36	49
darunter Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit 3) von über 4 Jahren								
1969	3 165	1 695	318	598	339	440	620	850
1970	4 099	2 477	591	665	502	719	437	1 185
1970 Nov.	277	186	68	47	47	24	40	52
1970 Dez.	517	462	201	161	47	54	17	37
1971 Jan.	449	188	42	51	73	22	64	197
1971 Febr.	351	145	—	2	38	71	48	157
1971 März	264	123	13	51	20	38	48	93
1971 April	262	151	27	63	27	35	38	73
1971 Mai	285	193	39	77	55	23	14	58
1971 Juni	384	257	54	68	20	115	48	78
1971 Juli	507	323	113	113	32	64	38	147
1971 Aug.	285	166	37	22	62	45	28	91
1971 Sept.	474	341	73	119	80	69	37	96
1971 Okt.	355	226	82	81	42	19	20	109
1971 Nov.	386	301	34	81	17	169	36	49

* Ohne Umtauschpapiere aus dem Altgeschäft und ohne Altsparewertpapiere. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — Die in Tabelle VI, 2 (Fußnoten 2 bis 5) zu den einzelnen

Wertpapierarten gegebenen Erläuterungen gelten ebenso für die Tabellen VI, 3 und 4. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. der Veränderung der Treuhänderbestände. Negatives Vor-

zeichen (—) bedeutet, daß die Abnahme der Treuhänderbestände die Tilgungen übertraf. — 3 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen.

4. Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren *) inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt 1)	Bankschuldverschreibungen 1)					Industrieobligationen (einschl. Wandelschuldverschreibungen)	Anleihen der öffentlichen Hand
		zusammen	Pfandbriefe (einschl. Schiffspfandbriefe)	Kommunalobligationen (u. ähnl.)	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen		
1965	95 961	68 286	34 179	22 190	7 970	3 946	6 863	20 811
1966	101 485	73 390	36 689	24 497	8 130	4 073	6 864	21 231
1967	2) 116 559	82 726	40 009	29 879	8 558	4 281	7 756	2) 26 078
1968	134 356	96 891	44 182	38 307	9 229	5 173	7 687	29 778
1969	142 946	105 035	46 141	42 845	9 687	6 363	7 523	30 387
1970	158 005	117 804	48 368	50 788	10 701	7 948	7 743	32 458
1971 März	162 404	121 041	49 222	52 847	10 629	8 343	7 863	33 500
1971 Juni	167 399	124 914	50 274	54 424	10 714	9 502	8 163	34 322
1971 Sept.	172 880	129 140	51 651	56 434	10 940	10 115	8 568	35 173
1971 Okt.	175 341	130 490	52 029	57 162	11 094	10 206	8 947	35 904
1971 Nov.	177 205	131 653	52 496	57 527	11 478	10 162	9 212	36 341
Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3) Stand vom 30. November 1971								
Gesamtfällige Anleihen								
Laufzeit in Jahren: bis einschl. 4 über 4 bis unter 10 10 und darüber	25 689	15 356	168	6 812	3 379	4 997	390	9 943
	27 900	14 781	1 403	10 814	1 769	794	612	12 507
	868	538	79	460	—	—	—	330
Nicht-gesamtfällige Anleihen								
bis einschl. 4 über 4 bis unter 10 10 " " 20 20 und darüber	9 221	5 347	485	1 353	1 458	2 051	1 163	2 721
	39 436	23 584	7 365	10 278	3 631	2 309	5 573	10 279
	60 348	58 303	32 717	24 374	1 212	—	1 485	560
	13 744	13 744	10 279	3 436	29	—	—	—

* Ohne Umtauschpapiere aus dem Altgeschäft und ohne Altsparewertpapiere; einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1 Ab 1969 ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene

Stücke und ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Verzinsliche Schatzanweisungen der Deutschen Bundesbahn im Betrage von 247 Mio DM, die lediglich zur Sicherung für aufgenommene Darlehen ausgegeben worden sind, wurden im Dezember 1967 vom Umlauf abgesetzt. — 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtfälligen Anleihen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht-gesamtfälligen Anleihen.

5. Veränderung des Aktienumlaufs *)

Mio DM Nominalwert

Zeit	Gesamtumlauf am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang im Berichtszeitraum	Zugang im Berichtszeitraum									Abgang im Berichtszeitraum			
			Bar-einzahlung 1)	Umtausch von Wandschuldverschreibungen	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien 2)	Einbringung von Forderungen	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u. ä.	Einbringung von sonstigen Sachwerten	Ver-schmel-zung und Ver-mögens-über-tragung	Umwand-lung aus einer anderen Rechts-form	Um-stellung von RM-Kapital	Kapital-herab-setzung und Auf-lösung	Ver-schmel-zung und Ver-mögens-über-tragung	Umwand-lung in eine andere Rechts-form	
1962	37 260	+ 2 182	1 485	22	142	176	56	281	24	177	4	37	88	59	
1963	38 669	+ 1 410	1 014	2	202	34	35	18	123	263	1	89	138	56	
1964	41 127	+ 2 457	1 567	42	182	156	337	220	61	30	12	21	16	113	
1965	44 864	+ 3 737	2 631	15	1 028	324	21	117	85	74	4	259	134	168	
1966	47 506	+ 2 642	2 020	18	489	302	227	163	136	16	2	297	40	393	
1967	49 135	+ 1 630	1 393	3	524	94	51	15	38	14	3	137	55	312	
1968	51 190	+ 2 055	1 771	44	246	42	299	48	10	285	1	511	3	179	
1969	53 836	+ 2 646	1 722	98	631	130	130	135	161	194	0	144	212	199	
1970	55 604	+ 1 768	2 365	8	517	24	528	174	571	963	4	282	2 659	445	
1970 Nov.	55 176	+ 616	360	1	9	—	14	3	142	154	—	5	8	54	
1970 Dez.	55 604	+ 428	271	0	12	9	1	—	42	503	—	109	110	191	
1971 Jan.	55 903	+ 299	294	1	2	2	23	—	85	38	—	66	16	64	
1971 Febr.	56 148	+ 245	121	1	—	—	15	57	54	—	—	3	0	—	
1971 März	56 351	+ 204	77	0	158	—	1	—	8	11	—	0	42	9	
1971 April	56 700	+ 348	307	—	8	38	9	1	1	14	—	28	2	—	
1971 Mai	56 943	+ 243	197	0	4	4	3	39	3	20	—	—	4	23	
1971 Juni	57 829	+ 886	283	—	619	—	2	0	—	28	—	1	17	28	
1971 Juli	58 139	+ 310	169	—	50	—	9	11	3	98	0	10	12	9	
1971 Aug.	57 967	— 172	111	1	27	0	—	0	35	25	—	—	362	9	
1971 Sept.	58 443	+ 476	132	—	113	5	—	54	32	200	—	0	60	—	
1971 Okt.	58 807	+ 365	313	1	10	3	8	—	—	35	—	0	—	5	
1971 Nov.	58 957	+ 150	74	0	35	10	53	—	—	9	—	4	10	18	

* Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Ausgegeben auf Grund des

Gesetzes über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung vom 23. Dezember 1969 bzw. des

Aktiengesetzes vom 6. September 1965 §§ 207–220. —

6. Renditen inländischer Wertpapiere

% p. a.

Zeit	Tarifbesteuerte festverzinsliche Wertpapiere 1)										Aktien 5)
	Im Berichtsmonat erstmalig abgesetzte Wertpapiere (Emissionsrenditen) 2)					Im Umlauf befindliche Wertpapiere (Umlaufrenditen) 3)					
	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	darunter:				Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	darunter:				
		Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen 4)	Anleihen der öffentlichen Hand		Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen 4)	Anleihen der öffentlichen Hand	
1962	6,1	6,0	6,0	·	·	6,0	6,0	6,1	6,0	5,9	3,44
1963	6,1	6,1	6,1	·	·	6,1	6,1	6,2	6,0	6,0	3,16
1964	6,2	6,1	6,1	·	·	6,2	6,2	6,2	6,2	6,2	3,08
1965	7,0	7,0	7,0	·	·	6,8	6,7	6,7	7,0	7,1	3,94
1966	7,9	7,9	8,0	·	·	7,8	7,6	7,6	7,9	8,1	4,76
1967	7,0	7,0	7,0	·	7,0	7,0	7,0	7,0	7,2	7,0	3,48
1968	6,5	6,7	6,5	·	·	6,7	6,8	6,9	6,7	6,5	3,00
1969	6,8	6,8	6,7	·	·	7,0	7,0	7,0	7,0	6,8	2,87
1970	8,3	8,1	8,2	·	·	8,2	8,2	8,1	8,5	8,3	4,39
1970 April	8,2	8,0	8,1	—	8,3	8,0	7,9	7,9	8,2	8,1	3,35
1970 Mai	8,1	8,2	8,0	—	—	8,2	8,1	8,1	8,7	8,4	3,77
1970 Juni	8,4	8,3	8,4	—	—	8,6	8,5	8,5	9,0	8,7	3,94
1970 Juli	8,6	8,2	8,6	—	8,8	8,6	8,5	8,5	8,8	8,7	4,00
1970 Aug.	8,5	8,2	8,5	—	8,7	8,4	8,4	8,4	8,5	8,4	3,98
1970 Sept.	8,5	8,1	8,4	—	8,7	8,4	8,4	8,4	8,6	8,5	4,08
1970 Okt.	8,6	8,5	8,6	—	8,7	8,5	8,5	8,4	8,9	8,7	4,13
1970 Nov.	8,6	8,5	8,6	8,7	8,7	8,6	8,5	8,5	8,9	8,6	4,27
1970 Dez.	8,3	8,2	8,2	—	8,7	8,3	8,3	8,3	8,4	8,2	4,39
1971 Jan.	7,9	8,0	8,0	—	7,8	7,9	7,9	7,9	7,8	7,7	3,94
1971 Febr.	7,7	7,8	7,7	7,8	7,7	7,9	7,9	8,0	7,8	7,7	3,84
1971 März	7,7	7,7	7,7	7,8	7,8	8,0	8,1	8,0	8,0	7,9	3,81
1971 April	7,8	7,9	7,8	7,8	7,7	8,0	8,1	8,1	8,0	7,9	3,98
1971 Mai	7,9	8,0	7,9	7,8	7,9	8,1	8,2	8,1	8,1	8,0	3,85
1971 Juni	8,1	8,2	8,1	—	—	8,3	8,4	8,3	8,3	8,2	3,99
1971 Juli	8,3	8,4	8,2	8,4	8,3	8,5	8,6	8,5	8,5	8,3	3,85
1971 Aug.	8,3	8,3	8,3	8,4	8,4	8,5	8,6	8,5	8,5	8,3	3,98
1971 Sept.	8,2	8,2	8,1	8,1	8,2	8,4	8,6	8,5	8,3	8,1	4,11
1971 Okt.	8,0	8,0	8,0	8,1	8,1	8,3	8,4	8,3	8,2	8,0	4,37
1971 Nov.	7,9	8,0	7,9	7,9	—	8,2	8,3	8,2	8,2	7,9	4,21

1 Nur Inhaberschuldverschreibungen mit längster Laufzeit (gemäß Emissionsbedingungen) von über 4 Jahren. Ab 1971 scheidet Schuldverschreibungen aus der Berechnung der Umlaufrenditen aus, sobald ihre längste Restlaufzeit nur noch 4 Jahre beträgt. — 2 Berechnet unter Verwendung von gewogenen

Durchschnittsverkaufskursen und der gewogenen mittleren Laufzeit (bei gesamtfälligen Papieren der Endlaufzeit). Gewichte sind die abgesetzten Beträge zu Nominalwerten. — 3 Berechnet unter Zugrundelegung von gewogenen Durchschnittsbörsenkursen an Bankwochenstichtagen und der gewogenen

mittleren Restlaufzeit (bei gesamtfälligen Papieren der gesamten Restlaufzeit). Gewichte sind die Umlaufbeträge zu Nominalwerten. — 4 Ohne Wandschuldverschreibungen. — 5 Dividendenrendite; Quelle: Statistisches Bundesamt.

VI. Kapitalmarkt

7. Geldmittel und Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen *)

Mio DM

Stand am Monatsende	Zahl der erfaßten Institute	Summe der erfaßten Aktiva	Geldmittel 1) (ohne befristete Guthaben bei Kreditinstituten)	Befristete Guthaben bei Kreditinstituten 2)	Vermögensanlagen (ohne befristete Guthaben bei Kreditinstituten)								
					Insgesamt	Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	Schuldscheinforderungen und Darlehen	Wertpapiere 3)	Beteiligungen	Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	Grundstücke	Ausgleichsforderungen 4)	
Alle erfaßten Versicherungsunternehmen													
1968 Sept.	308	66 935	904	991	65 040	13 312	20 054	17 232	1 177	883	8 616	3 766	
Dez.	308	69 187	1 232	909	67 046	13 777	20 346	18 046	1 319	894	8 928	3 736	
1969 März	314	71 722	965	1 197	69 560	14 072	21 368	19 098	1 314	925	9 050	3 733	
Juni	315	73 739	1 064	1 247	71 428	14 375	22 002	19 732	1 335	945	9 378	3 661	
Sept.	315	75 549	945	1 082	73 522	14 816	22 648	20 310	1 404	970	9 742	3 632	
Dez.	312	77 527	1 024	1 041	75 462	15 277	22 990	21 020	1 451	1 005	10 126	3 593	
1970 März	317	80 383	917	1 453	78 013	15 777	23 870	21 755	1 622	1 091	10 276	3 622	
Juni	322	82 552	1 056	1 627	79 869	16 187	24 447	22 155	1 717	1 150	10 615	3 598	
Sept.	312	84 177	903	1 420	81 854	16 394	24 990	22 613	1 794	1 209	10 972	3 582	
Dez.	311	86 530	1 123	1 169	84 238	17 292	26 543	22 121	1 937	1 296	11 443	3 606	
1971 März	315	88 948	1 073	1 542	86 333	17 876	27 874	21 950	1 993	1 397	11 622	3 621	
Juni	315	91 703	1 248	1 666	88 789	18 357	28 697	22 604	2 059	1 458	12 051	3 563	
Sept.	314	94 332	1 243	1 581	91 508	18 992	29 509	23 327	2 140	1 501	12 497	3 542	
Lebensversicherungsunternehmen													
1968 Sept.	105	41 800	340	193	41 267	11 367	13 713	8 082	295	759	5 176	1 875	
Dez.	105	43 405	554	189	42 662	11 750	13 978	8 593	352	789	5 359	1 861	
1969 März	106	44 678	389	190	44 099	12 007	14 532	9 130	341	796	5 439	1 854	
Juni	106	45 887	405	205	45 277	12 263	14 912	9 464	353	817	5 643	1 825	
Sept.	106	47 256	390	186	46 680	12 646	15 347	9 749	385	841	5 901	1 811	
Dez.	106	48 830	435	268	48 127	13 038	15 696	10 180	400	876	6 139	1 798	
1970 März	104	50 049	360	324	49 365	13 345	16 170	10 451	465	933	6 203	1 798	
Juni	105	51 214	443	380	50 391	13 661	16 415	10 681	492	990	6 379	1 773	
Sept.	101	52 628	362	392	51 874	14 053	16 930	10 920	525	1 046	6 636	1 764	
Dez.	101	54 461	505	304	53 652	14 549	18 162	10 515	559	1 133	6 945	1 789	
1971 März	102	55 729	387	283	55 059	15 054	19 125	10 254	553	1 211	7 070	1 792	
Juni	102	57 313	505	257	56 551	15 430	19 516	10 627	574	1 272	7 372	1 760	
Sept.	102	59 047	501	283	58 263	15 947	20 034	10 922	599	1 314	7 686	1 749	
Pensionskassen 5)													
1968 Sept.	31	8 271	49	137	8 085	1 382	2 681	1 624	15	103	1 001	1 279	
Dez.	31	8 497	116	161	8 220	1 448	2 626	1 722	18	103	1 036	1 267	
1969 März	31	8 681	48	102	8 531	1 481	2 765	1 827	18	107	1 065	1 268	
Juni	31	8 829	73	85	8 671	1 525	2 811	1 882	19	107	1 093	1 234	
Sept.	31	9 017	50	90	8 877	1 575	2 884	1 943	27	107	1 118	1 223	
Dez.	31	9 301	54	134	9 113	1 630	2 884	2 094	28	107	1 160	1 210	
1970 März	41	10 031	51	132	9 848	1 810	3 084	2 325	30	135	1 218	1 246	
Juni	43	10 386	101	150	10 135	1 892	3 160	2 402	30	135	1 268	1 248	
Sept.	43	10 590	90	172	10 328	1 987	3 177	2 457	37	135	1 293	1 242	
Dez.	43	10 918	83	240	10 595	2 078	3 249	2 522	37	134	1 346	1 229	
1971 März	43	11 030	61	166	10 803	2 142	3 332	2 534	37	156	1 374	1 228	
Juni	43	11 273	98	150	11 025	2 232	3 386	2 591	41	156	1 401	1 216	
Sept.	43	11 524	92	222	11 210	2 329	3 386	2 666	39	156	1 426	1 206	
Krankenversicherungsunternehmen 6)													
1968 Sept.	40	2 898	100	48	2 750	138	842	1 157	15	—	418	180	
Dez.	40	3 080	113	46	2 921	140	882	1 263	18	—	440	178	
1969 März	40	3 270	83	68	3 119	140	983	1 356	18	—	443	179	
Juni	40	3 468	132	93	3 241	141	1 056	1 387	18	—	465	174	
Sept.	40	3 537	136	69	3 332	142	1 073	1 448	18	—	481	170	
Dez.	40	3 668	103	97	3 466	142	1 118	1 514	23	—	502	167	
1970 März	38	3 845	89	138	3 618	143	1 190	1 580	25	—	514	166	
Juni	38	4 018	105	178	3 735	143	1 240	1 606	25	—	558	163	
Sept.	35	4 014	87	92	3 835	148	1 286	1 648	25	—	565	163	
Dez.	35	4 158	108	74	3 973	151	1 352	1 690	26	—	592	162	
1971 März	35	4 313	87	95	4 131	149	1 455	1 736	26	—	603	162	
Juni	35	4 450	86	139	4 225	150	1 507	1 756	27	—	625	160	
Sept.	34	4 484	95	80	4 309	152	1 545	1 774	27	—	652	159	
Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen 7)													
1968 Sept.	99	10 368	331	559	9 478	376	1 867	4 635	492	21	1 737	350	
Dez.	100	10 510	349	460	9 701	386	1 880	4 701	569	22	1 794	349	
1969 März	105	11 271	359	794	10 118	391	2 032	4 952	575	22	1 785	351	
Juni	106	11 628	365	824	10 439	394	2 123	5 121	584	21	1 847	349	
Sept.	106	11 647	285	683	10 679	402	2 159	5 238	611	22	1 898	349	
Dez.	106	11 630	342	484	10 804	417	2 128	5 293	632	22	1 968	344	
1970 März	107	12 354	344	815	11 195	434	2 243	5 497	674	23	1 983	341	
Juni	111	12 759	319	873	11 567	448	2 371	5 638	712	25	2 031	344	
Sept.	109	12 691	297	670	11 724	460	2 369	5 696	730	28	2 098	343	
Dez.	109	12 722	359	507	11 856	470	2 483	5 571	783	29	2 169	351	
1971 März	112	13 552	462	928	12 162	487	2 658	5 607	841	30	2 176	365	
Juni	112	14 230	437	1 070	12 723	500	2 863	5 860	871	30	2 245	354	
Sept.	112	14 645	477	918	13 250	516	3 062	6 099	889	31	2 297	358	

Stand am Monatsende	Zahl der erfaßten Institute	Summe der erfaßten Aktiva	Geldmittel 1) (ohne befristete Guthaben bei Kreditinstituten)	Befristete Guthaben bei Kreditinstituten 2)	Vermögensanlagen (ohne befristete Guthaben bei Kreditinstituten)							
					Insgesamt	Hypotheken-Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	Schuldscheinforderungen und Darlehen	Wertpapiere 3)	Beteiligungen	Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	Grundstücke	Ausgleichsforderungen 4)
Rückversicherungsunternehmen												
1968 Sept.	33	3 598	84	54	3 460	49	951	1 734	360	—	284	82
Dez.	32	3 695	100	53	3 542	53	980	1 767	362	—	299	81
1969 März	32	3 822	86	43	3 693	53	1 056	1 833	362	—	308	81
Juni	32	3 929	89	40	3 800	52	1 100	1 878	361	—	330	79
Sept.	32	4 092	84	54	3 954	51	1 185	1 932	363	—	344	79
Dez.	29	4 100	90	58	3 952	50	1 164	1 939	368	—	357	74
1970 März	27	4 104	73	44	3 967	45	1 183	1 902	428	—	358	71
Juni	25	4 175	88	46	4 041	45	1 261	1 828	458	—	379	70
Sept.	24	4 254	67	94	4 093	46	1 228	1 892	477	—	380	70
Dez.	23	4 273	67	44	4 162	44	1 297	1 823	532	—	391	75
1971 März	23	4 324	76	70	4 178	44	1 306	1 819	536	—	399	74
Juni	23	4 437	122	50	4 265	45	1 423	1 770	546	—	408	73
Sept.	23	4 632	78	78	4 476	48	1 482	1 866	586	—	422	72

* Quelle: Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen. Ohne Sterbekassen. — 1 Kassenbestand, Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, Postscheckguthaben, Sichtguthaben bei Kreditinstituten. — 2 Mit Laufzeiten oder Kündigungsfrist von 1 Monat und darüber. — 3 Ohne Schuldbuchforderungen; vgl. Anm. 4. — 4 Einschl. sonstiger

Schuldbuchforderungen, die früher unter „Wertpapiere“ erfaßt waren. — 5 Nur die in der vierteljährlichen Statistik des BAV erfaßten Pensionskassen mit einem jährlichen Brutto-Zugang an Vermögensanlagen in Höhe von mindestens 5 Mio DM. Abweichungen der Jahresendzahlen von den in den Geschäftsberichten des BAV

veröffentlichten Angaben erklären sich durch eine andere zeitliche Abgrenzung. — 6 Alle Krankenversicherungsunternehmen mit Ausnahme der kleineren Vereine gemäß § 53 VAG. — 7 Nur die vierteljährlich berichtenden Unternehmen mit einem jährlichen Netto-Zuwachs an Vermögensanlagen in Höhe von mindestens 1 Mio DM.

8. Mittelaufkommen bei den Kapitalanlagegesellschaften *)

Mio DM							
Zeit	Insgesamt 1)	Mittelaufkommen bei den deutschen Publikumsfonds				Netto-Erwerb ausländischer Investmentanteile durch Inländer	Nachrichtlich: Mittelaufkommen bei den deutschen Spezialfonds
		zusammen 1)	Aktienfonds 2)	Rentenfonds	Immobilienfonds		
1960	390	340	340	—	—	50	—
1961	271	229	229	—	—	42	—
1962	254	224	224	—	—	30	—
1963	210	193	193	—	—	17	—
1964	393	373	373	—	—	20	—
1965	458	382	382	—	—	76	—
1966	495	343	266	77	—	152	—
1967	783	466	398	88	—	297	—
1968	2 611	1 663	891	772	—	948	—
1969	5 511	3 375	1 655	1 720	—	2 136	529
1970	1 526	1 508	993	398	120	18	240
1970 Jan.	334	259	154	98	6	75	44
Febr.	256	182	126	49	7	74	17
März	204	139	110	25	4	65	12
April	158	112	81	28	5	44	3
Mal	75	27	20	5	2	102	13
Juni	67	122	92	21	9	55	7
Juli	70	108	69	37	1	38	16
Aug.	115	119	102	13	4	4	30
Sept.	80	91	63	21	8	11	10
Okt.	35	44	36	5	3	9	24
Nov.	144	149	66	28	55	5	22
Dez.	140	158	73	67	16	16	43
1971 Jan.	186	166	84	69	33	0	11
Febr.	152	163	118	22	23	11	10
März	140	137	81	23	34	3	36
April	97	115	67	15	33	18	24
Mal	83	108	43	14	50	25	1
Juni	97	125	41	42	42	28	21
Juli	111	148	46	46	56	37	12
Aug.	95	144	79	27	38	49	4
Sept.	90	121	39	24	57	31	18
Okt.	77	103	44	26	33	26	28
Nov.	195	213	113	64	36	18	15

* Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1 Bis einschl. Dezember 1969 ohne Immobilienfonds. — 2 Einschl. gemischter Fonds,

die neben Aktien auch Rentenwerte in Ihrem Vermögen halten.

3. Einzelne Steuern des Bundes und der Länder

Mio DM														
Zeit	Umsatzsteuern		Zölle und Verbrauchsteuern des Bundes					Sonstige Steuern					Nachrichtlich: Einfuhr-abgaben auf Rüstungs-güter 4)	
	Mehrwertsteuer 1)	Einfuhrumsatzsteuer 2)	Zölle	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Branntweinmonopol	Obrige Verbrauchsteuern	Biersteuer	Vermögensteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Verkehrssteuern 3)	Straßengüterverkehrssteuer		Obrige Steuern
1960	15 597	1 253	2 630	2 664	3 537	1 023	1 075	700	1 100	1 475	567	—	881	222
1961	17 228	1 384	2 990	3 325	3 892	1 097	1 142	763	1 419	1 678	577	—	776	200
1962	18 351	1 628	3 314	3 699	4 205	1 222	1 179	820	1 798	1 888	603	—	872	190
1963	18 901	1 832	3 349	4 139	4 311	1 335	1 311	877	1 673	2 134	618	—	846	481
1964	20 573	2 008	2 619	6 071	4 416	1 441	1 378	955	1 931	2 372	710	—	908	632
1965	22 452	2 363	2 531	7 428	4 697	1 508	1 378	979	1 880	2 624	785	—	1 073	656
1966	23 340	2 537	2 656	8 016	4 982	1 779	1 427	1 032	1 994	2 853	833	—	1 151	236
1967	22 918	2 583	2 507	9 423	5 801	1 831	1 532	1 044	2 421	3 059	843	—	1 172	284
1968	18 788	6 883	2 399	9 875	5 992	1 989	1 554	1 101	2 261	3 243	979	—	1 300	148
1969	26 438	7 282	2 889	10 601	6 233	2 142	1 671	1 179	2 458	3 507	1 215	381	1 500	317
1970	26 794	11 334	2 871	11 512	6 537	2 228	1 634	1 175	2 877	3 830	1 224	439	1 650	109
1970 1. Vj.	6 876	2 759	679	2 127	1 138	557	424	245	640	950	331	94	400	61
2. "	6 030	2 828	690	2 695	1 653	644	402	290	691	994	309	110	392	29
3. "	6 432	2 795	700	3 071	1 708	509	378	342	744	927	289	116	431	7
4. "	7 458	2 951	802	3 619	2 039	518	430	298	801	959	294	119	427	12
1971 1. Vj.	7 958	2 892	868	2 489	1 274	557	443	287	789	1 043	393	104	431	—
2. "	7 158	3 066	696	3 036	1 683	658	412	307	772	1 066	351	115	425	—
3. "	7 369	2 990	722	3 314	1 763	561	412	350	774	1 034	347	123	444	—
1970 Aug.	2 311	912	232	1 035	589	185	120	113	598	271	102	37	151	7
Sept.	2 100	843	227	1 092	521	167	121	109	82	308	92	36	136	—
Okt.	2 233	953	246	960	600	163	104	106	68	341	87	41	141	—
Nov.	2 615	1 018	243	1 070	565	164	170	97	637	299	98	38	145	—
Dez.	2 608	980	312	1 590	874	191	158	85	99	320	109	40	142	12
1971 Jan.	3 277	915	199	509	184	160	155	109	63	368	105	35	143	—
Febr.	2 685	1 095	291	973	278	211	154	71	634	298	150	26	129	—
März	1 986	882	378	1 007	812	187	133	68	93	377	138	42	159	—
April	2 300	1 058	247	1 002	620	225	143	95	71	389	117	41	155	—
Mal	2 428	1 032	218	948	536	228	140	102	623	323	128	35	132	—
Juni	2 430	978	231	1 066	527	208	130	111	78	353	106	39	138	—
Juli	2 410	1 074	254	1 091	572	185	146	110	65	379	108	43	176	—
Aug.	2 604	1 004	234	1 119	607	177	136	120	652	330	119	42	134	—
Sept.	2 355	912	235	1 104	584	199	130	120	58	326	121	37	135	—
Okt.	2 547	1 017	265	1 086	609	197	129	105	68	339	110	42	146	—
Nov. p)	2 670	1 027	273	1 123	610	187	156	99	643	329	123	40	136	—

1 Bis einschl. 1967 Umsatzsteuer und Beförderungsteuer. — 2 Bis einschl. 1967 Umsatzausgleichsteuer. — 3 Kapitalverkehrssteuern (Börsenumsatz-

steuer, Gesellschaftsteuer, Wertpapiersteuer), Versicherungssteuer und Wechselsteuer. — 4 Bis 1969

Zölle und Einfuhrumsatzsteuer, 1970 Zölle. — p Vorläufig.

4. Ausgleichsforderungen *)

Mio DM					
Posten	Ausgleichsforderungen				
	Insgesamt	für Deutsche Bundesbank	für Kreditinstitute 1)	für Versicherungsunternehmen	für Bausparkassen
I. Entstehung					
1. Höhe der zugetellten Ausgleichsforderungen 2)	22 142	3) 8 683	7 562	5 833	64
2. Planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen bis Ende Juni 1971	2 930	—	1 672	1 244	14
3. Höhe der Ausgleichsforderungen Ende Juni 1971	19 212	8 683	5 890	4 589	50
darunter: Im Bestand des Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen 4)	980	—	601	371	8
II. Aufgliederung nach Schuldnern und Zinstypen					
1. Gliederung nach Schuldnern					
a) Bund	11 579	8 683	504	2 392	—
b) Länder	7 633	—	5 386	2 197	50
2. Gliederung nach Zinstypen					
a) unverzinsliche Ausgleichsforderungen	30	—	30	—	—
b) 3 %ige Ausgleichsforderungen	13 581	8 136	5 445	—	—
c) 3 1/2 %ige	4 633	—	2	4 581	50
d) 4 1/2 %ige	413	—	413	—	—
e) 3 %ige Sonderausgleichsforderungen	8	—	—	8	—
f) unverzinsliche Schuldverschreibung 5)	547	547	—	—	—
3. Insgesamt (1a + 1b = 2a bis 2f)	19 212	8 683	5 890	4 589	50

* Infolge methodischer Unterschiede weichen die Zahlen von dem in Tab. VII, 5 genannten Wert ab. — 1 Einschl. Ausgleichsforderungen für Postscheck- und Postsparkassenämter. — 2 Einschl. Ansprüche auf

Ausgleichsforderungen, die bereits bedient, d. h. verzinst und getilgt werden, aber noch nicht in den Schuldbüchern eingetragen sind. — 3 Lt. Ausweis der Deutschen Bundesbank vom 30. 6. 1971. — 4 Gemäß

§ 8 ff. des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 30. 7. 1965. — 5 Unverzinsliche Schuldverschreibung wegen Geldausstattung West-Berlins.

VII. Öffentliche Finanzen

5. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Mio DM

Stand am Monatsende	Ins-gesamt	Kredite der Bundesbank		Schatz-wechsel	Unver-zins-lische Schatz-anwei-sungen	Steuer-gut-schelte	Kassen-obliga-tionen	Anlei-hen 2)	Bank-kredite	Darlehen Inländischer Nichtbanken		Ab-lösungs- und Entschädi-gungs-schuld 6)	Aus-gleichs-forde-rungen 4)	Dek-kungs-forde-rungen	Aus-lande-ver-schul-dung 5) 6)
		Buch-kredite	Sonder-kre-dite 1)							Sozial-ver-siche-rungen 3)	Son-stige				
Öffentliche Haushalte insgesamt															
1967 Dez.	108 174	2 220	1 578	204	7 678	51	3 189	14 230	35 113	8 387	8 690	973	20 175	3 391	2 298
1968 Dez.	117 117	1 344	783	150	8 603	47	4 044	16 074	43 782	6 957	9 221	926	19 902	3 331	1 951
1969 Dez.	117 904	1 974	722	—	2 360	47	3 659	16 266	51 813	6 101	9 884	904	19 585	3 116	1 473
1970 Sept.	119 787	19	387	—	1 724	50	3 173	17 115	56 137	5 858	10 769	852	19 414	2 928	1 363
1970 Dez.	125 890	2 334	387	—	1 700	50	3 210	17 491	59 523	5 725	11 104	865	19 331	2 819	1 351
1971 März	126 247	37	387	—	1 700	50	2 740	18 254	61 798	5 574	11 380	865	19 304	2 819	1 339
1971 Juni	129 412	296	41	—	1 725	50	2 536	18 901	64 411	5 822	11 701	811	19 219	2 598	1 301
1971 Sept.	133 231	20	41	—	1 725	50	2 426	19 338	67 487	6 245	12 025	791	19 190	2 597	1 295
Bund															
1967 Dez.	43 468	2 062	1 578	204	7 475	—	2 625	7 284	750	6 102	535	973	11 790	—	2 091
1968 Dez.	47 192	1 344	783	150	8 317	—	3 240	7 911	5 421	4 891	751	926	11 703	—	1 755
1969 Dez.	45 360	1 790	722	—	2 360	—	3 163	8 324	9 653	4 223	1 066	904	11 653	—	1 302
1970 Sept.	44 884	—	387	—	1 724	—	2 823	9 131	11 416	4 102	1 625	852	11 608	—	1 217
1970 Dez.	47 323	1 915	387	—	1 700	—	2 900	9 240	11 800	4 019	1 680	865	11 605	—	1 213
1971 März	45 971	—	387	—	1 700	—	2 434	9 783	12 331	3 909	1 780	865	11 580	—	1 202
1971 Juni	45 720	—	41	—	1 700	—	2 230	9 954	12 219	4 195	1 821	811	11 579	—	1 170
1971 Sept.	46 086	—	41	—	1 700	—	2 020	10 062	12 402	4 492	1 861	791	11 552	—	1 165
Lastenausgleichsfonds															
1967 Dez.	6 828	—	—	—	—	—	111	1 795	758	275	481	—	—	3 391	37
1968 Dez.	7 079	—	—	—	—	—	211	1 862	957	223	460	—	—	3 331	35
1969 Dez.	7 122	114	—	—	—	—	200	1 709	1 274	167	507	—	—	3 116	34
1970 Sept.	6 824	—	—	—	—	—	100	1 743	1 310	121	588	—	—	2 928	33
1970 Dez.	6 824	108	—	—	—	—	100	1 755	1 337	105	567	—	—	2 819	33
1971 März	6 693	—	—	—	—	—	100	1 748	1 323	103	569	—	—	2 819	33
1971 Juni	6 620	191	—	—	—	—	100	1 714	1 321	101	563	—	—	2 598	32
1971 Sept.	6 553	—	—	—	—	—	100	1 701	1 448	122	553	—	—	2 597	32
ERP-Sondervermögen															
1967 Dez.	708	—	—	—	—	—	—	206	—	—	500	—	—	—	—
1968 Dez.	1 075	—	—	—	—	—	—	591	—	—	483	—	—	—	—
1969 Dez.	1 227	—	—	—	—	—	—	777	—	—	450	—	—	—	—
1970 Sept.	1 298	—	—	—	—	—	—	865	—	—	433	—	—	—	—
1970 Dez.	1 296	—	—	—	—	—	—	879	—	—	417	—	—	—	—
1971 März	1 356	—	—	—	—	—	—	939	—	—	417	—	—	—	—
1971 Juni	1 327	—	—	—	—	—	—	927	—	—	400	—	—	—	—
1971 Sept.	1 382	—	—	—	—	—	—	982	—	—	400	—	—	—	—
Auftragsfinanzierung Öfft.															
1967 Dez.	999	—	—	—	—	—	—	—	999	—	—	—	—	—	—
1968 Dez.	1 246	—	—	—	—	—	—	—	1 246	—	—	—	—	—	—
1969 Dez.	1 763	—	—	—	—	—	—	—	1 763	—	—	—	—	—	—
1970 Sept.	2 308	—	—	—	—	—	—	—	2 308	—	—	—	—	—	—
1970 Dez.	2 366	—	—	—	—	—	—	—	2 366	—	—	—	—	—	—
1971 März	2 407	—	—	—	—	—	—	—	2 407	—	—	—	—	—	—
1971 Juni	2 558	—	—	—	—	—	—	—	2 558	—	—	—	—	—	—
1971 Sept.	2 721	—	—	—	—	—	—	—	2 721	—	—	—	—	—	—
Länder															
1967 Dez.	24 188	158	—	—	203	51	453	4 452	7 593	820	1 949	—	8 385	—	123
1968 Dez.	26 339	—	—	—	286	47	593	5 515	8 762	735	2 083	—	8 199	—	119
1969 Dez.	25 771	70	—	—	—	47	296	5 477	9 067	673	2 108	—	7 932	—	101
1970 Sept.	25 773	19	—	—	—	50	250	5 533	9 239	635	2 161	—	7 806	—	81
1970 Dez.	27 786	311	—	—	—	50	210	5 794	10 817	617	2 181	—	7 726	—	80
1971 März	28 270	37	—	—	—	50	206	5 928	11 398	592	2 256	—	7 725	—	79
1971 Juni	29 938	105	—	—	25	50	208	6 348	12 437	571	2 481	—	7 640	—	76
1971 Sept.	31 289	20	—	—	25	50	306	6 698	13 235	651	2 589	—	7 638	—	76
Gemeinden 7)															
1967 Dez.	31 986	—	—	—	—	—	—	699	24 806	1 191	5 245	—	—	—	45
1968 Dez.	34 186	—	—	—	—	—	—	786	26 806	1 108	5 444	—	—	—	42
1969 Dez.	36 663	—	—	—	—	—	—	756	29 080	1 037	5 754	—	—	—	35
1970 Sept.	38 700	—	—	—	—	—	—	707	31 000	1 000	5 961	—	—	—	32
1970 Dez.	40 295	—	—	—	—	—	—	702	32 324	984	6 260	—	—	—	26
1971 März	41 550	—	—	—	—	—	—	796	33 400	970	6 359	—	—	—	25
1971 Juni	43 250	—	—	—	—	—	—	887	34 950	955	6 435	—	—	—	23
1971 Sept.	45 200	—	—	—	—	—	—	876	36 700	980	6 622	—	—	—	22

* Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. Angaben für frühere Jahre vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1967, S. 24 ff. und August 1970, S. 13 ff. — 1 Sonderkredite an und Forderungen gegen den Bund (Aufgliederung s. Tab. VII, 9 b). — 2 Ohne

die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke; einschl. Bundesschatzbriefe. — 3 Einschl. Schuldbuchforderungen. — 4 Wegen der Umwandlung von Ausgleichsforderungen in Mobilisierungspapiere vgl. Tab. VII, 9 b. — 5 Forderungen ausländischer

Stellen sowie auf fremde Währung lautende Schulden. — 6 Ab Ende 1969 ohne Stücke im eigenen Bestand des Bundes. — 7 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. — Differenzen in den Summen durch Runden.

6. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung *)

Position	Stand Ende 1969	Stand Ende 1970	Zunahme bzw. Abnahme						
			1970			1971			
			Insgesamt	darunter		1. Hj.	3. Vj.	1.-3. Vj.	
				1. Hj.	3. Vj.				1.-3. Vj.
I. Kreditnehmer									
1) Bund	45 360	47 323	+ 1 963	- 324	- 151	- 475	- 1 603	+ 367	- 1 236
2) Lastenausgleichsfonds	7 122	6 824	- 298	- 119	- 179	- 298	- 203	- 67	- 270
3) ERP-Sondervermögen	1 227	1 296	+ 69	+ 36	+ 35	+ 71	+ 31	+ 55	+ 86
4) Auftragsfinanzierung ÖffA	1 763	2 366	+ 604	+ 127	+ 419	+ 545	+ 191	+ 163	+ 354
5) Länder	25 771	27 786	+ 2 016	- 499	+ 502	+ 3	+ 2 152	+ 1 351	+ 3 503
6) Gemeinden	36 683	40 295	+ 3 632	+ 1 037	+ 1 000	+ 2 037	+ 2 955	+ 1 950	+ 4 905
Zusammen (1 bis 6)	117 904	125 890	+ 7 986	+ 258	+ 1 626	+ 1 883	+ 3 523	+ 3 819	+ 7 342
II. Schuldarten									
1) Buchkredite der Bundesbank	1 974	2 334	+ 360	- 1 744	- 211	- 1 955	- 2 038	- 276	- 2 313
2) Sonderkredite der Bundesbank an den Bund 1)	722	387	- 335	+ 10	- 345	- 335	- 345	-	- 345
3) Schatzwechsel 2)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4) Unverzinsl. Schatzanweisungen 2)	2 360	1 700	- 660	- 636	-	- 636	+ 25	-	+ 25
5) Steuergutschriften	47	50	+ 3	+ 3	-	+ 3	-	-	-
6) Kassenobligationen	3 659	3 210	- 448	- 356	- 130	- 486	- 674	- 110	- 784
7) Anleihen 3)	16 266	17 491	+ 1 225	+ 311	+ 537	+ 849	+ 1 409	+ 437	+ 1 847
8) Direktausleihungen der Kreditinstitute	51 813	59 523	+ 7 710	+ 2 769	+ 1 555	+ 4 324	+ 4 888	+ 3 075	+ 7 964
9) Schuldbuchforderungen der Sozial- versicherungen	4 223	4 019	- 204	- 117	- 4	- 121	- 124	- 4	- 128
10) Darlehen von Sozialversicherungen	1 877	1 706	- 171	- 62	- 60	- 122	+ 221	+ 427	+ 648
11) Sonstige Darlehen	9 884	11 104	+ 1 220	+ 511	+ 373	+ 884	+ 597	+ 325	+ 921
12) Ablösungs- und Entschädigungsschuld 4)	904	865	- 40	- 23	- 30	- 53	- 54	- 20	- 74
13) Ausgleichsforderungen	19 585	19 331	- 254	- 122	- 49	- 171	- 112	- 28	- 141
14) Deckungsforderungen 5)	3 116	2 819	- 297	- 188	-	- 188	- 221	-	- 222
15) Auslandsschulden 4)	1 473	1 351	- 122	- 100	- 10	- 110	- 50	- 7	- 56
Zusammen (1 bis 15)	117 904	125 890	+ 7 986	+ 258	+ 1 626	+ 1 883	+ 3 523	+ 3 819	+ 7 342
III. Gläubiger									
1) Banksystem									
a) Bundesbank	11 973	11 578	- 395	- 1 688	- 779	- 2 467	- 2 314	- 97	- 2 411
b) Kreditinstitute	71 880	77 572	+ 5 692	+ 1 078	+ 1 474	+ 2 552	+ 4 033	+ 2 999	+ 7 032
2) Inländische Nichtbanken									
a) Sozialversicherungen	6 828	6 335	- 493	- 162	- 149	- 311	- 67	+ 387	+ 320
b) Sonstige 6)	25 616	28 868	+ 3 253	+ 1 164	+ 1 060	+ 2 224	+ 1 776	+ 467	+ 2 242
3) Ausland 7)	1 608	1 537	- 71	- 135	+ 20	- 115	+ 95	+ 63	+ 158
Zusammen (1 bis 3)	117 904	125 890	+ 7 986	+ 258	+ 1 626	+ 1 883	+ 3 523	+ 3 819	+ 7 342
Nachrichtlich:									
Verschuldung der									
Bundesbahn	13 430	15 009	+ 1 579	+ 708	+ 364	+ 1 071	+ 1 345	+ 508	+ 1 852
Bundespost	16 482	20 056	+ 3 595	+ 1 015	+ 1 117	+ 2 132	+ 2 180	+ 2 078	+ 4 258

* Ohne Verschuldung der genannten Stellen untereinander. — 1 Forderungserwerb der Bundesbank aus Nachkriegswirtschaftshilfe und von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, ohne Kredite für Einzahlungen an den Internationalen Währungsfonds und den Europäischen Fonds. — 2 Ohne aus

der Umwandlung von Ausgleichsforderungen stammende Titel (Mobilisierungstitel). — 3 Ohne Anleihestücke im eigenen Bestand der Emittenten; einschl. Bundesschatzbriefe. — 4 Ab Ende 1969 ohne Stücke im eigenen Bestand des Bundes. — 5 Deckungsforderungen an den Lastenausgleichsfonds nach dem

Altspargengesetz und für die Spareinlagenregelung sowie Schuldbuchforderungen für Lebensversicherungsverträge. — 6 Öffentliche und private Stellen (als Differenz ermittelt). — 7 Zum Teil geschätzt. — Differenzen in den Summen durch Runden.

VII. Öffentliche Finanzen

7. Umlauf an Geldmarktpapieren öffentlicher Stellen *)

Mio DM

Stand am Monatsende	Ins-gesamt	Öffentliche Haushalte								Bundesbahn und Bundespost				Nach-richtlich: Zweckge-bundene Schatz-an-weisungen 2)
		zu-sammen	Schatzwechsel			Unverzinsliche Schatzanweisungen			Steuer-gut-scheine 1)	zu-sammen	Schatz-wechsel			
			zu-sammen	Bund	Länder	zu-sammen	Bund	Länder			Länder	Bundes-bahn	Bundes-bahn	
1950 Dez.	1 511	812	759	499	260	3	—	3	50	699	572	128	—	20
1955 "	1 416	321	31	—	31	150	3)	—	150	1 094	472	217	405	4) 274
1960 "	1 987	1 151	—	—	—	986	881	106	164	837	199	445	192	442
1961 "	1 578	541	—	—	—	441	408	34	100	1 037	182	590	264	521
1962 "	1 523	533	—	—	—	480	479	1	53	990	344	571	232	585
1963 "	1 541	452	—	—	—	401	401	—	51	1 089	344	445	300	619
1964 "	1 748	598	—	—	—	547	547	—	51	1 150	400	450	300	522
1965 "	2 463	1 378	523	523	—	805	670	135	51	1 084	342	450	292	634
1966 "	4 687	3 693	1 196	1 196	—	2 447	2 272	175	51	994	256	450	288	708
1967 "	8 684	7 933	204	204	—	7 678	7 475	203	51	751	1	450	300	740
1968 Jan.	11 238	10 489	1 665	1 665	—	8 773	8 570	203	51	749	1	449	299	807
Febr.	11 495	10 777	1 583	1 583	—	9 143	8 940	203	51	717	1	428	289	786
März	10 462	9 745	471	471	—	9 223	9 020	203	51	717	1	428	289	784
April	10 087	9 370	—	—	—	9 319	9 116	203	51	717	1	427	289	784
Mai	10 284	9 568	—	—	—	9 517	9 216	301	51	716	1	426	289	795
Juni	10 139	9 490	—	—	—	9 440	9 139	301	50	649	1	369	289	790
Juli	10 118	9 490	—	—	—	9 440	9 139	301	50	628	21	359	248	799
Aug.	10 148	9 540	—	—	—	9 490	9 189	301	50	608	1	359	248	666
Sept.	10 053	9 470	—	—	—	9 420	9 119	301	50	583	1	334	248	665
Okt.	9 968	9 420	—	—	—	9 370	9 069	301	50	548	1	299	248	670
Nov.	9 855	9 255	—	—	—	9 205	8 904	301	50	600	1	299	300	668
Dez.	9 327	8 800	150	150	—	8 603	8 317	286	47	527	1	226	300	665
1969 Jan.	8 880	8 453	—	—	—	8 403	8 116	286	50	527	1	226	300	661
Febr.	8 930	8 403	—	—	—	8 353	8 066	286	50	527	1	226	300	661
März	8 234	7 708	—	—	—	7 658	7 371	286	50	527	1	226	300	659
April	8 004	7 378	—	—	—	7 328	7 041	286	50	627	1	326	300	659
Mai	7 492	6 866	—	—	—	6 816	6 572	244	50	627	1	326	300	659
Juni	6 594	5 982	—	—	—	5 939	5 696	244	43	612	1	311	300	655
Juli	5 459	4 847	—	—	—	4 797	4 554	244	50	612	1	311	300	665
Aug.	5 213	4 602	—	—	—	4 552	4 364	188	50	611	1	311	300	695
Sept.	4 969	4 458	—	—	—	4 408	4 220	188	50	511	1	211	300	705
Okt.	4 709	4 097	—	—	—	4 047	3 927	120	50	612	1	311	300	715
Nov.	4 229	3 617	—	—	—	3 567	3 447	120	50	612	1	311	300	735
Dez.	3 308	2 407	—	—	—	2 360	2 360	—	47	900	200	400	300	743
1970 Jan.	2 775	1 874	—	—	—	1 824	1 824	—	50	901	201	400	300	681
Febr.	2 525	1 624	—	—	—	1 574	1 574	—	50	901	201	400	300	661
März	2 774	1 874	—	—	—	1 824	1 824	—	50	900	200	400	300	659
April	2 675	1 774	—	—	—	1 724	1 724	—	50	900	200	400	300	659
Mai	2 814	1 774	—	—	—	1 724	1 724	—	50	1 040	340	400	300	654
Juni	2 774	1 774	—	—	—	1 724	1 724	—	50	1 000	300	400	300	649
Juli	2 774	1 774	—	—	—	1 724	1 724	—	50	1 000	300	400	300	649
Aug.	2 834	1 774	—	—	—	1 724	1 724	—	50	1 060	360	400	300	649
Sept.	2 676	1 774	—	—	—	1 724	1 724	—	50	902	203	400	300	644
Okt.	2 669	1 774	—	—	—	1 724	1 724	—	50	895	195	400	300	604
Nov.	2 474	1 774	—	—	—	1 724	1 724	—	50	700	0	400	300	484
Dez.	2 750	1 750	—	—	—	1 700	1 700	—	50	1 000	300	400	300	492
1971 Jan.	2 589	1 750	—	—	—	1 700	1 700	—	50	839	139	400	300	492
Febr.	2 645	1 750	—	—	—	1 700	1 700	—	50	895	195	400	300	492
März	2 585	1 750	—	—	—	1 700	1 700	—	50	835	155	400	280	490
April	2 457	1 770	—	—	—	1 720	1 700	20	50	687	150	300	237	490
Mai	2 445	1 775	—	—	—	1 725	1 700	25	50	670	100	300	270	490
Juni	2 475	1 775	—	—	—	1 725	1 700	25	50	700	60	370	270	480
Juli	2 675	1 775	—	—	—	1 725	1 700	25	50	900	200	400	300	440
Aug.	2 658	1 775	—	—	—	1 725	1 700	25	50	883	183	400	300	435
Sept.	2 475	1 775	—	—	—	1 725	1 700	25	50	700	—	400	300	435
Okt.	2 475	1 775	—	—	—	1 725	1 700	25	50	700	—	400	300	430
Nov.	2 430	1 775	—	—	—	1 725	1 700	25	50	658	—	400	255	430

* Ohne die aus der Umwandlung von Ausgleichs-forderungen entstandenen Geldmarktpapiere, ohne Vorratstellenwechsel und ohne Warenwechsel der Bundesbahn. — 1 Land Bayern; außerdem Ende 1950

auch Berliner Schuldverschreibungen. — 2 Zur Darlehnssicherung hinterlegte Schatzanweisungen der Bundesbahn bzw. des Bundes. — 3 Vgl. Anmerkung 4. — 4 Darunter Schatzanweisungen des

Bundes 138 Mio DM. — Differenzen in den Summen durch Runden.

VII. Öffentliche Finanzen

9. Verschuldung des Bundes *)

a) Insgesamt

Mio DM

Stand am Monatsende	Ins-gesamt	Kredite der Bundesbank		Geldmarkt-titel 3)	Anleihen, Kassen-obliga-tionen und Bundes-schatz-briefe 4)	Bank-kredite	Schulden bei inländischen Nichtbanken			Ab-lösungs- und Ent-schädi-gungs-schuld 5)	Aus-gleichs-forde-rungen 6)	Aus-lands-verschul-dung 5)	Nach-richtlich: Sonder-kredite der BBk für Betei-ligung am IWF und Europ. Fonds 9)
		Buch-kredite 1)	Sonder-kredite und For-derun-gen 2)				Sozial-versicherungen						
							Schuld-buch-forde-rungen	Darlehen	Sonstige				
1950 Dez.	7 290	578	—	499	—	—	—	—	—	—	6 213	—	—
1955 "	17 868	—	30	138	532	—	—	959	—	—	8 129	8 079	360
1960 "	22 545	78	30	881	1 269	325	—	1 140	—	795	11 171	6 856	1 357
1961 "	25 914	160	30	408	2 426	387	8)	3 219	—	891	11 152	3 465	2 607
1962 "	27 230	739	3 302	479	3 093	461	—	3 198	—	954	11 171	3 403	2 127
1963 "	30 111	1 733	3 624	401	4 895	610	—	3 123	—	1 003	11 418	3 204	2 265
1964 "	31 312	1 081	2 982	547	6 213	679	—	3 543	100	1 020	11 728	3 138	2 987
1965 "	33 017	921	2 314	1 193	7 290	758	—	4 209	50	1 006	11 802	3 065	2 972
1966 "	35 581	667	2 505	3 467	7 877	676	—	4 829	50	535	11 808	2 170	3 712
1967 "	43 468	2 062	1 578	7 679	9 909	750	—	6 102	—	535	11 790	2 091	3 610
1968 "	47 192	1 344	783	8 467	11 151	5 421	—	4 891	—	751	11 703	1 755	4 053
1969 "	45 360	1 790	722	2 360	11 487	9 853	—	4 223	—	1 066	11 653	1 302	1 173
1970 März	44 287	—	722	1 824	11 319	11 296	—	4 119	—	1 173	905	11 632	1 297
1970 Juni	45 036	—	732	1 724	11 688	11 670	—	4 106	—	1 380	881	11 630	1 226
1970 Sept.	44 884	—	387	1 724	11 954	11 416	—	4 102	—	1 625	852	11 608	1 217
1970 Nov.	46 619	1 829	387	1 724	11 592	11 714	—	4 047	—	1 655	853	11 607	1 212
1970 Dez.	47 323	1 915	387	1 700	12 141	11 800	—	4 019	—	1 680	865	11 605	1 213
1971 Jan.	46 814	903	387	1 700	12 277	12 265	—	3 909	—	1 720	865	11 579	1 209
1971 Febr.	46 397	490	387	1 700	12 211	12 291	—	3 909	—	1 760	865	11 579	1 206
1971 März	45 971	—	387	1 700	12 217	12 331	—	3 909	—	1 780	865	11 580	1 202
1971 April	46 111	—	387	1 700	12 411	12 330	—	3 895	—	1 800	811	11 581	1 196
1971 Mai	46 445	—	387	1 700	12 432	12 329	—	3 895	300	1 820	811	11 581	1 190
1971 Juni	45 720	—	41	1 700	12 184	12 219	—	3 895	300	1 821	811	11 579	1 170
1971 Juli	46 168	545	41	1 700	12 006	12 205	—	3 892	450	1 821	791	11 551	1 166
1971 Aug.	46 310	635	41	1 700	11 875	12 198	—	3 892	600	1 861	791	11 551	1 166
1971 Sept.	46 086	—	41	1 700	12 082	12 402	—	3 892	600	1 861	791	11 552	1 165
1971 Okt.	46 361	—	41	1 700	12 226	12 532	—	3 833	600	1 921	791	11 553	1 165
1971 Nov.	47 241	498	41	1 700	12 571	12 530	—	3 833	600	1 958	793	11 553	1 164

b) Aufgliederung einzelner Posten

Mio DM

Stand am Monatsende	Sonderkredite und Forderungen der Bundesbank				Geldmarkt-titel		Kassen-obliga-tionen	Bundes-schatz-briefe	An-leihen 4)	In Geldmarkt-titel umgewandelte Ausgleichs-forderungen			
	Forderungserwerb		Forderung wegen Änderung der Währungs-parität	Kredite für Ein-zahlungen an die Weltbank	Schatz-wechsel	Unver-zinsliche Schatz-anwei-sungen				zusammen	Schatz-wechsel	Unver-zinsliche Schatz-anwei-sungen	
	aus Nach-riegs-wirt-schaftshilfe	von der BIZ											Schatz-wechsel
1950 Dez.	—	—	—	—	499	—	—	—	—	—	—	—	—
1955 "	—	—	—	30	—	138	—	—	532	—	1 048	—	784
1960 "	—	—	—	30	—	881	469	—	800	5 203	968	—	4 235
1961 "	2 513	—	1 265	29	—	408	469	—	1 957	5 292	1 208	—	4 084
1962 "	2 513	—	1 190	29	—	479	381	—	2 713	3 769	1 320	—	2 449
1963 "	2 513	—	1 083	29	—	401	384	—	4 512	4 690	983	—	3 707
1964 "	2 010	—	943	29	—	547	831	—	5 383	2 599	846	—	1 753
1965 "	1 508	—	778	29	—	670	1 017	—	6 274	1 064	364	—	701
1966 "	1 784	125	566	29	1 196	2 272	1 210	—	6 667	878	213	—	664
1967 "	1 253	94	202	29	—	7 475	2 625	—	7 284	2 245	1 621	—	624
1968 "	721	63	—	—	150	8 317	3 240	—	7 911	2 534	2 231	—	303
1969 "	691	31	—	—	—	2 360	3 163	280	8 045	2 029	1 282	—	747
1970 März	691	31	—	—	—	1 824	3 074	413	7 833	1 419	711	—	708
1970 Juni	732	—	—	—	—	1 724	2 953	504	8 231	1 701	946	—	755
1970 Sept.	387	—	—	—	—	1 724	2 823	543	8 588	3 071	928	—	2 143
1970 Nov.	387	—	—	—	—	1 724	2 653	553	8 386	6 058	1 611	—	4 447
1970 Dez.	387	—	—	—	—	1 700	2 900	575	8 665	7 532	1 878	—	5 654
1971 Jan.	387	—	—	—	—	1 700	2 660	685	8 932	8 092	2 080	—	6 012
1971 Febr.	387	—	—	—	—	1 700	2 552	783	8 876	8 071	2 149	—	5 922
1971 März	387	—	—	—	—	1 700	2 434	889	8 894	7 370	1 626	—	5 744
1971 April	387	—	—	—	—	1 700	2 434	1 078	8 899	7 773	2 154	—	5 618
1971 Mai	387	—	—	—	—	1 700	2 434	1 113	8 885	7 845	2 190	—	5 655
1971 Juni	41	—	—	—	—	1 700	2 230	1 142	8 812	5 724	1 307	—	4 417
1971 Juli	41	—	—	—	—	1 700	2 040	1 187	8 779	6 112	1 696	—	4 416
1971 Aug.	41	—	—	—	—	1 700	1 840	1 225	8 811	6 117	1 971	—	4 146
1971 Sept.	41	—	—	—	—	1 700	2 020	1 263	8 799	5 924	1 977	—	3 946
1971 Okt.	41	—	—	—	—	1 700	2 090	1 325	8 811	6 090	2 050	—	4 041
1971 Nov.	41	—	—	—	—	1 700	2 400	1 395	8 775	7 120	1 951	—	5 169

* Ohne Verschuldung bei Gebietskörperschaften und Sondervermögen. — 1 Buchkredite gemäß § 20 Abs. 1 Ziff. 1a des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank; auf den dort genannten Kreditplafond des Bundes bei der Bundesbank werden außerdem noch die umlaufenden Schatzwechsel angerechnet. — 2 Ohne Sonderkredite für die Beteiligung am Internationalen Währungsfonds und Europäischen Fonds. — 3 Ohne Mobilisierungstitel. — 4 Ohne im eigenen Bestand befindliche Anleihenstücke. — 5 Ab Dezember 1969 ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. —

6 Die Veränderungen sind durch Berichtigung der Umstellungsrechnungen, durch Tilgungen und — in 1957 — durch den Übergang der Verpflichtungen aus den Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken auf den Bund gemäß § 38 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank bedingt. — In Geldmarkt-titel umgewandelte Ausgleichsforderungen vgl. die untenstehende Tabelle. — 7 Darunter Entwicklungshilfe-Anleihe (1 176 Mio DM). — 8 Darunter 2 100 Mio DM zur Abgeltung der Verpflichtungen aus § 90 BVG. — 9 Im Gegensatz zur Schuldenübersicht der Bundes-

schuldenverwaltung wird nicht die Gesamtsumme der Beitrittsverpflichtungen, sondern nur der tatsächlich in Anspruch genommene Betrag ausgewiesen, wobei die Wertberichtigungen auf Grund der Aufwertungen 1961 und 1969 abgesetzt wurden. — 10 Übergang der Forderungen und Verpflichtungen gegenüber dem IWF und dem Europäischen Fonds auf die Bundesbank. — Differenzen in den Summen durch Runden.

VIII. Allgemeine Konjunkturlage

1. Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts *)

Posten	1960	1966	1967 p)	1968 p)	1969 p)	1970 p)	1968 p)	1969 p)	1970 p)	1968 p)	1969 p)	1970 p)
	Mrd DM						Veränderung gegen Vorjahr in %			Anteil in %		
I. Entstehung des Sozialprodukts												
a) In jeweiligen Preisen												
Beiträge zum Brutto-Inlandsprodukt												
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	17,3	20,7	21,0	20,8	22,4	21,7	- 1,0	+ 8,0	- 3,3	3,8	3,7	3,1
Warenproduzierendes Gewerbe	164,7	262,1	257,6	287,7	326,0	374,5	+ 11,7	+ 13,3	+ 14,9	52,9	53,5	54,2
Energiewirtschaft 1) und Bergbau	16,0	19,6	19,3	21,3	22,5	25,3	+ 10,6	+ 5,4	+ 12,3	3,9	3,7	3,7
Verarbeitendes Gewerbe	127,6	203,1	201,4	226,5	258,5	293,7	+ 12,5	+ 14,1	+ 13,6	41,6	42,4	42,5
Baugewerbe	21,2	39,4	36,9	39,8	44,9	55,6	+ 8,0	+ 12,8	+ 23,8	7,3	7,4	8,1
Handel und Verkehr 2)	59,3	94,7	95,8	103,2	112,2	123,9	+ 7,7	+ 8,8	+ 10,4	19,0	18,4	17,9
Dienstleistungsbereiche 3)	61,2	114,6	122,5	132,7	149,1	170,3	+ 8,3	+ 12,3	+ 14,3	24,4	24,5	24,7
Brutto-Inlandsprodukt	302,6	492,1	496,9	a) 540,5	a) 603,9	a) 683,5	+ 8,8	+ 11,7	+ 13,2	b) 100	b) 100	b) 100
Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland	- 0,3	- 1,4	- 1,4	- 0,5	- 0,5	- 1,4
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	302,3	490,7	495,5	540,0	603,4	682,1	+ 9,0	+ 11,7	+ 13,0	.	.	.
b) In Preisen von 1962												
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	328,4	431,7	430,8	462,3	499,3	526,2	+ 7,3	+ 8,0	+ 5,4	.	.	.
desgl. je Erwerbstätigen in DM	12 520	15 940	16 390	17 550	18 620	19 320	+ 7,1	+ 6,1	+ 3,8	.	.	.
II. Verteilung des Sozialprodukts (In jeweiligen Preisen)												
Einkommen aus unselbständiger Arbeit 4)	142,8	247,6	247,9	266,3	300,1	353,1	+ 7,4	+ 12,7	+ 17,7	49,3	49,7	51,8
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	92,9	129,5	128,1	150,6	159,0	173,3	+ 17,5	+ 5,6	+ 9,0	27,9	26,3	25,4
Einkommen der Privaten	90,0	125,8	125,0	146,9	155,1	169,3	+ 17,6	+ 5,5	+ 9,1	27,2	25,7	24,8
Einkommen des Staates 5)	2,8	3,7	3,1	3,6	3,9	4,1	+ 16,8	+ 7,5	+ 4,6	0,7	0,6	0,6
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen) + Indirekte Steuern 6)	235,7	377,1	376,0	416,9	459,1	526,5	+ 10,9	+ 10,1	+ 14,7	77,2	76,1	77,2
	40,9	62,9	65,7	65,7	80,5	81,5	+ 0,0	+ 22,5	+ 1,2	12,2	13,3	11,9
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen + Abschreibungen	276,6	440,0	441,7	482,6	539,6	608,0	+ 9,3	+ 11,8	+ 12,7	89,4	89,4	89,1
	25,7	50,7	53,8	57,4	63,8	74,1	+ 6,7	+ 11,1	+ 16,2	10,6	10,6	10,9
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	302,3	490,7	495,5	540,0	603,4	682,1	+ 9,0	+ 11,7	+ 13,0	100	100	100
III. Verwendung des Sozialprodukts (In jeweiligen Preisen)												
Privater Verbrauch	172,4	277,9	285,3	301,8	334,0	370,7	+ 5,8	+ 10,7	+ 11,0	55,9	55,4	54,3
Staatsverbrauch	41,1	76,5	81,1	84,3	95,1	108,2	+ 3,9	+ 12,8	+ 13,8	15,6	15,8	15,9
Verbrauch für zivile Zwecke	31,5	58,7	62,6	67,6	76,4	88,5	+ 7,9	+ 13,1	+ 15,7	12,5	12,7	13,0
Verteidigungsaufwand	9,8	17,8	18,5	16,8	18,7	19,8	- 9,5	+ 11,3	+ 5,8	3,1	3,1	2,9
Anlageinvestitionen	72,7	126,3	114,4	124,8	146,2	181,1	+ 9,0	+ 17,2	+ 23,9	23,1	24,2	26,5
Ausrüstungen	32,5	52,6	48,0	52,9	66,9	82,9	+ 10,1	+ 26,5	+ 23,9	9,8	11,1	12,2
Bauten	40,1	73,7	66,4	71,9	79,3	98,2	+ 8,3	+ 10,3	+ 23,8	13,3	13,1	14,4
Vorratsinvestitionen	+ 8,7	+ 3,6	- 1,3	+ 11,5	+ 13,3	+ 11,2	.	.	.	2,1	2,2	1,6
Inländische Verwendung	294,9	484,3	479,6	522,4	588,6	671,2	+ 8,9	+ 12,7	+ 14,0	96,7	97,5	98,4
Außenbeitrag 7)	+ 7,4	+ 6,5	+ 15,9	+ 17,6	+ 14,8	+ 11,0	.	.	.	3,3	2,5	1,6
Ausfuhr	62,7	102,3	110,1	123,8	141,9	157,8	+ 12,5	+ 14,6	+ 11,3	22,9	23,5	23,1
Einfuhr	55,3	95,8	94,2	106,2	127,1	146,9	+ 12,8	+ 19,6	+ 15,6	19,7	21,1	21,5
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	302,3	490,7	495,5	540,0	603,4	682,1	+ 9,0	+ 11,7	+ 13,0	100	100	100

* Quelle: Statistisches Bundesamt; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. - 1 Einschl. Wasserversorgung. - 2 Einschl. Nachrichtenübermittlung. - 3 Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Staat und sonstige Dienstleistungsbereiche. - 4 Einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber. - 5 Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden. - 6 Abzüglich Subventionen. - 7 Einschl. Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der DDR. - a Von der Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Brutto-Inlandsprodukt ist die Differenz zwischen dem Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und

der Investitionssteuer (1968: 3,8 Mrd DM, 1969: 5,8 Mrd DM, 1970: 7,0 Mrd DM) abzuziehen, um das Brutto-Inlandsprodukt zu erhalten. - b 100 = Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche ohne Abzug der unter a) genannten Differenz. - p Vorläufige Ergebnisse.

der Investitionssteuer (1968: 3,8 Mrd DM, 1969: 5,8 Mrd DM, 1970: 7,0 Mrd DM) abzuziehen, um das Brutto-Inlandsprodukt zu erhalten. - b 100 = Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche ohne Abzug der unter a) genannten Differenz. - p Vorläufige Ergebnisse.

2. Index der industriellen Nettoproduktion

Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

Zeit	Gesamte Industrie 1)		Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		Investitionsgüterindustrien					Verbrauchsgüterindustrien 2)			Bauindustrie	
	1962=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1962=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Zusammen		darunter:			Zusammen		Textil-Industrie	1962=100	Veränderung gegen Vorjahr %
					1962=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Maschinenbau	Straßenfahrzeugbau	Elektrotechnik	1962=100	Veränderung gegen Vorjahr %			
1960 D	90,2	+11,4	90,9	+13,6	90,1	+15,8	89,6	87,0	87,4	89,6	+9,8	93,8	85,2	+4,3
1961 "	95,9	+6,3	95,6	+5,2	97,5	+8,2	98,5	92,1	97,4	94,7	+5,7	97,0	93,4	+9,6
1962 "	100	+4,3	100	+4,6	100	+2,6	100	100	100	100	+5,6	100	100	+7,1
1963 "	103,4	+3,4	104,3	+4,3	102,5	+2,5	97,8	112,0	102,5	101,9	+1,9	101,8	103,8	+3,6
1964 "	112,3	+8,6	118,1	+13,2	110,2	+7,5	103,8	118,8	111,5	108,6	+6,6	104,6	118,8	+14,7
1965 "	118,2	+5,3	124,8	+5,7	117,8	+6,9	110,2	123,3	123,8	115,6	+8,4	108,7	118,9	+0,1
1966 "	120,3	+1,8	129,2	+3,5	117,3	-0,4	109,5	127,0	122,6	118,4	+2,4	109,2	123,7	+4,0
1967 "	117,4	-2,4	132,7	+2,7	109,1	-7,0	101,8	108,4	120,2	113,2	-4,4	101,9	115,0	-7,0
1968 "	131,2	+11,8	151,6	+14,2	122,7	+12,5	107,9	135,4	141,4	129,5	+14,4	118,2	121,8	+5,9
1969 "	148,2	+13,0	170,0	+12,1	146,5	+19,4	126,0	164,5	167,3	144,2	+11,4	129,9	127,5	+4,7
1970 "	167,2	+6,1	178,6	+5,1	160,1	+9,3	135,6	181,8	189,3	147,7	+2,4	130,4	138,6	+8,7
1970 Sept.	157,9	+4,4	180,9	+2,7	169,0	+6,4	131,6	182,7	190,7	151,1	+2,1	130,7	164,5	+10,4
Okt.	164,2	+4,6	182,1	+1,4	166,0	+7,7	135,5	184,6	199,8	158,0	+2,3	138,4	160,3	+8,7
Nov.	171,3	-0,1	183,0	-2,6	177,5	+1,4	146,1	205,4	214,4	165,4	-3,1	147,3	160,5	+6,4
Dez.	167,7	+1,2	187,2	+0,2	167,2	± 0	154,9	180,8	192,8	147,1	-1,5	128,7	125,2	+41,0
1971 Jan.	153,5	+7,3	165,5	+1,5	159,8	+11,0	139,2	189,3	178,4	147,9	+7,3	138,8	89,5	+36,6
Febr.	158,5	+4,7	178,6	+3,5	162,3	+2,9	133,5	198,7	191,4	151,3	+2,7	139,2	105,7	+52,1
März	158,1	-0,5	180,0	+1,6	161,2	-2,8	132,9	198,9	188,5	151,3	-2,9	138,8	102,8	-2,7
April	168,4	+5,2	190,9	+3,6	171,1	+4,3	142,9	207,2	199,0	162,7	+8,0	148,1	156,1	+8,2
Mai	168,3	-3,1	190,2	-1,8	172,7	-5,3	145,2	207,3	202,6	160,8	-1,3	148,2	168,2	-8,1
Juni	166,8	+3,3	192,9	+3,5	170,9	+1,0	144,9	207,5	197,4	154,6	+7,7	147,4	163,9	-2,7
Juli	150,5	+2,3	180,1	+0,4	146,8	+2,2	125,6	180,2	167,7	135,3	+4,4	114,8	151,7	-3,6
Aug.	139,3	-2,0	174,1	-0,9	121,7	-7,0	112,2	115,5	139,4	129,7	+1,2	103,8	145,4	-7,9
Sept.	161,4	+2,2	184,9	+2,2	159,5	+0,3	131,1	191,8	189,7	156,4	+3,5	137,0	157,9	-4,0
Okt.	169,9	+3,5	187,3	+2,9	167,8	+1,1	136,0	198,9	201,7	169,6	+7,3	149,9	162,5	+1,4
Nov. p)	171,5	+0,1	187,9	+2,7	168,3	-5,2	136,4	188,2	208,4	170,5	+3,1	156,0	150,7	-6,1

Quelle: Statistisches Bundesamt. — 1 Einschl. Bergbau und öffentliche Energiewirtschaft. — 2 Ohne

Nahrungs- und Genußmittelindustrien. — p Vorläufig.

3. Arbeitsmarkt

Zeit	Abhängig Beschäftigte						Arbeitslose			Offene Stellen			
	Insgesamt 1)		Industrie 2)		Bauhauptgewerbe		Ausländer 3)		Arbeitslosenquote 4)	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr Tsd		
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr %	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr %	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr %	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr %					
1960 D	20 331	.	8 066,7	+4,0	1 405,0	X	.	.	270,7	-269,2	1,3	465,1	+174,4
1961 "	20 730	+2,0	8 312,9	+3,1	1 445,3	+2,9	.	.	180,8	-89,9	0,8	552,1	+87,0
1962 "	21 053	+1,6	8 339,1	+0,3	1 522,5	+5,3	629,0	.	154,5	-26,3	0,7	573,9	+21,8
1963 "	21 303	+1,2	8 288,0	-0,9	1 601,0	+5,2	773,2	+22,9	185,6	+31,1	0,8	554,8	-19,1
1964 "	21 547	+1,1	8 294,9	+0,3	1 642,1	+2,6	902,5	+16,7	189,1	-16,5	0,8	609,2	+54,4
1965 "	21 841	+1,4	8 456,6	+1,9	1 642,8	+0,0	1 118,7	+24,0	147,4	-21,7	0,7	649,0	+39,8
1966 "	21 870	+0,1	8 396,9	-0,7	1 622,8	-1,2	1 244,0	+11,2	161,0	+13,6	0,7	639,8	-109,2
1967 "	21 180	-3,2	7 860,3	-6,4	1 467,8	-9,6	1 013,9	-18,5	459,5	+298,5	2,1	302,0	-237,8
1968 "	21 330	+0,7	7 885,1	+0,3	1 485,8	+1,2	1 018,9	+0,5	323,5	-136,0	1,5	488,4	+186,4
1969 "	21 920	+2,8	8 291,2	+5,2	1 505,3	+1,3	1 365,6	+34,0	178,6	-144,9	0,9	747,0	+258,6
1970 "	p) 22 433	p) +2,3	8 597,7	+3,7	1 527,1	+1,4	1 806,8	+32,3	148,8	-29,8	0,7	794,8	+47,8
1970 Sept.	.	.	8 685,3	+3,0	1 589,3	+2,5	1 949,0	+29,8	97,3	-3,2	0,5	811,5	-21,1
Okt.	.	.	8 685,6	+2,5	1 571,2	+2,4	.	.	110,8	+3,0	0,5	748,1	-39,0
Nov.	p) 22 674	p) +1,7	8 683,0	+2,1	1 550,2	+2,4	.	.	129,5	+10,7	0,6	672,8	-63,0
Dez.	.	.	8 618,4	+1,6	1 614,9	+2,9	.	.	176,1	-17,1	0,8	602,8	-68,7
1971 Jan.	.	.	8 586,5	+1,2	1 450,6	+2,7	1 984,2	+24,7	266,2	-0,1	1,3	621,2	-101,6
Febr.	p) 22 414	p) +1,4	8 579,8	+0,6	1 445,6	+2,8	.	.	254,8	-9,3	1,2	668,5	-119,9
März	.	.	8 584,4	+0,2	1 501,7	+2,2	2 042,6	+22,3	206,5	+8,7	1,0	700,8	-133,8
April	.	.	8 558,1	-0,2	1 543,8	+0,9	.	.	160,4	+39,8	0,7	704,7	-141,7
Mai	p) 22 544	p) +0,8	8 526,8	-0,5	1 554,2	+0,2	.	.	142,9	+39,5	0,7	721,6	-138,1
Juni	.	.	8 523,1	-0,6	1 560,5	-0,7	2 168,8	+17,9	135,2	+40,4	0,6	728,3	-163,4
Juli	.	.	8 530,4	-1,1	1 567,0	-1,4	.	.	142,0	+43,4	0,7	710,4	-161,8
Aug.	p) 22 610	p) +0,1	8 551,1	-1,1	1 573,8	-1,1	.	.	145,8	+46,3	0,7	693,1	-159,4
Sept.	.	.	8 564,7	-1,4	1 568,2	-1,3	2 239,3	+14,0	146,7	+49,4	0,7	645,4	-166,1
Okt.	.	.	8 526,9	-1,8	1 571,9	+0,0	.	.	170,1	+59,3	0,8	570,1	-178,0
Nov.	208,0	+78,5	1,0	492,5	-180,3
Dez.	269,8	+94,7	1,2	438,0	-164,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; für beschäftigte Ausländer, Arbeitslose und Offene Stellen: Bundesanstalt für Arbeit. — 1 Vierteljahreszahlen eigene Berechnung. — 2 Einschl. tätiger Inhaber. — 3 In

allen Wirtschaftszweigen. — 4 Bis 1965: Arbeitslose in % der selbstständigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeiter, Angestellte, Beamte und Arbeitslose) nach den Kartellen der Arbeitsämter;

für 1964 und 1965 berechnet mit den Zahlen der selbstständigen Erwerbspersonen von Ende 1963. Ab 1966: Arbeitslose in % der abhängig Erwerbstätigen nach dem Mikrozensus. — p Vorläufig.

VIII. Allgemeine Konjunkturlage

4. Index des Auftragseingangs bei der Industrie ^{a)}

1962 = 100; kalendermonatlich

Zeit	Gesamte Industrie 1)						Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien					
	Insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr %	davon:				Zusammen	Veränderung gegen Vorjahr %	davon:			
			aus dem Inland	Veränderung gegen Vorjahr %	aus dem Ausland	Veränderung gegen Vorjahr %			aus dem Inland	Veränderung gegen Vorjahr %	aus dem Ausland	Veränderung gegen Vorjahr %
1963 D	105	+ 5	102	+ 2	117	+ 17	103	+ 3	101	+ 1	116	+ 16
1964 "	120	+ 15	118	+ 15	141	+ 12	120	+ 16	119	+ 16	125	+ 7
1965 "	128	+ 6	125	+ 6	141	+ 7	123	+ 2	120	+ 1	137	+ 10
1966 "	128	- 0	121	- 3	157	+ 12	127	+ 3	121	+ 1	156	+ 14
1967 "	127	- 0	117	- 4	173	+ 10	127	+ 0	117	- 3	176	+ 13
1968 "	147	+ 18	134	+ 13	202	+ 17	143	+ 13	132	+ 11	195	+ 11
1969 "	180	+ 23	165	+ 23	246	+ 22	168	+ 18	157	+ 19	220	+ 13
1970 "	188	+ 8	175	+ 6	249	+ 1	177	+ 6	165	+ 6	237	+ 8
1970 Jan.	172	+ 7	158	+ 8	236	+ 3	163	+ 6	150	+ 6	225	+ 6
Febr.	184	+ 14	171	+ 17	247	+ 6	171	+ 13	157	+ 14	238	+ 10
März	188	+ 8	183	+ 10	265	+ 2	181	+ 7	169	+ 9	242	+ 3
April	198	+ 9	188	+ 11	256	+ 2	182	+ 10	170	+ 10	242	+ 6
Mal	177	+ 1	166	+ 4	225	- 9	171	+ 2	160	+ 3	220	- 1
Juni	191	+ 10	176	+ 12	257	+ 2	190	+ 13	177	+ 14	252	+ 9
Juli	187	+ 1	173	+ 2	251	- 2	188	+ 3	178	+ 1	251	+ 9
Aug.	167	+ 1	157	+ 2	213	- 4	167	+ 3	158	+ 2	210	+ 9
Sept.	196	+ 1	182	+ 3	262	- 2	177	+ 3	167	+ 2	227	+ 6
Okt.	199	- 3	188	- 3	250	- 4	179	+ 1	167	- 2	236	+ 13
Nov.	194	+ 3	180	+ 1	257	+ 10	175	+ 3	162	- 1	240	+ 18
Dez.	193	+ 8	176	+ 7	271	+ 10	183	+ 7	168	+ 6	257	+ 8
1971 Jan.	174	+ 1	155	- 2	257	+ 9	158	- 3	141	- 6	242	+ 8
Febr.	182	- 1	167	- 2	250	+ 1	171	+ 0	155	- 1	250	+ 8
März	217	+ 10	198	+ 8	301	+ 14	198	+ 4	171	+ 1	275	+ 14
April	202	+ 2	187	+ 1	272	+ 6	183	+ 0	168	- 1	256	+ 6
Mal	192	+ 8	178	+ 7	253	+ 13	181	+ 6	167	+ 4	247	+ 12
Juni	198	+ 4	181	+ 3	271	+ 5	189	- 1	176	- 0	248	- 1
Juli	190	+ 2	175	+ 1	258	+ 3	187	- 1	176	+ 1	238	- 5
Aug.	172	+ 3	163	+ 4	216	+ 1	174	+ 5	163	+ 3	231	+ 10
Sept.	201	+ 2	188	+ 3	255	- 2	181	+ 2	172	+ 3	222	- 2
Okt.	202	+ 1	191	+ 2	250	- 0	184	+ 3	174	+ 4	235	- 0
Nov. p)	196	+ 1	184	+ 2	249	- 3	179	+ 2	168	+ 3	234	- 2
Investitionsgüterindustrien												
Verbrauchsgüterindustrien												
Zeit	Zusammen	Veränderung gegen Vorjahr %	davon:				Zusammen	Veränderung gegen Vorjahr %	davon:			
			aus dem Inland	Veränderung gegen Vorjahr %	aus dem Ausland	Veränderung gegen Vorjahr %			aus dem Inland	Veränderung gegen Vorjahr %	aus dem Ausland	Veränderung gegen Vorjahr %
1963 D	107	+ 7	104	+ 4	117	+ 17	104	+ 4	103	+ 3	119	+ 19
1964 "	123	+ 15	119	+ 15	136	+ 15	116	+ 12	115	+ 12	133	+ 11
1965 "	134	+ 9	131	+ 9	142	+ 5	126	+ 9	125	+ 9	143	+ 7
1966 "	131	- 2	122	- 7	167	+ 11	124	- 1	122	- 3	169	+ 12
1967 "	130	- 1	116	- 5	171	+ 9	123	- 1	119	- 3	175	+ 10
1968 "	155	+ 18	137	+ 13	206	+ 20	138	+ 11	133	+ 10	207	+ 19
1969 "	204	+ 32	185	+ 35	259	+ 26	154	+ 12	146	+ 10	256	+ 24
1970 "	213	+ 4	199	+ 7	254	- 2	160	+ 4	153	+ 4	261	+ 2
1970 Jan.	202	+ 12	188	+ 16	242	+ 9	131	- 3	124	- 3	228	- 8
Febr.	218	+ 19	206	+ 26	253	+ 5	144	+ 4	137	+ 4	240	- 2
März	230	+ 11	215	+ 17	276	+ 2	165	+ 0	157	- 0	266	+ 4
April	218	+ 10	205	+ 14	258	+ 0	187	+ 8	180	+ 9	267	- 2
Mal	196	+ 0	186	+ 6	225	- 13	153	- 1	146	+ 0	241	- 10
Juni	215	+ 8	200	+ 13	260	- 2	147	+ 0	139	+ 9	256	+ 5
Juli	212	- 1	199	+ 2	251	- 8	139	+ 4	131	+ 4	246	+ 5
Aug.	188	- 3	179	+ 0	216	- 10	129	+ 6	123	+ 7	204	+ 2
Sept.	222	+ 0	203	+ 3	278	- 6	179	+ 3	171	+ 3	272	+ 6
Okt.	210	- 9	197	- 9	247	- 11	213	+ 4	205	+ 5	317	- 0
Nov.	216	+ 2	202	- 0	259	+ 8	182	+ 6	173	+ 5	302	+ 9
Dez.	224	+ 8	205	+ 6	278	+ 11	153	+ 10	143	+ 9	275	+ 15
1971 Jan.	203	+ 0	181	- 3	266	+ 10	145	+ 10	137	+ 10	246	+ 10
Febr.	206	- 6	192	- 7	245	- 3	156	+ 8	146	+ 7	263	+ 18
März	251	+ 9	230	+ 7	312	+ 13	200	+ 21	191	+ 21	321	+ 21
April	216	- 1	197	- 3	269	+ 4	207	+ 10	197	+ 9	340	+ 18
Mal	209	+ 7	194	+ 4	251	+ 11	178	+ 16	169	+ 16	268	+ 20
Juni	225	+ 4	206	+ 3	279	+ 8	162	+ 10	152	+ 9	282	+ 14
Juli	216	+ 2	197	- 1	269	+ 7	148	+ 6	139	+ 6	260	+ 6
Aug.	186	- 1	179	- 0	206	- 5	145	+ 12	138	+ 12	231	+ 13
Sept.	221	- 1	203	+ 0	268	- 4	165	+ 9	168	+ 10	263	+ 4
Okt.	204	- 3	190	- 3	243	- 2	227	+ 6	218	+ 6	342	+ 8
Nov. p)	210	- 3	197	- 2	246	- 5	196	+ 8	187	+ 8	318	+ 5

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Auftrags-eingänge aus dem Inland; bis Dezember 1967 einschl. Umsatzsteuer, ab 1968 ohne Mehrwertsteuer.

Auftrags-eingänge aus dem Ausland durchweg ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer. — 1 Ohne Bergbau,

Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Bauindustrie und öffentliche Energiewirtschaft. — p Vorläufig.

5. Bauplanungen und Wohnungsbaufinanzierung

Zeit	Veranschlagte reine Baukosten 1) für genehmigte Hochbauten					Tiefbauaufträge 1) der öffentlichen Hand		Hypothekenzusagen für den Wohnungsbau 2)		Bewilligung öffentlicher Darlehen für den sozialen Wohnungsbau 3)	
	Insgesamt		davon:			Mio DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mio DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mio DM	Veränderung gegen Vorjahr %
	Mio DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Wohngebäude	Wirtschaftsgebäude	Öffentliche Gebäude						
1962 MD	2 889,6	+ 9,4	1 848,0	645,3	396,3	570,8	+26,4	1 084,3	+11,1	233,6	>
1963 "	2 849,1	- 1,4	1 819,6	563,8	445,7	598,9	+ 4,9	1 074,2	- 0,9	253,1	+ 8,4
1964 "	3 394,8	+18,2	2 116,4	752,6	525,7	623,3	+ 4,1	1 279,2	+19,1	302,8	+ 31,5
1965 "	3 739,9	+10,2	2 377,9	790,4	571,7	699,1	+12,2	1 384,5	+ 8,2	302,2	- 9,2
1966 "	3 723,3	- 0,4	2 379,5	820,0	523,7	640,5	- 8,4	1 325,4	- 4,3	235,5	- 22,1
1967 "	3 456,9	- 7,2	2 171,8	758,7	526,3	693,8	+ 8,4	1 485,3	+12,1	196,4	- 16,6
1968 "	3 598,9	+ 4,1	2 252,6	799,5	546,8	852,2	+22,8	1 681,7	+13,2	110,2	- 43,9
1969 "	4 126,7	+14,7	2 461,7	1 108,9	556,1	1 015,9	+19,2	1 888,8	+12,3	82,7	- 25,0
1970 "	4 921,5	+19,3	2 960,7	1 274,9	685,9	992,6	- 2,3	1 918,9	+ 1,6	80,9	- 2,3
1970 Sept.	5 793,0	+24,4	3 473,2	1 570,7	749,0	1 162,2	- 2,6	1 843,4	+ 1,7	82,4	- 7,6
Okt.	5 682,7	+15,1	3 386,9	1 358,6	937,2	1 123,4	-23,8	1 862,8	-10,5	78,8	- 19,8
Nov.	5 230,1	+19,8	2 945,1	1 551,6	733,4	826,4	-12,8	2 084,9	+16,4	78,5	- 19,4
Dez.	4 506,9	+21,1	2 489,3	1 149,3	868,3	709,1	- 6,3	1 786,8	- 0,9	241,7	+ 30,5
1971 Jan.	3 846,9	+19,9	2 209,1	1 033,9	603,9	769,3	+25,6	1 714,2	+ 4,4	64,2	+230,9
Febr.	4 398,9	+26,0	2 809,7	1 020,2	569,0	594,1	+10,7	2 016,1	+19,8	39,4	- 11,9
März	6 023,6	+42,9	3 696,9	1 467,6	859,6	980,8	+ 5,9	2 307,7	+32,1	60,4	+ 6,0
April	6 074,8	+14,9	3 918,7	1 397,4	758,7	1 016,8	- 2,9	2 120,2	+ 0,3	46,0	- 22,4
Mai	6 429,6	+40,5	4 118,9	1 495,2	815,5	1 219,1	+26,6	2 752,1	+33,8	64,0	- 23,0
Juni	6 802,5	+29,2	4 404,0	1 484,8	913,7	1 021,9	-21,5	2 573,4	+26,4	65,3	+ 6,9
Juli	7 036,8	+16,7	4 586,6	1 655,2	795,0	1 067,6	-25,4	2 785,0	+28,3	89,1	+ 22,6
Aug.	6 953,2	+20,9	4 638,5	1 516,4	798,3	701,5	-44,9	2 731,9	+36,7	114,2	+ 24,5
Sept.	6 952,4	+20,0	4 590,0	1 532,0	830,4	931,3	-19,8	142,1	+ 72,5
Okt.	6 946,4	+22,2	4 462,2	1 496,0	988,2	769,4	-31,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen. — 1 Einschl.

Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer. — 2 Zusagen durch Kapitalsammelstellen (ohne Lebens- und Sozialver-

sicherungen). — 3 Bewilligungen durch die Länder.

6. Einzelhandelsumsätze *)

Zeit	darunter:											
	Einzelhandel 1) mit								Umsatz der			
	Insgesamt		Nahrungs- und Genußmitteln, Gemischtwaren		Bekleidung, Wäsche, Schuhen		Hausrat und Wohnbedarf		Warenhaus-		Versandhandels-	
	1962=100	Veränderung gegen Vorjahr % nicht bereinigt	1962=100	Veränderung gegen Vorjahr % preisbereinigt	1962=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1962=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1962=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1962=100	Veränderung gegen Vorjahr %
1963 D	104,9	+ 4,9	104,4	+ 4,4	103,4	+ 3,4	100,8	+ 0,8	107,7	+ 7,7	108,7	+ 8,7
1964 "	113,0	+ 7,7	111,4	+ 6,7	110,4	+ 6,8	110,1	+ 9,2	119,8	+11,2	122,0	+12,2
1965 "	124,3	+10,0	120,8	+ 8,4	121,0	+ 9,6	119,9	+ 8,9	137,7	+14,9	145,4	+19,2
1966 "	130,9	+ 5,3	127,1	+ 5,2	125,3	+ 3,6	128,6	+ 7,3	149,1	+ 8,3	158,8	+ 9,2
1967 "	132,4	+ 1,2	130,8	+ 2,9	123,2	- 1,7	128,5	- 0,0	154,6	+ 3,7	160,7	+ 1,2
1968 "	138,2	+ 4,3	136,9	+ 4,6	125,9	+ 2,2	131,7	+ 2,4	168,8	+ 9,2	171,4	+ 6,6
1969 "	152,4	+10,2	147,0	+ 7,4	140,2	+11,3	148,1	+12,4	183,4	+ 8,6	187,3	+ 9,3
1970 " p)	169,7	+11,4	159,0	+ 8,2	156,4	+11,6	169,6	+14,4	208,0	+13,4	218,5	+16,6
1970 p) Juli	172,9	+13,4	165,9	+ 9,4	153,7	+10,8	173,1	+16,6	218,6	+19,2	155,4	+13,5
Aug.	150,9	+ 8,0	156,2	+ 4,8	115,9	+ 2,8	156,9	+10,4	178,0	+10,4	141,7	+11,2
Sept.	163,3	+11,1	153,9	+ 9,1	143,3	+10,7	177,4	+13,1	189,2	+14,3	215,2	+13,2
Okt.	188,6	+12,1	167,1	+ 8,8	197,5	+17,3	197,0	+13,1	231,4	+15,1	291,5	+10,6
Nov.	193,0	+12,0	160,2	+10,3	200,4	+ 9,0	200,9	+16,2	261,8	+10,9	383,5	+13,0
Dez.	243,8	+11,4	197,9	+ 9,4	244,7	+10,6	263,8	+13,1	345,3	+11,2	341,2	+21,6
1971 p) Jan.	156,1	+10,7	150,4	+ 5,8	148,5	+13,7	140,1	+15,4	205,1	+15,9	147,0	+21,9
Febr.	149,4	+12,2	148,9	+ 7,6	111,1	+14,4	151,8	+21,0	171,4	+16,5	167,1	+ 5,9
März	182,7	+13,7	166,6	+ 8,7	158,2	+ 7,7	183,9	+20,9	211,2	+12,1	261,4	+16,2
April	192,0	+15,9	181,3	+15,6	188,6	+28,3	178,7	+11,0	224,6	+19,4	235,7	+ 5,6
Mai	181,9	+12,2	171,3	+ 8,9	174,3	+10,4	180,4	+19,3	211,3	+12,4	223,9	+18,8
Juni	176,4	+ 9,0	170,2	+ 7,5	145,3	+ 1,8	182,9	+18,2	206,0	+12,3	199,2	+11,4
Juli	189,9	+ 9,8	181,8	+ 9,6	172,1	+12,0	188,8	+ 9,1	243,6	+11,4	178,1	+14,6
Aug.	165,7	+ 9,8	165,6	+ 6,0	129,4	+11,6	181,0	+15,4	199,4	+12,0	168,7	+19,1
Sept.	182,0	+11,4	166,0	+ 7,9	168,2	+17,4	204,0	+15,0	218,4	+15,4	262,1	+21,8
Okt.	201,0	+ 6,6	180,0	+ 7,7	207,9	+ 5,3	213,5	+ 8,4	247,9	+ 7,1	326,2	+11,9

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Einschl. Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer. — 1 Nur Fachhandel. — p) Vorläufig.

VIII. Allgemeine Konjunkturlage

7. Preise

Zeit	Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte im Inlandsabsatz 1)							Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 2)					Index der Verkaufspreise für Ausfuhr Güter 1962 = 100	Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter 1962 = 100	Index der Weltmarktpreise 3) 1962 = 100 4)
	Insgesamt			darunter:				Insgesamt			davon:				
	1962 = 100	Veränderung gegen Vormonat %	Vorjahr %	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitions-güter-industrien	Verbrauchs-güter-	Wj. 1961/62 bis 1962/63 = 100	Veränderung gegen Vormonat %	Vorjahr %	Pflanzliche Produkte	Tierische Produkte				
												1962 = 100			
1958 D	97.2	×	- 0.4	100.9	93.9	95.4	97.5	×	+ 0.8	90.7	99.5	99.5	109.5	107.3	
1959 "	96.5	×	- 0.7	99.9	93.1	93.3	99.9	×	+ 2.5	100.7	96.9	98.9	105.4	105.6	
1960 "	97.6	×	+ 1.1	100.8	94.5	96.6	95.3	×	- 4.6	82.9	99.5	100.2	105.0	105.4	
1961 "	98.9	×	+ 1.3	100.6	97.2	99.1	99.2	×	+ 4.1	99.8	99.0	99.9	100.8	102.1	
1962 "	100	×	+ 1.1	100	100	100	100.8	×	+ 1.6	100.2	101.0	100	100	100	
1963 "	100.5	×	+ 0.5	99.3	100.4	101.6	103.5	×	+ 2.7	88.6	108.5	100.1	102.0	108.6	
1964 "	101.6	×	+ 1.1	100.1	101.6	103.6	107.2	×	+ 3.6	98.7	110.1	102.5	103.7	112.6	
1965 "	104.0	×	+ 2.4	102.2	104.6	106.0	114.1	×	+ 6.4	108.5	115.9	104.8	106.3	109.6	
1966 "	105.8	×	+ 1.7	103.3	106.7	108.7	109.3	×	- 4.2	98.7	112.8	107.0	108.2	109.8	
1967 "	104.9	×	- 0.9	100.7	105.6	108.0	99.8	×	×	5) 85.5	5) 104.5	106.9	105.9	106.1	
Angaben ab 1968 ohne Mehrwertsteuer															
1968 D	99.3	×	×	95.1	99.2	102.2	102.6	×	×	87.4	107.8	105.8	105.4	110.4	
1969 "	101.5	×	+ 2.2	97.2	102.7	104.6	106.2	×	+ 3.5	100.1	108.3	111.3	108.0	118.9	
1970 "	107.5	×	+ 5.9	102.6	111.4	109.6	98.1	×	- 7.6	85.3	102.1	116.6	107.2	125.6	
1970 Nov.	109.1	+ 0.6	+ 5.0	103.1	114.2	110.8	96.2	- 0.8	- 10.8	80.9	101.3	118.0	106.6	124.5	
1970 Dez.	109.6	+ 0.5	+ 5.1	103.3	115.6	110.9	96.0	- 0.2	- 12.0	80.3	101.3	116.3	106.5	124.1	
1971 Jan.	110.9	+ 1.2	+ 4.8	104.8	117.5	112.1	96.8	+ 0.8	- 9.0	83.5	101.2	119.9	107.9	125.0	
1971 Febr.	111.5	+ 0.5	+ 4.9	105.3	117.9	112.7	96.5	- 0.3	- 9.3	82.5	101.1	120.9	108.2	124.9	
1971 März	112.0	+ 0.4	+ 5.1	106.1	118.3	113.2	98.0	+ 1.6	- 8.9	85.0	102.3	121.5	109.7	125.4	
1971 April	112.4	+ 0.4	+ 5.2	106.7	118.7	113.6	98.8	+ 0.8	- 6.2	87.6	102.5	122.0	110.4	126.3	
1971 Mai	112.4	± 0	+ 5.2	106.2	118.8	113.9	98.2	- 0.6	- 5.3	87.9	101.6	121.7	108.9	125.3	
1971 Juni	112.7	+ 0.3	+ 4.9	106.0	119.1	114.2	98.6	+ 0.4	- 4.6	82.1	101.4	121.8	107.8	124.5	
1971 Juli	113.0	+ 0.3	+ 5.0	106.1	119.4	114.6	99.2	+ 0.6	- 5.8	83.1	104.6	122.1	106.7	126.5	
1971 Aug.	113.0	± 0	+ 4.8	105.5	119.5	114.9	100.2	+ 1.0	- 0.5	79.0	107.3	122.2	105.3	127.0	
1971 Sept.	113.1	+ 0.1	+ 4.7	105.1	119.7	115.2	p) 101.8	+ 1.6	+ 3.0	p) 79.0	p) 109.4	121.9	104.2	125.5	
1971 Okt.	113.1	± 0	+ 4.2	104.6	120.0	115.4	p) 102.1	+ 0.3	+ 5.3	p) 80.8	p) 109.3	121.6	103.3	125.1	
1971 Nov.	113.1	± 0	+ 3.7	104.0	120.1	115.5	p) 103.3	+ 1.2	+ 7.4	p) 81.6	p) 110.5	121.5	103.7	124.9	

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv. — 1 Bis einschl. 1959 ohne Berlin und Saarland, 1960 ohne Berlin. — 2 Wirtschaftsjahres-

durchschnitte (Juli bis Juni). Bis einschl. 1958/59 ohne Saarland. — 3 Für Nahrungsmittel- und Industrierohstoffe. — 4 Umbasierung von der Originalbasis 1952–1956 = 100. — 5 Ab Januar 1968 ohne

Mehrwertsteuer. — 6 Bis einschl. 1959 ohne Berlin und Saarland, 1960 bis 1965 ohne Berlin. — p) Vorläufig.

8. Masseneinkommen *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Abzüge 2)		Nettolöhne und -gehälter (1 - 2) 3)		Sozialrenten und -unterstützungen 3)		Beamtenpensionen netto 4)		Masseneinkommen (5+7+9)	
	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %
1960	126,9	.	19,6	.	107,3	.	30,0	.	6,0	.	143,3	.
1961	142,9	+12,6	23,0	+17,2	119,9	+11,8	32,5	+ 8,4	6,7	+11,1	159,2	+11,1
1962	158,2	+10,7	26,2	+13,8	132,0	+10,1	35,6	+ 9,3	7,4	+ 9,9	175,0	+ 9,9
1963	169,7	+ 7,2	28,7	+ 9,6	141,0	+ 6,8	37,6	+ 5,8	8,1	+ 9,0	186,6	+ 6,7
1964	186,7	+10,0	32,5	+13,1	154,2	+ 9,4	41,4	+10,2	8,6	+ 6,7	204,2	+ 9,4
1965	206,2	+10,5	34,6	+ 6,6	171,6	+11,3	46,5	+12,3	9,4	+ 9,4	227,5	+11,4
1966	221,1	+ 7,3	39,5	+14,2	181,6	+ 5,9	50,9	+ 9,4	10,4	+10,4	242,9	+ 6,8
1967 p)	221,0	- 0,0	40,3	+ 2,0	180,7	- 0,5	56,5	+11,0	11,0	+ 6,3	248,3	+ 2,2
1968 p)	236,2	+ 6,9	45,5	+12,9	190,8	+ 5,5	59,1	+ 4,5	11,6	+ 5,0	261,4	+ 5,3
1969 p)	265,0	+12,2	54,5	+19,8	210,5	+10,4	63,4	+ 7,3	12,8	+11,1	286,7	+ 9,7
1970 p)	310,9	+17,3	69,3	+27,3	241,6	+14,7	67,2	+ 6,0	14,2	+10,8	323,0	+12,6
1968 p) 1. Vj.	53,9	+ 2,8	9,3	+ 7,9	44,7	+ 1,8	15,4	+ 9,7	2,7	+ 1,6	62,8	+ 3,6
2. "	58,0	+ 5,9	10,8	+13,8	47,3	+ 4,2	14,5	+ 4,4	2,7	+ 2,8	64,5	+ 4,2
3. "	60,7	+ 8,6	12,1	+14,4	48,5	+ 7,2	14,4	+ 2,7	2,9	+ 6,5	65,8	+ 6,1
4. "	63,6	+ 9,9	13,3	+14,5	50,3	+ 8,7	14,8	+ 1,3	3,2	+ 8,6	68,3	+ 7,0
1969 p) 1. Vj.	59,1	+ 9,7	11,2	+20,3	48,0	+ 7,4	16,1	+ 4,9	2,9	+ 7,0	67,0	+ 6,8
2. "	65,1	+12,2	12,4	+14,9	52,7	+11,6	15,3	+ 5,4	3,1	+12,3	71,1	+10,2
3. "	67,3	+11,0	14,2	+17,5	53,1	+ 9,3	15,6	+ 8,2	3,1	+ 7,5	71,8	+ 9,0
4. "	73,4	+15,4	16,7	+25,4	56,7	+12,8	16,4	+10,8	3,8	+16,9	76,8	+12,5
1970 p) 1. Vj.	69,3	+17,2	13,7	+23,1	55,6	+15,8	17,1	+ 6,1	3,4	+17,0	76,1	+13,5
2. "	76,6	+17,6	16,0	+29,5	60,5	+14,8	16,5	+ 7,8	3,4	+11,3	80,4	+13,1
3. "	79,5	+18,1	18,5	+30,2	61,0	+14,9	16,6	+ 6,2	3,4	+12,3	81,0	+12,9
4. "	85,5	+16,5	21,0	+25,9	64,5	+13,7	17,1	+ 4,3	3,9	+ 4,3	85,5	+11,2
1971 p) 1. Vj.	80,6	+16,2	18,2	+32,7	62,3	+12,2	19,4	+13,2	3,9	+12,9	85,6	+12,4
2. "	86,7	+13,2	19,7	+22,7	67,0	+10,7	18,5	+12,6	3,9	+14,1	89,5	+11,3
3. "	89,2	+12,2	21,0	+13,4	68,2	+11,8	18,8	+13,3	4,0	+16,5	91,0	+12,4

* Abweichen in den Summen durch Runden der Zahlen. - 1 Einschl. zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber, aber ohne Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen. - 2 Lohnsteuer (ab 1971

vor Verrechnung mit Arbeitnehmersparzulage) und Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen (einschl. freiwillig gezahlter Beiträge). 2. Hj. 1970 und 1. Hj. 1971 einschl. Konjunkturzuschlag. - 3 Ab 1971

einschl. Arbeitnehmersparzulage, abzüglich Übertragungen der privaten Haushalte an den Staat. - 4 Nach Abzug direkter Steuern. - p Vorläufig.

9. Tarif- und Effektivverdienste

Zeit	Gesamtwirtschaft					Industrie (einschl. Bau)								
	Tariflohn- und -gehaltsniveau					Löhne und Gehälter je Beschäftigten		Tariflohn- und -gehaltsniveau					Löhne und Gehälter je Beschäftigten	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis					auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				
	1962 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1962 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1962 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1962 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1962 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1962 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %		
1960	84,5	+ 7,5	85,6	+ 6,8	83,2	.	83,5	+ 7,7	85,1	+ 6,8	82,6	.		
1961	91,9	+ 8,7	92,9	+ 8,5	91,7	+10,2	90,8	+ 8,5	92,1	+ 8,3	91,0	+10,2		
1962	100,0	+ 8,8	100,0	+ 7,6	100,0	+ 9,0	100,0	+10,4	100,0	+ 8,5	100,0	+ 9,9		
1963	105,8	+ 5,8	105,1	+ 5,1	106,1	+ 6,1	105,5	+ 5,5	104,6	+ 4,6	106,4	+ 6,4		
1964	112,5	+ 6,4	110,3	+ 4,9	115,5	+ 8,9	112,8	+ 6,9	109,9	+ 5,1	117,8	+10,6		
1965	121,2	+ 7,8	118,0	+ 7,0	125,9	+ 9,0	121,1	+ 7,4	117,2	+ 6,6	128,4	+ 9,0		
1966	129,8	+ 7,1	125,4	+ 6,2	134,9	+ 7,2	129,3	+ 6,8	124,5	+ 6,2	137,4	+ 7,0		
1967	135,0	+ 4,0	129,1	+ 2,9	139,3	+ 3,2	134,8	+ 4,2	127,7	+ 2,6	141,0	+ 2,6		
1968	140,4	+ 4,0	134,1	+ 3,9	147,7	+ 6,1	141,0	+ 4,6	133,5	+ 4,5	151,7	+ 7,6		
1969	150,2	+ 7,0	142,7	+ 6,4	161,2	+ 9,2	150,7	+ 6,9	142,5	+ 6,8	166,5	+ 9,8		
1970 p)	169,6	+12,9	160,3	+12,3	184,9	+14,7	171,5	+13,7	160,9	+12,9	194,4	+16,7		
1970 p) 1. Vj.	162,7	+11,9	154,0	+11,3	167,2	+14,2	160,9	+10,6	151,3	+ 9,8	168,9	+14,8		
2. "	166,8	+11,9	157,6	+11,2	182,6	+14,7	166,6	+12,2	156,3	+11,2	193,2	+16,7		
3. "	169,9	+12,6	160,6	+12,0	187,9	+15,4	171,7	+13,5	161,1	+12,6	200,1	+17,3		
4. "	178,9	+15,0	169,0	+14,6	201,3	+14,3	186,7	+18,4	175,1	+17,8	214,5	+17,9		
1971 p) 1. Vj.	187,6	+15,3	176,4	+14,6	191,6	+14,6	189,9	+18,1	178,1	+17,7	194,9	+15,4		
2. "	192,1	+15,2	180,5	+14,5	205,0	+12,3	194,3	+16,7	182,2	+16,6	214,0	+10,8		
3. "	195,0	+14,8	182,9	+13,9	210,5	+12,0	197,5	+15,0	185,2	+14,9	221,9	+10,9		
1970 p) Juli	169,7	+13,3	160,3	+12,6	.	.	171,5	+14,8	160,9	+13,8	207,4	+19,3		
Aug.	169,9	+13,3	160,5	+12,6	.	.	171,5	+14,8	160,9	+13,8	195,9	+17,2		
Sept.	170,2	+11,3	160,8	+10,7	.	.	172,1	+11,1	161,5	+10,2	197,0	+15,4		
Okt.	177,1	+14,8	167,4	+14,2	.	.	184,6	+17,4	173,2	+16,9	201,9	+13,2		
Nov.	179,6	+15,5	169,7	+15,1	.	.	187,7	+19,2	176,0	+18,6	221,0	+19,0		
Dez.	179,8	+14,9	169,9	+14,4	.	.	187,7	+18,6	176,1	+18,0	220,8	+21,5		
1971 p) Jan.	186,4	+15,0	175,3	+14,3	.	.	189,5	+18,1	177,6	+17,8	191,6	+15,4		
Febr.	187,7	+15,3	176,6	+14,5	.	.	190,0	+18,0	178,2	+17,7	189,8	+16,5		
März	188,7	+15,6	177,4	+14,9	.	.	190,3	+18,0	178,4	+17,7	203,2	+14,4		
April	189,6	+14,8	178,1	+14,1	.	.	190,9	+16,5	179,0	+16,4	208,7	+11,6		
Mai	193,1	+15,5	181,4	+14,7	.	.	195,5	+16,8	183,3	+16,7	210,6	+11,4		
Juni	193,7	+15,3	181,9	+14,6	.	.	196,6	+16,7	184,3	+16,6	222,8	+ 9,5		
Juli	194,8	+14,8	182,7	+13,9	.	.	197,2	+15,0	184,9	+14,9	226,4	+ 9,2		
Aug.	195,0	+14,8	182,8	+13,9	.	.	197,5	+15,1	185,1	+15,0	220,4	+12,5		
Sept.	195,3	+14,7	183,1	+13,8	.	.	197,8	+14,9	185,4	+14,9	218,7	+11,0		
Okt.	195,8	+10,5	183,5	+ 9,6	.	.	198,4	+ 7,5	186,0	+ 7,4	217,8	+ 7,9		
Nov.	195,9	+ 9,1	183,5	+ 8,2	.	.	198,4	+ 5,7	186,0	+ 5,7	.	.		

p Vorläufig.

IX. Außenwirtschaft

3. Hauptsalden des Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland

(Einschl. Ergänzungen zum Warenverkehr)

Mio DM

Zeit	Insgesamt 1)	Reiseverkehr	Transport 2)	Kapitalerträge	Provisionen, Werbe- und Messekosten	Lizenzen und Patente	Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen 3)	Restliche 4) Dienstleistungen	Ergänzungen zum Warenverkehr 5)
1965	-1 549	-2 766	+3 232	-1 811	-1 595	- 463	+4 044	-1 981	- 209
1966	-1 595	-3 403	+3 569	-1 482	-1 808	- 492	+4 774	-2 305	- 448
1967	-1 004	-3 034	+3 609	-1 783	-1 951	- 508	+8 127	-2 267	- 197
1968	- 156	-3 106	+3 908	- 808	-2 020	- 582	+5 196	-2 314	- 430
1969	- 934	-3 888	+3 948	- 348	-2 291	- 725	+5 546	-2 757	- 419
1970	-3 865	-5 377	+4 250	- 937	-2 523	- 802	+5 756	-3 289	- 943
1970 1. Vj.	- 932	- 882	+ 984	- 446	- 654	- 215	+1 259	- 750	- 228
2. "	- 492	-1 214	+1 114	- 57	- 611	- 159	+1 477	- 761	- 281
3. "	-2 189	-2 997	+1 062	- 371	- 592	- 198	+1 539	- 803	- 429
4. "	- 252	- 884	+1 090	- 63	- 666	- 230	+1 481	- 975	- 5
1971 1. Vj.	- 646	-1 202	+1 045	+ 55	- 719	- 248	+1 558	- 816	- 319
2. "	- 776	-1 589	+1 079	+ 106	- 614	- 207	+1 567	- 770	- 348
3. "	-2 159	-3 018	+1 197	- 360	- 606	- 281	+1 622	- 964	+ 251
1971 Jan.	- 392	- 397	+ 287	+ 21	- 278	- 46	+ 456	- 266	- 169
Febr.	- 175	- 355	+ 327	- 14	- 218	- 81	+ 506	- 220	- 120
März	- 79	- 450	+ 431	+ 48	- 223	- 121	+ 596	- 330	- 30
April	- 197	- 432	+ 356	+ 122	- 213	- 71	+ 473	- 229	- 203
Mai	- 306	- 392	+ 312	- 95	- 199	- 124	+ 556	- 308	- 56
Juni	- 273	- 765	+ 411	+ 79	- 202	- 12	+ 538	- 233	- 89
Juli	- 987	-1 064	+ 396	- 333	- 232	- 113	+ 543	- 342	+ 158
Aug.	- 598	-1 180	+ 372	+ 27	- 195	- 96	+ 528	- 299	+ 245
Sept.	- 574	- 774	+ 429	- 54	- 179	- 72	+ 551	- 323	- 152
Okt.	- 427	- 469	+ 293	+ 31	- 233	- 52	+ 495	- 408	- 84

1 Ohne die - bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen - Ausgaben für Fracht- bzw. Versicherungskosten; jedoch einschl. Einnahmen der deutschen Seeschifffahrt und der deutschen Versicherungsunternehmen aus Dienstleistungen beim Warenverkehr. -

2 Ab 1970 einschl. der Einnahmen und Ausgaben für LKW-Transporte bei der landwärtigen Ein- und Ausfuhr, jedoch ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben. - 3 Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen. - 4 Ohne Arbeits-

entgelte der Gastarbeiter, die wirtschaftlich als Inländer angesehen werden; Lohnüberweisungen der Gastarbeiter in ihre Heimatländer sind daher bei den Übertragungen berücksichtigt. - 5 Saldo des Transithandels und anderer Ergänzungen.

4. Übertragungen (unentgeltliche Leistungen)

Mio DM

Zeit	Insgesamt	Privat 1)				Öffentlich 1)					
		Zusammen	Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte 2)	Unterstützungszahlungen 3)	Sonstige Zahlungen	Zusammen	Wiedergutmachungsleistungen	Internationale Organisationen		Renten- und Pensionen 4)	Sonstige Zahlungen
								Zusammen	darunter: Europ. Gemeinsch.		
1965	-6 377	-2 912	-2 150	- 677	- 85	-3 465	-2 235	- 465	- 162	- 423	- 342
1966	-6 295	-3 424	-2 500	- 780	- 144	-2 871	-1 663	- 583	- 233	- 493	- 132
1967	-6 422	-3 107	-2 160	- 765	- 192	-3 315	-1 674	- 916	- 484	- 526	- 199
1968	-7 312	-3 171	-2 150	- 778	- 243	-4 141	-1 770	-1 559	-1 148	- 623	- 189
1969	-8 424	-4 090	-3 000	- 865	- 225	-4 334	-1 515	-1 919	-1 460	- 719	- 181
1970	-9 314	-5 685	-4 550	- 933	- 202	-3 629	-1 612	- 964	- 611	- 817	- 236
1970 1. Vj.	-2 007	-1 184	- 950	- 225	- 9	- 823	- 429	- 174	- 80	- 197	- 23
2. "	-2 198	-1 404	-1 050	- 245	- 109	- 794	- 342	- 132	- 121	- 197	- 123
3. "	-2 351	-1 584	-1 300	- 238	- 46	- 767	- 349	- 160	+ 4	- 231	- 27
4. "	-2 758	-1 513	-1 250	- 225	- 38	-1 245	- 492	- 498	- 414	- 192	- 63
1971 1. Vj.	-2 596	-1 540	-1 250	- 220	- 70	-1 056	- 518	- 263	- 126	- 207	- 68
2. "	-2 608	-1 611	-1 300	- 194	- 117	- 997	- 367	- 266	- 166	- 210	- 154
3. "	-2 999	-1 885	-1 550	- 235	- 100	-1 114	- 359	- 449	- 276	- 232	- 74
1971 Jan.	- 723	- 552	- 450	- 74	- 28	- 171	- 172	+ 24	+ 103	- 50	+ 27
Febr.	- 862	- 485	- 400	- 65	- 20	- 377	- 167	- 98	- 78	- 102	- 10
März	-1 011	- 503	- 400	- 81	- 22	- 508	- 179	- 189	- 151	- 55	- 85
April	- 875	- 529	- 400	- 70	- 59	- 346	- 115	- 145	- 129	- 46	- 40
Mai	- 910	- 495	- 400	- 72	- 23	- 415	- 112	- 162	- 114	- 120	- 21
Juni	- 823	- 587	- 500	- 52	- 35	- 236	- 140	+ 41	+ 77	- 44	- 93
Juli	-1 084	- 612	- 500	- 92	- 20	- 472	- 142	- 283	- 247	- 46	- 1
Aug.	-1 075	- 661	- 550	- 66	- 45	- 414	- 128	- 189	- 56	- 59	- 38
Sept.	- 840	- 612	- 500	- 77	- 35	- 228	- 89	+ 23	+ 27	- 127	- 35
Okt.	- 891	- 600	- 500	- 56	- 44	- 291	- 123	- 24	- 21	- 45	- 99
Nov. p)	-1 100	- 600	- 500	- 65	- 35	- 500	- 81	- 332	- 305	- 50	- 37

1 Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die beteiligte inländische Stelle angehört. - 2 Die An-

gaben beruhen auf Schätzungen. - 3 Einschl. Zahlungen infolge von Ein- und Auswanderung, Erb-

schaften und dgl. - 4 Einschl. Leistungen aus der Sozialversicherung. - p Vorläufig.

5. Kapitalverkehr mit dem Ausland *)

Position	Mio DM												
	1968	1969	1970	1970		1971							
				3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov. p)	
A. Langfristiger Kapitalverkehr													
I. Privater Kapitalverkehr													
1. Gesamte deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: —)	—11 833	—21 850	— 7 898	— 1 300	— 2 069	— 1 561	+ 70	— 325	— 56	— 253	— 12	— 160	
Direktinvestitionen	— 1 589	— 2 118	— 2 509	— 634	— 697	— 864	— 480	— 616	— 136	— 203	— 9	— 200	
Aktien	— 1 307	— 1 630	— 1 690	— 442	— 410	— 537	— 183	— 236	— 74	— 70	— 34	— 154	
Sonstige Kapitalanteile	— 227	— 451	— 600	— 179	— 185	— 217	— 181	— 205	— 40	— 71	— 32	— 55	
Kredite und Darlehen	— 55	— 37	— 219	— 13	— 102	— 110	— 116	— 175	— 22	— 62	+ 57	+ 9	
Portfolioinvestitionen	— 5 627	— 9 362	— 2 021	— 472	— 544	— 439	+ 262	+ 406	+ 31	+ 106	+ 130	+ 202	
Aktien	— 576	— 1 861	— 961	— 307	— 315	— 537	— 189	— 109	— 29	— 83	+ 18	+ 51	
Investmentzertifikate	— 948	— 2 136	— 18	+ 53	+ 30	+ 8	+ 71	+ 117	+ 49	+ 31	+ 26	+ 18	
Festverzinsliche Wertpapiere	— 4 103	— 5 365	— 1 042	— 218	— 259	+ 90	+ 380	+ 398	+ 11	+ 158	+ 86	+ 133	
Kredite und Darlehen	— 4 393	— 9 993	— 2 962	— 98	— 675	— 138	+ 432	+ 62	+ 101	— 96	— 94	— 99	
Sonstige Kapitalbewegungen	— 224	— 377	— 406	— 96	— 153	— 120	— 144	— 177	— 52	— 60	— 39	— 63	
2. Gesamte ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme: +)	+ 1 671	+ 769	+ 6 333	+ 2 366	+ 3 344	+ 1 807	+ 2 389	+ 3 625	+ 891	+ 602	+ 795	+ 437	
Direktinvestitionen	+ 1 483	+ 1 377	+ 1 096	+ 477	+ 673	+ 445	+ 296	+ 952	+ 151	+ 283	+ 120	+ 90	
Aktien	+ 689	+ 426	— 232	— 71	+ 242	— 10	+ 607	+ 0	— 17	+ 61	+ 3	+ 27	
Sonstige Kapitalanteile 1)	+ 948	+ 1 164	+ 1 207	+ 428	+ 289	+ 222	— 363	+ 295	+ 92	+ 87	+ 103	+ 100	
Kredite und Darlehen	— 154	— 213	+ 121	+ 120	+ 142	+ 233	+ 52	+ 657	+ 76	+ 135	+ 14	— 37	
Portfolioinvestitionen	+ 13	— 1 208	+ 1 338	+ 318	+ 791	+ 504	+ 232	+ 425	+ 131	+ 121	+ 2	+ 396	
Aktien und Investmentzertifikate	+ 164	— 255	+ 521	+ 116	+ 192	+ 367	+ 36	+ 34	— 9	— 23	— 42	— 56	
Festverzinsliche Wertpapiere	— 151	— 953	+ 817	+ 202	+ 599	+ 137	+ 196	+ 391	+ 140	+ 144	+ 44	+ 452	
Kredite und Darlehen	+ 310	+ 699	+ 4 037	+ 1 598	+ 1 928	+ 875	+ 1 883	+ 2 273	+ 614	+ 207	+ 678	— 39	
Sonstige Kapitalbewegungen	— 135	— 99	— 138	— 27	— 48	— 17	— 22	— 25	— 5	— 9	— 5	— 10	
Saldo	—10 162	—21 081	— 1 565	+ 1 066	+ 1 275	+ 246	+ 2 459	+ 3 300	+ 835	+ 349	+ 783	+ 277	
II. Öffentlicher Kapitalverkehr	— 1 329	— 1 837	— 2 444	— 598	— 667	— 360	— 780	— 446	— 130	— 53	— 108	— 162	
darunter Finanzierungshilfen an Entwicklungsländer 2)	— 1 486	— 1 146	— 1 226	— 361	— 416	— 157	— 175	— 497	— 222	— 37	— 71	— 146	
Saldo des gesamten langfristigen Kapitalverkehrs (I + II)	—11 491	—22 918	— 4 009	+ 468	+ 608	— 114	+ 1 679	+ 2 854	+ 705	+ 296	+ 675	+ 115	
B. Kurzfristiger Kapitalverkehr													
1. Kreditinstitute 3)													
Forderungen	— 3 517	— 2 648	+ 99	— 1 517	+ 410	— 2 396	— 1 289	+ 1 188	+ 988	+ 133	— 545	+ 1 061	
Verbindlichkeiten	+ 5 972	+ 6 973	+ 7 828	+ 2 794	+ 3 542	— 2 088	— 2 834	+ 527	+ 642	— 72	+ 670	— 694	
Saldo	+ 2 455	+ 4 325	+ 7 927	+ 1 277	+ 3 952	— 4 484	— 4 123	+ 1 715	+ 1 630	+ 61	+ 125	+ 367	
2. Unternehmen „Finanzkredite“ 4)													
Forderungen	+ 12	— 1 022	— 583	+ 111	— 369	+ 472	— 161	+ 115	— 39	+ 221	+ 324	— 63	
Verbindlichkeiten	+ 540	+ 782	+ 7 041	+ 2 783	+ 1 170	+ 2 832	+ 3 387	— 4 321	— 1 936	— 2 136	— 1 471	— 434	
Saldo	+ 552	— 240	+ 6 458	+ 2 894	+ 801	+ 3 304	+ 3 226	— 4 206	— 1 975	— 1 915	— 1 147	— 497	
Sonstiges	— 16	+ 5	— 4	— 0	—	—	—	+ 0	—	+ 0	+ 0	+ 0	
Saldo	+ 536	— 235	+ 6 454	+ 2 894	+ 801	+ 3 304	+ 3 226	— 4 206	— 1 975	— 1 915	— 1 147	— 497	
3. Öffentliche Hand 5)	+ 1 185	— 29	— 428	+ 173	— 205	+ 633	+ 330	+ 371	+ 196	— 112	+ 108	+ 341	
Saldo des gesamten kurzfristigen Kapitalverkehrs	+ 4 176	+ 4 061	+ 13 953	+ 4 344	+ 4 548	— 547	— 567	— 2 120	— 149	— 1 966	— 914	+ 211	
C. Saldo aller statistisch erfaßten Kapitalbewegungen (A + B) (Nettokapitalexport: —)	— 7 315	—18 857	+ 9 944	+ 4 812	+ 5 156	— 661	+ 1 112	+ 734	+ 556	— 1 670	— 239	+ 326	

* Zunahme von Forderungen und Abnahme von Verbindlichkeiten: —, Abnahme von Forderungen und Zunahme von Verbindlichkeiten: +. — 1 Hauptsächlich GmbH-Anteile. — 2 „Bilaterale“ Kredite sowie den Entwicklungsländern über internationale Organisa-

tionen zufließende (multilaterale) Leistungen. — 3 Wegen Bestandsangaben hierzu vgl. Tab. IX, 7. — 4 Wegen Bestandsangaben hierzu vgl. Tab. IX, 8. — 5 Im wesentlichen handelt es sich um die Veränderung der Forderungen des Bundes aus Voraus-

zahlungen für Verteidigungseinführen und der Verbindlichkeiten des Bundes gegenüber den Europäischen Gemeinschaften auf sog. Hinterlegungskonten. — p Vorläufig.

6. Währungsreserven der Deutschen Bundesbank *)

a) Bestände

Mio DM													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Gesamtbestand an Gold und Auslandsforderungen (netto)	Goldbestand und Auslandsforderungen						DM-Schuldverschreibungen des amerikanischen und britischen Schatzamtes		Schuldverschreibungen der Weltbank 3)	Sonstige Forderungen 4)	Auslandsverbindlichkeiten 5)	Nachrichtlich: In den Währungsreserven nicht enthaltene Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank 6)
		Insgesamt	Goldbestand	US-Dollar-Anlagen	Sonstige Devisenguthaben	Reserveposition im IWF und Sonderziehungsrechte 1)							
							kurzfristig	mittelfristig 2)					
1960	32 767	33 368	12 479	14 982	837	1 296	—	—	1 400	2 362	589	272	
1961 7)	30 456	31 172	14 654	10 888	628	2 549	—	—	1 352	1 101	716	1 112	
1962	29 579	30 158	14 716	10 786	288	2 069	—	—	1 352	947	579	1 100	
1963	32 319	32 752	15 374	11 669	270	2 208	1 100	—	1 352	779	433	1 105	
1964	32 754	33 508	16 992	7 713	478	3 650	2 700	—	1 352	621	752	1 102	
1965	31 471	32 148	17 639	5 168	208	4 305	2 400	—	1 454	974	677	1 082	
1966	33 423	33 992	17 167	8 309	214	5 028	1 400	—	1 454	420	569	1 039	
1967	33 283	34 397	16 910	8 511	584	4 207	1 400	1 000	1 454	331	1 114	1 011	
1968	40 292	41 685	18 156	8 561	2 114	6 061	1 200	3 700	1 650	243	1 383	811	
1968 7)	26 371	27 793	14 931	2 239	3 615	1 105	—	4 200	1 548	155	1 422	582	
1970	49 018	51 830	14 568	28 576	170	4 300	—	2 200	1 927	91	2 612	507	
1970 März	27 817	28 834	14 929	7 459	453	1 918	—	2 200	1 722	155	1 017	486	
1970 Juni	33 130	34 144	14 934	12 678	183	2 272	—	2 200	1 722	155	1 014	603	
1970 Sept.	41 398	43 324	14 938	20 591	218	3 415	—	2 200	1 895	67	1 926	507	
1970 Dez.	49 018	51 830	14 568	28 576	170	4 300	—	2 200	1 927	91	2 612	507	
1971 März	57 521	60 069	14 557	35 569	264	5 250	—	2 200	2 021	208	2 548	296	
1971 April	60 696	63 425	14 745	38 944	250	5 124	—	2 200	2 021	141	2 729	296	
1971 Mai 8)	68 636	71 708	14 768	47 148	290	5 140	—	2 200	2 021	141	3 070	296	
1971 Juni 9)	60 860	63 664	14 806	38 957	253	5 301	—	2 200	2 021	126	2 604	296	
1971 Juli	62 782	66 118	14 919	40 191	296	5 362	—	2 200	2 021	126	2 333	296	
1971 Aug.	62 215	64 313	14 919	39 152	279	5 438	—	2 200	2 199	126	2 098	202	
1971 Sept.	62 796	65 135	14 919	39 898	324	5 468	—	2 200	2 199	126	2 339	188	
1971 Okt.	63 427	65 880	14 919	40 822	296	5 518	—	2 000	2 199	126	2 453	188	
1971 Nov.	63 962	66 473	14 919	41 427	271	5 531	—	2 000	2 199	126	2 511	188	

b) Ergänzende Bestandsangaben zu „Reserveposition im Internationalen Währungsfonds und Sonderziehungsrechte“

Mio DM													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Reserveposition im IWF und Sonderziehungsrechte						Nachrichtlich:						
	Insgesamt	Reserveposition im IWF		Sonderziehungsrechte			Deutsche Quote im IWF				Position der Bundesbank im Rahmen der „Allgemeinen Kreditvereinbarungen“		
		Ziehungsrechte in der Goldtranche 10)	Kredite auf Grund der „Allgemeinen Kreditvereinbarungen“	Insgesamt	zugeteilt	erworben	Subskription	Barleistungen an den IWF 11)		Noch nicht abgerufene DM-Guthaben des IWF	Kreditlinie	Kreditgewährung der Bundesbank an den IWF	Vom IWF nicht beanspruchte Kreditlinie
								Gold	DM-Abrufe durch den IWF 12)				
								1	2				
1960	1 296	1 296	—	—	—	—	3 307	827	469	2 011	—	—	—
1961 7)	2 549	2 549	—	—	—	—	3 150	788	1 761	601	—	—	—
1962	2 069	2 069	—	—	—	—	3 150	788	1 281	1 061	4 000	—	4 000
1963	2 208	2 208	—	—	—	—	3 150	788	1 420	942	4 000	—	4 000
1964	3 650	2 930	720	—	—	—	3 150	788	2 142	220	4 000	720	3 280
1965	4 305	2 915	1 390	—	—	—	3 150	788	2 127	235	4 000	1 390	2 610
1966	5 028	3 638	1 390	—	—	—	4 800	1 200	2 438	1 162	4 000	1 390	2 610
1967	4 207	3 537	670	—	—	—	4 800	1 200	2 337	1 263	4 000	670	3 330
1968	6 061	3 979	2 082	—	—	—	4 800	1 200	2 779	821	4 000	2 082	1 918
1968 7)	1 105	1 105	—	—	—	—	4 392	1 098	7	3 287	13) 4 000	—	4 000
1970	4 300	3 357	—	943	738	205	5 856	1 464	1 893	2 499	4 000	—	4 000
1970 März	1 918	1 105	—	811	738	73	4 392	1 098	7	3 287	4 000	—	4 000
1970 Juni	2 272	1 368	—	906	738	168	4 392	1 098	268	3 028	4 000	—	4 000
1970 Sept.	3 415	2 485	—	930	738	192	4 392	1 098	1 387	1 907	4 000	—	4 000
1970 Dez.	4 300	3 357	—	943	738	205	5 856	1 464	1 893	2 499	4 000	—	4 000
1971 März	5 250	3 603	—	1 647	1 365	282	5 856	1 464	2 139	2 253	4 000	—	4 000
1971 April	5 124	3 470	—	1 654	1 365	289	5 856	1 464	2 006	2 386	4 000	—	4 000
1971 Mai	5 140	3 483	—	1 657	1 365	292	5 856	1 464	2 019	2 373	4 000	—	4 000
1971 Juni	5 301	3 644	—	1 657	1 365	292	5 856	1 464	2 180	2 212	4 000	—	4 000
1971 Juli	5 362	3 705	—	1 657	1 365	292	5 856	1 464	2 241	2 151	4 000	—	4 000
1971 Aug.	5 438	3 781	—	1 657	1 365	292	5 856	1 464	2 317	2 078	4 000	—	4 000
1971 Sept.	5 468	3 812	—	1 657	1 365	292	5 856	1 464	2 348	2 044	4 000	—	4 000
1971 Okt.	5 518	3 854	—	1 664	1 365	299	5 856	1 464	2 390	2 002	4 000	—	4 000
1971 Nov.	5 531	3 867	—	1 664	1 365	299	5 856	1 464	2 403	1 989	4 000	—	4 000

c) Veränderungen

Mio DM													
Zeit	Insgesamt (Saldo der Devisenbilanz; Ober-schuß: +)	Goldbestand und Auslandsforderungen (Zunahme: +)						DM-Schuldverschreibungen des amerikanischen und britischen Schatzamtes		Schuldverschreibungen der Weltbank 3)	Sonstige Forderungen 4)	Auslandsverbindlichkeiten (Zunahme: -) 5)	Ausgleichsbedarf der Deutschen Bundesbank wegen Änderung der Währungsparität 15)
		Insgesamt	Goldbestand	US-Dollar-Anlagen	Sonstige Devisenguthaben	Reserveposition im IWF und Sonderziehungsrechte 1)	DM-Schuldverschreibungen des amerikanischen und britischen Schatzamtes						
							kurzfristig	mittelfristig 2)					
1960	+ 8 019	+ 8 195	+ 1 402	+ 7 725	+ 129	+ 169	—	—	+ 95	- 1 325	- 178	—	
1961	14) - 2 297	- 695	+ 2 781	- 3 982	- 170	+ 1 322	—	—	—	- 1 246	- 127	- 1 476	
1962	- 877	- 1 014	+ 62	- 102	- 340	- 480	—	—	—	- 154	+ 137	—	
1963	+ 2 740	+ 2 594	+ 658	+ 883	- 18	+ 139	—	—	—	- 188	+ 146	—	
1964	+ 435	+ 754	+ 1 618	- 3 956	+ 208	+ 1 442	+ 1 100	—	—	- 158	- 319	—	
1965	- 1 283	- 1 398	+ 647	- 2 545	- 270	+ 655	- 300	—	+ 102	+ 353	+ 75	—	
1966	+ 1 922	+ 1 844	- 472	+ 3 141	+ 6	+ 723	- 1 000	—	—	- 554	+ 108	—	
1967	- 140	+ 405	- 257	+ 202	+ 370	- 821	—	+ 1 000	—	- 89	- 545	—	
1968	+ 7 009	+ 7 288	+ 1 246	+ 50	+ 1 530	+ 1 854	- 200	+ 2 700	+ 196	- 88	- 279	—	
1969	14) - 14 361	- 10 432	- 1 662	- 4 980	+ 1 518	- 4 455	- 1 200	+ 500	- 65	- 88	+ 170	- 4 099	
1970	+ 22 650	+ 24 040	- 365	+ 26 337	- 3 445	+ 3 198	—	- 2 000	+ 379	- 64	- 1 390	—	
1968 1. Vj.	+ 1 632	+ 1 647	- 1 022	+ 1 000	+ 741	+ 330	—	+ 500	+ 96	- 0	+ 15	—	
2. "	+ 1 416	+ 1 374	+ 1 361	- 2 723	+ 174	+ 1 862	—	+ 700	—	+ 0	+ 42	—	
3. "	+ 873	+ 1 235	+ 575	+ 448	+ 77	- 175	- 200	+ 500	+ 98	- 89	- 362	—	
4. "	+ 3 088	+ 3 032	+ 332	+ 1 325	+ 538	- 163	—	+ 1 000	—	+ 0	+ 56	—	
1969 1. Vj.	- 7 117	- 7 135	+ 8	- 5 590	- 544	- 646	- 200	—	- 163	—	+ 18	—	
2. "	+ 7 574	+ 7 813	+ 87	+ 5 561	+ 1 799	+ 66	- 200	+ 500	—	+ 0	- 239	—	
3. "	+ 7 413	+ 8 087	+ 137	+ 7 448	+ 118	+ 374	—	—	+ 98	- 88	- 674	—	
4. "	14) - 22 231	- 19 197	- 1 894	- 12 399	+ 145	- 4 249	- 800	—	—	—	+ 1 065	- 4 099	
1970 1. Vj.	+ 1 446	+ 1 041	- 2	+ 5 220	- 3 162	+ 811	—	- 2 000	+ 174	—	+ 405	—	
2. "	+ 5 316	+ 5 313	+ 5	+ 5 219	- 270	+ 369	—	—	—	—	+ 3	—	
3. "	+ 8 268	+ 9 180	+ 4	+ 7 913	+ 35	+ 1 143	—	—	+ 173	- 88	- 912	—	
4. "	+ 7 620	+ 8 506	- 372	+ 7 985	- 48	+ 885	—	—	+ 32	+ 24	- 886	—	
1971 1. Vj.	+ 8 503	+ 8 239	- 9	+ 6 993	+ 94	+ 950	—	—	+ 94	+ 117	+ 264	—	
2. "	+ 3 339	+ 3 595	+ 249	+ 3 388	- 11	+ 51	—	—	—	- 82	- 256	—	
3. "	+ 1 936	+ 1 471	+ 113	+ 941	+ 71	+ 168	—	—	+ 178	+ 0	+ 465	—	
1970 April	+ 527	+ 472	—	+ 688	- 273	+ 57	—	—	—	—	+ 55	—	
Mai	+ 1 110	+ 1 195	+ 0	+ 1 032	- 10	+ 173	—	—	—	—	- 85	—	
Juni	+ 3 679	+ 3 646	+ 5	+ 3 499	+ 13	+ 129	—	—	—	—	+ 33	—	
Juli	+ 3 815	+ 4 258	- 1	+ 3 448	+ 7	+ 804	—	—	—	- 0	- 443	—	
Aug.	+ 758	+ 1 053	- 2	+ 752	- 11	+ 228	—	—	+ 173	- 67	- 295	—	
Sept.	+ 3 695	+ 3 869	+ 7	+ 3 713	+ 39	+ 111	—	—	—	- 1	- 174	—	
Okt.	+ 1 987	+ 2 165	- 1	+ 2 118	- 17	+ 33	—	—	+ 32	- 0	- 178	—	
Nov.	+ 5 804	+ 6 140	- 2	+ 5 906	- 24	+ 260	—	—	—	+ 0	- 336	—	
Dez.	- 171	+ 201	- 369	- 39	- 7	+ 592	—	—	—	+ 24	- 372	—	
1971 Jan.	+ 1 649	+ 1 589	- 3	+ 650	+ 67	+ 758	—	—	—	+ 117	+ 60	—	
Febr.	+ 2 894	+ 3 175	- 3	+ 2 848	+ 117	+ 119	—	—	+ 94	- 0	- 261	—	
März	+ 3 980	+ 3 475	- 3	+ 3 495	- 90	+ 73	—	—	—	- 0	+ 485	—	
April	+ 3 175	+ 3 356	+ 188	+ 3 375	- 14	- 126	—	—	—	- 67	- 181	—	
Mai 10)	+ 7 940	+ 8 281	+ 21	+ 8 204	+ 40	+ 16	—	—	—	—	- 341	—	
Juni	- 7 776	- 8 042	+ 40	- 8 191	- 37	+ 161	—	—	—	- 15	+ 268	—	
Juli	+ 1 922	+ 1 451	+ 113	+ 1 234	+ 43	+ 61	—	—	—	+ 0	+ 471	—	
Aug.	- 567	- 802	—	- 1 039	- 17	+ 78	—	—	+ 178	+ 0	+ 235	—	
Sept.	+ 581	+ 822	+ 0	+ 746	+ 45	+ 31	—	—	—	—	- 241	—	
Okt.	+ 631	+ 745	—	+ 924	- 28	+ 49	—	- 200	—	- 0	- 114	—	
Nov.	+ 535	+ 593	—	+ 605	- 25	+ 13	—	—	—	+ 0	- 58	—	

* Die Daten sind wegen unterschiedlicher Bewertungsgrundsätze mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch. Der Goldbestand sowie die Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten sind - soweit nicht anders vermerkt - hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zur jeweiligen Parität umgerechnet, während sie im Bundesbankausweis nach den Grundsätzen des Aktienrechts bewertet werden; vgl. Anm. 8. - 1 Aufgliederung s. Tab. b). - 2 Diese Schuldverschreibungen wurden von der Bundesbank im Rahmen der sog. Devisenausgleichsabkommen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien übernommen. - 3 Ohne diejenigen Forderungen an die Weltbank, die im Bundesbankausweis in der Position „Wertpapiere“ und in der Zahlungsbilanz bei den langfristigen öffentlichen Kapitalleistungen berücksichtigt sind; vgl. auch Anm. 6. - 4 Hauptsächlich bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die Europäische Zahlungsunion sowie - vor 1967 - zweckgebundene Auslandsforderungen und Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken. - 5 Einschl. der von der Bundesbank an

Ausländer abgegebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere (s. §§ 42 und 42a des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank); vgl. hierzu auch Fußnote 2 auf Seite 14 des Monatsberichtes Februar 1971. - 6 Hauptsächlich in Wertpapieren verbriefte Forderungen der Bundesbank an die Weltbank; vgl. auch Anm. 3. - 7 Abnahme gegenüber dem vorher angegebenen Stichtag geht zum Teil auf die Verminderung des DM-Gegenwertes der Gold- und Devisenpositionen der Deutschen Bundesbank durch die DM-Aufwertungen vom März 1961 und Oktober 1969 zurück; siehe auch Tab. c). - 8 Für die Zeit frei schwankender DM-Wechselkurse wird der mit Paritätskursen bewertete Bestand von Ende April 1971 mit den laufenden Umsätzen zum jeweiligen Transaktionskurs fortgeschrieben. - 9 Die Übernahme mittelfristiger US-\$-Schuldverschreibungen bis zum Gesamtbetrag von 5 Mrd US\$ ab Juni 1971 bleibt ohne Einfluß auf die Netto-Währungsreserven, da lediglich bereits vorhandene Papiere in andere Papiere umgetauscht wurden, die im Rahmen eines vereinbarten Kündigungsrechts gegebenenfalls veräußert werden können. - 10 Setzt sich zusammen aus den Goldinzahlungen und den DM-Abrufen durch

den IWF (Sp. 8+9). - 11 Summe der Spalten 8 und 9 entspricht: Ziehungsrechte in der Goldtranche (Sp. 2). - 12 Zur Finanzierung von DM-Verkäufen des IWF an andere Länder. - 13 Da Verpflichtungen zur Kreditgewährung im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarungen in Landeswährung ausgedrückt werden, hat sich an der 1962 vereinbarten Linie von 4 Mrd DM durch die DM-Aufwertung nichts geändert. - 14 Spalte „Insgesamt“ jeweils einschl. des durch die DM-Aufwertung vom März 1961 bzw. Oktober 1969 entstandenen Ausgleichsbedarfs der Deutschen Bundesbank. - 15 Einschl. der Bewertungsdifferenzen, die auf nicht in den Währungsreserven enthaltene Fremdwährungspositionen der Bank entfallen (z. B. Swap-Engagements mit deutschen Kreditinstituten und Auslandswechsel). - 16 Für die Zeit frei schwankender DM-Wechselkurse werden die Umsätze in ausländischer Währung mit dem jeweiligen Transaktionskurs bewertet; vgl. auch Anm. 8. - p Vorläufig.

IX. Außenwirtschaft

7. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute gegenüber dem Ausland *)

(ohne Deutsche Bundesbank)

Stand am Ende des Berichtszeitraums	Saldo zwischen Forderungen und Verbindlichkeiten	Forderungen							Verbindlichkeiten 3)					
		insgesamt	Forderungen an ausländische Banken			Forderungen an ausländische Nichtbanken			Geldmarktpapiere 2)	Ausländische Noten und Münzen	gegenüber			
			zusammen	Täglich fällige Forderungen	Befristete Forderungen	Wechseldiskontkredite 1)	zusammen	Buchkredite			Wechseldiskontkredite	insgesamt	ausländischen Banken 4)	ausländischen Nichtbanken 4)
1962	- 1 716	4 500	2 911	2 804	107	788	567	221	720	81	6 216	4 006	2 210	
1963	- 2 383	4 633	2 974	2 869	105	727	497	230	840	92	7 016	4 546	2 470	
1964	- 2 468	5 308	3 531	3 225	306	841	591	250	855	81	7 776	5 221	2 555	
1965	- 2 027	5 918	3 912	3 686	226	1 098	664	434	812	96	7 945	5 078	2 867	
1966	- 1 453	6 083	4 710	4 323	387	1 032	606	426	225	116	7 536	4 643	2 893	
1967	+ 3 370	12 093	9 053	7 494	1 559	1 968	837	1 131	977	95	8 723	5 532	3 191	
1968 5)	+ 942	15 413	12 666	2 296	7 872	2 498	2 472	1 345	155	120	14 471	10 562	3 909	
1969 6)	- 3 946	17 382	13 362	2 983	8 246	2 133	3 854	2 368	1 486	49	21 328	16 371	4 957	
1970	-12 605	17 175	14 221	3 293	9 974	954	2 774	1 852	922	140	29 780	23 157	6 623	
1970 März	- 5 956	17 583	14 095	4 626	8 147	1 322	3 262	2 280	982	50	23 539	18 949	4 590	
Juni	- 7 127	16 317	13 132	4 328	7 385	1 419	2 833	2 011	822	90	23 444	18 475	4 969	
Sept.	- 8 653	17 585	14 926	4 727	9 248	951	2 417	1 781	636	90	26 238	20 787	5 451	
Dez.	-12 605	17 175	14 221	3 293	9 974	954	2 774	1 852	922	140	29 780	23 157	6 623	
1971 März	- 8 121	19 571	16 827	6 301	9 964	562	2 489	1 719	770	39	27 692	21 284	6 408	
April	- 7 107	20 711	18 081	6 669	10 832	580	2 358	1 599	759	39	27 818	21 196	6 622	
Mal	- 8 606	20 157	17 549	6 425	10 538	586	2 354	1 665	669	40	28 763	22 378	6 385	
Juni	- 3 994	20 668	17 837	6 867	10 083	887	2 541	1 735	806	—	24 662	19 065	5 597	
Juli	- 4 021	20 543	17 764	7 027	9 844	893	2 481	1 697	784	—	24 564	19 424	5 140	
Aug.	- 5 665	19 456	16 858	5 736	10 298	824	2 405	1 629	776	—	25 121	20 264	4 857	
Sept.	- 5 716	19 230	16 974	6 797	9 883	294	2 089	1 488	601	—	24 946	20 057	4 889	
Okt.	- 5 838	19 798	17 594	7 330	10 036	228	2 054	1 459	595	—	25 636	20 964	4 672	
Nov. p)	- 6 201	18 705	16 515	6 307	9 975	233	2 027	1 480	547	—	24 906	20 185	4 721	

* Die hier ausgewiesenen Zahlen aus dem Auslandsstatus der Kreditinstitute weichen bis November 1968 von entsprechenden Zahlen aus der Bilanzstatistik ab, da in den monatlichen Zwischenbilanzen der Niederlassungen ausländischer Banken die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem ausländischen Mutterinstitut und den ausländischen Schwesterfilialen — anders als im Auslandsstatus — nur saldiert ausgewiesen werden. Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischer Währung sind bis November

1968 mit dem am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums geltenden Paritätsskurs, danach in der Regel zu Mittelkursen bewertet. 1 Einschl. der „als Geldmarktanlage erworbenen Auslandswechsel“. — 2 Vgl. Anm. 1. — 3 Ab Januar 1970 einschl. der (nicht zu bilanzierenden) Verpflichtungen aus Pensionsgeschäften; sie sind mangels detaillierter Unterlagen dem ausländischen Bankensektor zugeordnet. — 4 Einschl. der jeweils zugehörigen internationalen Organisation. — 5 Die Angaben ab Dezember 1968

sind mit den Zahlen für frühere Zeiträume nicht voll vergleichbar, da das Gliederungsschema des Auslandsstatus ab 31. Dezember 1968 geändert wurde. — 6 Die Veränderung gegenüber dem vorher angegebenen Stichtag geht zum Teil auf die Verminderung des DM-Gegenwertes der auf ausländische Währung lautenden Forderungen und Verbindlichkeiten durch die Aufwertung der DM um 9,3% zurück. — p Vorläufig.

8. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten („Kurzfristige Finanzkredite“) inländischer Wirtschaftsunternehmen gegenüber dem Ausland *)

(ohne Kreditinstitute)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Saldo zwischen kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten	Kurzfristige Forderungen					Kurzfristige Verbindlichkeiten				
		insgesamt	nach Währungen		Forderungen an		insgesamt	nach Währungen		Verbindlichkeiten gegenüber	
			ausländische Währung	DM	ausländische Banken	ausländische Nichtbanken 1)		ausländische Währung	DM	ausländischen Banken	ausländischen Nichtbanken 1)
1962	- 1 713	520	340	180	273	247	2 233	1 020	1 213	1 961	872
1963	- 1 746	526	325	201	267	259	2 272	917	1 355	1 143	1 129
1964	- 1 930	828	384	442	430	396	2 758	1 041	1 715	1 253	1 503
1965	- 2 733	1 120	535	585	457	663	3 853	1 619	2 234	2 642	1 211
1966	- 4 595	958	548	408	479	477	5 551	2 799	2 752	3 644	1 907
1967	- 3 000	1 488	1 017	471	768	720	4 488	1 689	2 819	2 228	2 280
1968	- 3 552	1 478	811	665	601	675	5 028	1 613	3 415	2 392	2 636
1969	- 3 177	2 405	1 437	968	685	1 720	5 582	2 044	3 538	2 434	3 148
1970	- 9 635	2 988	1 468	1 520	650	2 338	12 823	4 234	8 389	7 978	4 645
1970 März	- 3 957	2 474	1 410	1 064	784	1 690	6 431	2 720	3 711	3 120	3 311
Juni	- 5 940	2 730	1 460	1 270	865	1 865	8 670	3 467	5 203	4 937	3 733
Sept.	- 8 834	2 619	1 434	1 185	607	2 012	11 453	3 753	7 700	6 729	4 724
Dez.	- 9 635	2 988	1 468	1 520	650	2 338	12 823	4 234	8 389	7 978	4 645
1971 März	-12 939	2 516	849	1 667	692	1 824	15 455	4 547	10 908	11 118	4 337
April	-14 959	2 661	992	1 669	866	1 795	17 620	5 435	12 185	13 066	4 554
Mal	-17 271	2 444	900	1 544	825	1 619	19 715	5 768	13 949	14 004	5 711
Juni 2)	-16 210	2 659	1 135	1 524	708	1 951	18 869	5 809	13 060	13 201	5 668
Juni 3)	-17 689	3 200	1 262	1 938	768	2 434	20 889	6 603	14 286	14 369	6 500
Juli	-17 574	3 267	1 320	1 947	848	2 419	20 841	6 230	14 611	14 518	6 323
Aug.	-15 721	3 450	1 429	2 021	970	2 480	19 171	6 171	13 000	13 000	6 171
Sept.	-13 926	3 267	1 364	1 903	830	2 437	17 193	5 773	11 420	10 915	6 278
Okt.	-12 859	2 949	1 215	1 434	579	2 370	15 808	5 330	10 478	9 606	6 202
Nov. p)	-12 362	3 012	1 286	1 726	704	2 308	15 374	5 482	9 892	9 433	5 941

* Einschl. Veränderungen, die auf die Umwandlung von früher hereingenommenen kurzfristigen Krediten in Eigenkapital und in langfristige Kredite zurückgehen (1964: 234 Mio DM, 1965: 847 Mio DM, 1966: 243 Mio DM, 1967: 573 Mio DM, 1968: 192 Mio DM, 1969: 191 Mio DM, 1970: 185 Mio DM, Januar bis November 1971: 957 Mio DM). Statistische Zu- und Abgänge aus Änderungen des Kreises der berich-

tenden Unternehmen sind — mit Ausnahme für den Stand Ende Juni 1971 — nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle „Kapitalverkehr mit dem Ausland“ (Tab. IX, 5) unter Teil B, 2 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. Ohne Forderungen und Verbindlichkeiten auf Grund gewährter bzw. in Anspruch genommener Zahlungsziele und geleisteter bzw. empfangener

Vorauszahlungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr. — 1 Einschl. Salden auf Verrechnungskonten. — 2 Kreis der bis einschl. Mai 1971 berichtenden Unternehmen. — 3 Nach einer Änderung der Meldevorschriften hat sich der Kreis der berichtenden Unternehmen ab Juni 1971 vergrößert. — p Vorläufig.

9. Durchschnitte der amtlichen Devisenkurse an der Frankfurter Börse

Kassa-Mittelkurs in DM

Zeit	Auszahlung							
	Amsterdam	Brüssel	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid	Mailand/Rom	
	100 hfl	100 bfrs	100 dkr	100 Esc	1 £	110 Ptas	1 000 Lit	
Durchschnitt im Jahr								
1968	110,308	7,997	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406	
1969 1)	108,302	7,829	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257	
1. 1.—24.10.	109,673	7,919	52,869	13,965	9,501	5,697	6,339	
27.10.—31.12.1)	102,146	7,423	49,196	12,968	8,839	5,270	5,889	
1970	100,852	7,345	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816	
Durchschnitt im Monat								
1970 Juli	100,571	7,317	48,418	12,694	8,681	5,220	5,773	
Aug.	100,875	7,317	48,408	12,686	8,671	5,220	5,786	
Sept.	100,911	7,317	48,420	12,682	8,661	5,220	5,813	
Okt.	100,921	7,319	48,432	12,690	8,672	5,221	5,832	
Nov.	100,925	7,316	48,430	12,702	8,679	5,219	5,834	
Dez.	101,208	7,342	48,682	12,750	8,714	5,239	5,848	
1971 Jan.	101,194	7,328	48,601	12,767	8,749	5,228	5,837	
Febr.	101,012	7,318	48,522	12,762	8,780	5,220	5,825	
März	101,023	7,317	48,558	12,755	8,784	5,219	5,835	
April	100,958	7,322	48,537	12,753	8,788	5,226	5,842	
Mai	99,995	7,157	47,343	12,563	8,583	5,105	5,704	
Juni	98,654	7,068	46,888	12,350	8,499	5,051	5,626	
Juli	97,842	7,011	46,447	12,234	8,422	5,008	5,590	
Aug.	98,075	6,963	45,976	12,377	8,325	4,922	5,527	
Sept.	98,443	7,033	45,976	12,385	8,300	4,856	5,481	
Okt.	99,059	7,106	45,805	12,147	8,286	4,829	5,434	
Nov.	100,016	7,192	45,917	12,163	8,307	4,862	5,441	
Abstand des Geld- und Briefkurses vom Mittelkurs in Pfennig								
	11	1	6	2	1	1	1	

Zeit	Auszahlung							
	Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokio	Wien	Zürich
	1 kan\$	1 US-\$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr
Durchschnitt im Jahr								
1968	3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	—	15,447	92,507
1969 1)	3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	2) 1,0305	15,174	91,002
1. 1.—24.10.	3,6923	3,9771	55,678	3)	76,919	—	15,378	92,245
27.10.—31.12.1)	3,4308	3,6876	51,612	86,170	71,387	—	14,259	85,426
1970	3,4968	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601
Durchschnitt im Monat								
1970 Juli	3,5178	3,6313	50,827	65,820	70,033	1,0106	14,066	84,382
Aug.	3,5545	3,6313	50,840	65,774	70,117	1,0140	14,071	84,422
Sept.	3,5746	3,6314	50,828	65,789	69,826	1,0147	14,066	84,330
Okt.	3,5564	3,6323	50,835	65,771	70,057	1,0156	14,069	83,888
Nov.	3,5589	3,6307	50,822	65,795	70,167	1,0154	14,048	84,060
Dez.	3,5820	3,6446	51,113	66,012	70,502	1,0190	14,115	84,536
1971 Jan.	3,5942	3,6370	50,945	65,907	70,446	1,0160	14,069	84,485
Febr.	3,6050	3,6314	50,851	65,817	70,207	1,0163	14,025	84,507
März	3,6095	3,6314	50,887	65,845	70,352	1,0164	14,043	84,450
April	3,6071	3,6343	50,996	65,898	70,408	1,0172	14,076	84,547
Mai	3,5172	3,5484	49,940	64,218	68,757	0,9939	4) 14,150	5) 86,195
Juni	3,4438	3,5130	49,422	63,574	68,066	0,9829	14,074	85,842
Juli	3,4096	3,4820	49,012	63,161	67,461	0,9740	13,960	85,045
Aug.	3,3684	3,4164	48,723	61,975	66,694	0,9768	13,846	84,849
Sept.	3,3177	3,3617	48,730	60,884	66,331	6) 0,9940	13,794	84,417
Okt.	3,3113	3,3261	48,568	60,103	66,253	—	13,745	83,666
Nov.	3,3190	3,3314	48,592	60,314	66,616	—	13,773	83,687
Abstand des Geld- und Briefkurses vom Mittelkurs in Pfennig								
	0,5	0,5	6	10	8	0,15	2	10

1 Aufwertung der DM mit Wirkung vom 27.10.69 um 9,3%. — 2 Erstmalige Notierung am 1.12.69. — 3 1.1.—9.8.69 = 80,715 DM, 10.8.—24.10. = 70,024 DM; Abwertung des FF mit Wirkung vom 10.8.69 um

11,11%. — 4 1.—9.5.71 = 14,065 DM; 10.—31.5.71 = 14,162 DM; Aufwertung des S mit Wirkung vom 10.5.71 um 5,05%. — 5 1.—9.5.71 = 84,520 DM; 10.—31.5.71 = 86,434 DM; Aufwertung des sfr mit

Wirkung vom 10.5.71 um 7,07%. — 6 Durchschnitt 1.—6.9.71; ab 7.9.71 amtliche Notierung ausgesetzt.

IX. Außenwirtschaft

10. Währungsparitäten der Mitglieder des Internationalen Währungsfonds *)

Stand: 15. November 1971

Land	Währungseinheit	Goldparität		Währungseinheiten für		DM für 100 Währungseinheiten
		seit	Gramm Feingold	1 US-\$	100 DM	
1	2	3	4	5	6	7
Äthiopien	Äthiopischer Dollar	31.12.63	0,355468	2,50000	68,31	146,40
Australischer Bund	Australischer Dollar	14. 2.66	0,995310	0,892857	24,40	409,92
Barbados	Ostkaribischer Dollar	9. 8.71	0,444335	2,00000	54,64	183,00
Belgien	Belgischer Franc	22. 9.49	0,0177734	50,0000	1 366,12	7,32
Birma	Kyat	7. 8.53	0,186621	4,76190	130,11	76,88
Botsuana	(Südatribischer) Rand	13. 8.69	1,24414	0,714286	19,52	512,40
Burundi	Burundi-Franc	11. 2.65	0,0101582	87,5000	2 390,71	4,18
Ceylon	Ceylon-Rupie	21.11.67	0,149297	5,95237	162,63	81,49
Costa Rica	Costa-Rica-Colón	3. 9.61	0,134139	6,62500	181,01	55,25
Dänemark	Dänische Krone	21.11.67	0,118489	7,50000	204,92	48,80
Deutschland, Bundesrepublik	Deutsche Mark	27.10.69	0,242806	3,66000	100,00	100,00
Dominikanische Republik	Dominikanischer Peso	23. 4.48	0,888671	1,00000	27,32	366,00
Ecuador	Sucré	17. 8.70	0,0355468	25,0000	683,06	14,64
El Salvador	El-Salvador-Colón	18.12.46	0,355468	2,50000	68,31	146,40
Finnland	Finnmark	12.10.67	0,211590	4,19997	114,75	87,14
Frankreich	Französischer Franc	10. 8.69	0,180000	5,55419	151,75	65,90
Gambia	Dalasi	1. 7.71	0,426562	2,08333	56,92	175,68
Ghana	Neuer Cedi	8. 7.67	0,870897	1,02041	27,88	358,68
Griechenland	Drachme	29. 3.61	0,0296224	30,0000	819,67	12,20
Großbritannien und Nordirland	Pfund Sterling	18.11.67	2,13281	0,416667	11,38	878,40
Guatemala	Quetzal	18.12.46	0,888671	1,00000	27,32	366,00
Guyana	Guyana-Dollar	20.11.67	0,444335	2,00000	54,64	183,00
Haiti, Republik	Gourde	9. 4.54	0,177734	5,00000	136,61	73,20
Honduras, Republik	Lempira	18.12.46	0,444335	2,00000	54,64	183,00
Indien	Indische Rupie	6. 6.66	0,118489	7,50000	204,92	48,80
Irak	Irak-Dinar	20. 9.49	2,48828	0,357143	9,76	1 024,80
Iran	Rial	22. 5.57	0,0117316	75,7500	2 069,67	4,83
Irland, Republik	Irishes Pfund	18.11.67	2,13281	0,416667	11,38	878,40
Island	Isländische Krone	12.11.68	0,0100985	88,0000	2 404,37	4,16
Israel	Israelisches Pfund	21. 8.71	0,211588	4,20000	114,75	87,14
Italien	Italienische Lira	30. 3.60	0,00142187	625,000	17 076,50	0,59
Jamaika	Jamaika-Dollar	8. 9.69	1,06641	0,833333	22,77	439,20
Japan	Yen	11. 5.53	0,00246853	360,000	9 836,07	1,02
Jordanien	Jordan-Dinar	2.10.53	2,48828	0,357143	9,76	1 024,80
Jugoslawien	Jugoslawischer Dinar	23. 1.71	0,0592447	15,0000	409,84	24,40
Kanada	Kanadischer Dollar	2. 5.62	0,822021	1,08108	29,54	338,55
Kenia	Kenia-Schilling	14. 9.66	0,124414	7,14286	195,16	51,24
Kongo, Demokratische Republik	Zaïre	2. 9.70	1,77734	0,500000	13,66	732,00
Kuwait	Kuwait-Dinar	26. 4.63	2,48828	0,357143	9,76	1 024,80
Lesotho	(Südafrikanischer) Rand	20.12.68	1,24414	0,714286	19,52	512,40

Anmerkung: Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat zur Zeit 118 Mitglieder. Für die Währungen der nachstehend aufgeführten Mitgliedsländer wurden bisher keine Paritätswerte mit dem Fonds vereinbart: Äquatorialguinea, Algerien, Dahome, Elfenbeinküste, Fidschi, Gabun, Guinea (Republik), Indonesien, Jemen, Kambodscha (Republik Khmer),

Kamerun, Kongo (Republik), Laos, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Obervolta, Senegal, Südjemen, Südkorea, Südvietnam, Togo, Tschad, Zentralafrikan. Republik.
In den folgenden Ländern finden keine oder nur wenige Transaktionen zu Kursen statt, die auf dem zuletzt mit dem IWF vereinbarten Paritätswert

basieren: Afghanistan, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Libanon, Paraguay, Peru, Syrien, Uruguay, Venezuela, Vereinigte Arabische Republik (Ägypten). —
Zur Zeit halten einige Mitgliedsländer die Kurse für Devisentransaktionen nicht innerhalb der zulässigen Bandbreiten (z. B. Kanada). In einigen Fällen gelten

Land	Währungseinheit	Goldparität		Währungseinheiten für		DM für 100 Währungseinheiten
		seit	Gramm Feingold	1 US-\$	100 DM	
1	2	3	4	5	6	7
Liberia	Liberianischer Dollar	13. 3.63	0,888871	1,00000	27,32	368,00
Libyen	Libyscher Dinar 1)	12. 8.59	2,48828	0,357143	9,76	1 024,80
Luxemburg	Luxemburgischer Franc	22. 9.49	0,0177734	50,0000	1 366,12	7,32
Malawi	Malawi-Kwacha	15. 2.71	1,06641	0,833333	22,77	439,20
Malaysia	Malaysischer Dollar 2)	20. 7.62	0,290299	3,06122	83,64	119,56
Malta	Malta-Pfund	27. 6.69	2,13281	0,416667	11,38	878,40
Marokko	Dirham	16.10.59	0,175610	5,06049	138,26	72,33
Mexiko	Mexikanischer Peso	19. 4.54	0,0710937	12,5000	341,53	29,28
Nepal	Nepalesische Rupie	11.12.67	0,0877700	10,1250	276,64	36,15
Neuseeland	Neuseeland-Dollar	20.11.67	0,995310	0,892857	24,40	409,92
Nicaragua	Córdoba	1. 7.55	0,126953	7,00000	191,26	52,29
Niederlande	Holländischer Gulden	7. 3.61	0,245489	3,62000	98,91	101,10
Nigeria	Nigerianisches Pfund	17. 4.63	2,48828	0,357143	9,76	1 024,80
Norwegen	Norwegische Krone	18. 9.49	0,124414	7,14286	195,16	51,24
Osterreich	Schilling	9. 5.71	0,0359059	24,7500	676,23	14,79
Pakistan	Pakistanische Rupie	30. 7.55	0,186621	4,76190	130,11	76,86
Panama	Balboa	18.12.46	0,888871	1,00000	27,32	368,00
Philippinen	Philippinischer Peso	8.11.65	0,227864	3,90000	106,56	93,85
Portugal	Escudo	1. 6.62	0,0309103	28,7500	785,52	12,73
Ruanda	Ruanda-Franc	7. 4.66	0,00888671	100,000	2 732,24	3,66
Sambia	Kwacha	16. 1.68	1,24414	0,714286	19,52	512,40
Saudi-Arabien	Saudi Riyal	8. 1.60	0,197482	4,50000	122,95	81,33
Schweden	Schwedische Krone	5.11.51	0,171783	5,17321	141,34	70,75
Sierra Leone	Leone	21.11.67	1,06641	0,833333	22,77	439,20
Singapur	Singapur-Dollar	12. 6.67	0,290299	3,06122	83,64	119,56
Somalia	Somalischer Schilling	14. 6.63	0,124414	7,14286	195,16	51,24
Spanien	Peseta	20.11.67	0,0126953	70,0000	1 912,57	5,23
Sudan	Sudanesisches Pfund	23. 7.58	2,55187	0,348242	9,51	1 050,99
Südafrika, Republik	Rand	14. 2.61	1,24414	0,714286	19,52	512,40
Swasiland	(Südafrikanischer) Rand	22.12.69	1,24414	0,714286	19,52	512,40
Taiwan (Formosa)	Neuer Taiwan-Dollar	4. 9.70	0,0222168	40,0000	1 092,90	9,15
Tansania	Tansania-Schilling	4. 8.66	0,124414	7,14286	195,16	51,24
Thailand	Baht	20.10.63	0,0427245	20,8000	568,31	17,60
Trinidad und Tobago	Trinidad- und -Tobago-Dollar	22.11.67	0,444335	2,00000	54,64	183,00
Türkei	Türkisches Pfund	9. 8.70	0,0592447	15,0000	409,84	24,40
Tunesien	Tunesischer Dinar	28. 9.64	1,69271	0,525000	14,34	697,14
Uganda	Uganda-Schilling	15. 8.66	0,124414	7,14286	195,16	51,24
Vereinigte Staaten	US-Dollar	18.12.46	0,888871	1,00000	27,32	368,00
Zypern	Zypern-Pfund	20.11.67	2,13281	0,416667	11,38	878,40

multiple Kurse, entweder weil für die laufenden Transaktionen und Kapitaltransaktionen zwei verschiedene Kurse verwendet werden (z. B. Frankreich) oder weil nicht alle Transaktionen im Devisenmarkt zu einem einheitlichen Kurs abgewickelt werden (z. B. Pakistan).

* Die in Spalte 3 ausgewiesenen Daten beziehen sich gemäß den Veröffentlichungen des IWF auf die „Washington time“ (Ausnahme: Bundesrepublik Deutschland). In den Spalten 4 und 5 sind die Paritätswerte aufgeführt, die mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart worden sind und in den

Statistiken des Fonds ausgewiesen werden. Die Werte in den Spalten 6 und 7 wurden auf Basis der US-\$-Parität (Sp. 5) in Verbindung mit der US-\$-Parität der Deutschen Mark errechnet. — 1 Seit 1. 9. 1971 (1 Lib. Dinar = 1 Lib. Pfund). — 2 Seit 12. 6. 1967.

Übersicht

über die während der vorangegangenen zwölf Monate in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank behandelten Themen:

Januar 1971	Die Jahresabschlüsse von Unternehmen für 1968 Die Erhöhung der deutschen IWF-Quote und der neue Ausweis der IWF-Reserveposition in der Bundesbankbilanz
Februar 1971	Die Wirtschaftslage im Winter 1970/71 Vorläufige Ergebnisse der Zahlungsbilanz für das Jahr 1970 Entstehung und Verwendung des Einkommens im zweiten Halbjahr 1970 nach Sektoren Zur künftigen Automation des unbaren Zahlungsverkehrs bei der Deutschen Bundesbank
März 1971	Die Kapitalertragsbilanz der Bundesrepublik im Außenwirtschaftsverkehr
April 1971	Neue kreditpolitische Maßnahmen Neuere Tendenzen in der Finanzentwicklung der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost Geldwertsicherungsklauseln Die Geschäftsentwicklung der Bankengruppen 1960 – 70
Mai 1971	Neue währungspolitische Maßnahmen Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung sowie Bestand an Geldvermögen und Verpflichtungen 1970
Juni 1971	Die Wirtschaftslage im Frühjahr 1971
Juli 1971	Längerfristige Entwicklung des Geldvolumens Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik im Jahre 1970 nach Regionen
August 1971	Die Einnahmen der Gebietskörperschaften seit 1960 Die Entwicklung des Wertpapierbesitzes im Jahre 1970
September 1971	Die Wirtschaftslage im Sommer 1971
Oktober 1971	Sozialprodukt, Investitionen und ihre Finanzierung im ersten Halbjahr 1971 Veränderungen der Zinsstruktur in der Bundesrepublik seit 1967
November 1971	Aktuelle Probleme der Währungspolitik Die Verschuldung inländischer Wirtschaftsunternehmen an das Ausland Jahresabschlüsse der Unternehmen für 1969
Dezember 1971	Die Wirtschaftslage im Herbst 1971

Über früher publizierte Sonderaufsätze informiert das dem Monatsbericht
Dezember 1971 beigefügte Verzeichnis der Sonderaufsätze

Druckerei Otto Lembeck Frankfurt am Main und Butzbach
Die Berichte erscheinen im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank,
Frankfurt am Main

Sie werden auf Grund des § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank
vom 26. 7. 1957 – kostenlos – abgegeben